



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

## **Das Phänomen der „österreichischen Identitäten“ im 20. Jahrhundert bis in die Gegenwart**

-

**Untersuchung von Österreichs historischer Identität und deren aktuelle Auffassung**

verfasst von / submitted by

Emanuel Kopf

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2021 / Vienna, 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

UA 190 299 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Lehramtsstudium UniStG  
UF Psychologie und Philosophie  
UF Geschichte, Sozialkunde, Polit. Bildung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Thomas Hellmuth

Es gibt nichts Schwammigeres als Identitätsdiskurse. Ernst Gellner ist zuzustimmen, dass Nationen in der Moderne erfunden wurden und Resultate von gesellschaftlichen Konstruktionsprozessen sind. Nationale Identitäten sind ständig im Fluss und verändern sich. Trotzdem ist es möglich, eine Bestandaufnahme für Österreich zu wagen, wobei die Identitätsstränge mit unterschiedlicher Intensität wirksam sind.\*

Oliver Rathkolb

[...] Aber ich habe überhaupt mit dem „Typischen“ oder dem Begriff der Identität meine Schwierigkeiten, und zwar egal, ob es sich um eine nationale, eine religiöse oder eine andere Identität handelt. Weil der Begriff Identität etwas völlig Falsches suggeriert. Identität bedeutet vollständige Übereinstimmung, das heißt, man wäre deckungsgleich mit etwas anderem. Aber kein Mensch ist völlig mit dem Land, in dem er lebt, der Sprache, die er spricht, dem Geschlecht, dem er angehört, der Religion, die er hat, identisch. Das sind immer nur Aspekte. Deshalb finde ich den Identitätsdiskurs – egal, ob er von Linken oder Rechten betrieben wird – intellektuell defizitär und beschämend. Wer stolz von seiner Identität spricht, ist schon in die Falle getappt. Er glaubt nämlich, er könne mit einer Sache so eins sein, dass sie ihn in seinem Denken, Handeln und Fühlen zur Gänze bestimmt.\*\*

Konrad Paul Liessmann

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	4
2. Auf der Suche nach Identität .....	6
2.1 Eine psychologische Betrachtung – Identität und Individuum.....	8
2.1.1 Identitätsgenese nach Erik Erikson .....	9
2.1.2 Das Patchwork der Identitäten nach Heiner Keupp et al. ....	12
2.1.3 Fazit .....	16
2.2 Identität und Kollektivbewusstsein .....	17
2.2.1 Die Genese von Nation und nationaler Identität .....	21
2.2.2 Identitätsarbeit und Geschichtspolitik .....	27
2.3 Resümee .....	30
3. Marksteine der österreichischen Identitätsfindung.....	31
3.1 Erste Republik .....	32
3.2 Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur .....	45
3.3 Anschluss und NS-Diktatur.....	57
3.4 Zweite Republik .....	62
3.4.1 Besatzungszeit von 1945 bis 1955 .....	63
3.4.2 Österreich – ein Opfer des NS-Regimes? .....	66
3.4.3 Identifikatoren auf dem Weg zur österreichischen Identität im Zeitraum 1945 bis 1955 .....	69
3.4.4 Staatsvertrag 1955 .....	89
3.4.5 Neutralitätsgesetz .....	92
3.4.6 Sozialpartnerschaft und die Kreisky-Ära .....	95
3.4.7 Waldheim-Affäre .....	102
3.4.8 Europäische Union .....	113
3.5 Resümee - Marksteine der österreichischen Identitätsfindung.....	121
4. Konklusion .....	124
5. Anhang .....	132
5.1 Abstract.....	132
5.2 Bibliographie .....	133

## 1. Einleitung

*Ich will Ich werden, was immer das ist.*<sup>1</sup>

Rolf Dieter Brinkmann

*Wer bin ich?* Liefert mein Personalausweis oder Reisepass Antworten darauf? Finden wir in Namen, Alter, Geschlecht, Nationalität oder Religionszugehörigkeit adäquate Antworten auf die eingehende Frage? Die Suche nach der eigenen Identität beschäftigt jeden Menschen in seinem Entwicklungsprozess und wirft unzählige Nachfragen auf: Wer will ich sein? Wer macht mich zu dem, der ich bin? Wer bin ich in den Augen der anderen? Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema der eigenen Identität schließt eine Untersuchung der Bereiche Elternhaus, Ausbildung, Freundeskreis, Werte und Normen der Gesellschaft, Nation und Kultur mit ein, denn: Keiner ist für sich allein! Das Ich wächst am und mit dem Anderen.

Die vorliegende Diplomarbeit ist im Rahmen des Lehramtsstudiums der Unterrichtsfächer Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung sowie Psychologie und Philosophie entstanden. Diese beiden Lehrfächer verbindend, habe ich mit Blick auf den Lehrplan<sup>2</sup> an den Allgemeinbildenden Höheren Schulen *Das Phänomen der „österreichischen Identitäten“ im 20. Jahrhundert bis in die Gegenwart* zum Thema gewählt. Schülerinnen und Schüler sollen auf verschiedenen Wegen mit der Problematik der Identität konfrontiert werden. In dieser schriftlichen Abschlussarbeit möchte ich Grundlagen für einen interdisziplinären Zugang im Unterricht schaffen, also Antworten auf die Frage nach der subjektiv-persönlichen wie transsubjektiv-sozialen Identität suchen. Als thematischer Kern hat sich dabei für mich die Frage herauskristallisiert, worin die heutige österreichische Identität wurzelt.

In einem ersten Schritt (Kapitel *Auf der Suche nach Identität*) richtet sich der Fokus zunächst auf die begriffliche Dimension. Von der alltagssprachlichen Verwendung eines allgemeinen, vorkritisch-unhinterfragten Identitätsbegriffs wird auf eine engere fachwissenschaftliche Begriffsbestimmung hingeführt. Weiters wird mittels philosophischer, soziologischer und psychologischer Sichtweisen deutlich, dass Identität ein vielschichtiger Begriff darstellt, der für diese Arbeit soweit zu klären ist, dass damit folgende Fragestellungen beantwortet werden können:

---

\* Rathkolb, Oliver (2015): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015. Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe. Wien: Paul Zsolnay Verlag. S. 57.

\*\* Hecht, Judith (09.11.2018): Konrad Paul Liessmann: „Religionen kennen keine Werte“, In: Online eingesehen: URL: <<https://www.diepresse.com/5527378/konrad-paul-liessmann-religionen-kennen-keine-werte>> zuletzt eingesehen am 12. Dezember 2020.

<sup>1</sup> Brinkmann, Rolf Dieter (2006): Rom, Blicke. Erstausg., 7. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl. (Das neue Buch, 94). S. 184.

<sup>2</sup> Vgl. Lehrplan der allgemeinbildenden höheren Schule: Geschichte und Sozialkunde / Politische Bildung. Online eingesehen: URL: <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>> zuletzt eingesehen am 20. Februar 2021.

Welche Definitionen von Identität liefern verschiedene Wissenschaften? Wie entsteht Identität? Welche Problemfelder eröffnen sich bei fehlender Identität? Gibt es eine soziale Identität und welchen Einfluss üben gesellschaftliche Prozesse auf die Identitätsbildung aus? In welchem Spannungsverhältnis stehen individuelle und ‚kollektive‘ (z.B. nationalstaatliche) Identität zueinander?

Im dritten Kapitel, zugleich Schwerpunkt dieser Diplomarbeit, werden die prägenden Identitätsbilder in Österreich von 1918 bis heute diskutiert. Unter dem Titel *Marksteine der österreichischen Identitätsfindung* werden die Epochen Erste Republik, Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur, Anschluss und NS-Diktatur sowie Zweite Republik auf ihre jeweiligen Identitätsbausteine hin untersucht. Dabei stehen Unterschiede und Parallelen der historischen Identitätsmotive zu jenen der Gegenwart im Mittelpunkt der Bearbeitung. Die Hypothese, dass Monarchen, Staatsoberhäupter und Machthaber Einfluss auf das Identitätsverständnis in der Bevölkerung nehmen, begleitet dieses Kapitel wesentlich. Einerseits soll gezeigt werden, wie politische Akteure die Identitätsbildung beeinflussen bzw. missbrauchen; andererseits werden Zusammenhänge zwischen (Re-)Nationalisierung, Populismus und der Identitätsthematik hergestellt. Am Ende dieses Kapitels, das sehr stark auf die Historie Österreichs im 20. Jahrhundert ausgerichtet ist, wird versucht, den Bogen zu Gegenwart und naher Zukunft zu spannen. Die nationalstaatliche Identitätsfrage stellt sich für Schülerinnen und Schüler im 21. Jahrhundert gewiss auf andere Weise, da sie ein Leben ohne die übergeordnete politische Ebene der Europäischen Union nicht kennen. Die in diesem Zusammenhang zu untersuchende Hypothese lautet, dass die Europäische Union eine europäische Identität stiftet. Es wird der Frage nachgegangen, inwiefern sich im Spannungsfeld von Nationalstaat und – wirtschaftlich, juristisch etc. dominanter – supranationaler Institution überhaupt eine nationale bzw. gemeinsame, verbindende Identität schaffen lässt.

Mein methodisches Vorgehen basiert auf der historisch-kritischen Literatur- sowie Diskursanalyse. Im Zentrum der Bearbeitung stehen historische Quellen (Textquellen wie Primär- und Sekundärliteratur, Tageszeitungen, Reden etc.). Durch die Betrachtung der vielfältigen Materialien soll eine Rekonstruktion der historischen Sachverhalte erfolgen, die im Zusammenhang mit einer österreichischen Identität stehen.<sup>3</sup> Aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive betrachtet, bewegt sich diese Diplomarbeit vorwiegend auf dem Feld der sog. Geschichtspolitik.

---

<sup>3</sup> Siehe die Ausführungen zur Methode des Hermeneutischen Zirkels nach Hans-Georg Gadamer: Gadamer, Hans-Georg (1975): *Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik*. 4. Aufl., Tübingen: Mohr.

## 2. Auf der Suche nach Identität

*Ich komme, ich weiß nicht, woher?  
Ich bin, ich weiß nicht, wer?  
Ich fahre, ich weiß nicht, wohin?  
Mich wundert, dass ich so fröhlich bin.<sup>4</sup>*  
Überliefert von Heinrich von Kleist

Jeder Mensch stellt sich im Laufe seines Lebens die Frage *Wer bin ich?* Wenn man darauf eine adäquate Antwort erhalten will, muss man sich tiefgreifend mit dem Themenfeld Identität auseinandersetzen. Kleinkinder fragen sich bereits früh, wer das Gegenüber im Spiegelbild nur sein könnte. Passend dazu beginnt der Kinderbuchklassiker *Das kleine Ich bin Ich*<sup>5</sup> mit der zentralen Frage „Wer bist denn du?“ - „Das weiß ich nicht“<sup>6</sup>, folgt als Antwort. Die Frage nach dem eigenen Ich, der eigenen Identität, führt in ein vielschichtiges, komplexes Konstrukt. Ergänzend stellt sich die Frage *Wer sind wir?*, denn Individuum und Gemeinschaft sind untrennbar miteinander verbunden, befruchten einander positiv und negativ.

Teil einer Gemeinschaft zu sein bedeutet oft auch von einer anderen Gemeinschaft ausgeschlossen zu sein. Eine starke Identität hat mitunter exklusiven Charakter. Dies wird deutlich, wenn man der etymologischen Spur dieses Begriffs folgt: ‚Identität‘ wurde aus dem spätlateinischen *identitās* (18. Jahrhundert) entlehnt und besagt „völlige Übereinstimmung, Gleichheit, Wesenseinheit“<sup>7</sup>. *Identitās* wiederum leitet sich vom lateinischen *idem* ab, das „der-, die-, dasselbe“<sup>8</sup> bedeutet. Auch im Fremdwörterbuch *Duden* wird Identität als „vollkommene Gleichheit oder Übereinstimmung (in Bezug auf Dinge oder Personen); Wesensgleichheit; das Existieren von jemandem, etwas als ein Bestimmtes, Individuelles, Unverwechselbares“<sup>9</sup> definiert. So begrifflich eng gefasst, tritt ‚Identität‘ also mit einem äußerst wuchtigen Anspruch auf, wonach etwas/jemand klar abgrenzbar von etwas/jemand anderem sein muss. Geradezu vage mutet dagegen die Standarddefinition der Psychologie von ‚Identität‘ an: „die als ‚Selbst‘ erlebte innere Einheit der Person“.<sup>10</sup>

<sup>4</sup> Hobmair, Hermann; Altenthan, Sophia (Hg.) (2013): Psychologie. 5. Aufl. Troisdorf: Bildungsvlag EINS. S. 337.

<sup>5</sup> Lobe, Mira (2017): Das kleine ich bin ich. Unter Mitarbeit von Susi Weigel. 20. Auflage. Wien: Verl. Jungbrunnen.

<sup>6</sup> Ebd. S. 2.

<sup>7</sup> Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache: Begriff Identität. Online eingesehen: URL: <<https://www.dwds.de/wb/Identit%C3%A4t>> zuletzt eingesehen am 22. Februar 2021.

<sup>8</sup> Stowasser. Lateinisch-deutsches Schulwörterbuch (2006). München: Oldenbourg. S. 242.

<sup>9</sup> Dudenredaktion (2010): Duden, Fremdwörterbuch. Auf der Grundlage der neuen amtlichen Rechtschreibregeln. 10. Auflage. Mannheim: Dudenverl. (Duden, 5). S. 450.

<sup>10</sup> Ebd. S. 450.

Die Soziologie als Wissenschaft vom gemeinschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Zusammenleben der Menschen beschäftigt sich ebenso mit dem Phänomen der Identität. Im *Soziologie-Lexikon*<sup>11</sup> nach Reinhold verweist der Identitätsbegriff in der soziologischen Tradition auf die Verknüpfung der Begriffe Individuum und Gesellschaft.<sup>12</sup> Der britische Soziologe Stuart Hall (\*1932, †2014) bemerkt dazu, dass man die Begrifflichkeit von Identität nicht an einem stabilen Kern des Selbst festmachen könne. Veränderungen und Entwicklungen während des menschlichen Lebens nehmen stets Modifizierungen am angeblich Identischen vor:

Stattdessen gehe ich davon aus, dass Identitäten niemals einheitlich sind. In der Spätmoderne erscheinen sie zunehmend fragmentiert und zerstreut, jedoch niemals eindeutig. Identitäten sind konstruiert aus unterschiedlichen, ineinandergreifenden, auch antagonistischen Diskursen, Praktiken und Positionen. Sie sind Gegenstand einer radikalen Historisierung und beständig im Prozess der Veränderung und Transformation begriffen.<sup>13</sup>

Die Frage nach der Identität der Person gehört zu den großen philosophischen bzw. existentiellen Fragen des menschlichen Lebens. Der Vorsokratiker Heraklit von Ephesos (\*550 v.Chr., †480 v.Chr.), hinterließ die sog. *Flussfragmente*. Sein Leitsatz *pánta rhei* („alles fließt“) kann Antworten auf die eingehenden Fragen (*Wer bin ich? Wer sind wir?*) liefern bzw. Auswirkungen auf einen Identitätsbegriff haben:

Denen, die in dieselben Flüsse hineinsteigen, strömen andere und andere Wasser zu. In dieselben Flüsse steigen wir und steigen wir nicht, wir sind (es) und wir sind (es) nicht. Man kann nicht zweimal in denselben Fluss steigen.<sup>14</sup>

Heraklit schreibt von einer andauernden Veränderung und wirft das Spannungsfeld zwischen Gleichbleibendem und Veränderbarem auf. Die Wiener Philosophin Michaela Masek (\*1957) deutet Heraklits Worte insofern, dass „eine Sache, von der wir glauben, sie sei identisch, nur scheinbar dieselbe bleibt, während sie sich jedoch zugleich wandelt und in ihren Bestimmungen verändert.“<sup>15</sup> Im *Historischen Wörterbuch der Philosophie* nach Ritter wird der Heraklitismus so gedeutet, dass es nach Heraklit „in der gesamten Wirklichkeit kein Sein, keine Identität und keinen Stillstand geben kann, sondern dass sich alles in ständiger Bewegung befindet“.<sup>16</sup> Niemand könne zweimal in denselben Fluss steigen, denn sowohl der Fluss als auch der Mensch verändern sich: „Wie der Fluss niemals derselbe bleibt, so bleiben auch wir nicht dieselben.“<sup>17</sup>

<sup>11</sup> Reinhold, Gerd; Lamnek, Siegfried; Recker, Helga (2017): *Soziologie-Lexikon*. 4<sup>th</sup> ed. Berlin/Boston: Walter de Gruyter GmbH.

<sup>12</sup> Ebd. S. 276.

<sup>13</sup> Hall, Stuart (2004): *Ideologie, Identität, Repräsentation*. Ausgewählte Schriften 4. 1. Auflage. Hamburg: Argument Verlag (Stuart Hall - Ausgewählte Schriften, v.4). S. 170.

<sup>14</sup> Masek, Michaela (2012): *Geschichte der antiken Philosophie*. 2., korr. Aufl. Wien: Facultas.wuv. S. 44.

<sup>15</sup> Ebd. S. 44.

<sup>16</sup> Hager, Fritz-Peter (1974): «Heraklitismus», in: J. Ritter (Hg.): *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Basel: Schwabe Verlag. DOI: 10.24894/HWPh.1522.

<sup>17</sup> Masek 2012, S. 45.

Gegenwärtige philosophische Diskussionen bezüglich der Definition von Identität verleihen Heraklits Worten aktuelle Bedeutung, denn eine wortwörtliche Übersetzung von Identität führt den Begriff in eine solche Enge, dass er außerhalb von rein logischen Überlegungen und Bestimmungen jeder Verwendung entzogen wäre. Denn nur bei einer solchen Festlegung dieses Begriffs als Ausdruck einer starren Momentaufnahme droht Widersprüchliches: Ist Identität nun etwas Statisch-gleichbleibendes oder doch etwas Prozesshaftes-sich-ständig-veränderndes?

Bevor der Versuch unternommen wird, diese (scheinbare) Unklarheit weiter auszuräumen, gilt es Ursprung und Entwicklung von Identität im Zusammenhang mit dem Individuum (Kapitel 2.1) zu erläutern. Hierbei sollen Erkenntnisse zweier Koryphäen aus dem Bereich der Psychologie für ein besseres Verständnis sorgen. Die Ausführungen von Erik H. Erikson und Heiner Keupp et al. bilden den theoretischen Hintergrund für den in dieser Arbeit notwendigen Identitätsbegriff, der im Anschluss daran entwickelt und auf die Geschichtspolitik angewendet wird. Im zweiten Teil dieses Kapitels (2.2) richtet sich der Blick hingegen auf das Spannungsfeld von Identität im Austausch von Individuum und (sozialer) Umwelt.

## 2.1 Eine psychologische Betrachtung – Identität und Individuum

*Das heißt aber nicht, dass die Identitätsbildung mit der Adoleszenz beginne oder ende: sie ist vielmehr eine lebenslange Entwicklung, die für das Individuum und seine Gesellschaft weitgehend unbewusst verläuft.*<sup>18</sup>

Erik H. Erikson

Die Psychologie als Wissenschaft vom Erleben und Verhalten des Menschen bearbeitet den Begriff der Identität v.a. im Teilbereich der Entwicklungspsychologie. Darin wird Identität als ein „gut strukturiertes Konzept des eigenen Selbst, das aus Wertvorstellungen, Überzeugungen und Zielen besteht, auf welche sich eine Person festgelegt hat“,<sup>19</sup> definiert. Anders formuliert, kann die Identität eines Menschen als „die Summe seiner charakteristischen, überdauernden Eigenschaften [betrachtet werden], die ihn als unverwechselbares Wesen kennzeichnen“.<sup>20</sup>

---

<sup>18</sup> Erikson, Erik H. (1973): Identität und Lebenszyklus. Drei Aufsätze. Unter Mitarbeit von Käte Hügel. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft). S. 140 f.

<sup>19</sup> Berk, Laura E.; Schmidt, Toni; Petersen, Karsten (2020): Entwicklungspsychologie. 7., aktualisierte Auflage (ps. Psychologie). S. 1006.

<sup>20</sup> Conzen, Peter (1996): Erik H. Erikson. Leben und Werk. Stuttgart: Kohlhammer. S. 55.

### 2.1.1 Identitätsgenese nach Erik Erikson

Der deutsch-amerikanische Psychoanalytiker Erik H. Erikson (\*1902, †1994) gilt in der Identitätsforschung als Galionsfigur und Identitätspionier, der mit dem Konzept des *Lebenszyklus* bzw. seiner ‚Theorie der psychosozialen Entwicklung‘<sup>21</sup> ein klassisches Modell der Identitätsentwicklung aus tiefenpsychologischer Sicht liefert. Bis heute bildet sein Werk die Grundlage jeglicher Identitätsdiskussion im Fachbereich der Psychologie. Seine Theorie stellt eine theoretische Weiterführung der psychoanalytischen Entwicklungstheorie von Sigmund Freud (fünfstufige Phasentheorie) dar.

Erikson betrachtet Identität als „eine der bedeutendsten Leistungen der Persönlichkeitsentwicklung in der Adoleszenz und als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem produktiven, zufriedenen Leben als Erwachsener“.<sup>22</sup> In Eriksons Theorie besteht die Bildung einer Identität darin, „zu definieren, wer man ist, welche Werte einem wichtig sind und welche Richtung man im Leben einschlagen will“.<sup>23</sup> Diese Herangehensweise von Erikson kann als eine explizite Theorie des Selbst bzw. als Suche nach dem wahren Wesen des Selbst bezeichnet werden.<sup>24</sup> Dieser Prozess ist weder ‚einfach‘ noch kontingent und schon gar nicht zu einem gewissen Lebenszeitpunkt abschließbar. Folglich erkennt Erikson das „Kernproblem der Identität in der Fähigkeit des Ichs, angesichts des wechselnden Schicksals Gleichheit und Kontinuität aufrechtzuerhalten“.<sup>25</sup>

In seinem Werk *Identität und Lebenszyklus*<sup>26</sup> führt Erikson seine Überlegungen zum Identitätsbegriff aus. Er schreibt von einzelnen Identitätsfragmenten, die zu einem leistungsfähigen Ganzen (einer eigenen Ich-Identität) zusammengefügt werden, d.h., dass das Ich das Subjekt der Identitätsbildung ist.<sup>27</sup> Beim Ich-Begriff orientiert sich Erikson an jenem von Sigmund Freud, den er als ein „auswählendes, integrierendes, zusammenhängendes und fortdauerndes Agens, das das Zentrum der Persönlichkeitsbildung ausmacht“,<sup>28</sup> versteht. Erikson verweist darauf, dass die Grundlage des Identitätsgefühls bei Kleinkindern beginnt und das Vertrauensgefühl des Kindes zur Mutter eine prägende Rolle einnimmt.<sup>29</sup> So stellen Kindheitsidentifikationen für

---

<sup>21</sup> Erikson 1973, S. 148.

<sup>22</sup> Berk et al. 2020, S. 611.

<sup>23</sup> Ebd. S. 611.

<sup>24</sup> Vgl. ebd. S. 611.

<sup>25</sup> Petzold, Hilarion G. (2012): Identität. Ein Kernthema moderner Psychotherapie. 1. Aufl. s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften (GWV) (Integrative Modelle in Psychotherapie, Supervision und Beratung). S. 80.

<sup>26</sup> Erikson 1973.

<sup>27</sup> Vgl. ebd. S. 22.

<sup>28</sup> Conzen 1996, S. 61.

<sup>29</sup> Vgl. Erikson 1973, S. 72.

Erikson Bausteine der Identität dar.<sup>30</sup> Wenn ein Mensch im Übergang zwischen Kindheit und Adoleszenz (Jugendliche im Alter von 13 bis 18 Jahren) steht, sind die Erfahrungen der Kindheit entscheidend für die weitere Entwicklung des Individuums. Die in der Kindheit gesammelten Ich-Werte münden in die Ich-Identität: „Das Gefühl der Ich-Identität ist also das angesammelte Vertrauen darauf, dass der Einheitlichkeit und Kontinuität, die man in den Augen anderer hat, eine Fähigkeit entspricht, eine innere Einheitlichkeit und Kontinuität aufrechtzuerhalten.“<sup>31</sup>

Die sich herauskristallisierende Ich-Identität verknüpft also die früheren Kindheitsphasen, in denen der Körper und die Elternfiguren führend waren, mit den späteren Stadien, in denen eine Vielfalt sozialer Rollen sich darbietet und im wachsenden Maße aufdrängt.<sup>32</sup>

In dieser Lebensphase kommt es nach Erikson vermehrt zur Gefahr einer *Identitätskrise*.<sup>33</sup> Er weist daraufhin, dass die Genese der Identität nicht zwingend mit der Adoleszenz beginne oder ende; „sie ist vielmehr eine lebenslange Entwicklung, die für das Individuum und seine Gesellschaft weitgehend unbewusst verläuft. Ihre Wurzeln gehen bis in die Zeit der ersten Selbstwahrnehmung zurück [...]“.<sup>34</sup>

Der Begriff Krise soll bei Erikson nicht per se etwas Negatives beschreiben, sondern eine „normale Phase vermehrter Konflikte, charakterisiert einerseits durch eine scheinbare Labilität der Ichstärke, andererseits aber auch durch ein hohes Wachstumspotential.“<sup>35</sup> Krise bedeutet also Wendepunkt und markiert eine entscheidende Periode erhöhter Vulnerabilität. Solche Phasen, wie z.B. die Adoleszenz, sind beim Individuum nötig, um dem Identitätsprozess neue Energien zukommen zu lassen und diesen mit den Möglichkeiten der Gesellschaft abgleichen zu können. Psychosoziale Krisen können einerseits Gefahrenpunkt, andererseits Gelegenheit für Bewährung und Erlangen neuer Kompetenzen sein. In kritischen Lebensphasen („die empfindliche Selbstbewusstheit Adoleszenter; die Bilanzkrise in der Mitte des Lebens; der Leistungsabfall im hohen Alter; das aufgewühlte Nachdenken über unsere Existenz nach Schicksalsschlägen; in Phasen schwerer Krankheit“<sup>36</sup>) gibt es längere Formen des Identitätsbewusstseins.

Das Individuum, das sich in der Identitätsbildung befindet und die psychosoziale Krise nicht erfolgreich bewältigt bzw. die aus der Kindheit übernommenen Identitäten nicht zu einer vollständigen Identität integrieren kann, leidet laut Erikson an einer *Identitätsdiffusion*. Jugendliche

---

<sup>30</sup> Vgl. Conzen 1996, S. 73.

<sup>31</sup> Erikson 1973, S. 107.

<sup>32</sup> Ebd. S. 109.

<sup>33</sup> Vgl. ebd. S. 140.

<sup>34</sup> Ebd. S. 141.

<sup>35</sup> Ebd. S. 144.

<sup>36</sup> Conzen 1996, S. 57.

können durch eine solche Diffusion wehrloser gegen latente krankhafte Störungen sein. Persönlichkeitsausprägungen der Jugendlichen können als „zersplittert, verletzbar, sich abseits haltend und doch fordernd und eigensinnig“<sup>37</sup> umschrieben werden: „[D]er junge Mensch muss sich durch immer neue Experimente einen Weg suchen, auf dem er sich am besten betätigen und ausdrücken kann.“<sup>38</sup> Diese Periode des Experimentierens mit verschiedenen Rollen nennt Erikson *psychosoziales Moratorium*<sup>39</sup>. Eine nicht unwichtige Rolle in diesem Ich-Findungsprozess spielt dabei auch die „peer clique“<sup>40</sup>, welche den Kreis der Gleichaltrigen darstellt. Peers können die Entwicklung sozialer Einsichten fördern und geben der heranreifenden Persönlichkeit Orientierung und Stabilisierung. „Die Anerkennung durch Gleichaltrige wird in dieser Phase oft wichtiger als die Stellung in der Familie oder der schulische Erfolg [...]“<sup>41</sup> Nicht unbedeutend ist die Integration in eine Gruppe, die dem Individuum wiederum emotionale Geborgenheit spendet. Zusammensein, reden und Solidarität erfahren, machen „peer groups“<sup>42</sup> zu einer unverzichtbaren Zufluchtsstätte für Jugendliche.

Zum Abschluss dieser Ausführungen soll betont werden, dass bei Erikson die Stabilisierung von Identität durch Bewältigung der psychosozialen Krisen erfolgt. Die Entwicklung der Ich-Identität entspricht dem Aufbau von Selbstkonsistenz. Das Individuum wird sich in der Adoleszenz seiner Einheitlichkeit und Unverwechselbarkeit bewusst und konzipiert diese in der Pubertät neu. Eriksons Ich-Identität ist niemals etwas Statisches, sondern „unterliegt je nach inneren Gestimmtheiten und äußeren sozialen Interaktionen Schwankungen, muss ununterbrochen gegen unbewusste Impulse wie gegen äußere Gefahren und Abwertungen verteidigt werden“.<sup>43</sup>

---

<sup>37</sup> Erikson 1973, S. 145.

<sup>38</sup> Ebd. S. 146.

<sup>39</sup> Ebd. S. 137.

<sup>40</sup> Ebd. S. 147.

<sup>41</sup> Conzen 1996, S. 144.

<sup>42</sup> Vgl. ebd. S. 144.

<sup>43</sup> Ebd. S. 58.

## 2.1.2 Das Patchwork der Identitäten nach Heiner Keupp et al.

*Identität ist nicht etwas, das man von Geburt an hat,  
was die Gene oder der soziale Status vorschreiben, sondern  
wird vom Subjekt in einem lebenslangen Prozess entwickelt.*<sup>44</sup>

Heiner Keupp

Der Münchner Sozialpsychologe Heiner Keupp (\*1943) prägte den Begriff der ‚Patchwork-Identität‘. In seinem Werk *Identitätskonstruktionen – Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne*<sup>45</sup> aus dem Jahr 1999 geht der Autor der Frage nach, inwiefern die alltägliche Identitätsarbeit mit den neuen Bedingungen wie Individualisierung, Globalisierung und Kapitalismus, Pluralisierung und epochalen gesellschaftlichen Veränderungen fluktuiert.<sup>46</sup>

Im 20. Jahrhundert herrschten lange Zeit Bilder vor, die „Biografie und Identität, wenn sie als geglückt betrachtet werden sollten, als etwas Stabiles, Dauerhaftes und Unverrückbares aufzeigen“<sup>47</sup>. Keupp et al. benennen die Identität als „Prozessgeschehen beständiger ‚alltäglicher Identitätsarbeit‘, als permanente Passungsarbeit zwischen inneren und äußeren Welten“<sup>48</sup>. Zahlreiche scharfsinnige Beobachtungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Veränderungen liefern die Basis für diesen Identitätsbegriff.

Keupp et al. stellen den Handlungsprozess bzw. den Vollzug der Identitätsarbeit in den Mittelpunkt seiner Forschungen und begibt sich auf die Suche nach Antworten für folgende Fragen:

Wie fertigen die Subjekte ihre patchworkartigen Identitätsmuster? Wie werden Alltagserfahrungen zu Identitätsfragmenten, die Subjekte in ihrem Identitätsmuster bewahren und sichtbar unterbringen wollen? Woher kommen die Entwürfe für die jeweiligen Identitätsmuster? Gibt es gesellschaftlich vorgefertigte Schnittmuster, nach denen man sein eigenes Produkt fertigen kann?<sup>49</sup>

Der Begriff der ‚Identitätsarbeit‘ beschreibt die individuelle Verknüpfungsarbeit der Erfahrungsfragmente bzw. Alltagserfahrungen in einem für das Individuum sinnhaften Zusammenhang. Bei diesem Prozess geht eine hohe Eigenleistung der einzelnen Person miteinher. Mit Hilfe der Metapher ‚Patchwork‘ bringen Keupp et al. ihren Identitätsbegriff auf den Punkt, der auf „die aktive und oft sehr kreative Eigenleistung der Subjekte bei der Arbeit an ihrer Identität“<sup>50</sup> verweisen soll. Patchwork, das aus dem Englischen kommt und übersetzt ‚Flickwerk‘ heißt, stammt ursprünglich aus der Textiltechnik und meint die harmonische Zusammenfügung

<sup>44</sup> Keupp, Heiner; Ahbe, Thomas; Gmür, Wolfgang; Höfer, Renate; Mitzscherlich, Beate; Kraus, Wolfgang; Straus, Florian (2006): *Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne*. 3. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl. (Rowohlts Enzyklopädie, 55634). S. 215.

<sup>45</sup> Keupp et al. 2006.

<sup>46</sup> Vgl. ebd. S. 7-15.

<sup>47</sup> Ebd. S. 22.

<sup>48</sup> Ebd. S. 30.

<sup>49</sup> Petzold 2012, S. 95-96.

<sup>50</sup> Ebd. S. 94-95.

von einzelnen Stoff- oder Lederteilen von verschiedener Farbe, Form und Muster zu einem Ganzen (Wandbehänge, Decken, Taschen etc.).<sup>51</sup> Umgelegt auf den Identitätsbegriff hat dies zu bedeuten, dass Menschen aus den vielschichtigen, teils widersprüchlichen, teils komplementären Erfahrungsmaterialien des Alltags patchworkartige Gebilde anfertigen. Heiner Keupp et al. interessieren, wie sich die Identitätsarbeit beim Menschen vollzieht bzw. wie patchworkartige Identitätsmuster hergestellt werden:<sup>52</sup>

Identitätsarbeit hat als Bedingung und als Ziel die Schaffung von Lebenskohärenz. In früheren gesellschaftlichen Epochen war die Bereitschaft zur Übernahme vorgefertigter Identitätspakete das zentrale Kriterium für Lebensbewältigung. Heute kommt es auf die individuelle Passungs- und Identitätsarbeit an, also auf die Fähigkeit zur Selbstorganisation, zum ‚Selbsttätigwerden‘ oder zur ‚Selbsteinbettung‘.<sup>53</sup>

Die Wissenschaftler\*innen um Keupp verstehen Identität als einen „fortschreitenden Prozess eigener Lebensgestaltung, der sich zudem in jeder alltäglichen Handlung (neu) konstruiert. Identität wird also nicht vom Subjekt ‚ab und zu‘ gebildet, [...] sondern Subjekte arbeiten (indem sie handeln) permanent an ihrer Identität [...]“.<sup>54</sup> Beim Identitätsprozess nimmt das Subjekt Bezug auf soziale, lebensweltlich spezifizierte Anforderungen und auf eigene, individuelle Selbstverwirklichungsentwürfe.

Identität ist weitgehend eine narrative Konstruktion. Das zentrale Medium der Identitätsarbeit ist die Selbsterzählung. Damit meinen wir die Art und Weise, wie das Subjekt selbstrelevante Ereignisse auf der Zeitachse aufeinander bezieht und ‚sich‘ und anderen mitteilt. Diese Selbsterzählungen werden von gesellschaftlich vorgegebenen Fertigpackungen ebenso beeinflusst wie von Machtstrukturen.<sup>55</sup>

Die Abbildung *Konstruktionen der Identitätsarbeit* fasst Keupps et al. Überlegungen zum Identitätsbegriff anschaulich zusammen:

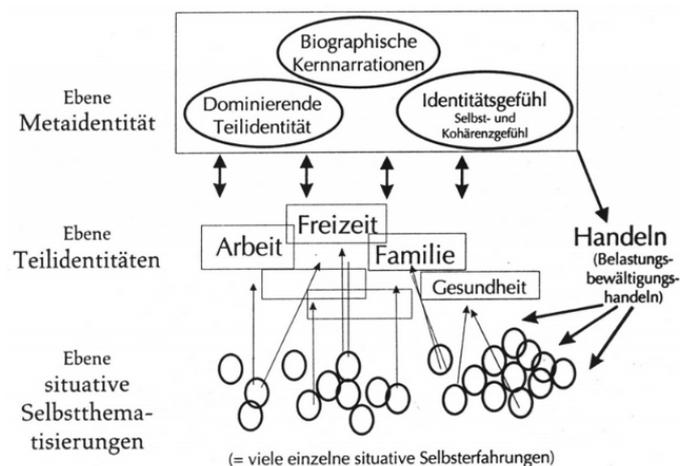


Abbildung 1: Konstruktionen der Identitätsarbeit<sup>56</sup>

<sup>51</sup> Vgl. Dudenredaktion (Hg.) (1991): Der kleine Duden Fremdwörterbuch. Nach den Regeln der neuen dt. Rechtschreibung überarb. Nachdr. der 3. Aufl. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich: Dudenverl. (Der kleine Duden, 5). S. 308.

<sup>52</sup> Vgl. Petzold 2012, S. 95.

<sup>53</sup> Ebd. S. 96.

<sup>54</sup> Keupp et al. 2006, S. 215.

<sup>55</sup> Ebd. S. 216.

<sup>56</sup> Ebd. S. 218.

Mit diesem Modell wollen Keupp et al. aufzeigen, dass eine Person nicht nur eine Identität hat, sondern dass sich Identität aus verschiedenen Teilidentitäten zusammensetzt. Die Teilidentitäten gründen in einzelnen Erlebnissen bzw. Ereignissen, die wiederum unterschiedlich stark in ihrer Ausprägung sind. So können einzelne Teilidentitäten dominierend sein. Darunter fällt bspw. die berufliche Teilidentität, d.h. der Erwerb einer beruflichen Identität. Das Individuum typisiert seine eigene Person als ‚Berufstätiger‘.<sup>57</sup> „Teilidentitäten enthalten ein Mosaik an Erfahrungsbausteinen, die auf die Zukunft gerichtet sind (Entwürfe, Projekte), sowie solche, die eher der Vergangenheit angehören (realisierte oder / und gescheiterte Identitätsprojekte, aufgegebenen Identitätsentwürfe).“<sup>58</sup>

Die Ebene der Metaidentität besteht aus der *Dominierenden Teilidentität*, *Biographischen Kernnarrationen* und dem *Identitätsgefühl*. Im Alltag des Menschen stellt die Metaidentität die Basis dar, von der aus die einzelnen Handlungen des Individuums bestimmt werden:

- Das *Identitätsgefühl* entsteht aus der „Verdichtung sämtlicher biographischer Erfahrungen und Bewertungen der eigenen Person auf der Folie zunehmender Generalisierung der Selbstthematisierung und der Teilidentitäten“.<sup>59</sup> Zum Identitätsgefühl kann bspw. ein „Set von relativ andauernden und integrierten fundamentalen Überzeugungen, Prinzipien und Entscheidungen“<sup>60</sup> gehören. Das Identitätsgefühl enthält sowohl Selbstgefühl (Gefühl, wie gut, wie stimmig, wie nützlich etc. sich ein Mensch allgemein fühlt) als auch Kohärenzgefühl (Gefühl, wie jemand das Alltagsleben bewältigt bzw. die Sinnhaftigkeit jeweiliger Projekte betrachtet; Suche nach dem Lebenssinn und dafür benötigten Mustern von Antworten).<sup>61</sup>
- Die *Biographischen Kernnarrationen* sind jene Teile der Identität, „in denen das Subjekt für sich selbst ‚die Dinge auf den Punkt‘ zu bringen versucht. [...] Biographische Kernnarrationen sind das Ergebnis der narrativen Anstrengungen des einzelnen“.<sup>62</sup> Es handelt sich hierbei um die Ideologie von einem selbst: „Ein Subjekt bündelt seine Geschichte(n) nicht nur für andere, sondern auch für sich

---

<sup>57</sup> Vgl. ebd. S. 219.

<sup>58</sup> Ebd. S. 219.

<sup>59</sup> Ebd. S. 225.

<sup>60</sup> Ebd. S. 225.

<sup>61</sup> Vgl. ebd. S. 226-227.

<sup>62</sup> Ebd. S. 229.

selbst. Mit diesen erklärt das Subjekt selbst, welche Lesart seiner Identitätsentwicklung, die derzeit dominierende ist.“<sup>63</sup> Beispiele für Kernnarrationen sind Selbst-Schemata wie ‚ich als Sohn, Mann‘ etc. *Dominierende Teilidentitäten* „spiegeln sich in aller Regel auch in den Kernnarrationen wider“.<sup>64</sup>

Keupp et al. kommentieren, dass die Metapher ‚Patchwork-Identität‘ am besten definiert, was Identität in der Gegenwart bzw. postmodernen Gesellschaft zu bedeuten hat und wie sie zustande kommt: Die patchworkartigen Gebilde, die Menschen im Alltag anfertigen, sind Resultate der schöpferischen Möglichkeiten der Subjekte.<sup>65</sup> Für die alltägliche Identitätsarbeit nehmen Zugehörigkeit, Anerkennung und Bedingungen des gesicherten Vertrauens in die Tragfähigkeit eigener Beziehungen einen überaus wichtigen Stellenwert ein.<sup>66</sup>

Heiner Keupp und seine Kolleg\*innen resümieren, dass vor dem Hintergrund der modernen Lebensbedingungen Identitätsarbeit ein unabschließbarer Prozess darstellt und dadurch zu einer lebenslangen Herausforderung für das Individuum werden kann. Moderne Identitätsarbeit läuft ob der Vielfalt an Optionen und Angeboten jedoch stärker Gefahr, zu einem Verlust- und Verunsicherungserlebnis zu führen, also in eine Identitätskrise oder -diffusion (vgl. Erikson) zu münden.<sup>67</sup> Wo frühere Generationen die dominierende Teilidentität ‚Arbeit/Beruf‘ gewissermaßen ererbten, sind junge Menschen in der Gegenwart meist gefordert, sich jene wortwörtlich selbst zu erarbeiten. Dazu bedarf es eines ungleich höheren Aufwands an Reflexion (was *will* ich tun?) und Selbsterkennung (was *kann* ich tun?) auf der einen Seite; auf der anderen Seite lauern die Abgründe des modernen Arbeitsmarktes (employability im Sinne einer Vermarktung der eigenen Fähigkeiten, immanenter Zwang zur Flexibilität etc.). So ist die Teilidentität ‚Arbeit‘ heute selbst fragmentiert.<sup>68</sup>

---

<sup>63</sup> Ebd. S. 232.

<sup>64</sup> Ebd. S. 234.

<sup>65</sup> Vgl. ebd. S. 294.

<sup>66</sup> Vgl. ebd. S. 297.

<sup>67</sup> Vgl. ebd. S. 82.

<sup>68</sup> Siehe die Untersuchungen des US-amerikanischen Soziologen Richard Sennett, z.B.: Ders.: *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin-Verlag, Berlin 1998. Der englische Originaltitel *The Corrosion of Character* verweist noch deutlicher darauf, dass die neu formierte Arbeitswelt ab dem späten 20. Jahrhundert massive Auswirkungen auf die Grundpfeiler der personalen Identität hat.

### 2.1.3 Fazit

Personale Identität ist ein vielschichtiges Konstrukt mit multikausalen Entstehungsprozessen. Im Mittelpunkt steht hier – laut Erik Erikson – ein Vernunftwesen, das mit Seinesgleichen in einer Gemeinschaft zusammenlebt. Im Zusammenspiel mit anderen Mitmenschen erfolgt der Prozess der Identitätsgenese. Der Abgleich auf Übereinstimmung oder Unterscheidung läuft immer in beide Richtungen gleichzeitig. Der Interaktionsprozess basiert auf einem Kommunikationsprozess, der die Einzelnen in der Gemeinschaft zur Selbstreflexion anregt. Der Prozess der Ich-Findung erfährt in der Pubertät bzw. Adoleszenz markante Entwicklungsschübe. In labilen Lebensphasen bzw. beim Auftreten von kritischen Lebensereignissen (wie z.B. Tod von nahen Angehörigen, schwerer Erkrankung, Scheidung etc.) wird das Individuum auf sich ‚selbst‘ zurückgeworfen. Findet ein Mensch in dieser Phase nicht zu seinem Identitätsgefühl, nimmt die Identitätsdiffusion überhand.

Heiner Keupp et al. schließen sich Erik Eriksons Überlegungen größtenteils an. Speziell Eriksons Ausführungen zum Identitätsbegriff, wonach Identität „aus einzelnen Identitätsfragmenten“<sup>69</sup> bestünde, erlangen in Keupps Überlegungen enorme Wichtigkeit. So verortet er die Entstehung von Identität in der Zusammensetzung von Teilidentitäten, welche wiederum unabschließbar gebildet und einer stetigen Modifikation ausgesetzt sind.

Die hier dargestellten Überlegungen aus der psychologischen Wissenschaft unterstreichen die philosophische Überlegung Heraklits, wonach Identität weder als starre Substanz noch als abgeschlossener Prozess zu sehen ist. Mit anderen Worten: „Identisch sei der, der sich in wechselnden Umständen als Gleicher spürt.“<sup>70</sup>

Nach diesen Erläuterungen zu Individuum und Identitätsgenese gilt es den Bogen zwischen ‚Ich-Identität‘ und ‚Ich als Teil einer Gesellschaft‘ zu spannen: Welche gesellschaftlichen Faktoren beeinflussen den individuellen Identitätsprozess? Gibt es eine soziale bzw. kollektive Identität?

---

<sup>69</sup> Erikson 1973, S. 22.

<sup>70</sup> Niethammer, Lutz; Doßmann, Axel (2000): Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur. Orig.-Ausg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl. (Rororo Rowohlts Enzyklopädie, 55594). S. 16.

## 2.2 Identität und Kollektivbewusstsein

*Identität vernäht oder verklammert  
das Subjekt mit der Struktur.<sup>71</sup>*

John Stuart Hall

Einerseits soll in diesem Abschnitt die Verknüpfung von Individuum und dessen Teilhabe an der Wir-Schicht – samt deren Auswirkungen auf die Identitätsarbeit – besprochen werden. Andererseits wird der Identitätsbegriff, der für die weitere Arbeit von Bedeutung sein wird, mit Blick auf soziale Systeme und kollektive Einheiten entfaltet und erläutert.

Zunächst gilt es zu unterscheiden zwischen Ich-Identität und einer vermeintlichen ‚kollektiven Identität‘. Die Identitätsverständnisse, die auf den vorherigen Seiten angeführt wurden, machen deutlich, dass es – strenggenommen – keine ‚kollektive Identität‘ bzw. einen wissenschaftlichen Begriff davon geben kann.<sup>72</sup> Da die subjektiven Konstruktionsprozesse aber eng mit den gesellschaftlichen Verhältnissen verknüpft sind, entstehen alltägliche Begrifflichkeiten – wie z.B. ‚regionale Identität‘, ‚nationale Identität‘, ‚kollektive Identität‘ sowie ‚österreichische Identität‘.<sup>73</sup> In dieser Arbeit wird aufgrund der großen Popularität dieser Begrifflichkeiten auch explizit an jenem der ‚österreichischen Identität‘ festgehalten und dieser somit einer kritischen Reflexion zugänglich gemacht. Zusätzlich müssen andere Begrifflichkeiten gefunden werden, die jene kollektiven Elemente von Identität ersichtlich machen, um in späterer Folge das wechselseitige Verhältnis zwischen ‚individuellem Mensch-Sein‘ und ‚Mensch als Gemeinschaftswesen‘ analysieren zu können.

Der Mensch ist ein Gemeinschaftswesen und lebt innerhalb sozialer Einheiten. Auf Basis dieser Einsicht rückt beim kanadischen Philosophen und Politikwissenschaftler Charles Taylor (\*1931) ‚das Selbst‘ ins Zentrum seiner Theorie der sozialen Identitätsgenese. In seinem Werk *Quellen des Selbst: die Entstehung der neuzeitlichen Identität* aus dem Jahr 1989 schildert Taylor seine Grundgedanken in Bezug auf die Trias Identität-Individuum-Gemeinschaft. Der Mensch ist für Taylor ein soziales Wesen, das aufgrund anderer sozialer Wesen und einer speziellen Sprache sein ‚Selbst‘, d.h. seine Identität, definieren kann:

---

<sup>71</sup> Hall, Stuart (2002): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. 3. Aufl. Hamburg: Argument Verlag (Stuart Hall - Ausgewählte Schriften, v.2). S. 182.

<sup>72</sup> Vgl. Hellmuth, Thomas (2015): I. Regionale Identität(en): Von der Möglichkeit eines unmöglichen Begriffs. In: Christian Dirninger, Thomas Hellmuth und Anton Thuswaldner (Hg.): Salzkammergut schauen. Ein Blick ins Ungewisse (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, 51). S. 14.

<sup>73</sup> Vgl. ebd. S. 14.

Ein Selbst bin ich nur im Verhältnis zu bestimmten Gesprächspartnern: [...] Ich spreche hier von 'Gewebe des sprachlichen Austauschs', und nur in diesen existiert das Selbst. Diese Ausgangslage ist es, die unserem Begriff 'Identität' Sinn verleiht, indem sie durch Bestimmung des Ortes der Äußerung und des Angeredeten eine Antwort liefert auf die Frage, wer ich denn eigentlich bin. Die vollständige Angabe der Identität einer Person beinhaltet daher normalerweise nicht nur ihren Standort im Hinblick auf moralische und spirituelle Angelegenheiten, sondern auch eine Bezugnahme auf eine definierende Gemeinschaft.<sup>74</sup>

Gerade in der Auseinandersetzung mit anderen ‚Selbsten‘ bzw. dem Verhältnis zu anderen entstehe Identität. Nur wer im Austausch mit anderen Urteilsfähigen eine Position einnimmt, kann identifiziert werden. Somit hat Identität mit Haltungen und Urteilen zu tun. Fände entweder überhaupt kein Austausch statt oder niemand würde sich zu etwas bekennen, so wäre jeder Versuch von Identifikation – nicht nur theoretisch – sinnlos. Lebenspraktisch hieße dies, dass wir es mit einer uniformen Masse von Seienden zu tun hätten, die kein Gut und kein Schlecht kennen würden. Taylor ist daher überzeugt, dass sich nur in Gemeinschaft ein Selbst entwickeln könne. Ein ‚Selbst‘ ist laut Taylor sowohl reflexiv als auch prozesshaft strukturiert und muss unter anderen ‚Selbsten‘ sein. Diese Identifikatoren, die Identität begründen, sind vielfältig: Familie, Schule, Vereine, Nation etc.:

Man kann es so sehen als werde die eigene Identität zum Teil durch eine moralische oder spirituelle Bindung definiert, etwa dadurch, dass man Katholik ist oder Anarchist. Oder man definiert die Identität vielleicht zum Teil durch seine Volkszugehörigkeit oder den Traditionszusammenhang, etwa dadurch, dass man Armenier ist oder Quebecer.<sup>75</sup>

Die Gemeinschaft(en), in denen wir leben, bzw. die „Wir-Schicht“<sup>76</sup>, die uns umgibt, prägen den subjektiven Identitätsprozess. Individuen schließen sich bspw. in einem Dorf, Bundesland oder Nationalstaat zusammen und werden zu Träger\*innen von gemeinsamen Identifikatoren. Der subjektive Identitätsprozess eines Menschen sucht nach einer Passung zwischen innerer und äußerer sozialer Welt: „Identität vernährt oder verklammert das Subjekt mit der Struktur.“<sup>77</sup> Dabei kommt es während der alltäglichen Identitätsarbeit zum Austausch zwischen subjektiven Gefühlen und objektiven Einflüssen. Aufgrund der multikausalen Entstehung von Identität liegt die Verfügungsmacht nicht einzig und allein beim Subjekt. Bei aller individueller Konstruktionsarbeit, die das Ziel einer gelingenden Identität vor Augen hat, handelt es sich bei der Identitätsarbeit um einen Aushandlungsprozess des Subjekts mit seiner gesellschaftlichen Umwelt. Die soziale, politische und wirtschaftliche Praxis samt der Werte- und Normen-Systeme (kulturelle Codes) einer Gesellschaft fließen in die Identitätskonstruktion eines jeden Menschen mit

<sup>74</sup> Taylor, Charles; Schulte, Joachim (1994): Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 71-73.

<sup>75</sup> Ebd. S. 55.

<sup>76</sup> Elias, Norbert (1987): Die Gesellschaft der Individuen. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 88-91.

<sup>77</sup> Hall 2002, S. 182.

ein. Henri Tajfel (\*1919, †1982) und John C. Turner (\*1947, †2011) gebrauchen hierfür den Begriff der ‚sozialen Identität‘, der als Teil des menschlichen Selbstkonzeptes einen wichtigen Bestandteil in der individuellen Identitätsarbeit einnimmt. In ihrer *Theorie der sozialen Identität*<sup>78</sup> entfalten die Autoren die Annahme, dass „Menschen ein Bedürfnis nach positiver sozialer Identität haben und deshalb stark motiviert sind, ihre Eigengruppen (Gruppen, denen sie sich zugehörig fühlen) positiv den jeweiligen Fremdgruppen gegenüberzustellen“<sup>79</sup>. Allgemein sozialpsychologisch wird soziale Identität als „derjenige Bestandteil unseres Selbstkonzepts, der sich auf Gruppenmitgliedschaften und den Wert sowie die mit diesen Mitgliedschaften verbundene soziale Bedeutung gründet“<sup>80</sup> definiert. Für das Auftreten einer sozialen Identität benötigt es ein bestimmtes Maß an Identifikation des Individuums mit einer jeweiligen Gruppe (z.B. Geschlecht, Ethnizität, Religion, Beruf, politische Zugehörigkeit usw.). Aus diesen Gruppenmitgliedschaften leiten Individuen u.a. Selbstkenntnis und Sinn ab.<sup>81</sup>

Eine gelebte Form der sozialen Identität kann darin bestehen, dass Menschen gemeinsam in einem Rechtsstaat leben. Dadurch werden Menschen zu Staatsbürger\*innen und darauffolgend zu Mitgliedern einer spezifischen, sozialen Gruppe. Gemeinsamkeiten stärken die Zusammengehörigkeit und beeinflussen rückwirkend das Selbstkonzept eines jeden Mitgliedes. Um gruppenübergreifende Elemente, die wiederum identitätsstiftende Funktionen ausüben, sichtbar machen zu können, müssen folgende Termini beachtet werden: ‚Identifikatoren‘ bzw. sog. ‚Identitätsbausteine‘, ‚kollektive Identifikationsangebote‘:

- In sozialen Umfeldern kommt es zur Schaffung von Identifikatoren, die es den Mitgliedern durch deren Übernahme ermöglichen, sich als Teil der Gruppe zu fühlen. Diese Identifizierungen, die Menschen tagtäglich vornehmen, befinden sich in ständiger Entwicklung. Der deutsche Psychologe Carl Friedrich Graumann (\*1923, †2007) unterscheidet drei Formen von Identifikation, die sich wechselseitig bedingen:

I. **Identification of:** Ein Lebensraum und darin lebende Individuen werden ‚von‘ außen identifiziert und kategorisiert, d.h., dass ihnen bestimmte Rollen zugeschrieben werden.

II. **Being identified:** Das Individuum erkennt, dass es Gegenstand von Identifikationsprozessen geworden ist.

<sup>78</sup> Zur Vertiefung siehe: Tajfel, Henri; Turner, J. C. (1986): The social identity theory of intergroup behavior. In: Stephen Worchel und William G. Austin (Hg.): Psychology of intergroup relations. 2. ed. Chicago, Ill.: Nelson-Hall (The Nelson-Hall series in psychology). S. 7–24.

<sup>79</sup> Jonas, Klaus; Stroebe, Wolfgang; Hewstone, Miles (Hg.) (2014): Sozialpsychologie. 6., vollst. überarb. Aufl. Berlin: Springer (Lehrbuch). S. 150.

<sup>80</sup> Ebd. S. 530.

<sup>81</sup> Vgl. ebd. S. 150.

III. **Identification with:** Das Individuum setzt sich aktiv mit seiner Umwelt auseinander, formt damit die eigene Persönlichkeit und gestaltet damit seine Identität.<sup>82</sup>

Besonderes Augenmerk im weiteren Verlauf dieser Arbeit verdienen die Elemente der „Identification of“ und „Identification with“: Welcher Lebensraum bedingt österreichische Staatsbürger\*innen in ihrer Identitätsgenese? Welche Identifikatoren tragen zur Kategorisierung eines ‚österreichischen Menschen‘ bei? Welche Zuschreibungen erfolgen von außen bzw. prägen die Außenwahrnehmung? Die Untersuchung der gesellschaftspolitischen Wandlungsprozesse in Kombination mit staatspolitischen Zielsetzungen liefert Antworten darauf.

- Je nach sozialem und kulturellem Raum werden dem identitätssuchenden Menschen unterschiedliche Identifikationsangebote offeriert. Aus diesen kollektiven Angeboten kann das Individuum auswählen und diese in die individuellen Identitätsarbeit miteinfließen lassen (Keupp et al. verwenden den Begriff der „gesellschaftlich vorgegebenen Fertigpackungen“<sup>83</sup>). Hierbei gilt zu hinterfragen, wer solche Identitätsangebote konstruiert und gestaltet (z.B. politische Eliten, Machthaber etc.).
- Anhand sog. Identitätsbausteine können Identifikatoren abgelesen werden. Sie unterstützen den Prozess der kognitiven Informationsverarbeitung, d.h. wie Menschen Informationen wahrnehmen, repräsentieren, verwenden oder zu Wissen transformieren. Diese Vorgänge, die mithilfe kognitiver Schemata geschehen, erlauben es dem Individuum Umwelteindrücke einzuordnen und Erfahrungen systematisieren zu können. Das Individuum kann verschiedene Schemata miteinander verbinden und somit einen befriedigenden Austausch mit der Umwelt erhalten.<sup>84</sup> Identitätsbausteine können dem Individuum als Struktur- und Kategorisierungsmöglichkeit dienen und unterstützen damit die Identitätsarbeit. Sie basieren zum Teil auf generationenübergreifenden, gemeinsamen Überzeugungen und Verhaltensweisen. Durch stetige Modifizierung der gesellschaftlichen Verhältnisse werden sie erneuert und mitunter weiterentwickelt:

Im Sinne Pierre Bourdieus sind Identitätsbausteine sozialisierte Wahrnehmungs- und Verhaltensdispositionen, d.h. Bestandteile eines gruppen- bzw. milieuspezifischen ‚Habitus‘. Folglich intendiert Identitätsbildung soziale Abgrenzung, die zunächst nicht unbedingt als negativ zu bewerten ist. Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe vermittelt eine

<sup>82</sup> Graumann, Carl Friedrich: On Multiple Identities, in: International Social Science Journal, 36/96 (1983), S. 309-321.

<sup>83</sup> Keupp et al. 2006, S. 218.

<sup>84</sup> Vgl. Hobmair 2013, S. 235.

gewisse Sicherheit und Überschaubarkeit, und die Prämissen der Dazugehörigkeit können durch neue Identitätsbausteine auch erweitert werden.<sup>85</sup>

Beim subjektiven Konstruktionsprozess der Ich-Identität greifen Menschen mitunter auf vorgegebene, gemeinsame Identitätsbausteine zurück und fügen diese in ständiger Identitätsarbeit zusammen.<sup>86</sup> Eine Nebenerscheinung dieses Prozesses kann im Auftreten eines ‚Wir-Gefühls‘ durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe liegen. In vielfältiger Weise können Identitätsbausteine miteinander verknüpft werden. Hierbei kann die Brücke zu Keupps ‚Patchwork-Identität‘ geschlagen werden: Durch ständige Identitätsarbeit werden Teilidentitäten (Identitätsbausteine) aus dem sozialen Raum mit der eigenen Identitätsarbeit verknüpft, um „situativ stimmige Passungen zwischen inneren und äußeren Erfahrungen zu schaffen“.<sup>87</sup> Kohärenz zwischen dem Menschen und seiner Umwelt steht idealerweise als Folge dieses Konstruktionsprozesses.

Das Kollektivbewusstsein, das u.a. anhand von Identitätsbausteinen gebildet wird, verbindet Individuum und Gemeinschaft zum Phänomen der ‚Wir-Schicht‘. Dabei können soziale Konstrukte – wie jene eines Nationalstaates – entstehen, in denen sich Menschen Sprache, Kultur und Staatswesen miteinander teilen und gleichzeitig auch mitbegründen.

### 2.2.1 Die Genese von Nation und nationaler Identität

*Wenn ich mich sicher fühlen kann, werde ich eine komplexere Identität erwerben [...] Ich werde mich selbst mit mehr als einer Gruppe identifizieren; ich werde Amerikaner, Jude, Ostküstenbewohner, Intellektueller und Professor sein. Man stelle sich eine ähnliche Vervielfältigung der Identitäten überall auf der Welt vor, und die Erde beginnt, wie ein weniger gefährlicher Ort auszusehen. Wenn sich die Identitäten vervielfältigen, teilen sich die Leidenschaften.*<sup>88</sup>

Michael Walzer

Zumeist leben Menschen in sozialen Einheiten. Gesellschaftliche Interaktionen und Konstellationen fügen sich in die Identitätsarbeit des Individuums mit ein. Dabei können aufgrund gemeinsamer sozialer Merkmale kollektive Lebensräume wie etwa die Familie entstehen. Daraus ergeben sich Gemeinschaften und in späterer Folge Gesellschaften. Letztere können bspw. ihr

<sup>85</sup> Hellmuth, Thomas (2002): ‚Patchwork‘ der Identitäten. Ideologische Grundlagen und politische Praxis des Populismus in Frankreich und Österreich. In: Gabriella Hauch, Thomas Hellmuth und Paul Pasteur (Hg.): Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich. Innsbruck: Studien-Verl. (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte, 12). S. 30.

<sup>86</sup> Hellmuth 2015, S. 13.

<sup>87</sup> Keupp et al. 2006, S. 60.

<sup>88</sup> Walzer, Michael (1992): Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. 1. Aufl. Berlin: Rotbuch-Verl. (Rotbuch Rationen). S. 136.

Zusammensein innerhalb eines Staatsgefüges nach unterschiedlichen Kriterien strukturieren, hierarchisieren usw. Diese Vorgänge und jeweiligen Gegebenheiten prägen die Identität eines jeden Mitglieds.

Historisch besonders wirkmächtig geworden ist die Idee des sog. ‚Nationalstaats‘, also die formale Zuordnung von Menschen zu einem bestimmten politischen System (Staat) anhand des Kriteriums ‚Nationalität‘. Als Nation wird „eine Gemeinschaft von Menschen, die sich aus ethnischen/sprachlichen/kulturellen und/oder politischen Gründen zusammengehörig und von anderen unterschieden fühlen“<sup>89</sup> bezeichnet. Im deutschen Sprachgebrauch wird der Begriff Nation oft im Sinne einer – quasi homogenen, einheitlichen – Volks- oder Kulturnation verwendet. Dieser Gebrauch erscheint unter einer etymologischen Perspektive plausibel, da der lateinische Wortstamm ‚natio‘ auf Geburt, Herkunft und Abstammung zurückführt.<sup>90</sup> In dieser engen Definitionsweise zeichnet sich eine Nation also durch eine gemeinsame Geschichte, tradierte und in jedem heranwachsenden Individuum internalisierte Sitten und Gebräuche etc. aus. Auf dieser Grundlage entstehen nationale Narrative, ein Nationalbewusstsein – bspw. ob bestimmter Ereignisse, die freilich zumeist für Identifikationszwecke umgedeutet werden – oder ein ‚Wirkgefühl‘. Nach diesem engen Verständnis von Nation werden Immigranten nie oder nur nach vielen Generationen Teil derselben. In diesem Sinne verstand sich der ‚Nationalsozialismus‘ denn auch als ‚Blut-und-Boden-Ideologie‘, d.h. primär auf die Herkunft abstellend.

Dagegen gibt es eine nicht am Geographischen orientierte Verwendung des Begriffs Nation. Dieser Gebrauch zielt darauf ab, dass Menschen unterschiedlichster Herkunft eine Nation bilden, indem sie grundlegende gemeinsame Werte teilen und diese zu Gesetzen erheben, welchen sie sich gleichrangig unterwerfen. Das US-amerikanische Nationalbewusstsein ist ein solches, bei dem es nicht auf Herkunft, sondern allein auf das Bekenntnis zur Verfassung ankommt. Der Historiker Friedrich Meinecke (\*1862, †1954) weist in diesem Zusammenhang auf die Unterscheidung von ‚Kulturnation‘ und ‚Staatsnation‘ hin: „Während eine Staatsnation ihre Identität aus einem politischen Akt des Willens schöpfe, sei eine Kulturnation bereits vor einer möglichen Staatsgründung durch gemeinsame Werte, Vorstellungen, eine gemeinsame Sprache und kulturelle Tradition bestimmt.“<sup>91</sup>

---

<sup>89</sup> Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) (2010): Lexikon der Politikwissenschaft. N - Z. Orig.-Ausg., 4., aktualisierte und erw. Aufl.: C.H. Beck (Beck'sche Reihe, 1464). S. 636.

<sup>90</sup> Vgl. Rosa, Hartmut; Gertenbach, Lars; Laux, Henning; Strecker, David (2010): Theorien der Gemeinschaft zur Einführung. Hamburg: Junius. S. 81.

<sup>91</sup> Ebd. S. 81.

Der amerikanische Politikwissenschaftler Benedict Anderson (\*1936, †2015) spricht in seinem Buch *Die Erfindung der Nation*<sup>92</sup> von einer Nation als ‚vorgestellte‘ bzw. ‚imaginierte‘ politische Gemeinschaft. ‚Vorgestellt‘ hat zu bedeuten, dass sich die Mitglieder einer Nation nicht alle persönlich kennen. Die Gemeinschaft existiere nur im Kopf. Anderson benutzt eine weitere Zuschreibung der Nation, nämlich die des ‚Begrenztseins‘. Eine Nation werde deshalb als begrenzt vorgestellt, „weil selbst die größte von ihnen mit vielleicht einer Milliarde Menschen in genau bestimmten, wenn auch variablen Grenzen lebt, jenseits derer andere Nationen liegen“<sup>93</sup>. Die dritte Eigenschaft, die Anderson einer Nation zuschreibt, lautet ‚souverän‘: Anderson erklärt dies damit, dass der Begriff der Nation in einer Zeit geboren wurde,

als Aufklärung und Revolution die Legitimität der als von Gottes Gnaden gedachten hierarchisch-dynastischen Reiche zerstörten. [...] Deshalb träumen Nationen davon, frei zu sein und dies unmittelbar – wenn auch unter Gott. Maßstab und Symbol dieser Freiheit ist der souveräne Staat.<sup>94</sup>

Für Anderson wird Nation als Gemeinschaft vorgestellt, „weil sie, unabhängig von realer Ungleichheit und Ausbeutung, als ‚kameradschaftlicher‘ Verbund von Gleichen verstanden wird“<sup>95</sup>.

Der Nationalstaat „als Ausdruck sprachlicher, geographischer und kultureller Identität ist keine Naturgegebenheit, sondern eine ‚sehr späte Erfindung‘ des 19. Jahrhunderts, ein Paradebeispiel für die ‚Erfindung von Tradition“<sup>96</sup>, bemerken Keupp et al. Als besonderes Anschauungsmaterial der jüngsten Vergangenheit für die psychologischen Verwerfungen rund um den Komplex ‚personale Identität und Kollektivbewusstsein‘ nennt das wissenschaftliche Konsortium um Keupp die Bundesrepublik Deutschland: Seit dem Ende der Teilung in BRD und DDR verloren viele Menschen aus der DDR ihr nationales Identitätsgefühl. In diesem Fall brachte die Vereinigung ‚zweier deutscher Staaten‘ – und trotz gemeinsamer Vergangenheit vor der Teilung in Ost- und Westdeutschland, trotz gemeinsamer Sprache etc. – einen nachhaltig prägenden Identitätsverlust mit sich.

---

<sup>92</sup> Anderson, Benedict (1996): *Die Erfindung der Nation*. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. 2., um ein Nachw. von Thomas Mergel erw. Aufl. der Neuausg. 1996. Frankfurt/Main: Campus-Verl. (Campus-Bibliothek).

<sup>93</sup> Ebd. S. 16.

<sup>94</sup> Ebd. S. 17.

<sup>95</sup> Ebd. S. 17.

<sup>96</sup> Keupp et al. 2006, S. 87.

Der deutsche Politikwissenschaftler Jochen Hippler (\*1955) forschte u.a. zum Prozess des Nationenbildung (engl. nation building). Dabei bezeichnete er Nationenbildung als

ein Prozess sozio-politischer Entwicklung, der idealtypisch – meist über eine längere historische Zeitspanne – aus zuerst locker verbundenen Gemeinschaften eine gemeinsame Gesellschaft mit einem ihr entsprechenden ‚National-Staat‘ werden lässt. Ein solcher Prozess kann aufgrund politischer, ökonomischer, sozialer, kultureller und anderer Dynamiken in Gang kommen.<sup>97</sup>

Nach Hippler lassen sich drei zentrale Elemente von Nationenbildung benennen: „eine gemeinschaftsbildende, überzeugungskräftige Ideologie, die Integration der Gesellschaft und ein funktionsfähiger Staatsapparat“<sup>98</sup>. Eine überzeugungsfähige Ideologie spielt auf die verschiedenen Arten des Nationalismus an, wobei explizit die Herausbildung einer gemeinsamen nationalen Identität und die Abgrenzung von anderen nationalen oder ethnischen Gruppen gemeint ist. Laut Hippler setze Nationenbildung die Herausbildung einer ‚Nation‘ voraus, „die allerdings höchst unterschiedlich konstituiert sein kann“<sup>99</sup>.

Solange in einer Region die Menschen sich *primär* als Paschtunen, Maroniten, Bayern, Yussufzai (ein paschtunischer Stamm), Ismaeliten oder Mitglied eines bestimmten Clans definieren, ist National-Building entweder unvollendet oder gescheitert. Die Existenz der jeweiligen Identitäten ist dabei nicht an sich das Problem, sondern deren Verhältnis zu einer gruppenübergreifenden, ‚nationalen‘ Identität.<sup>100</sup>

Wenn eine ‚Staatsideologie‘ insoweit gemeinschaftsbildend konstruiert ist, dass – im Sinne Keupps – Teilidentitäten (wie bspw. Vorarlberger\*in, Katholik\*in und Österreicher\*in) nahtlos zusammengefügt werden können, so bildet dies die Grundlage für einen erfolgreichen Nationalstaat. „Solange aber die primäre Identität und Loyalität beim Stamm, Clan oder einer ethnischen oder ethno-religiösen Gruppe liegt und die ‚nationale‘ Identitätsebene nachgeordnet bleibt oder fehlt, wird ein Nationalstaat prekär bleiben.“<sup>101</sup> Eine überzeugungskräftige Ideologie muss nicht immer ‚national‘ ausgerichtet sein, sondern es können auch andere Werte- und Identitätsmuster dafür verwendet werden: „Verfassungspatriotismus, ‚Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‘, säkulare Ideologien (z.B. Sozialismus) oder Religion“<sup>102</sup>.

Das zweite Element von Nationenbildung beinhaltet die „Integration einer Gesellschaft aus den zuvor bestehenden, lose verbundenen Gruppen“<sup>103</sup>. Als wichtigstes Mittel hierfür benennt Hippler die Kommunikationsmuster zwischen den sozialen Gruppen. Diese müssen zumindest soweit verdichtet werden, dass eine erfolgreiche und dauerhafte Nationenbildung möglich ist:

<sup>97</sup> Hippler, Jochen (2004): Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Bonn: Dietz (Eine Welt, 17). S. 18.

<sup>98</sup> Ebd. S. 20.

<sup>99</sup> Ebd. S. 21.

<sup>100</sup> Ebd. S. 21.

<sup>101</sup> Ebd. S. 21.

<sup>102</sup> Ebd. S. 21.

<sup>103</sup> Ebd. S. 22.

„Nation-Building braucht eine ‚nationale‘ Infrastruktur, Verkehrs- und Kommunikationswege, die Herausbildung einer ‚Nationalökonomie‘ aus regionalen oder lokalen Wirtschaftsbereichen, landesweite Massenmedien für die Etablierung eines nationalen politischen und kulturellen Diskurses.“<sup>104</sup>

Die dritte Voraussetzung eines erfolgreichen Prozesses von Nationenbildung ist die Herausbildung eines funktionierenden Staatsapparates. Dazu gehört bspw. die Schaffung einer

finanziellen Basis (wirksames Steuerwesen), ein organisiertes Polizei- und Rechtssystem (Gewaltmonopol), einen Verwaltungsapparat [...]. Der Staat braucht loyales Personal, das sich eben nicht primär mit einzelnen sozialen, ethnischen oder religiösen Gemeinschaften identifiziert, sondern mit ihm und der ‚Nation‘.<sup>105</sup>

Nationen sind dann von langer Dauer, wenn identitätsstiftende Narrative von der Gemeinschaft weitertradiert werden. Keupp et al. schreiben, dass ein zentrales Medium der Identitätsarbeit die Selbsterzählung ist. „Insofern sind Selbsterzählungen nicht einfach Ergebnisse kommunikativer Akte, sondern werden durch erzählerische Muster, medial verstärkte Metaerzählungen und von Machtfragen geprägte Darstellungsmechanismen mit beeinflusst.“<sup>106</sup> Damit ist ein fundamentaler Aspekt hinsichtlich der Genese der nationalen Identität angedeutet, den es nun näher zu beleuchten gilt: Die Rolle der Herrschaftsebene.

Der moderne, demokratisch organisierte Nationalstaat wird wesentlich gestützt von identitätsstiftenden Narrativen, die seine Bürger\*innen weitertradiieren. Diese Narrative wiederum sind keineswegs von den Bürger\*innen so selbstgewirkt, wie es den Anschein haben mag. Die Ausführungen zur Entwicklung der personalen Identität haben gezeigt, dass für das Individuum ein Bezugsrahmen gegeben sein muss, in dem es Orientierung und Referenzpunkte findet, um ein ‚Selbst‘ ausbilden zu können. Gleiches gilt für das (nationalstaatliche) Kollektivbewusstsein. Im Falle des demokratischen, liberalen Nationalstaates wird jener Rahmen in erster Linie von denjenigen erzeugt und tradiert, die über die Kanäle des öffentlichen Diskurses verfügen. Vorrangig trifft dies auf die Funktionsträger im politischen System zu, weiters natürlich auch auf Künstler\*innen von Rang und Namen, Berufstätige im Medienbereich, sog. ‚Big Players‘ aus der Wirtschaft usw. Politische Akteure und Eliten sind jedenfalls in der Lage, direkt in den Entstehungsprozess einer ‚nationalen Identität‘ einzugreifen. Sie können u.a. kollektive Identitätsangebote – bspw. Symbole, Normen und Werte, gesetzliche Regularien, nationale Narrative auf Basis gemeinsamer historischer Ereignisse etc. – schaffen und ‚unter die Leute bringen‘. Durch ein reziprokes Verhältnis von politischer Herrschaftsebene und Bevölkerung entsteht im

---

<sup>104</sup> Ebd. S. 22.

<sup>105</sup> Ebd. S. 23.

<sup>106</sup> Keupp et al. 2006, S. 216.

Idealfall eine Identifikationseinheit, d.h. eine von beiden geteilte und akzeptierte nationale Identität, deren Gemeinsamkeiten sich in nationalen Identitätsbausteinen wiederfinden lassen. Politik, so könnte man angesichts des Prozederes der Interessendurchsetzung in einer repräsentativen Demokratie festzustellen versucht sein, will nichts anderes als Identifikation schaffen. Wer sich mit einer politischen Idee identifiziert, wird für diese demokratisch eintreten (wählen). Wer gewählt werden will, muss Angebote (Programme) verfechten, mit denen sich Mehrheiten identifizieren können. Politische Parteien vertreten – trotz voneinander abgrenzender Schwerpunktsetzung – jedoch immer eine identifikatorische Querschnittmaterie. Kein Bürger\*in wird sich mit einer Partei also vollständig identisch sehen – außer es ist seine eigene. So bleibt immer eine gewisse Leerstelle im Identitätsangebot, welche keine Partei, kein Akteur restlos füllen kann; eine Leerstelle, die offen ist für den unabsehbaren und nicht planbaren dynamischen Lauf historischer Entwicklungen<sup>107</sup>. Für den Teil der bewusst konstruierten Identitätsangebote, die von der gesellschaftlichen Herrschaftsebene ihren Ausgang nehmen, hat die Geschichtswissenschaft einen spezifischen Terminus ausgebildet, die sog. ‚Geschichtspolitik‘. Kurz gesagt bezeichnet sie die Art und Weise, wie mit der (nationalen) Geschichte Politik gemacht wird.

---

<sup>107</sup> Als Beispiel für dieses Phänomen der überraschenden ‚identitätspolitischen Wende‘ aus jüngster Zeit: Der Zwischenfall im japanischen Atomkraftwerk Fukushima (im Jahr 2011) nach einem Tsunami hat die deutsche Regierung unter Kanzlerin Angela Merkel, Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union, welche über viele Jahrzehnte ein klares wirtschaftliches wie politisches Bekenntnis pro Atomkraft propagierte, quasi über Nacht dazu gebracht, aus der Atomenergie auszusteigen. Selbst politische Vertreter der Partei Bündnis 90/Die Grünen waren erstaunt ob dieser völlig unerwarteten Kehrtwende.

## 2.2.2 Identitätsarbeit und Geschichtspolitik

*Erinnerungsorte stellen einen wichtigen Faktor im Prozess der individuellen und kollektiven Identitätsbildung dar, vorausgesetzt freilich, dass Identität als „subjektiver Konstruktionsprozess“ begriffen wird [...].*<sup>108</sup>

Thomas Hellmuth

Konfrontiert mit unterschiedlichen Identifikatoren bzw. Identitätsangeboten seitens der Gemeinschaft, befinden sich Individuen in ständiger Identitätsarbeit. Bei diesem Konstruktionsprozess können Menschen oftmals auf ‚vorgegebene‘ Identitätsbausteine aufbauen. Nationale Regierungen bzw. politische Eliten agieren als interpretierende Akteure der Vergangenheit und betätigen sich auf dem Feld der Geschichtspolitik.

Geprägt wurde der Begriff Geschichtspolitik (engl. *politics of history*) im westdeutschen Historikerstreit in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. Der deutsche Historiker Edgar Wolfrum (\*1960) erarbeitete jene Definition von Geschichtspolitik, die noch heute Gültigkeit besitzt:

Geschichtspolitik ist ein Handlungs- und Politikfeld, auf dem verschiedene Akteure Geschichte mit ihren spezifischen Interessen betrachten und politisch zu nutzen suchen. Sie zielt auf die Öffentlichkeit und trachtet nach legitimierenden, mobilisierenden, politisierenden, skandalisierenden, diffamierenden u.a. Wirkungen in der politischen Auseinandersetzung.<sup>109</sup>

Dabei nehmen politische Eliten, laut Wolfrum, die lenkende Position im Prozess des Geschichtsinterpretierens und dessen Umgang für die Zukunft ein:

Politische Eliten versuchen Traditionen zu schöpfen, Erinnerungen zu gestalten und Identitäten zu konstruieren. Sie bedienen sich dabei [...] verschiedener Erinnerungsstrategien, umstrittener Inszenierungen, integrierender und desintegrierender Rituale und polarisierender Diskurse, kurz sie betreiben Geschichtspolitik mit der Demokratie und prägen damit gleichermaßen nachhaltig die politische wie auch die Geschichtskultur.<sup>110</sup>

Aktiv betriebene Geschichtspolitik wird i. d. R. über die Top-down-Methode verfolgt, um politische Ziele zu erreichen. Bei dieser handelt es sich in Bezug auf Politik, Soziologie und Wirtschaft um eine „organisatorische Methode, bei der hierarchisch übergeordnete Personen das Handeln einer Gruppe wesentlich bestimmen oder beeinflussen“<sup>111</sup>. Politische Instanzen oder Autoritäten pflegen bspw. mit „nationalen Jahres- und Gedenktagen, ‚historischen‘ Orten und

<sup>108</sup> Hellmuth, Thomas (2005): Das Salzkammergut. In: Emil Brix, Ernst Bruckmüller und Hannes Stekl (Hg.): Bauten, Orte, Regionen. Wien: Verl. für Geschichte und Politik (Memoria Austriae, / hrsg. von Emil Brix ...; 2). S. 336.

<sup>109</sup> Wolfrum, Edgar (1999): Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung; 1948 - 1990. Zugl.: Darmstadt, Techn. Univ., Habil.-Schr., 1999. Darmstadt: Wiss. Buchges. S. 25f.

<sup>110</sup> Ebd. S. 2.

<sup>111</sup> Duden: Begriff ‚Top-down-Methode‘. Online eingesehen: URL: <[https://www.duden.de/rechtschreibung/Top\\_down\\_Methode](https://www.duden.de/rechtschreibung/Top_down_Methode)> zuletzt eingesehen am 25. März 2020.

Persönlichkeiten, Höhen bzw. Tiefen der eigenen Nationalgeschichte, Geschichtsmuseen und -ausstellungen, Denkmälern, Gedenkstätten<sup>112</sup> einen spezifischen Umgang.

Eine mögliche konkrete Ausübung von Geschichtspolitik bzw. eine Erinnerungsstrategie ist das Benennen und Kultivieren von Erinnerungsorten. Bestimmte ‚Orte‘ bzw. „diskursive Chiffren“<sup>113</sup> (historische Ereignisse, Institutionen, Begriffe etc.) werden mit einer gewissen Symbolik versehen und erzielt (im Idealfall) eine identitätsstiftende Wirkung. Zum einen können sie der historischen Dokumentation, zum anderen der Vergangenheitsbewahrung dienen. Als symbolische Repräsentationen beeinflussen sie die Gedächtnis- und Identitätsdiskurse. Je nachdem welche ideologischen Konzepte die Akteure der Geschichtspolitik vertreten, werden Interpretationen abgeleitet.

Pierre Nora (\*1931), ein französischer Historiker, prägte den Begriff der ‚Lieux de mémoire‘<sup>114</sup>. Wörtlich übersetzt meint dieser Begriff ‚Orte des Gedächtnisses‘ bzw. ‚Gedächtnisorte‘, etwas freier übersetzt ‚Erinnerungsorte‘. Diese würden in Schlüsselmomenten entstehen, „in denen das Bewusstsein des Bruches mit der Vergangenheit sich mit dem Gefühl einer zerrissenen Erinnerung vermischt“.<sup>115</sup> Nach Thomas Hellmuth unterliegen Erinnerungsorte einem ständigen Wandel, d.h. sie können „mit neuen Bedeutungen belegt werden bzw. überhaupt an Bedeutung verlieren“.<sup>116</sup> Im Abgleich der individuellen Identitätsbildung mit den kollektiven Identitätsangeboten nehmen Erinnerungsorte eine wichtige Position ein, so Hellmuth.<sup>117</sup>

Der deutsche Politikwissenschaftler und Zeithistoriker Harald Schmid (\*1964) präzisiert den Begriff Geschichtspolitik dahingehend, dass er ihn vielmehr als ‚Geschichtsbildpolitik‘ bzw. ‚Geschichtsbewusstseinspolitik‘ bezeichnen würde, denn „das Bewusstsein und das Bild von Geschichte stehen im Zentrum dieses Komplexes“<sup>118</sup>. Schmid benennt folgende Grundfunktionen von Geschichtspolitik: „die Schaffung einer Tradition [...] und die Generierung politisch

<sup>112</sup> Troebst, Stefan: Geschichtspolitik. in: Docupedia-Zeitgeschichte, 4. August 2014; Online eingesehen: URL: <<https://docupedia.de/zg/Geschichtspolitik>> zuletzt eingesehen am 27. März 2020.

<sup>113</sup> Vgl. Siebeck, Cornelia: Erinnerungsorte, Lieux de Mémoire. In: Docupedia-Zeitgeschichte, 2.3.2017. Online eingesehen: URL: <[http://docupedia.de/zg/Siebeck\\_erinnerungsorte\\_v1\\_de\\_2017](http://docupedia.de/zg/Siebeck_erinnerungsorte_v1_de_2017)> zuletzt eingesehen am 17.12.2020.

<sup>114</sup> Nora, Pierre (1990): Zwischen Geschichte und Gedächtnis. Unter Mitarbeit von Wolfgang Kaiser. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach (Kleine kulturwissenschaftliche Bibliothek, 16). S. 7 f.

<sup>115</sup> Vgl. Hellmuth 2005, S. 336.

<sup>116</sup> Ebd. S. 336.

<sup>117</sup> Vgl. ebd. S. 336.

<sup>118</sup> Schmid, Harald (2008): Konstruktion, Bedeutung, Macht. Zum kulturwissenschaftlichen Profil einer Analyse von Geschichtspolitik. In: Horst-Alfred Heinrich und Michael Kohlstruck (Hg.): Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie. Stuttgart: Steiner (Geschichte). S. 78.

historischer Legitimität“<sup>119</sup>. In diesem Sinne erzeugt Geschichtspolitik Narrative für die Identitätsarbeit, d.h. sie konstruiert und entwirft (Teile) jenes ‚Selbst-Bild‘, das zur Grundlage des kollektiven Selbstverständnisses der Bevölkerung eines Staates wird. Voraussetzung dafür ist, dass die Bevölkerung dieses ‚Angebot‘ auch kohärent mit ihrem konkreten Lebens- und Identitätsgefühl zusammenbringen kann.

Zu geschichtspolitischen Auseinandersetzungen kann es u.a. dann kommen, wenn Akteure keine einheitliche Meinung über die Deutung der Vergangenheit vertreten. Die Ausgestaltung von Institutionen wie Museen, Denkmäler oder Gedenkstätten gerät in ein brisantes Spannungsfeld. Da diese Prozesse (bspw. die Errichtung von Erinnerungsorten) politisch sehr umstritten oder zumindest von klar ersichtlichen (Partei-)Interessen geleitet sind, werden wissenschaftliche Erkenntnisse oftmals ignoriert. Die Dynamik von Geschichtspolitik macht sie zu einem mal mehr, mal weniger konflikthaften Aushandlungsprozess<sup>120</sup>:

Geschichtspolitik lässt sich nicht abschaffen oder überwinden. Sie bestimmt die Deutung der Vergangenheit in der alltäglichen Politikdarstellung. Aber sie lässt sich durchdringen und auch durchschauen – und so in ihrer verführerischen Brisanz durch suggerierte Schlüssigkeit und politisch instrumentalisierbare Analogiebildung korrigieren.<sup>121</sup>

Bei der Entstehung der Republik Österreich – zunächst 1918 nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie; dann 1945 nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – waren Politiker und politische Eliten jene Akteure, die an vorderster Front gezielt Geschichtspolitik betrieben, um eine ‚österreichische Identität‘ zu implementieren. Bevor nun näher auf ausgewählte Marksteine der österreichischen Geschichts- bzw. Identitätspolitik eingegangen wird, sollen in einem zusammenfassenden Resümee die zentralen Erkenntnisse dieses Kapitels *Auf der Suche nach Identität* rekapituliert werden.

---

<sup>119</sup> Ebd. S. 78.

<sup>120</sup> Siehe zur Vertiefung: Entstehungsgeschichte des Hauses der Geschichte Österreich und die gegenwärtigen (Februar 2021) Diskussionen rund um die Gestaltung bzw. Neukuratierung des Heeresgeschichtlichen Museums.

<sup>121</sup> Steinbach, Peter: Politik mit Geschichte – Geschichtspolitik? in: Bundeszentrale für politische Bildung. 28. März 2008. Online eingesehen: URL: <<https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39789/geschichte-und-politik?p=1>> zuletzt eingesehen am 27. März 2020.

## 2.3 Resümee

Das vorangehende Kapitel sollte auf drei Ebenen Erkenntnisse liefern: erstens bei der Klärung des Begriffs ‚Identität‘; zweitens bei der Erhellung des Zusammenhangs von Individuum und Entstehung einer personalen Identität; drittens beim Eruiieren des Verhältnisses von (personaler) Identität und Kollektivbewusstsein. Die von mir hier vorgestellten Überlegungen und Positionen aus unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen möchte ich auf folgende Kernaussagen fokussieren:

1. Identität ist niemals starr, sondern ein Prozess ständiger Weiterbildung in unterschiedlichen Spannungsfeldern.
2. Identität bildet sich in der Auseinandersetzung mit einem Gegenüber (Person, Idee, Ideologie etc.).
3. Identität ist labil – Krisen können massive Probleme verursachen und beinhalten gleichzeitig ein großes Wachstumspotential.
4. Narrative sind für die Identitätsentwicklung von entscheidender Bedeutung.
5. Identitätsarbeit zielt auf ‚Lebenskohärenz‘ – der Mensch braucht ein Identitätsgefühl, eine Einbettung seiner Existenz in einen kohärenten Sinnzusammenhang.

Diese fünf Kernaussagen zur Identitätsthematik gelten gleichermaßen auf individueller wie kollektiver Ebene. So wie ein menschliches Individuum bis zu seinem Tode kein abgeschlossenes ‚Selbst‘ aufweist, so gilt dies auch bei sozialen Einheiten wie kleinen Gruppen, größeren Gemeinschaften oder – als eine Form der Organisation von Gesellschaft – demokratischen Nationalstaaten. Aus der Unabgeschlossenheit folgen aber weder völlige Beliebigkeit noch Uniformität. Als eigenständiges und zugleich soziales Wesen ist der Mensch immer gefordert, ein ‚Selbst‘ auszubilden, das sich von anderen ‚Selbsten‘ abgrenzen lässt, dabei aber offen zu bleiben für die Möglichkeit des überindividuellen Zusammenschlusses. Identität, verstanden als ‚Entwurf eines Selbstbildes‘, gehört ebenso zur individuellen wie zur kollektiven Form des Daseins. Nationalstaaten differieren in ihrem Charakter ebenso wie Individuen. Erstere spiegeln dies nach außen bspw. über ihr Regierungssystem oder ihre Verfassung, letztere über Kleidung, politische Orientierung etc.

Im nun folgenden Schwerpunktkapitel *Marksteine der österreichischen Identitätsfindung* wird auf diese Überlegungen Bezug genommen. Dabei soll eine Auswahl an historischen Ereignissen und Erlebnissen vorgestellt werden, die das Phänomen der ‚österreichischen Identitäten‘ mitbestimmt haben und bis heute fortwirken.

### 3. Marksteine der österreichischen Identitätsfindung

In diesem Kapitel werden anhand historischer Schilderungen aus den Epochen Erste Republik, Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur, Anschluss und NS-Diktatur sowie Zweite Republik Themenfelder präsentiert, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der österreichischen Identitätsfindung stehen.

Die Historiker Stefan Eminger, Ota Konrád und Jaroslav Šebek halten fest, was Staaten brauchen: „Sie brauchen die Anerkennung der Bevölkerung, geteilte Grundwerte, *eine gemeinsame Identität* [Hervorhebung d. Verf.]. Um so eine Identität zu schaffen oder zu sichern, stützen sie sich unter anderem auf ein Staatsbewusstsein und auf ein System von Symbolen.“<sup>122</sup> Wie Staatsbewusstsein entfaltet werden kann, soll die im Folgenden skizzierte österreichische Identitätssuche zeigen. Dabei stellt die Durchsicht der österreichischen Verfassungen<sup>123</sup> ab 1918 wesentliche programmatische Veränderungen, die auch Auswirkungen auf das österreichische Identitätsverständnis haben, einen Leitgedanken bei der Analyse dar. Jeweils im Anschluss daran werden weitere Aspekte, Quellen und Informationen, die als Identifikatoren zum Entstehen einer österreichischen Identität beitragen, erörtert.

Die über Jahrhunderte andauernde Herrschaft der Habsburger nimmt in dieser Arbeit keine zentrale Rolle ein. Sehr wohl werden Bezüge und Verweise auf die Geschichte der Habsburger und deren Auswirkungen auf die jeweiligen vorherrschenden Identitätsangebote angeführt. Der zentrale Untersuchungsgegenstand bildet jedoch das Staatsgebiet des heutigen Österreich, wobei sich folgende Fragen ergeben: Wie wird nach dem Zweiten Weltkrieg ein österreichisches Staatsbewusstsein geschaffen? Wie lässt sich aus neun Regionen eine Gesamtstaatlichkeit formen? „[...] die neun Bundesländer des heutigen Österreich bilden keineswegs eine Einheit, weder historisch noch sprachlich (es gibt bayerische Teile und das alemannische Vorarlberg,

<sup>122</sup> Ebd. S. 96.

<sup>123</sup> Einen Zusammenhang von Identität und Verfassung liefert der antike Philosoph Aristoteles. In seiner Schrift *Politik* (Vgl. Kullmann 2014) beschreibt er das Endziel (*télos*) der Staatsverfassung als Glückseligkeit (*eudaimonía*) der Staatsbürger (Vgl. Kullmann 2014, S. 323 [1332a]).

Da nämlich der Staat eine Gemeinschaft ist, die Gemeinschaft der Staatsbürger einer Staatsverfassung, so erscheint es notwendig, dass wenn die Verfassung eine andere und verschiedenartige geworden, auch der Staat nicht mehr derselbe ist [...] und desgleichen jede andere Gemeinschaft und Zusammensetzung eine andere ist, wenn die Art dieser Zusammensetzung eine andere ist [...] Und wenn es sich nun so verhält, so ist offenbar, dass man einen Staat noch denselben nennen muss vorzugsweise mit Rücksicht auf seine Verfassung [...]. (Kullmann 2014, S. 132 [1276b]).

Aristoteles will aufzeigen, dass die Identität eines Staates durch die Form seiner Zusammensetzung bestimmt ist. Dabei bildet die Verfassung die Form der Zusammensetzung bzw. das zentrale Gebilde des Staates. Christof Rapp hebt hervor, dass konkrete Ziele einer Polis von der Verfassungsform abhängen, und diese für die Identität der Polis entscheidend sind. Die Verfassung, die als Ordnungsprinzip der Polis bezeichnet werden kann, prägt die Identität einer Polis (Vgl. Rapp 2012, S. 61).

daneben noch eine Reihe von sprachlichen Minderheiten) oder kulturell.“<sup>124</sup> Karl Vocelka (\*1947) weist darauf hin, dass die Schaffung von gesamtstaatlicher Identität in Österreich ein schwieriges Unterfangen darstellt, weil „die starke Bindung an lokale Bereiche auch heute noch mindestens ebenso wirksam ist wie die an die zentrale Staatsidee“.<sup>125</sup>

### 3.1 Erste Republik

*Vor dem Zweiten Weltkrieg gab es nur Ansätze einer Identitätsfindung durch die österreichische Bevölkerung. Die Bewohner der Alpenrepublik fühlten sich als Deutsche – wenn auch manchmal als die „besseren Deutschen“.*<sup>126</sup>

Karl Vocelka

Die Jahre 1918 und 1919 stehen für das Ende des Ersten Weltkrieges, für Millionen Tote und Verwundete, für den Zusammenbruch der Habsburgermonarchie bzw. den Zerfall des Vielvölkerstaates, für die Veränderung der politischen Landkarte Europas und für den Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye. Die Politiker der Republik Österreich standen vor der Herausforderung identitätsstiftende Identifikatoren bzw. eine „Wir-Schicht“<sup>127</sup> zu konstruieren.

Am 12. November 1918 wurde die Republik ‚Deutsch-Österreich‘ von der provisorischen Nationalversammlung ausgerufen.

Im Jahr 1918 bewegte sich das Nationalbewusstsein in Österreich noch in einem Spektrum zwischen „österreichisch“ und „deutsch“. In der Monarchie war man Deutscher gegenüber den Slowenen, Tschechen oder Magyaren und Österreicher gegenüber den „Reichsdeutschen“. Durch die schmerzhaften Erinnerungen an die letzte Phase der Monarchie, die mit Krieg, Not und Tod verbunden waren, kam es zunächst zu einer „Flucht aus dem Österreichischen“ hin zum „Deutschen“.<sup>128</sup>

Verfassungstechnisch übernimmt die Republik ‚Deutsch-Österreich‘ vorwiegend „die Rechtsordnung des untergegangenen Staates Österreich, dessen Gerichts- und Verwaltungsorganisation, schafft aber im Wesentlichen ein neues Verfassungsrecht auf der Basis der Volkssouveränität“<sup>129</sup>. Der österreichische Verfassungsrechtler Wilhelm Brauner (\*1943) skizziert den Prozess der Entstehung der Republik ‚Deutsch-Österreich‘ als „doppelschichtig“<sup>130</sup>: Politische

<sup>124</sup> Vocelka, Karl (2013): Geschichte Österreichs. Kultur - Gesellschaft - Politik; [mit Zeittafeln, Biographien und Hinweisen auf Museen und Sammlungen]. 7. Aufl. München: Heyne. S. 12.

<sup>125</sup> Ebd. S. 12.

<sup>126</sup> Ebd. S. 9.

<sup>127</sup> Vgl. Elias 1986, S. 88.

<sup>128</sup> Eminger, Stefan; Konrád, Ota; Šebek, Jaroslav (2019): Zwischen den Kriegen. Österreich und die Tschechoslowakei 1918-1938. In: Niklas Perzi, Ota Konrád und Hildegard Schmoller (Hg.): Nachbarn. Ein österreichisch-tschechisches Geschichtsbuch, S. 96.

<sup>129</sup> Brauner, Wilhelm (2005): Österreichische Verfassungsgeschichte. 10., durchges. Aufl. Wien: Manz (Manz Studienbuch). S. 187.

<sup>130</sup> Ebd. S. 187.

Entscheidungen wurden nicht ausschließlich durch die Zentralgewalt bestimmt; vielmehr wurde bspw. durch ‚Länderkonferenzen‘ den Ländern ein Mitspracherecht garantiert. Die Länder wiederum hegten diverse Anschlussgedanken an die Schweiz (Bsp. Vorarlberg 1919) oder die Deutsche Republik (Bsp. Tirol und Salzburg 1921).

Hinsichtlich der Verfassungsbestimmungen erklärte sich die Republik ‚Deutsch-Österreich‘ als Bestandteil der Deutschen Republik.<sup>131</sup> Eine tiefgreifende Änderung erfolgte erst mit dem Staatsvertrag von St. Germain-en-Laye (10. September 1919). Die Siegermächte des Ersten Weltkrieges erzwangen einerseits die Selbständigkeit der Ersten Republik und lehnten im Vertrag von St. Germain-en-Laye die Bezeichnung ‚Deutsch-Österreich‘ ab. Andererseits wurde der Anschluss an Deutschland verboten. Deshalb wurde am 21. Oktober 1919 die offizielle Bezeichnung ‚Österreich‘ beschlossen.<sup>132</sup> Was auf dem Papier fixiert wurde, änderte in den Köpfen der meisten Österreicher\*innen jedoch wenig:

Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg sahen große Teile der Bevölkerung Österreichs im Anschluss an das immer noch mächtige Deutschland den einzigen Ausweg. Vielen erschien der neue Staat wirtschaftlich nicht lebensfähig, und im Anschluss erblickten sie die Möglichkeit, ihrem Leiden und dem Zerfall der Monarchie wenigstens nachträglich Sinn zu verleihen. Die deutschen Momente der österreichischen Identität rückten nun in den Vordergrund. Quer durch alle politischen Lager agierten die Eliten des neuen Staates ganz in diesem Sinne. [...] Trotzdem begann man in der Alpenrepublik, den Anschluss wenigstens geistig weiterzuverfolgen. Rechtsmaterien und Begriffe wurden jenen in Deutschland angeglichen. Im Schulunterricht wurden die Kinder zum „Deutschtum“ erzogen, an den Universitäten wurde gesamtdeutsche Geschichte gelehrt.<sup>133</sup>

Der Staatsvertrag von Saint Germain (StGBI. 303/1919), der „nicht auf dem Wege echter Verhandlungen, sondern als Diktat der Siegermächte“<sup>134</sup> zustande gekommen war, brachte verfassungsrechtliche Auswirkungen mit sich: Anschlussverbot an das Deutsche Reich; Verbot einer Vereinigung aller deutschsprachigen Gebiete zu einer neuen staatlichen Gemeinschaft.<sup>135</sup> Als wichtigstes Verfassungsprinzip und gleichzeitig klare Abgrenzung zur Habsburgermonarchie findet sich im Artikel I des StGBI. Nr. 1 / 1918: „Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volk eingesetzt.“<sup>136</sup> Zentrales Element bei der Gründung der Ersten Republik ist das Habsburgergesetz vom 3. April 1919. Dabei wurde das Ende der Monarchie und der Beginn der österreichischen Republik in juristischer Form markiert: (Ex-)Kaiser Karl wurde ins Exil in die Schweiz

<sup>131</sup> Vgl. Brauneder 2005, S. 187.

<sup>132</sup> Vgl. Eminger, Konrád, Sebek 2019, S. 96.

<sup>133</sup> Ebd. S. 96.

<sup>134</sup> Brauneder 2005, S. 195.

<sup>135</sup> Vgl. ebd. S. 196-197.

<sup>136</sup> StGBI. für den Staat Deutschösterreich. Jahrgang 1918. Ausgegeben am 15. November 1918. 1. Stück. Online eingesehen: URL: <<https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=sgb&datum=1918&page=26&size=29>> zuletzt eingesehen am 13. Jänner 2021. S. 4.

gebracht, die Herrscher- und Vorrechte der Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen aufgehoben und die Republik Österreich als Eigentümerin der kaiserlichen Hinterlassenschaften berufen: „Die Republik Österreich ist Eigentümerin des gesamten in ihrem Staatsgebiet befindlichen beweglichen und unbeweglichen hofärarischen sowie des für das früher regierende Haus oder für eine Zweiglinie desselben gebundenen Vermögens.“<sup>137</sup> Österreich wurde nach dem Untergang der Habsburgermonarchie zum offiziellen Erben des ehemaligen Kaiserreichs. Neben all den baulichen Errungenschaften wurde die Republik Österreich Erbe einer dynastischen Geschichte, die sich über 600 Jahre erstreckte. Bis heute hält die Republik Österreich in Form diverser Museen und Tourismusattraktionen (z.B. Schloss Schönbrunn, Sisi Museum, Kaiserappartements/Silberkammer, Kaiserliche Schatzkammer, Kaisergruft bzw. Kapuzinergruft, Hermesvilla etc.) sowie via Produkte der Unterhaltungsindustrie (z.B. *Sissi-Trilogie* aus den Jahren 1955 bis 1957; vierteilige Fernsehserie *Maria Theresia* in den Jahren 2017 bis 2019; Satireshow *Wir sind Kaiser* ab dem Jahr 2007 bis 2021 etc.) den Habsburger-Mythos aufrecht.<sup>138</sup>

Trotz des nach außen dramatisch wirkenden Zusammenbruchs der Habsburgermonarchie finden sich an ungeahnter Stelle bedeutende Kontinuitäten: Die Grundrechte der Verfassung von 1867 wurden größtenteils in das österreichische Verfassungsrecht der Ersten Republik übernommen.<sup>139</sup> Dieses Novum in der politischen Geschichte Österreichs, dass die monarchistische Herrschaft einer Volkssouveränität weichen musste, verstärkte jedoch den unsicheren und instabilen Gründungsstart der Republik Österreich. Nicht alle ehemaligen Kronländer waren der Überzeugung, dass ein Staat Österreich überlebensfähig wäre: So gaben bspw. Tirol und Vorarlberg ihre Beitrittserklärungen zum Staate ‚Deutsch-Österreich‘ zwar ab, bemaßen ihr aber nur provisorischen Charakter zu und forderten höchstmögliche Selbstständigkeit ihres Landes.<sup>140</sup> Im Falle von Vorarlberg kam es am 11. Mai 1919 zu einer offiziellen Volksabstimmung über die Frage, ob das Land in Verhandlungen mit der Schweiz eintreten solle, um einen Anschluss an die Schweiz zu ermöglichen. 80 Prozent der abgegebenen Stimmen bejahten einen Anschluss an die Schweiz. Auf Seiten des Staates ‚Deutsch-Österreich‘ fand diese Entwicklung keinen Anklang, denn man fürchtete ein Abspringen weiterer Gebiete wie Tirol und Salzburg.

---

<sup>137</sup> StGBI. Nr. 209/1919, Online eingesehen: URL: <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000038>> zuletzt eingesehen am 4. Mai 2020.

<sup>138</sup> Marischka, Ernst: *Sissi-Trilogie* (1955 bis 1957); Dornhelm, Robert: *Maria Theresia* (Fernsehserie, 2017 bis 2019); *Wir sind Kaiser* (satirische Talkshow, 2007 bis in die Gegenwart).

<sup>139</sup> Vgl. Brauneder 2005, S. 197.

<sup>140</sup> Vgl. ebd. S. 204-205.

Der Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz scheiterte, weil ‚Deutsch-Österreich‘ der Bevölkerung von Vorarlberg kein Selbstbestimmungsrecht zuerkannte.<sup>141</sup>

In Tirol kam es dennoch am 24. April 1921 zu einer Volksabstimmung über den Anschluss an das Deutsche Reich. Die *Innsbrucker Nachrichten* vom 25. April 1921 titulieren diese Abstimmung als „Freudentag in Nordtirol – ein Trauertag in Südtirol. Das Volk hat gesprochen“<sup>142</sup>. Bei einer Wahlbeteiligung von 97 Prozent stimmten 99 Prozent für eine Vereinigung mit Deutschland.<sup>143</sup>

Auch in Salzburg wurde eine Volksabstimmung durchgeführt: Am 29. Mai 1921 beantworteten 98,7 Prozent die Frage „Wird der Anschluss an Deutschland gewünscht?“<sup>144</sup> mit Ja (bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent). Die katholische Tageszeitung *Salzburger Chronik für Stadt und Land*<sup>145</sup> kommentierte im Artikel *Die Anschlussfrage* etwaige Problemfelder, die im Zusammenhang mit der Volksabstimmung stehen könnten: Das Plebiszit provoziere zum einen die Entente und deren Entscheidung hinsichtlich Kreditgewährung. Zum anderen könne bei Fortdauer der Anschlussbewegung eine „militärische Besetzung von ganz Österreich“<sup>146</sup> durch die Siegermächte nicht mehr ausgeschlossen werden.

Ab dem Jahr 1920 existiert die ‚Republik Österreich‘ mit einer Verfassung, die „vom bisherigen Konzept des dezentralisierten Einheitsstaates zugunsten einer bundesstaatlichen Lösung abgeht, weiterhin aber am System der demokratisch-parlamentarischen Republik festhält“.<sup>147</sup> Vielfache Änderungen (wie bspw. die Bundes-Verfassungsnovelle von 1925 und 1929) an der Grundstruktur der Verfassung von 1920 folgten: „Durch die Stärkung der Stellung des Bundespräsidenten wird aus der gewaltenverbindenden parlamentarischen Republik eine gewaltentrennende parlamentarische Präsidenschaftsrepublik [...]“<sup>148</sup> Brauneder notiert an dieser Stelle, dass die damaligen Verfassungsänderungen die Kompetenzen der Länder schwächten. Maßgeblichen Anteil am Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920 (trat am 10. November 1920 in Kraft) hatte neben den Staatskanzlei-Beamten Georg Froehlich und Egbert Mannlicher der Rechtsgelehrte und Verfassungsexperte Hans Kelsen (\*1881, †1973):

Richtschnur war (ihm) dabei, alles Brauchbare aus der bisherigen Verfassung beizubehalten, die Kontinuität der verfassungsrechtlichen Institutionen möglichst zu wahren, das bundesstaatliche

<sup>141</sup> Vgl. ebd. S. 205.

<sup>142</sup> *Innsbrucker Nachrichten*: Ein Freudentag in Nordtirol – ein Trauertag in Südtirol. 25. April 1921, Ausgabe Nr. 93, 68. Jahrgang.

<sup>143</sup> Vgl. ebd. S. 1.

<sup>144</sup> *Salzburger Volksblatt*: Die Anschluss-Abstimmungen. 1. Juni 1921, Ausgabe Nr. 121, 51. Jahrgang. S. 2.

<sup>145</sup> *Salzburger Chronik für Stadt u. Land*: Die Anschlussfrage. 2. Juni 1921, Ausgabe Nr. 122, 57. Jahrgang. S. 2.

<sup>146</sup> Ebd. S. 2.

<sup>147</sup> Brauneder 2005, S. 209.

<sup>148</sup> Ebd. S. 209.

Prinzip in das schon bestehende und bewährte gleichsam einzubauen und (sich) dabei – soweit dies mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der historisch-politischen Voraussetzungen tunlich war – an die schweizerische, aber mehr noch an die neue deutsche Reichsverfassung anzulehnen.<sup>149</sup>

Zu dieser Expertise kamen eigene Verfassungsentwürfe der drei Großparteien (Christlichsoziale, Großdeutsche und Sozialdemokraten) und vom Tiroler Landtag hinzu. Mittels diverser Kompromisse kam das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) zustande. Aus diesem Grund bezeichnet Wilhelm Brauner das B-VG als „Torso“.<sup>150</sup>

Dieses Stückwerk in verfassungsrechtlicher Hinsicht kann ebenso auf die Genese einer nationalen österreichischen Identität übertragen werden. Das Fehlen von neu implementierten Identifikatoren durch die politischen Akteure eröffnete ein Vakuum für die Individuen und deren Identitätsarbeit: „Wer in der Ersten Republik ‚national‘ eingestellt war, war ‚allddeutsch‘, nicht österreichisch, lehnte das Land, in dem er lebte, als eigenständiges politisches Gebilde vehement ab. Die Einstellung vieler Menschen war ‚reichisch‘, wie man das nannte.“<sup>151</sup> Ein konkretes Beispiel für ein Sammelbecken von deutschnationalen und antisemitischen hochrangigen Österreichern findet man in einem Verein namens ‚Deutscher Klub‘. Noch während der Habsburgermonarchie im Jahr 1908 gegründet, hatte der Verein im Jahr 1919 1000 Mitglieder, die vorwiegend dem Wiener Bürgertum angehörten und politisch bestens vernetzt waren. Dieser Verein diente als berufliches Sprungbrett für Richter-, Staatsanwalts- oder Minister- bzw. Präsidentenposten von 1919 bis 1938:

Zwar war der Deutsche Klub laut dessen Statuten ‚unpolitisch‘; faktisch aber sollte er von Beginn an eine wichtige gemeinsame Plattform für deutschnationale Studentenverbindungen und politische Aktivitäten der zersplitterten Deutschnationalen ganz allgemein bilden. Dabei vertrat der Verein zumeist eher radikale Positionen. Das zeigte sich insbesondere während des Ersten Weltkrieges, als aus dem Verein heraus einflussreiche Ideen zur Nachkriegsordnung lanciert wurden, die Mitteleuropa unter eine deutsche Herrschaft stellen wollten.<sup>152</sup>

Wenn man das Gedankengut des ‚Deutschen Klubs‘ und deren gesellschaftliche Positionen in Zusammenhang stellt, wundert es nicht, dass diese Netzwerke konkrete Auswirkungen auf politische Ereignisse ausübten. So wurden einige umstrittene Gerichtsverfahren der Ersten Republik (z.B. Gerichtsverfahren gegen den Mörder von Hugo Bettauer<sup>153</sup> im Jahr 1925) maßgeblich von Zirkeln des ‚Deutschen Klubs‘ manipuliert.<sup>154</sup> Dieser Verein kann sinnbildlich für die

<sup>149</sup> Ebd. S. 211.

<sup>150</sup> Ebd. S. 211.

<sup>151</sup> Vocelka 2013, S. 14.

<sup>152</sup> Erker, Linda; Huber, Andreas; Taschwer, Klaus (2020): Deutscher Klub. Austro-Nazis in der Hofburg. 1. Auflage. Wien: Czernin. S. 22.

<sup>153</sup> Der Schriftsteller Hugo Bettauer wurde Opfer eines Attentats. Der Täter (Otto Rothstock), ein ehemaliges Mitglied der NSDAP, wurde vom Geschworenengericht wegen des Mordes freigesprochen. Nach 18 Monaten Aufenthalt in einer psychiatrischen Klinik wurde Rothstock freigelassen.

<sup>154</sup> Vgl. Huber, Andreas; Erker, Linda; Taschwer, Klaus: Wie ein rechtes Netzwerk Österreich unterwanderte. In: Der Standard, 29. Februar 2020, S. A7.

politischen Entwicklungen in der österreichischen Zwischenkriegszeit angeführt werden. Spätestens mit dem Anschluss an das nationalsozialistische Deutsche Reich erreichte der ‚Deutsche Klub‘ sein größtes Ziel und wurde ein Jahr später aufgelöst.

In der Zweiten Republik kam es 1957 zur Neugründung eines Nachfolgevereins des ‚Deutschen Klubs‘ unter dem Namen ‚Neuer Klub‘. Drei Gründerväter (Erich Führer, Franz Hueber, Karl Anton Rohan), allesamt exponierte Ex-Nationalsozialisten, konnten diesen Verein wieder neu beleben, obwohl das 1945 beschlossene und 1947 novellierte Verbotsgesetz sowie der Staatsvertrag von 1955 vorsahen, dass es zu keiner Vereinsgründung mehr kommen dürfe, die Spuren des Nazismus aufwies.<sup>155</sup> Im Unterschied zu damals kommt diesem ‚Neuen Klub‘ heute keinerlei politische Bedeutung mehr zu – jedoch ist der Verein bis in die Gegenwart aktiv.<sup>156</sup>

Die Koalitionsregierung (SDAPDÖ, CS und GDVP) vom 30. Oktober 1918, angeführt vom Juristen Karl Renner (\*1870, †1950), bildete den Startschuss der Staatswerdung Österreichs. Der sozialdemokratische Staatskanzler Renner musste nach zwei Jahren sein Amt dem Christlichsozialen Michael Mayr überlassen. Damit ging ein politischer Machtwechsel einher, denn die sozialdemokratische Partei schied aus der Regierungsbeteiligung aus und stellte erst im Jahr 1945 wieder den Bundeskanzler. Ab 1920 regierten jeweils Christlichsoziale bzw. der Christlichsozialen Partei nahestehende Politiker: Auf Michael Mayr (CS) folgten Johann Schober (Polizeipräsident von Wien), Walter Breisky (CS), Ignaz Seipel (CS), Rudolf Ramek (CS), Ernst Streeruwitz (CS), Carl Vaugoin (CS), Otto Ender (CS), Karl Buresch (CS) und Engelbert Dollfuß (CS, VF).

Mit dem Verlust der ehemals-habsburgischen Industriegebiete in Böhmen stand die Republik Österreich vor großen finanziellen Problemen. Neben einer hohen Inflationsrate kamen noch Ernteausfälle hinzu, die die Hungerwinter von 1918/19 und 1919/20 verstärkten. Auf Seiten der Sozialdemokratischen Partei wurden Lösungen in einer Besteuerung der Reichen gesucht. Dem gegenüber setzte sich aber die Christlichsoziale Partei, ab 1922 bis 1924 angeführt vom Prälaten Ignaz Seipel, durch: Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sollten mittels Krediten aus dem Ausland aufgehoben werden. Seipel musste umfassende Verhandlungen führen, denn Österreich galt zu dieser Zeit als nicht kreditwürdig. Mit viel politischem Geschick (im Tausch gegen die Bestätigung des Anschlussverzichts) gelang dem Universitätsprofessor für Moraltheologie

---

Anmerkung des Verfassers: Tiefgreifende Beschäftigung mit dem Thema des ‚Deutschen Klubs‘, siehe Erker, Huber, Taschwer 2020.

<sup>155</sup> Vgl. Huber, Erker, Taschwer 2020, S. 25.

<sup>156</sup> Siehe ebd. (S. 221 f.) und Website des Neuen Klubs: Online eingesehen: URL: <<https://www.akademikerverband.at/zusammenarbeit/>> zuletzt eingesehen am 13. Jänner 2021.

der Erhalt eines 650 Millionen Goldkronen Kredits (Genfer Protokolle). Rudolf Ramek, der zwischen den zwei Amtszeiten Seipels von 1924 bis 1926 Bundeskanzler war, führte im Jahr 1925 die ‚harte‘ Schillingwährung (‚Alpendollar‘) ein. Die zusätzliche Verkleinerung des Beamtenstabs verhalf zur Stabilisation des österreichischen Staatshaushaltes. Die hohe Arbeitslosenquote jedoch ließ den Unmut in der Bevölkerung stark ansteigen. Das Attentat vom 1. Juni 1924 auf Ignaz Seipel stand ganz im Zeichen dieser Unzufriedenheit. Eine Politik des Ausgleichs wurde von Seiten der Christlichsozialen Partei nicht angestrebt, stattdessen verhärteten sich die Fronten massiv. Ausdruck dieser Entwicklung waren die Militarisierung breiter Bevölkerungsschichten bzw. der Aufbau der Parteiarmeen (Gründung von Heimwehr und Republikanischem Schutzbund). Wien, das als Hochburg des Austromarxismus galt, wurde zunehmend zum Feindbild der mächtigen, bürgerlich-konservativen sowie der ländlich-bäuerlichen Bevölkerungsgruppen. Progressive, sozialdemokratische Ideen – wie z.B. die Legalisierung der Abtreibung, Feuerbestattung oder eine Scheidungsregelung ohne den Einfluss der Kirche – wurden von den konservativen bzw. katholisch geprägten politischen Akteuren vehement abgelehnt. Das *Rote Wien* befand sich in einem ‚Kulturkampf‘ gegen die christlichsozial-gesteuerte Bundespolitik.<sup>157</sup>

Die wirtschaftliche, soziale und politische Struktur Österreichs Mitte der Ersten Republik lieferte schlechte Voraussetzungen für gemeinsame Identifikationsangebote. Von einer überzeugten Einheit der verschiedenen Bundesländer mit dem Glauben an ein gemeinsames Österreich konnte nicht die Rede sein. Aufgrund der emotionalen und wirtschaftlichen Nähe zum deutschen Nachbarland wurden vielmehr deutsch-österreichische Identifikatoren herbeigeseht. Der Verlust des Kaiserreiches ließ die ehemaligen Kaiseruntertanen im neugegründeten Kleinstaat ratlos zurück. Österreich befand sich nach dem Ersten Weltkrieg in einer Identitätsdiffusion – geprägt von Orientierungslosigkeit und dem Fehlen eines integrierenden Staatskonzeptes. Hinzu kamen die Weltwirtschaftskrise ab 1928 und gesellschaftliche Spaltungen gepaart mit politischen Polarisierungen zwischen Christlichsozialen, Sozialdemokraten und Deutschnationalen. Die ‚gereizte‘ politische Stimmung zwischen diesen Parteien gründet in den konträren weltanschaulichen Perspektiven: ‚katholisch-konservativ‘ versus ‚solidarisch-progressiv‘. Vocelka bezeichnet dies als ‚Kulturkampf‘,<sup>158</sup> – der sich bspw. in Themen wie Scheidung

---

<sup>157</sup> Vgl. Vocelka 2013, S. 252-285.

<sup>158</sup> Ebd. S. 282.

und Abtreibung äußerte. Mit dem ‚Schattendorfer Urteil‘ vom 14. Juli 1927 und dem anschließenden ‚Brand des Justizpalastes‘ (15. Juli 1927) nahm die gesellschaftliche Spaltung endgültig ihren Lauf (siehe Kapitel 3.2).

Das im Anschluss diskutierte Schriftstück von Anton Wildgans liefert die Perspektive eines geschichtspolitischen Akteurs und nicht jene eines ‚durchschnittlichen österreichischen Menschen‘. Als offizieller Vertreter des österreichischen Kultur- und Geisteslebens prägte Wildgans mit seinen Ausführungen die Außenwahrnehmung Österreichs. Wildgans verweist auf österreichische Identifikatoren, die u.a. starke Bezüge auf die Habsburgermonarchie nehmen. Gesellschaftliche Eliten (zu denen u.a. Wildgans gehörte) griffen häufig ‚alte Identitätsmuster‘ auf und setzten diese ‚neu‘ in Szene.

### ***Rede über Österreich*<sup>159</sup> von Anton Wildgans**

Der österreichische Dichter und zeitweilige Direktor des Wiener Burgtheaters Anton Wildgans (\*1881, †1932) verfasste im Jahr 1929 anlässlich der Wiederkehr des Gründungstages der Ersten Republik eine *Rede über Österreich*. „[...] In einer Art offizieller Mission als Repräsentant des geistigen Österreichs“<sup>160</sup> und im Auftrag der Republik Österreich schrieb Wildgans eine Rede über Österreich, um diese anschließend in der ‚Österreichisch-Schwedischen Gesellschaft‘ in Stockholm vor dem König und der Elite des schwedischen Staates zu präsentieren. Letzteres wurde aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes von Wildgans verhindert. Die geschriebene Rede wurde dennoch in den Stockholmer Tageszeitungen veröffentlicht und auch im Wiener Rundfunk ausgestrahlt. Im Vorwort des neu aufgelegten Büchleins im Jahr 1947 hebt seine Ehefrau Lilly Wildgans hervor, was ihr Ehemann Anton Wildgans unter dem Begriff ‚deutsch‘ zu verstehen gebrauchte:

Den Begriff ‚deutsch‘ gebraucht der Dichter nicht in Bezug auf den großdeutschen Reichsgedanken, vielmehr im Rückblick auf das österreichische Völkerkonglomerat, aus dem sich die deutschsprachigen Länder der Monarchie erst vor kurzer Zeit losgelöst und zu einer Republik vereinigt hatten. Anton Wildgans war niemals ein Verfechter des Anschlusses, weil er von der Lebensfähigkeit der kleinen österreichischen Republik vollkommen überzeugt war.<sup>161</sup>

Diese Persistenz an der österreichischen Eigenart hielt Wildgans schwarz auf weiß fest. Dass sein Werk von den Nationalsozialisten verboten bzw. vernichtet wurde, zeigt die nicht unbedeutende Rolle von Wildgans *Rede über Österreich*. Wildgans Heimatbekenntnis steht konträr zu jenem, das bspw. im ‚Deutschen Klub‘ tradiert wurde.

<sup>159</sup> Wildgans, Anton (1947): *Rede über Österreich*. Wien: F. Speidel'sche Verlagsbuchhandlung.

<sup>160</sup> Ebd. S. 5.

<sup>161</sup> Ebd. S. 6.

Am Beginn seiner Rede verweist er auf die ehemalige Größe und geographische Ausbreitung (inklusive der „Vielfalt der Völkerstämme“<sup>162</sup>) Österreichs, von der nach dem Ersten Weltkrieg nur mehr ein kleiner Teil übrigblieb. Die reale Herrschaft im damaligen Gesamtstaat ging freilich vom deutschsprachigen Gebiet aus. Wildgans notiert, dass „diesen Deutschen“<sup>163</sup> es vorbehalten war, „das Gesetz eigener kultureller Entwicklung den in verschiedenen Graden durchzivilisierten Mitvölkern aufzuerlegen“<sup>164</sup>. Die kulturelle Hegemonie war den Deutschen im alten Österreich bis zum Ende der Symbiose unbestritten, die politische ging ihnen aber seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts zusehends verloren (Verlust der deutschen Kaiserwürde, Deutscher Krieg 1866).<sup>165</sup> Wildgans möchte mit seiner Rede Zeugnis ablegen für das neue Österreich, das „kein Schwerthelfer des Germanentums“<sup>166</sup> mehr darstellen soll. Der Aufbau eines neuen Österreichs könne nicht ohne sein Erbe aus früheren Zeiten auskommen. Explizit meint Wildgans „Werte einer ehrwürdigen Kultur und eines besonderen Menschentums“<sup>167</sup>, die mitunter stark vom „deutschen Geist“<sup>168</sup> beeinflusst wurden. Österreich, das eine ehemalige Weltmacht darstellt, weist eine jahrhundertelange Geschichte auf, die gestaltend auf die Geschichte Europas eingewirkt habe.<sup>169</sup> Der Lyriker betont in seiner Rede, dass von der Hofburg zu Wien letztlich auch Weltpolitik gestaltet wurde. Eine positive Auswirkung dieser Weltpolitik bzw. dieses Machtzentrums war das damit verbundene ‚Erschaffen‘ einer Weltkultur:

Durch das Herrscherhaus gelangten ungezählte Meisterwerke der großen deutschen, spanischen, italienischen und niederländischen Maler, gelangten ungeheure Schätze der Kunst und des Kunsthandwerkes in die kaiserlichen Galerien und Sammlungen und somit in den Volksbesitz. [...] Der Wiener Hof lockte Künstler, Gelehrte, Kriegshauptleute und Politiker aus aller Welt an.<sup>170</sup>

Aufgrund der europaweiten Politik des Habsburgerhauses waren u.a. italienische (Wildgans schreibt von „welschen“<sup>171</sup>) Einflüsse formgebend für den österreichischen Barock und die österreichischen Theaterkünstler. Der kaiserliche Hof legte mit der zunächst für den Adel bestimmten Theaterkultur die Basis für eine Bühnentradition und „bereitete so den Boden vor, aus dem späterhin die deutsche Oper und das deutsche Kunsttheater emporblühen sollten. Denn Wien ist die Stadt, von der aus die ‚Zauberflöte‘, der ‚Figaro‘ und später der ‚Fidelio‘ ihren Siegeszug über die Erde antraten [...]“<sup>172</sup>. In Wildgans Ausführungen über Österreich nimmt

---

<sup>162</sup> Ebd. S. 11.

<sup>163</sup> Ebd. S. 12.

<sup>164</sup> Ebd. S. 12.

<sup>165</sup> Vgl. ebd. S. 12-13.

<sup>166</sup> Ebd. S. 14.

<sup>167</sup> Ebd. S. 14.

<sup>168</sup> Ebd. S. 15.

<sup>169</sup> Vgl. ebd. S. 16.

<sup>170</sup> Ebd. S. 17.

<sup>171</sup> Ebd. S. 18.

<sup>172</sup> Ebd. S. 18.

Wien – als Stadt, in der das erste Nationaltheater der Deutschen (Burgtheater) im Jahr 1748 gegründet wurde – die zentrale Rolle hinsichtlich der Bildung einer Weltkultur ein:

So lebten hier um die Wende des neunzehnten Jahrhunderts Beethoven, Mozart, Haydn und Schubert als Zeitgenossen und schufen hier, was – abgesehen von den Werken der Frühitaliener und denen Händels und Bachs – fast der ganze lebendige Weltbesitz an klassischer Musik ist. Und das nämliche musikhistorische Phänomen ereignete sich in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, als Johannes Brahms, Anton Bruckner, Gustav Mahler, Hugo Wolf und, nicht zu vergessen, Johann Strauß' Sohn zu gleicher Zeit in Wien lebten und hier die höchste Reife ihrer Kunst erreichten.<sup>173</sup>

Neben der musikalischen Blütezeit sei Wien gewissermaßen ein ‚Mekka‘ an literarischen Künstlern gewesen. Franz Grillparzer wird von Wildgans als Österreichs größter Dichter und zugleich einer der bedeutendsten der Weltliteratur angesehen.<sup>174</sup> Die Kaiserstadt an der Donau „war zu einer Zeit, da Deutschland sich noch lange nicht seiner gewaltigen Volkseinheit bewusst war, die erste eigentliche Großstadt auf deutschem Boden, ja mehr als dies: neben London, Paris und Rom die deutsche Weltstadt katexochen in Europa“<sup>175</sup>.

Anton Wildgans erkennt aus diesem politischen und kulturellen Leben Österreichs einen im Laufe der Jahrhunderte herausbildenden Typus des ‚österreichischen Menschen‘. Er fordert ein historisches Bewusstsein ein, das den Stolz des Österreicherers begründet.<sup>176</sup> Das Wesen des österreichischen Volkes habe sich Wildgans klar erschlossen, weil er in diesem Österreich aufgewachsen sei und sowohl „die Tage der Wohlfahrt als auch die Zeiten des Elends“<sup>177</sup> hautnah miterlebt habe. Das österreichische Menschentum ist für ihn „ein Ergebnis seiner besonderen Geschichte, seiner Kultur und seiner natürlichen Anlagen“<sup>178</sup>.

So lernte der österreichische Mensch zweierlei: Psychologie und das Dienen an einer Idee! Denn Führerschaft, wenn sie nicht bloß auf brutale Gewalt gegründet ist – und eine solche war schon durch die Minderzahl der Deutschen in der Monarchie unmöglich! – denn Führerschaft ist immer auch Richterschaft, und diese erfordert hinwiederum ein Über-den-Parteien-Stehen, welches im gegebenen Falle identisch war mit einem Stehen über den Nationalitäten. So lernte der Deutschösterreicher alles, was er in Bezug auf den Gesamtstaat dachte und aussprach, in soundso viele andere Sprachen übersetzen und begegnete dabei der geheimnisvollen Tatsache, dass jeder Satz der eigenen Sprache, ob auch in der fremden dem Sinne nach gleich, dennoch in dieser nicht nur phonetisch, sondern auch seelisch einen anderen Klang hat.<sup>179</sup>

Laut Wildgans verfügt der österreichische Mensch über die Fähigkeit, sich in fremde, nationale Gefühlswelten und in fremde Volksseelen hineinzusetzen. Der österreichische Mensch sei

<sup>173</sup> Ebd. S. 19.

<sup>174</sup> Vgl. ebd. S. 19.

<sup>175</sup> Ebd. S. 20.

<sup>176</sup> Vgl. ebd. S. 21.

<sup>177</sup> Ebd. S. 22.

<sup>178</sup> Ebd. S. 22.

<sup>179</sup> Ebd. S. 23.

ein „Völkerkenner, Menschenkenner, Seelenkenner, mit einem Wort: Psychologe“.<sup>180</sup> Zur historischen Natur des österreichischen Menschen gehöre Einfühlungsgabe und die Kraft des Erduldens.<sup>181</sup> Dies grenze sich von einem Tat- und Herrenmenschen ab. Wildgans spricht dem typischen Österreicher weiters die spezielle Gabe zu, nämlich das „Dienen an einer Idee“<sup>182</sup>. Die kaiserliche Beamtenschaft und die Einheit der Armee prägten durch die jahrhundertlange Regentschaft der Habsburger das ganze österreichische Volk. Auch der römische Katholizismus gehöre zu den „lebenswichtigsten Wurzeln“<sup>183</sup> des österreichischen Menschen. Wildgans grenzt den typischen Österreicher vom Deutschen wie folgt ab:

Der österreichische Mensch ist seiner Sprache und ursprünglichen Abstammung nach Deutscher und hat als solcher der deutschen Kultur und Volkheit auf allen Gebieten menschlichen Wirkens und Schaffens immer wieder die wertvollsten Dienste geleistet; aber sein Deutschtum, so überzeugt und treu er auch daran festhält, ist durch die Mischung vieler Blute in ihm und durch die geschichtliche Erfahrung weniger eindeutig und spröde, dafür aber um so konzilianter, weltmännischer und europäischer.<sup>184</sup>

Gegen Ende seiner Rede spricht Wildgans dem österreichischen Volk einen gewissen Konservatismus zu, der sich darin zeigen kann, dass ein gewisses Zögern gegenüber Fortschritt und dem jeweils Neuen beinhalten kann. Diese Fähigkeit wiederum schützt die Zivilisation vor manchen „Pöfel und Schwindel, auf den die ewig Heutigen, die nur wenig oder keinerlei Tradition über Bord zu werfen haben, pünktlich und reklamegläubig hineinfallen“<sup>185</sup>.

Neben all den positiven Zuschreibungen und Beschreibungen verzichtet Wildgans auf jegliche kritischen Worte. Die Tatsache, dass diese Rede ein Auftragswerk darstellt, macht diesen subjektiven Bericht zu einer komplizierten Quelle und liefert eine nur sehr einseitige Betrachtungsweise. Eine entsprechende Kontextualisierung bringt bspw. im Falle von Gustav Mahler, den Wildgans als ‚Mitgründer‘ einer österreichischen Weltkultur anführt, eine differenziertere Perspektive mit sich: So war Mahlers aktive Zeit in Wien (speziell während er Direktor der Wiener Hofoper war) von negativen Pressekampagnen und antisemitischen Beschimpfungen gekennzeichnet.<sup>186</sup> Die übertriebene Idealisierung Österreichs muss bei einer Rezeption der Rede von Anton Wildgans stets kritisch mitberücksichtigt werden.

---

<sup>180</sup> Ebd. S. 23.

<sup>181</sup> Dieser Gedanke wurde auch in der Zweiten Republik wieder aufgegriffen und fand Einzug im staatlichen Erziehungssystem. (siehe Schulbüchlein „Unser Österreich“ (1955) und Hans Weigel Schriftstück „O du mein Österreich“ (1956), in: Hellmuth, Thomas (2014): Historisch-politische Sinnbildung. Geschichte - Geschichtsdidaktik - politische Bildung. 1. Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl. (Wochenschau Wissenschaft). S. 87-100).

<sup>182</sup> Ebd. S. 23.

<sup>183</sup> Ebd. S. 26.

<sup>184</sup> Ebd. S. 26.

<sup>185</sup> Ebd. S. 28.

<sup>186</sup> Vgl. Semrau, Eugen: Gustav Mahler: Vom „jüdisch-dekadenten“ Außenseiter zur Kultfigur. Eine Aufführungsgeschichte seiner Werke. In: Austria-Forum (im AEIOU-Österreich-Lexikon). Online eingesehen: URL:

## Fazit Erste Republik

Kernelement in der Ersten Republik sind die beiden Gegenpole: ‚Österreichisches Eigenständigsein‘ vs. ‚Anschluss an das Deutsche Reich‘. Die tiefgreifenden Veränderungen hinsichtlich der neuen geopolitischen Situation nach dem Ersten Weltkrieg waren für viele Österreicher\*innen ein beinahe nicht annehmbarer Umstand. Deshalb stand der Anschluss an Deutschland immer wieder im Fokus der Öffentlichkeit, der v.a. von den politischen Eliten mitgetragen wurde. Da dieser aber aufgrund der Friedensverträge von St. Germain und Versailles in keiner Weise möglich war, lebten viele Österreicher\*innen in der Republik Österreich, einem „Staat, den keiner wollte“ bzw. einem „Staat wider Willen“<sup>187</sup>. Sowohl die Deutschnationalen als auch einige Vertreter der Sozialdemokratie in Österreich waren aus – zum Teil unterschiedlichen – wirtschaftlichen und politischen Gründen für einen Anschluss an Deutschland.<sup>188</sup> Das Historikertrio Eminger, Konrád und Sebek betonen dagegen, dass ein Großteil der österreichischen Bevölkerung einen Anschluss an Deutschland nicht befürwortete:

Zumindest in Österreich war die Rede vom Anschluss auch „Spielmaterial“ (Hans Haas) im Kampf zwischen den politischen Lagern. Die positive Haltung zu einem Anschluss war vor allem eine Angelegenheit der politischen Eliten und des betont deutschnationalen Lagers, das bis 1930 niemals mehr als ein Fünftel der Wählerinnen und Wähler hinter sich wusste. Weder unter den katholischen Bauern noch in der Masse der Arbeiterschaft war eine Angliederung an Deutschland eine ernsthaft verfolgte Forderung.<sup>189</sup>

Der hier skizzierte Zustand zeigt die Identitätsdiffusion der österreichischen Bevölkerung. Angefangen von den Volksabstimmungen in Vorarlberg, Tirol oder Salzburg bis hin zu den sich nur in Minderheit befindlichen Pro-Österreich-Stimmen (z.B. Kommunisten; Anton Wildgans) zeigen sich die großen Schwierigkeiten, die die Republik Österreich während ihres Neuanfanges umgaben. Ein seltsamer Ansatz, eine staatliche Identität zu fördern, scheint dabei der Versuch, sich als Erbe einer monarchistischen Weltkultur zu definieren. Darauf sollte später auch die Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur zurückgreifen.

Anton Wildgans’ Forderung nach einer österreichischen Identität in der Ersten Republik kann man folgendermaßen zusammenfassen:

- Österreich kann und soll eigenständig und unabhängig von Deutschland existieren.
- Österreich besitzt aufgrund der Zugehörigkeit zur ehemaligen Habsburgermonarchie einen Zugang zu anderen Kulturkreisen, und ein möglicher Heimatbegriff basiert auf der

---

<[https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Musik/Gustav\\_Mahler\\_Werke](https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Musik/Gustav_Mahler_Werke)> zuletzt eingesehen am 26. März 2020.

<sup>187</sup> Vocelka 2013, S. 275.

<sup>188</sup> Vgl. ebd. S. 275-276.

<sup>189</sup> Eminger, Konrád, Sebek 2019, S. 99.

Vielfalt der Nationalitäten, deren Vertreter als sog. ‚Übrigbleibsel‘ der Habsburgermonarchie sich auch noch in der Ersten Republik zahlreich aufhalten.

- Eine (von Wien ausgehende) jahrhundertlang andauernde Weltpolitik brachte eine Weltkultur mit sich.

Karl Vocelka greift Wildgans These der ‚österreichischen Weltkultur‘ insofern wieder auf, indem er genau im großen kulturellen Erbe, besonders im Bereich der Musik (Wiener Klassik), Identifikatoren für die österreichische Bevölkerung festmacht: „Die kulturellen Leistungen der Vergangenheit und der ‚Kulturauftrag‘ konnten Kontinuität konstituieren, verbanden den kleinen, politisch unbedeutenden Staat, mit dem man sich nicht identifizieren konnte, mit der vergangenen Größe der Monarchie“<sup>190</sup>. Der Historiker führt die Salzburger Festspiele als Institution an, „die zwar ihre Wurzeln schon in der Monarchie hatte und die zu einem Stück ‚österreichischer Identität‘ für viele geworden ist“<sup>191</sup>. Als Beispiel für seine These erinnert er daran, dass im Zusammenwirken von Max Reinhardt, Hugo von Hofmannsthal und Richard Strauss der ‚Jedermann‘ im Rahmen der Salzburger Festspiele erstmals im Jahr 1920 aufgeführt wurde.<sup>192</sup> Rathkolb bestätigt die These, dass Österreich sich bis heute als eine Kulturnation bzw. Kultur Großmacht begreift: „Komponisten wie Mozart und Johann Strauß oder Musikinstitutionen wie die Wiener Philharmoniker und die Staatsoper sind nach wie vor wichtige Codes für das Selbstverständnis Österreichs als Kulturnation [...]“<sup>193</sup>

---

<sup>190</sup> Vocelka 2013, S. 14.

<sup>191</sup> Ebd. S. 308.

<sup>192</sup> Vgl. ebd. S. 308.

<sup>193</sup> Rathkolb, Oliver (2016): Die zweite Republik (seit 1945). In: Thomas Winkelbauer (Hg.): Geschichte Österreichs. 2., durchgesehene, aktualisierte und erweiterte Auflage. Stuttgart: Reclam. S. 588.

### 3.2 Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur

*Als am 30. Jänner 1927 in Schattendorf im südlichen Burgenland tödliche Schüsse fielen, war der Weg der Demokratie in den Untergang vorprogrammiert.<sup>194</sup>*

Karl Vocelka

Die Regierung der Großen Koalition (Christlichsoziale und Sozialdemokraten) hielt nach dem Ersten Weltkrieg vom 30. Oktober 1918 bis zum 7. Juli 1920. Anschließend regierten die Christlichsozialen in einer Koalition mit den Großdeutschen. Dies waren die ersten Schritte des Sich-voneinander-Entfernens beider Großparteien und mündeten schlussendlich in einen „Kulturkampf“<sup>195</sup> mit desaströsen Auswirkungen. Nach einer zunächst relativ friedlichen Zeit wurde mit dem Aufbau von Parteiarmeen begonnen. Die Fronten verhärteten sich zunehmend und stärkten eine gesellschaftliche Spaltung und die Militarisierung der Gesellschaft. Der 30. Jänner 1927 steht für den Beginn der Gewalteskalation zwischen Republikanischem Schutzbund (bewaffnete Formation der Sozialdemokraten) und Heimwehr (Parteiarmee der Christlichsozialen), die Jahre später zum Ende der Demokratie und in den Bürgerkrieg führte. Im Schattendorfer Urteil von 1927 wurden drei Mitglieder der rechten paramilitärischen ‚Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreichs‘ (‚Frontkämpfer‘), die während einer Kundgebung des Republikanischen Schutzbundes ein Kind und einen Invaliden erschossen hatten, freigesprochen. Es folgten Proteste und Demonstrationen, die mit dem Brand des Justizpalastes am 15. Juli 1927 und 89 Toten endeten. Dabei traten der Christlichsoziale Bundeskanzler, Prälat Ignaz Seipel, und der Wiener Polizeipräsident, Johann Schober (ehemaliger Bundeskanzler von 1921 bis 1922 und 1929 bis 1930), für einen Schussbefehl gegen Demonstranten ein.<sup>196</sup> Die Gewaltbereitschaft aufseiten der Heimwehrebewegung nahm rapide zu und die Errichtung eines Ständestaates wurde eingefordert. Aufgrund der guten Beziehung zum benachbarten Italien und zu Benito Mussolini, der wiederum mit Geld und Waffen die Heimwehrebewegung unterstützte, wurde der italienische Faschismus zum Vorbild genommen. Im Mai 1930 bekannten sich die Heimwehren in Korneuburg zu folgendem Eid: „Wir greifen nach der Macht im Staate. Demokratie und Parlamentarismus lehnen wir ab. Wir bekennen uns zu den Grundsätzen des Faschismus.“<sup>197</sup> Im Jahr 1929 waren auf Seiten der Heimwehren circa 52.000, im Schutzbund etwa 40.000 Mann kampfbereit: „Die parteipolitischen Wehrverbände unterhielten damit mehr als dreimal so viele

---

<sup>194</sup> Vocelka 2013, S. 278.

<sup>195</sup> Ebd. S. 282.

<sup>196</sup> Vgl. ebd. S. 286-287.

<sup>197</sup> Ebd. S. 288.

Bewaffnete wie das österreichische Bundesheer.“<sup>198</sup> Bei der letzten Nationalratswahl der Ersten Republik im Jahr 1930 kandidierten die Heimwehren unabhängig von den Christlichsozialen als ‚Heimatblock‘ und kürten (damit) die Sozialdemokratische Partei zum Wahlsieger. Aufgrund fehlender Koalitionsoptionen musste die Sozialdemokratie aber in Opposition gehen. Carl Vaugoin, ein Christlichsozialer, wurde Bundeskanzler, gefolgt von Otto Ender – beide führten ihr Amt ein Jahr aus. Der Christlichsoziale Karl Buresch übernahm das Bundeskanzleramt 1931 bis 1932. Auch die Bedrohung durch die Nationalsozialisten, die Anfang 1933 die Macht in Deutschland übernommen hatten, brachte die verfeindeten politischen Lager in Österreich nicht zusammen. Engelbert Dollfuß (\*1892, †1934), der ab 1932 Bundeskanzler war, reagierte auf den zunehmenden Wahlgewinn der Nationalsozialisten (bspw. bei Lokalwahlen 1932) mit dem Verhindern einer Neuwahl. Am 4. März 1933 nutzte Dollfuß einen formalen Fehler bei einer Abstimmung bzw. eine „bloß vorübergehende Handlungsunfähigkeit des Nationalrats“<sup>199</sup>, um das Parlament auszuschalten. In der Terminologie der Christlichsozialen wurde dieser Vorgang als ‚Selbstausschaltung des Parlaments‘ bezeichnet. Vielmehr aber war es ein Staatsstreich unter der Führung Dollfuß‘, der mittels Polizeiaufgebots eine geplante Sitzung des Nationalrats am 15.3.1933 verhinderte.<sup>200</sup> Die Bundesregierung arbeitete ab diesem Zeitpunkt ohne Volksvertretung, sondern mittels Regierungsverordnungen (Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz aus dem Jahr 1917). Ab September 1933 verfolgte Dollfuß das Ziel, einen Ständestaat mit starker autoritärer Führung aufzubauen.

Durchsuchungen der Arbeiterheime nach Waffen und Verhaftungsaktionen bei Schutzbündlern bereiteten den letzten Schritt vor. In Wöllersdorf errichtete man für die politischen Gegner ein ‚Anhaltelager‘. Unterstützt von der katholischen Kirche, die voll hinter der Entwicklung stand, und dem faschistischen Italien steuerte man auf eine letzte Konfrontation mit den Sozialdemokraten zu.<sup>201</sup>

Der letzte Aufstand der Sozialdemokraten österreichweit (v.a. in Industriestädten) erfolgte während der Februarkämpfe vom 12. bis zum 15. Februar 1934. Der kurze Bürgerkrieg kostete 200 ‚Schutzbündlern‘ das Leben und brachte das Verbot und die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei.<sup>202</sup>

<sup>198</sup> Eminger, Konrád, Sebek 2019, S. 109.

<sup>199</sup> Brauneder 2005, S. 231.

<sup>200</sup> Vgl. ebd. S. 232.

<sup>201</sup> Vocelka 2013, S. 292.

<sup>202</sup> Vgl. ebd. S. 292.

Nachdem es zu einer „Kette von Verfassungsbrüchen“<sup>203</sup> (z.B. Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofes; Auflösung von Nationalrat und Bundesrat) kam, wurde am 1. Mai 1934 die ständisch-autoritäre ‚Verfassung 1934‘ (BGBl. 1/1934-II) ausgerufen. Aufgrund des ‚Ermächtigungsgesetz 1934‘ wurde der Bundesregierung „ohne Vorbehalte und Beschränkungen die ordentliche einfache und auch die Verfassungsgesetzgebung übertragen und zum Erlass der Verfassung 1934 ermächtigt“.<sup>204</sup> Während der Artikel 1 des B-VG 1920 noch lautete, dass Österreich eine demokratische Republik ist und ihr Recht vom Volk ausginge (Art. 1. B-VG)<sup>205</sup>, nahm die Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur ‚Gott‘ in die Verfassung auf. In der Präambel der Maiverfassung heißt es: „Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung.“<sup>206</sup> Im Artikel 1 der Maiverfassung verschwindet im Gegensatz zum B-VG 1920 die Bezeichnung Republik.<sup>207</sup> Trotz der Ausrufung des Bundesstaates schwächte die Maiverfassung die Stellung der Länder: „Zwar besitzen sie eigene Gesetzgebung und Verwaltung, doch tritt erstere im autoritären Konzept hinter letztere zurück, beide, vor allem die Verwaltung, werden überdies in vielfältige Abhängigkeiten vom Bund gebracht. Die Länder sind diesem fast völlig untergeordnet.“<sup>208</sup> Mit der Verfassung von 1934 wurden Volkswahlen abgeschafft, denn das berufsständische Prinzip ersetzte das demokratische Prinzip.<sup>209</sup> Anstelle eines Mehrparteiensystems rückte eine neue Partei, die ‚Vaterländische Front‘ (‚VF‘): „Ein gleichzeitig mit der ‚Verfassung 1934‘ in Kraft tretendes BVG (BGBl. 4/1934 – II) erhebt sie zur Staatspartei: Sie ist berufen, ‚Träger des österreichischen Staatsgedankens zu sein‘.“<sup>210</sup> Die Maiverfassung von 1934 übernahm einen Großteil des bisherigen Grundrechtskatalogs (Art. 15-33), jedoch wurden die Eingriffsmöglichkeiten des Staates im Wege der einfachen Gesetzgebung größer und auch die Option der Suspension einzelner Grundrechte wurde neu eingeräumt (Art. 147 Abs. 7).<sup>211</sup> Hinzu kam die Wiedereinführung der Todesstrafe (BGBl. 77).

Der große Einfluss der katholischen Kirche auf die Politik der Ersten Republik findet seinen Höhepunkt im Konkordat von 1933. Mit dem Tag seiner Kundmachung erhielt das Konkordat

---

<sup>203</sup> Brauneder 2005, S. 232.

<sup>204</sup> Ebd. S. 234.

<sup>205</sup> Vgl. ebd. S. 218.

<sup>206</sup> Ebd. S. 237.

<sup>207</sup> Vgl. Verfassungen Österreichs: Online eingesehen: URL: <<https://www.verfassungen.at/at34-38/index34.htm>> zuletzt eingesehen, 3. März 2020.

<sup>208</sup> Brauneder 2005, S. 243.

<sup>209</sup> Vgl. ebd. S. 231.

<sup>210</sup> Ebd. S. 233.

<sup>211</sup> Vgl. ebd. S. 237.

zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Österreich die Kraft von Verfassungsbestimmungen.<sup>212</sup> Folgende zwei Grundsätze in Bezug auf das Verhältnis von Staat und Kirche brachte die Verfassung 1934 mit sich: „Sie verlässt den Grundsatz des laisierten Staates zugunsten einer religiösen Grundhaltung. Daher tritt an die Stelle der Gleichbehandlung der anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften der Vorzug der Katholischen Kirche.“<sup>213</sup>

Erstmals in der Ersten österreichischen Republik wurden nun zwar Schritte zur Schaffung einer Österreich-Identität gesetzt, diese fanden aber lediglich bei der regimeloyalen katholisch-konservativen Bevölkerung eine positive Aufnahme. Auch schrieb der „ständestaatliche“ Österreich-Patriotismus die zweifache österreichisch-deutsche Identität fort. Österreich blieb weiterhin deutsch geprägt: als „besserer“, weil katholischer und eigenständiger deutscher Staat unter Berufung auf die habsburgische Geschichte.<sup>214</sup>

Das Jahr 1933 brachte nicht nur für Österreich tiefgreifende Veränderungen, sondern auch für den ‚großen Nachbarn‘ (Deutsches Reich). So kam es in beiden Ländern relativ gleichzeitig sowohl zu Ausschaltungen der Parlamente (Staats- und Verfassungskrise) als auch zum vorläufigen Untergang der beiden Republiken (Erste Republik und Weimarer Republik). Eine wesentliche Veränderung in der Beziehung beider Staaten war nun das Gegenüberstehen zweier ideologisch autoritärer Staaten: „Ihr Zusammenschluss konnte nicht mehr frei von weltanschaulich-parteilichen Grundsatzentscheidungen erfolgen, sondern verlangte ideologische Konzessionen. Zu solchen war aber weder die nationalsozialistisch-antikirchliche Reichsregierung noch die autoritär-katholische Regierung Österreichs bereit.“<sup>215</sup> Das ‚neue Österreich‘ ließ zwar den Anschlussgedanken fallen, bezeichnete sich aber in der Verfassung von 1934 als ‚deutschen Staat‘. Österreich als ‚zweiter deutscher Staat‘ „gewinnt an besonderer Aktualität, als Österreich seinen Rückhalt an Italien verliert und eine Verständigung mit dem Deutschen Reich suchen muss“.<sup>216</sup> So verpflichtete sich das Deutsche Reich im Juli-Abkommen von 1936 „die Unabhängigkeit Österreichs zu respektieren“.<sup>217</sup>

Spätestens mit der Ermordung von Engelbert Dollfuß am 25. Juli 1934 war die Gefahr der nationalsozialistischen Machtübernahme in den unmittelbaren politischen Mittelpunkt Österreichs gerückt. Bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten in den österreichischen Hochburgen der Nationalsozialisten (Kärnten, Steiermark). Doch der Putschversuch in Wien scheiterte trotz der Ermordung des Bundeskanzlers: „Hitlers Pläne einer raschen Eroberung Österreichs waren

<sup>212</sup> Artikel 30. Abs. 4 der Maiverfassung 1934 (BGBl. 1/1934-II). In: Verfassungen Österreichs: Online eingesehen: URL: <<https://www.verfassungen.at/at34-38/index34.htm>> zuletzt eingesehen am 3. März 2020.

<sup>213</sup> Brauneder 2005, S. 236.

<sup>214</sup> Eminger, Konrád, Sebek 2019, S. 99-100.

<sup>215</sup> Brauneder 2005, S. 236.

<sup>216</sup> Ebd. S. 236.

<sup>217</sup> Ebd. S. 236.

vorerst am Widerstand der österreichischen Staatsmacht und an der drohenden Haltung Mussolinis, der an der Brennergrenze zur Unterstützung der österreichischen Regierung Truppen aufmarschieren hatte lassen, gescheitert.“<sup>218</sup> Dollfuß' Nachfolger Kurt Schuschnigg (\*1897, †1977) hielt dem nationalsozialistischen Druck zwei Jahre Stand, dann jedoch ließ er sich auf die Unterzeichnung des Juliabkommens von 1936 ein. Damit wurde der politische Bewegungsraum der Nationalsozialisten vergrößert und ihre Unterwanderung aller Bereiche des ‚Ständestaates‘ nahm ihren Lauf. Am 12. Februar 1938 fand ein Treffen zwischen Schuschnigg und Hitler in Berchtesgaden statt (‚Berchtesgadener Abkommen‘). Anstelle der Stärkung der österreichischen Souveränität wurde in einem Diktat Hitlers die weitgehende Gleichschaltung Österreichs mit dem Deutschen Reich eingeleitet.<sup>219</sup>

Die folgende Analyse der Trabrennplatzrede vom 11. September 1933 von Engelbert Dollfuß belegt deutlich, dass von Seiten der politischen Führung des österreichischen Ständestaates ein spezielles Identitätskonstrukt der österreichischen Bevölkerung aufoktroziert wurde. Menschen, die sich nicht mit den vorgegebenen Identitätsangeboten identifizierten, wurden bekämpft bzw. eingesperrt (Sozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten etc.).

### **Trabrennplatzrede 1933 von Engelbert Dollfuß**

Die Geschichtspolitik zu Zeiten der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur stand im Zeichen der Überzeugungen und Dogmen, die von der politischen Elite, angeführt von Engelbert Dollfuß und später Kurt Schuschnigg, getragen und geteilt wurden. Als führender Politiker des damaligen Ständestaates nimmt Engelbert Dollfuß eine zentrale Rolle als geschichtspolitischer Akteur ein. In der Trabrennplatzrede<sup>220</sup> vom 11. September 1933, die einerseits im Rahmen des ersten *Allgemeinen deutschen Katholikentags* (7. bis 12. September) in Wien, andererseits zu Ehren der Feierlichkeiten zum Jahrestag der ‚Türkenbefreiung‘ gehalten wurde, präsentierte Dollfuß die programmatischen Züge seiner neuen Form der österreichischen Identitätspolitik. Knapp vier Monate nach der Gründung der Bewegung der Vaterländischen Front und der Auflösung sämtlicher politischer Parteien wird die Ansprache von Dollfuß vor tausenden Menschen zur Prinzipienklärung des autoritären Regimes. Am Beginn der Rede schildert Dollfuß sein Verständnis zur bisherigen Geschichte Österreichs:

---

<sup>218</sup> Eminger, Konrád, Sebek 2019, S. 113.

<sup>219</sup> Vgl. ebd. S. 114.

<sup>220</sup> Dollfuß, Engelbert: Die Trabrennplatzrede – Ansprache von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß mit Prinzipienklärung des autoritären Regimes am 11. September 1933.

Österreichische Mediathek, 99-33003\_k02, URL: <<https://www.mediathek.at/portaltreffer/atom/015C5D1D-222-002CE-00000D00-015B7F64/pool/BWEB/>> zuletzt eingesehen am 28. März 2020.

Im Zeichen des Stephansdoms, im Zeichen der Türkenbefreiung werden wir an die Geschichte unserer Heimat erinnert und wenn wir unsere Zeit und unsere Aufgabe richtig verstehen wollen, wenn wir die Aufgabe, die die Zeitgeschichte uns Deutsch-Österreichern stellt, kennen wollen, erfüllen wollen, müssen wir vorerst anknüpfen, rückschauen auf das was unser Volk geleistet und aus der Geschichte lernen, unsere Aufgaben sehen und damit mit absoluter Entschlossenheit auch sie zu erfüllen entschlossen zu sein.<sup>221</sup>

Bei seinen einführenden Worten rückt er Wien, eine „kleine, aber hochbedeutsame Stadt“<sup>222</sup>, in den Mittelpunkt: Dollfuß beschreibt Wien als Ort, wo „ein solches Kunstwerk christlicher-deutscher Kultur [Anm. d. Verf.: der Stephansdom]“<sup>223</sup> entstehen konnte; das beweise, dass seit mehr als einem halben Jahrtausend die christliche Kultur im Lande geherrscht habe. Dies solle bewusst machen, dass die „Vermählung von wirklich echtem kerngesunden Volkstum und nach oben orientierter Weltanschauung wirklich erlebten Christentum zu einer Hochblüte in unserem Lande geführt hat“.<sup>224</sup> Die Wiener, unter der Führung des Verteidigers Feldmarschall Ernst Rüdiger von Starhemberg (\*1638, †1701), hätten tapfer ausgehalten und der türkischen Eroberung ein Ende bereitet. Stolz verkündet Dollfuß, dass zu den Erneuerer Österreichs ein Nachkomme Starhembergs dazugehöre, nämlich Heimatschutz-Bundesführer Ernst Rüdiger Starhemberg (\*1899, †1956).<sup>225</sup>

Nach heftiger Kritik am Materialismus, der lange Zeit vorgeherrscht habe, erklärt Dollfuß das Ende des Zeitalters des Liberalismus („ein Zeitalter der Willkür“<sup>226</sup>) und der Epoche des Marxismus, denn die Menschheit wäre in dieser Zeit größtenwahnsinnig und hochmütig geworden.<sup>227</sup> Ergebnis dessen sei der Erste Weltkrieg („eine der größten Katastrophen der Menschheit“<sup>228</sup>) gewesen, der wiederum einen wirtschaftlichen, geistigen und seelischen Zusammenbruch in Österreich verursacht hätte.<sup>229</sup> Wiederaufbau und Entwicklung der neuen Heimat sei für über ein Jahrzehnt von der Geistesrichtung des Marxismus faktisch bestimmt worden. Das Volk habe im guten Empfinden verspürt, dass es so nicht weiter gehen könne. Die Anfeindungen gegenüber Prälat Ignaz Seipel („größter Staatsmann und zugleich idealster Mensch der österreichischen Nachkriegszeit“<sup>230</sup>) seien unerhört gewesen.

<sup>221</sup> Dollfuß 1933, [1:15-2:13].

<sup>222</sup> Ebd. [2:35].

<sup>223</sup> Ebd. [2:45].

<sup>224</sup> Ebd. [3:07-3:25].

<sup>225</sup> Vgl. ebd. [4:10].

<sup>226</sup> Ebd. [5:26].

<sup>227</sup> Vgl. ebd. [6:20].

<sup>228</sup> Ebd. [6:45].

<sup>229</sup> Vgl. ebd. [6:55-7:05].

<sup>230</sup> Ebd. [8:40-8:59].

Zudem bestünde die „größte Untat und das größte Verbrechen, das man an der Jugend begehen kann“<sup>231</sup>, in der Vorenthaltung des religiösen Unterrichts an den Schulen. Anstelle der Erziehung von jungen Menschen zu Materialisten und Egoisten, müsse auf die höhere Macht verwiesen und gleichzeitig für ein religiöses Fundament bei den Menschen gesorgt werden. Dabei sollen Gebote wie ‚Liebe deinen Nächsten‘ und ‚Ehre Vater und Mutter‘ die Jugendlichen in ihrem Entwicklungsprozess unterstützen.<sup>232</sup> Am Höhepunkt seiner Rede schildert Dollfuß seine Sichtweise auf das Ende der Ersten Republik und die Vorgänge vom 4. März 1933: „Das Parlament hat sich selbst ausgeschaltet, ist an seiner eigenen Demagogie und Formalistik zugrunde gegangen. Dieses Parlament, eine solche Volksvertretung, eine solche Führung unseres Volkes, wird und darf nie wiederkommen.“<sup>233</sup> Dollfuß betont, dass die Geschichte des neuen kleinen Österreichs zerrissen gewesen sei. Es sei im wirtschaftlich ausgebluteten Land „kein vaterländisches Gefühl, wirklicher Heimatliebe“<sup>234</sup> aufgekommen. Ein „Neubau der Zeit“ stünde bevor:

Die Zeit liberal-kapitalistischer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die Zeit marxistischer Volksverführung, die Zeit demagogischer Volksführung und absoluter Parteienherrschaft ist vorüber. Wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage unter starker autoritärer Führung. Führer sind uns dabei die Liebe zum Vaterland, Führer ist uns dabei der Glaube, Österreich über alles, wenn es nur will. [...] Unser Kampf geht gegen falsche Ideen und gegen falsche Formen. Als bewusste, gute Deutsche lehnen wir auch übertriebenen, falschen Nationalismus ab.<sup>235</sup>

Die Neukonzeption des Staates Österreich sollte mit der Ordnung eines Ständestaates umgesetzt werden. Die Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur forcierte einen ständischen Neubau der Gesellschaft, der im Gegensatz zu einer „klassenmäßigen Zusammenfassung des Volkes“<sup>236</sup> stehen sollte:

Berufsauffassung besagt die gemeinsame Arbeit, die die Menschen einigt. Wir wollen dafür in den Organen des öffentlichen Lebens die Voraussetzungen schaffen. Der Mensch will im Betriebe nicht nur eine Nummer sein, sondern will auch als Mensch gewertet und behandelt werden. Ständische Auffassung berechtigt und verpflichtet den Herrn ebenso wie den Knecht. [...] es muss uns zum Bewusstsein kommen, dass die Arbeit die Menschen einigt. [...] <sup>237</sup>

Dollfuß spricht von einer berufsständischen Zusammengehörigkeit, die darin bestehe, dass „der Bauer mit seinen Knechten nach gemeinsamer Arbeit abends am gleichen Tisch, aus der gleichen Schüssel seine Suppe“<sup>238</sup> essen und nach Feierabend gemeinsam zum Rosenkranz sich

<sup>231</sup> Dollfuß: TRABRENNPLATZREDE am 11. September 1933. in: Diem Peter 2015. Online eingesehen: URL: <[https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Symbole/Faschismus\\_-\\_die\\_Symbole/Trabrennplatz-rede\\_1933](https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Symbole/Faschismus_-_die_Symbole/Trabrennplatz-rede_1933)> zuletzt eingesehen am 30. März 2020.

<sup>232</sup> Vgl. ebd.

<sup>233</sup> Ebd.

<sup>234</sup> Dollfuß 1933, [10:25-10:32].

<sup>235</sup> Ebd. [11:25-12:30].

<sup>236</sup> Dollfuß: TRABRENNPLATZREDE am 11. September 1933. in: Diem Peter 2015.

<sup>237</sup> Ebd.

<sup>238</sup> Ebd.

niederknien würde. Anhand dieses neuen Zusammengehörigkeitsgefühls sollten die Organisationsformen der berufsständischen Vertretung neugestaltet werden. Bei seinen Ausführungen über Arbeiter und Angestellte rückt er programmatisch in die Nähe der Sozialdemokratie, obwohl er diese bekämpft hatte: Es dürfe nicht sein, dass zahlreiche Arbeiter aus Betrieben hinausgeworfen werden, um sie durch Maschinen zu ersetzen. Die Partei der ‚Vaterländischen Front‘ werde für einen gerechten, christlichen Staat eintreten, der „niemals die Lebens- und Grundrechte der Arbeiter antasten“<sup>239</sup> würde. Dollfuß wendet sich explizit an die Arbeiterschaft und garantiert, dass der Kampf für den neuen Staat kein Kampf gegen die arbeitenden Menschen sei, auch wenn sie bis dato politischen Irrwegen gefolgt wären.

Mit seiner Trabrennplatzrede möchte Dollfuß ein Gefühl von und für Österreich neu erwecken, denn die Liebe zur Heimat müsse wieder lebendig werden. Dies stelle den „Willen der oberen Macht“<sup>240</sup> dar, wonach das

Heimatland Österreich mit seiner ruhmreichen Geschichte wirklich auch heute in der kleineren Form erhalten, [...] in der Gestaltung des öffentlichen Lebens Beispiel gebend sein wird und sein muss für andere Völker, dass wir in diesem Österreich auch dem gesamten Deutschland gegenüber einen großen wertvollen Dienst zu erweisen und zu erfüllen haben.<sup>241</sup>

Der ehemalige Landwirtschaftsminister Dollfuß beendet die Rede mit den Worten, dass dies der Wille des Herrn sei, wie „einst die Kreuzfahrer vom gleichen Glauben durchspinnen waren“.<sup>242</sup> Die Zukunft liege in der Erfüllung eines Auftrages und beim Neubau der Heimat habe jeder die Pflicht mitzuarbeiten.

Die *Neue Freie Presse*<sup>243</sup> vom 12. September 1933 streicht heraus, dass Dollfuß den deutschen Charakter, seine deutsche Gesinnung und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der Rede beteuert habe – mit dem Zusatz versehen, dass man Ruhe und Frieden wünsche, um das eigene Haus aufbauen zu können. Dollfuß habe betont, dass die innenpolitischen Angelegenheiten Österreichs keine Mithilfe von außen nötig hätten.<sup>244</sup> Die Journalisten kommentierten die Kundgebung der Vaterländischen Front auf dem Trabrennplatz als ausgesprochen militärisch. Geschlossene Züge von Musikkapellen, Fahnenträgern und militärischem Kommando hätten lange Kolonnen gebildet. Menschen aus zahlreichen Vereinen wurden gesichtet: ostmärkische Sturmchargen, Heimatschutz, Wehrturner\*innen, christlich-deutsche Turnerschaft, Gesellen-

<sup>239</sup> Ebd.

<sup>240</sup> Dollfuß 1933, [14:14].

<sup>241</sup> Ebd. [14:15-14:45].

<sup>242</sup> Ebd. [16:00-16:09].

<sup>243</sup> Neue Freie Presse (Morgenblatt): 12. September 1933, Ausgabe Nr. 24785.

<sup>244</sup> Vgl. ebd. S. 1.

vereine, Frontkämpfervereinigung, Postbeamte, Tiroler Standschützen\*innen und Pfadfinder\*innen. Die Zuschauer\*innenanzahl belief sich laut Zeitung auf 29.060: „Inzwischen hatten sich die Zuschauertribünen und der Platz zwischen Tribünen und Fahrbahn mit einem zahlreichen Publikum gefüllt, in dem man sehr viele Offiziere der alten Armee in Uniform bemerkte.“<sup>245</sup> In der Anwesenheit von Bundespräsident Wilhelm Miklas (\*1872, †1956) ertönte die Bundeshymne. Im Anschluss daran erfolgte die Rede von Dollfuß, der mit einer Uniform eines Kaiserjäger-Oberleutnants bekleidet war. Nach der Rede formierte sich ein Fackelzug, an dessen Spitze Dollfuß auf einem Pferd sitzend stadteinwärts voranritt. Auf Höhe der Praterstraße und auf der Ringstraße kam es zu missglückten Störungsversuchen. Angeblich handelte es sich überwiegend um ehemalige nationalsozialistische Parteigänger, die „Stöße von gestanzten Papierhakenkreuzen“<sup>246</sup> auf den Fackelzug werfen wollten. Die Polizei verhinderte dies und nahm 36 Personen fest. Aufgrund provokanter Zwischenrufe wurden einzelne ehemalige kommunistische Parteigänger ebenfalls festgenommen.

Die *Arbeiter Zeitung*<sup>247</sup> vom 12. September 1933 berichtet, dass trotz großer Erwartungen im Vorfeld die Rede des Bundeskanzlers enttäuschte (ein Artikel in der *Wiener Zeitung* titulierte im Vorfeld die Rede als bevorstehende Magna Charta).<sup>248</sup> Als möglicher Grund für diese Enttäuschung wird die Inhaltslosigkeit der Rede genannt. So sei nicht klar geworden, was genau unter dem „berufsständischen Neuaufbau“ zu verstehen wäre. Dollfuß' Schilderung, dass im Bauernhause der Bauer und sein Knecht gemeinsam arbeiten, an einem Tisch und aus einer Schüssel essen und gemeinsam beten würden, wird vom Autor dieses Artikels kritisch gesehen. Der idyllischen Sichtweise des Bundeskanzlers wird in diesem Zeitungsartikel mit Thesen aus dem Buch *Die Landflucht. Ihr Wesen und ihre Bekämpfung im Rahmen einer Agrarreform (1924)* von Michael Hainisch, einem parteilosen österreichischen Sozial- und Wirtschaftspolitiker und von 1920 bis 1928 Bundespräsident der Republik Österreich, widersprochen:

Hainisch hat uns erzählt, wie es nicht das Glück, sondern die Not des landwirtschaftlichen Arbeiters ist, dass er mit dem Bauern an einem Tisch ißt und im Bauernhauß wohnt; denn gerade dies bedeutet für den Bauernknecht und die Bauernmagd die Unmöglichkeit, einen eigenen Haushalt zu führen, eine eigene Familie zu begründen, bedeutet die Verurteilung zur Ehelosigkeit und zum Verzicht auf Familienglück. Hainisch hat uns vorgelegt, dass gerade diese ‚patriarchalische‘ aber, wie der Herr Bundeskanzler sagen würde, ‚berufsständische‘ Verbundenheit eine der Hauptursachen der Landflucht ist.<sup>249</sup>

<sup>245</sup> Ebd. S. 4.

<sup>246</sup> Ebd. S. 4.

<sup>247</sup> Arbeiter Zeitung: 12. September 1933. Ausgabe Nr. 252. 46. Jahrgang.

<sup>248</sup> Vgl. ebd. S. 1.

<sup>249</sup> Arbeiter Zeitung: 12. September 1933. Ausgabe Nr. 252. 46. Jahrgang. S. 2.

Geholfen wäre einem Arbeiter dann, wenn er eben nicht mehr bei seinem Meister essen und schlafen müsste: Jahrzehntlang habe die gewerbliche Arbeiterschaft gegen diesen „Kost- und Logiszwang“ gekämpft. Nur die Trennung zwischen Meister und Gehilfen verspreche „die Beschränkung der Arbeitszeit, eine Hebung der Löhne und Menschenwürde für den Arbeiter“<sup>250</sup>. Nicht der Marxismus, sondern der liberal-individualistische Kapitalismus, der sich zu einem monopolistischen Kapitalismus des Zeitalters der Kartelle weiterentwickelt hätte, trage die Schuld an der schlechten Situation der Arbeiter\*innen. Der Autor des Artikels kann nicht verstehen, warum der Herr Bundeskanzler („ein so gebildeter Mann“<sup>251</sup>) den Klassengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern für ein Produkt „marxistischer Verhetzung“<sup>252</sup> ansieht.

Die hier vorgebrachte Analyse der Trabrennplatzrede zeigt auf, dass Engelbert Dollfuß einen Großteil der neuen Identitätsangebote aus idealisierten, vergangenen Zeiten bzw. der Habsburgermonarchie gewinnt. Am Tag der Rede trug er die Uniform eines Oberleutnants der Kaiserjäger, die innerhalb der Streitkräfte der Habsburgermonarchie zur k.u.k. Armee zählten. Mit diesem äußerlichen Zeichen drückte er eindrucksvoll seine Sympathie für die untergegangene Habsburgermonarchie aus. Dollfuß verweist am Beginn seiner Rede auf die historischen Errungenschaften und Heldentaten früherer Zeiten:

- Die Türkenbefreiung von 1683 ist Teil der großen Geschichte Österreichs.
- Im ‚theresianischen Zeitalter‘ war das Volk berufsständisch organisiert – es war dies eine Zeit, in der der Arbeiter nicht gegen seinen Herrn aufstand.
- Der Stephansdom gilt als bedeutendstes Kunstwerk christlich-deutscher Kultur.

Kernelement seiner Rede bildet die Rechtfertigung seines neuen autoritären Herrschaftssystems, das die berufsständischen Eigenschaften in den Vordergrund rückt. Eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung könne nur dann bestehen, wenn der Bauernstand entsprechend berücksichtigt werde. Hinzu kommt ein politisches System, das fernab eines demokratischen Prinzips organisiert ist. Dollfuß fundiert die Identifikatoren ‚seiner‘ Österreich-Identität einerseits in der Abgrenzung zu einer Parteienherrschaft und zu anderen politischen Strömungen wie Kapitalismus, Marxismus, Materialismus, Sozialismus. Andererseits verortet Dollfuß wichtige Identifikatoren für das austrofaschistische Österreich in der Habsburgermonarchie. Hinsichtlich des Nachbarstaats Deutschland stellt Dollfuß klar, dass man mit diesem in bester Freundschaft

---

<sup>250</sup> Ebd. S. 2.

<sup>251</sup> Ebd. S. 2.

<sup>252</sup> Ebd. S. 2.

leben wolle, aber weiterhin die eigene Unabhängigkeit über alles pflege: „Wir wünschen weiter nichts, als dass wir unser eigenes Haus in Ruhe und Frieden bestellen können.“<sup>253</sup>

### **Fazit Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur**

Was ab dem Jahr 1927 klar ersichtlich wurde, war das Fehlen eines integrativen Staatsbewusstseins. Ohne einen „konsensualen bzw. staatserhaltenden Politikstil“<sup>254</sup> war es nicht möglich, Österreich zu einen bzw. vor Diktaturen zu bewahren. In Österreich ließ sich keine politische Figur finden, die zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten vermitteln konnte. Die Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur spaltete vielmehr die Gesellschaft, auch indem der politische Katholizismus (Katholische Vereine waren Basisorganisationen der Christlichsozialen Partei; Geistliche waren als Politiker tätig) als legitime Ideologie angewendet wurde. Damit einher ging die Bekämpfung von Sozialdemokratie, Marxismus und Kommunismus auf allen Ebenen. Dadurch wurde ein großer Teil der österreichischen Bevölkerung isoliert oder eingesperrt und somit keine nachhaltige Staatsstabilität aufgebaut. Auf die Militarisierung breiter Bevölkerungsschichten im Zuge der späten 1920er Jahre folgte die Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur, die wiederum auf eine österreichische Denkweise traf, „die Gewalt als Modell der Konfliktlösung mehr und mehr tolerierte und gegenüber autoritären Herrschaftssystemen offen war“.<sup>255</sup> Zudem befanden sich innerhalb der Bevölkerung Österreichs nach wie vor Anhänger der Habsburgermonarchie, die einerseits eine gewisse Enttäuschung bezüglich des Untergangs der Monarchie verspürten und andererseits auf der Suche nach einer neuen politischen Macht (bzw. politischen System) waren. Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime versuchte aus dieser Identitätsdiffusion der Menschen politisches Kapital zu schlagen: Über Institutionen – genannt ‚Frontwerke‘ und ‚Referate‘ – versuchte die Bewegung der Vaterländischen Front ideell die Bevölkerung zu beeinflussen („vaterländische Volkserziehung“<sup>256</sup>). So wurde bspw. das ‚Traditionsreferat‘ im Jahr 1937 eingeführt. Es beabsichtigte die vaterländische Tradition – die wiederum auf der altösterreichischen (d.h. monarchistischen) Tradition basiere – im Bewusstsein der Bevölkerung zu pflegen bzw. weiter zu verankern.<sup>257</sup> Als Ideologe des Traditionsreferates fungierte der Professor für Verfassungs- und Verwaltungsrecht Hans Karl Zeßner-Spitzenberg (\*1885, †1938). Seiner Meinung nach erfüllte das Traditionsreferat „eine der zentralsten Aufgaben der Vaterländischen Front, da die österreichische Idee aus der österreichischen Tradition ihre beste Kraft

<sup>253</sup> Dollfuß: TRABRENNPLATZREDE am 11. September 1933. in: Diem Peter 2015.

<sup>254</sup> Eminger, Konrád, Sebek 2019, S. 120.

<sup>255</sup> Ebd. S. 119.

<sup>256</sup> Tálos, Emmerich (2013): Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933 - 1938. 2. Auflage. Wien, Berlin: LIT Verlag (Politik und Zeitgeschichte, 8). S. 168.

<sup>257</sup> Vgl. ebd. S. 168.

schöpft“<sup>258</sup>. Im Idealfall fühlten sich Legitimisten vom Traditionsreferat angesprochen und unterstützten die Bewegung der Vaterländischen Front. Mit der Heroisierung und Ästhetisierung des Soldatentums aus dem Ersten Weltkrieg verbuchte die Kriegsliteratur im Ständestaat einen wahren Boom. Neben der Verherrlichung der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine erfuhren die Kaiserschützen bzw. die Schlachten am Isonzo und an der Dolomitenfront besondere Aufmerksamkeit. Die Vaterländische Front war erpicht darauf, Kriegshelden und besondere militärische Leistungen aus dem Ersten Weltkrieg in den Vordergrund ihrer Propaganda zu rücken.<sup>259</sup>

Mit der Hervorhebung großer historischer Taten zu Zeiten der Habsburgermonarchie und dem ständigen Bestreben sich von Deutschland abzugrenzen, forcierte die Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur die Eigenständigkeit des Bundesstaates Österreich. Der Anschluss an Deutschland wurde von den Christlichsozialen vorläufig nicht mehr aktiv angestrebt: Man bezeichnete sich als ‚besserer deutscher Staat‘, denn im Gegensatz zu den nationalsozialistischen Deutschen waren die Österreicher christlich orientiert. Dennoch bezeichnete man sich in der Verfassung 1934 als ‚deutschen Staat‘.

Die katholische Gesinnung, die in der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur einen fundamentalen Stellenwert einnahm, kann in diesem Zeitraum als zentrales identitätsstiftendes Element für Österreich angesehen werden. Festgehalten wurde die enge Verbindung zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Österreich im Konkordat, das am 1. Mai 1934 in Kraft trat. Die christliche Religion wurde gar zu einer Säule des diktatorischen Systems – Geistliche traten als Politiker auf. Die katholische Tradition wurde in die Zweite Republik übernommen und nahm weiterhin lange Zeit eine identitätsstiftende Rolle ein. Aufgrund einer Anerkennung der Bundesregierung im Jahr 1957 (u.a. kam es zu einigen Änderungen bzw. Modifizierungen) ist das Konkordat bis heute formell gültig.<sup>260</sup> Spätestens mit Beginn des 21. Jahrhunderts befindet sich dieser Identitätsbaustein des Katholizismus in einer Phase des Umbruchs: Die Anzahl der (aktiven) katholischen Christen in Österreich nimmt seit 1970 konstant ab. Der Katholizismus weist zunehmend weniger Attraktivität für die Menschen in Bezug auf deren Identitätsarbeit

---

<sup>258</sup> Ebd. S. 168.

<sup>259</sup> Vgl. Suppanz, Werner (1998): Österreichische Geschichtsbilder. Historische Legitimationen in Ständestaat und Zweiter Republik. Köln: Böhlau (Böhlaus zeitgeschichtliche Bibliothek, 34). S. 229.

<sup>260</sup> Vgl. Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhle und der Republik Österreich. Fassung vom 13.5.2020. Online eingesehen: URL: <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009196>> zuletzt eingesehen am 13. Mai 2020.

auf. Im Jahr 2020 bekennen sich nur mehr ~55 Prozent aller Österreicher\*innen (4,91 Millionen) zum Katholizismus.<sup>261</sup>

Die politischen Eliten der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur unternahmen den Versuch, österreichische Identitätsangebote zu konstruieren und bestmöglich in der Bevölkerung zu implementieren. Aus Dollfuß' Trabrennplatzrede geht hervor, dass einerseits der Glaube an die Eigenständigkeit Österreichs gestärkt werden sollte, andererseits eine Österreich-Identität ex negativo im Benennen und Bekämpfen von Haltungen, die kein Österreicher\*innen einnehmen sollte, vermittelt wurde. Diese vermeintlich ‚neu‘ geschaffenen nationalen Identifikatoren gründen großteils auf Faktoren der Habsburgermonarchie. Mit dem Berchtesgadener Abkommen vom 12. Februar 1938 (das u.a. Maßnahmen vorsah, welche die österreichischen Nationalsozialisten begünstigten) wurde das Ende der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur in seine finalen Bahnen gelenkt. Das Ende der Unabhängigkeit Österreichs war besiegelt.

### 3.3 Anschluss und NS-Diktatur

*Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 12. März 1938, dem kein Widerstand entgegengesetzt wurde, beendete endgültig die Kleinstaatlichkeit. An die 200.000 Menschen jubelten am Heldenplatz Adolf Hitler als ‚Befreier‘ zu.*<sup>262</sup>

Oliver Rathkolb

Mit der Ankündigung einer Abhaltung einer Volksbefragung „für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich“<sup>263</sup> am 9. März 1938 provozierte Kurt Schuschnigg Adolf Hitler so sehr, dass dieser nur zwei Tage später die Mobilisierung der Wehrmacht in Gang setzte. Der Druck auf die österreichische Regierung nahm zu, das Damoklesschwert eines Einmarsches der Deutschen hing über Österreich. Der Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe, Hermann Göring, verlangte nicht nur die Absage der Volksbefragung, sondern auch den Rücktritt Schuschniggs. Beides wurde am Abend des 11. März 1938 Realität. Schuschniggs Nachfolger wurde Arthur Seyß-Inquart, der das Amt des Bundeskanzlers bis zum Anschluss am 13. März 1938 ausübte. Wenige Stunden nach dem Rücktritt Schuschniggs, also „noch bevor erste Wehrmachteinheiten um Mitternacht die Grenze nach

<sup>261</sup> Katholische Kirche Österreich: Kirchliche Statistik. Online eingesehen: URL: <<https://www.katholisch.at/statistik>> zuletzt eingesehen am 20. Mai 2020.

<sup>262</sup> Rathkolb, Oliver (2005): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005. 1. Aufl. Wien: Zsolnay. S. 20.

<sup>263</sup> Eminger, Konrád, Sebek 2019, S. 114.

Österreich überschritten, hatten österreichische Nationalsozialisten vielerorts die Macht übernommen. Erste Ausschreitungen gegen Repräsentanten des Schuschnigg-Regimes und gegen Juden folgten.<sup>264</sup>

Mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 12. März 1938 wurde der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich verkündet und die staatliche Eigenständigkeit ging verloren. Aufgrund der „Begeisterung der österreichischen Sympathisanten und Sympathisantinnen des Nationalsozialismus änderte Hitler seine Pläne. Aus der angestrebten Gleichschaltung wurde der ‚Anschluss‘“<sup>265</sup>. Vom „Anschluss von außen und von innen“<sup>266</sup> spricht die österreichische Historikerin Bandhauer-Schöffmann und macht darauf aufmerksam, dass dieser nicht „bloß ein Akt außenpolitischer Aggression des Deutschen Reichs gegen Österreich war“<sup>267</sup>, sondern auch von innenpolitischer Seite mitgetragen wurde. Hinzu kam eine Anschluss-Euphorie auf Seiten der Bevölkerung, die zu einem hohen Prozentsatz aus mehrerlei Gründen die Aufgabe der Eigenstaatlichkeit begrüßten.<sup>268</sup> Während der siebenjährigen Herrschaft der Nationalsozialisten waren die Österreicher\*innen Opfer, Täter\*innen und Zuschauer\*innen.

Aus verfassungsrechtlicher Perspektive gilt festzuhalten, dass es am 13. März 1938 zu einem Erlass der Bundesregierung aufgrund des Ermächtigungsgesetzes von 1934 kam. Es wurde das Bundesverfassungsgesetz mit dem Titel „über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“<sup>269</sup> (BGBl. 75/ 1938) veröffentlicht. Artikel 1 dieser neuen Verfassung hielt fest, dass Österreich ein Land des Deutschen Reiches sei.<sup>270</sup> In Artikel 2 wurde auf die „freie und geheime Volksabstimmung über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reiche“<sup>271</sup> verwiesen. Die angesprochene Volksabstimmung über den Anschluss am 10. April 1938 wurde in Österreich mit 99,7 Prozent bejaht, wobei die Verhaftung von etwa 60.000 Österreicher\*innen vor der Abstimmung beachtet werden muss.<sup>272</sup> Die deutsche Reichsregierung verkündete den Inhalt dieses BVG als deutsches Reichsgesetz (RGBl. I). Wilhelm Brauneder zeigt auf, dass dieses BVG „wegen verfassungswidriger Beurkundung verfassungsmäßig gar nicht zustande gekommen“<sup>273</sup> ist. Die Aushöhlung der Weimarer Reichsverfassung und die Adaptierung des

<sup>264</sup> Ebd. S. 114.

<sup>265</sup> Ebd. S. 115.

<sup>266</sup> Bandhauer-Schöffmann, Irene (2010): 1938 - Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich und NS-Herrschaft. In: Martin Scheutz und Arno Strohmeyer (Hg.): Von Lier nach Brüssel. Schlüsseljahre österreichischer Geschichte (1496 - 1995). Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerl. (VGS-Studientexte, 1), S. 275.

<sup>267</sup> Ebd. S. 275.

<sup>268</sup> Vgl. ebd. S. 280.

<sup>269</sup> Brauneder 2005, S. 248.

<sup>270</sup> Vgl. ebd. S. 249.

<sup>271</sup> Ebd. S. 248.

<sup>272</sup> Vgl. Vocolka 2013, S. 297.

<sup>273</sup> Brauneder 2005, S. 248.

‚Führerprinzips‘ bildeten ab 1933 die neuen Kernelemente: Der Reichskanzler verfügte über die ungeteilte Staatsgewalt. Dieser „übt unbeschränkt, d.h. ohne Gegenzeichnung, die Exekutive aus; er erlässt die Gesetze, verfügt als ‚oberster Gerichtsherr‘ über die Gerichtsorganisation und handelt als ‚oberster Richter‘. Dieses Phänomen, nämlich das Bestehen einer Verfassung bei gleichzeitiger uneingeschränkter Verfügungsmacht des Führers, bezeichnet Ernst Fraenkel (\*1898, †1975) als ‚Doppelstaat‘. Als Zeitzeuge und praktizierender Anwalt in Berlin zwischen 1933 und 1938 erlebte er hautnah, wie das nationalsozialistische System funktionierte:

Gestützt auf den in Ausübung meiner Anwaltspraxis gewonnenen Einblick in das Funktionieren des Hitlerregimes glaubte ich, im Nebeneinander eines seine eigenen Gesetze im allgemeinen respektierenden ‚Normenstaats‘ und eines die gleichen Gesetze mißachtenden ‚Maßnahmenstaats‘ einen Schlüssel zum Verhängnis der nationalsozialistischen Herrschaftsordnung gefunden zu haben.<sup>274</sup>

Dieser „doppelstaatliche Charakter der nationalsozialistischen Herrschaftsordnung“<sup>275</sup> zeichnete sich dadurch aus, dass zum einen unbeschränkte Willkür und Gewalt herrschte („Maßnahmenstaat“) und zum anderen ein Regierungssystem der bestehenden Rechtsordnung mitgetragen wurde, das zwecks Aufrechterhaltung der Rechtsordnung mit weitgehenden Herrschaftsbefugnissen ausgestattet war („Normenstaat“).<sup>276</sup>

Diese Doppelbödigkeit, die Fraenkel in Bezug auf die Rechts- und Staatslehre tiefgehend ausführt, findet sich in übertragenem Sinne auch in anderen gesellschaftlichen Ebenen – wie z.B. in der Identitätsthematik – wieder: So schuf der ‚Maßnahmenstaat‘ zahlreiche neue Identifikatoren und Identitätsangebote – wie z.B. ‚Antimarxismus‘, ‚Rassismus‘ und Verherrlichung einer ‚arischen Herrenrasse‘ – die darauf abzielten, die nationalsozialistische Ideologie bestmöglich in die Identitätsarbeit der Menschen einfließen zu lassen. Doch der noch immer existierende ‚Normenstaat‘ beherbergte Menschen, die die nationalsozialistischen Identitätsangebote ablehnten und aufgrund ihrer Identität Widerstand leisteten. Menschen, die sich bspw. auf den Identitätsbaustein des Katholizismus stützten, in den Widerstand zogen und ihren Idealen bis zuletzt treu blieben, zeigen, dass parallel zur NS-Herrschaft Einzelpersonen und teilweise Gruppen des ‚Normenstaats‘ mit ihren Idealen weiter existierten. Beispielhaft für diesen Widerstand aus den Reihen des ‚Normenstaats‘ steht der oberösterreichische Landwirt Franz Jägerstätter (\*1907, †1943). Aufgrund der Unvereinbarkeit mit seinem Glauben, verweigerte er den Kriegsdienst und stemmte sich gegen die Vereinnahmung seiner Prinzipien durch das NS-Regime. Am 9. August 1943 wurde Jägerstätter wegen ‚Zersetzung der Wehrkraft‘ zum Tode verurteilt

<sup>274</sup> Fraenkel, Ernst (1984): Der Doppelstaat. Recht und Justiz im "Dritten Reich". Frankfurt a.M.: Fischer (Fischer Taschenbuch, 4305). S. 13.

<sup>275</sup> Ebd. S. 14.

<sup>276</sup> Ebd. S. 21.

und hingerichtet.<sup>277</sup> Der Fall Jägerstätter soll symbolisch für jene österreichische Bevölkerungsteile stehen, die trotz aller nationalsozialistischer Repressalien Widerstand leisteten und sich nicht dem NS-System beugten. Aus ihren Überzeugungen (u.a. Katholizismus, Kommunismus) schöpften sie Kraft, um sich gegen das nationalsozialistische System zu wehren, auch wenn das eigene Leben aufs Spiel gesetzt wurde.

Der Widerstand von katholischer Seite bedarf einer differenzierter Betrachtung: Während einzelne Gläubige (Jägerstätter) und auch einige Priester und Ordensangehörige in Opposition zum NS-Regime zogen, setzte die ‚offizielle‘ katholische Kirche nicht auf Widerstand, sondern auf Verhandlungen – und wurde als Bündnispartner in das NS-System eingegliedert.<sup>278</sup>

Der Großteil des österreichischen Widerstandes ging von Kommunist\*innen aus, zu denen viele linke Sozialdemokrat\*innen gehörten (über „6000 Personen wurden von der Gestapo festgenommen, gefoltert, hingerichtet oder ins KZ gebracht“<sup>279</sup>). Neben dem „organisierten Widerstand“ gab es weitere Formen des Widerstandes („unorganisierter Widerstand“), die von Gegnern der NS-Herrschaft betrieben wurden: „individueller Widerstand, passive Resistenz, Nonkonformismus und soziales Protestverhalten.“<sup>280</sup>

Bewaffneter Widerstand erfolgte von Seiten der slowenischen Partisanen in Kärnten. Sie lieferten sich heftige Gefechte mit SS-, Polizei- und Wehrmachtseinheiten. Der Beitrag des österreichischen Widerstandes zur Befreiung Österreichs – so schlussfolgert Bandhauer-Schöffmann – „wird als bescheiden eingestuft, denn die Mehrheit der Bevölkerung war nicht bereit, sich aktiv gegen das Regime zu stellen“<sup>281</sup>.

Am 1. April 1940 war der Zeitpunkt gekommen, an dem Österreich keine politisch-rechtliche Einheit mehr darstellte. Es kam anhand des Ostmarkgesetzes von 1939 zu einer offiziellen Umbenennung in ‚Land Österreich‘ oder ‚Ostmark‘, dem „im Sinne des Reichsverfassungsrechts [...] Reichskompetenzen delegiert“<sup>282</sup> wurden. Doch aufgrund „der noch immer zu sehr an die ehemalige Eigenständigkeit des Gebietes“<sup>283</sup> erinnernde Bezeichnung, wurden ab dem Jahr

<sup>277</sup> Vgl. DÖW Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Mitteilungen. Folge 183. Oktober 2007. Franz Jägerstätter: „... Entscheiden, ob Nationalsozialist – oder Katholik!“ Online eingesehen: URL: <<https://www.doew.at/cms/download/dnmur/183.pdf>> zuletzt eingesehen am 24. Jänner 2021. S. 1-3.

<sup>278</sup> Vgl. Bandhauer-Schöffmann 2010, S. 290.

<sup>279</sup> Ebd. S. 290.

<sup>280</sup> Schönner, Johannes: Katholikinnen und Katholiken in Widerstand und Verfolgung. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Projekt: "Namentliche Erfassung der österreichischen Opfer politischer Verfolgung 1938 - 1945". Online eingesehen: URL: <<https://www.doew.at/cms/download/o31q/schoenner-1.pdf>> zuletzt eingesehen am 26. Jänner 2021. S. 7.

<sup>281</sup> Bandhauer-Schöffmann 2010, S. 291.

<sup>282</sup> Brauneder 2005, S. 251.

<sup>283</sup> Vocolka 2013, S. 300.

1942 die erstgenannten Namen durch die Bezeichnung ‚Alpen- und Donau-Reichsgaue‘ abgelöst. Im Bewusstsein einiger Menschen dämmerte es allmählich, was der Anschluss im Alltag nun wirklich zu bedeuten hatte: „Viele wurden von dem realen Anschluss, der als Mythos die Zeit der Ersten Republik durchzogen hatte, enttäuscht, fühlten sich von den Deutschen des ‚Altreiches‘ überfahren und beherrscht, in ihrer eigenständigen Entwicklung behindert.“<sup>284</sup> Der Weltkrieg schritt weiter voran und veränderte das Leben von Millionen Menschen. Tausende Österreicher kämpften in der Deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS an allen Fronten. Vocelka betont, dass es viele überzeugte Nationalsozialisten aus Österreich gab, die federführend an der Massenvernichtung der Juden (Shoa) beteiligt waren.<sup>285</sup>

Mit der NS-Diktatur in Österreich kam es zu einer Vertreibung von zahlreichen Wissenschaftler\*innen und Künstler\*innen. Dabei handelte es sich um Personen, die aus rassistischen oder politischen Gründen nicht in die ‚Volksgemeinschaft‘ der Nationalsozialisten passten: „Die Anwendung der Nürnberger Gesetze, die Flucht vieler Intellektueller jüdischer Herkunft und die physische Vernichtung der jüdischen Intelligenz in den Konzentrationslagern des NS-Regimes bedeuteten einen Aderlass unvergleichlichen Ausmaßes.“<sup>286</sup> Hiermit ging vieles verloren, was einen konstruktiven Beitrag in der kulturellen Identität Österreichs hätte liefern können: „Der menschliche und intellektuelle Verlust des Jahres 1938 konnte nie mehr gutgemacht werden.“<sup>287</sup> Bis 1959 kehrten von den rund 130.700 geflüchteten/vertriebenen Juden und Jüdinnen nur 8.000 (~6 Prozent) nach Österreich zurück.<sup>288</sup>

### **Fazit Anschluss und NS-Diktatur**

Der Wunsch, den viele Österreicher\*innen schon unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verspürten, nämlich Teil des großen deutschen Reiches zu sein, ging mit dem Anschluss an Hitlerdeutschland im Jahr 1938 in Erfüllung. Mit der Umbenennung der Bezeichnung Österreich in ‚Land Österreich‘, anschließend ‚Ostmark‘ und zuletzt ‚Alpen- und Donau-Reichsgaue‘ wollten die Nationalsozialisten das Erinnern an die Eigenständigkeit Österreichs erschweren. Die ‚Ostmarker‘ wurden vom nationalsozialistischen Deutschen Reich „keineswegs als Elite, sondern als bloße Provinzgesellschaft“<sup>289</sup> gesehen.

---

<sup>284</sup> Ebd. S. 300.

<sup>285</sup> Vgl. ebd. S. 302.

<sup>286</sup> Ebd. S. 308.

<sup>287</sup> Ebd. S. 308.

<sup>288</sup> Vgl. Bandhauer-Schöffmann 2010, S. 294.

<sup>289</sup> Rathkolb 2005, S. 21.

Die nationalsozialistische Herrschaft diktierte die Identitätspolitik in Österreich im Zeitraum 1938 bis 1945. Antisemitische, rassistische und Demokratie verachtenden Identitätsangebote rückten in den Mittelpunkt der Identitätsarbeit der Menschen. Nach der Schlacht von Stalingrad 1942/43 und den tausenden toten Soldaten auf beiden Seiten schwand die Begeisterung für das NS-Regime jedoch zunehmend. Die Niederlage der Nationalsozialisten in Stalingrad läutete sowohl den Wendepunkt des Zweiten Weltkriegs als auch den Untergang des nationalsozialistischen Imperiums ein.

Gegner\*innen des nationalsozialistischen Systems und Menschen, die an die Eigenständigkeit Österreichs glaubten, zogen aus ideellen und moralischen Gründen in den organisierten bzw. unorganisierten Widerstand. Mit der Gründung der Zweiten Republik rückte die Beteiligung von Österreicher\*innen am Widerstand gegen das NS-System in den Fokus der Alliierten.

### **3.4 Zweite Republik**

Die Genese der Zweiten Republik liegt im Jahr 1945 nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dauerte bis 1955 an. Der Zeitraum seit 1945 bis in die Gegenwart bildet den bis heute friedlichsten und demokratiepolitisch stabilsten Zeitraum in der österreichischen Geschichte. Wichtige Ereignisse und Prozesse, die als Identifikatoren einer österreichischen Identität dienen, lassen sich in diesen 75 Jahren nennen: Besatzungszeit von 1945 bis 1955; Staatsvertrag und Neutralitätserklärung 1955; Entstehung der Sozialpartnerschaft ab 1960; Gründung der Sozialpartnerschaft und die Kreisky-Ära 1970 bis 1983; Waldheim-Debatte 1986; EU-Beitritt 1995. Eingebettet waren diese Ereignisse in einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung und in eine Aufbruchstimmung, ‚Österreich wieder stark zu machen‘. In einem waren sich die politischen Parteien einig: Österreich zu einem Sozial- und Wohlfahrtsstaat führen zu wollen.

### 3.4.1 Besatzungszeit von 1945 bis 1955

*Erst die voll einsetzende Tätigkeit der UNRRA mit großen Lebensmittellieferungen und die Teilnahme Österreichs am European Recovery Program linderten die ärgste Not.*<sup>290</sup>

Karl Vocelka

Zwischen dem Jahr 1918 und dem Jahr 1945 lassen sich einige Parallelen finden: Österreich stand erneut als Kriegsverlierer und zunächst ohne Staatsregierung da. Ein Land stand vor seinen (selbstverschuldeten) Trümmern. Wieder hieß der neue (erste) Staatskanzler Karl Renner.

Im Gegensatz zum Jahr 1918 besetzen die Alliierten Österreich für die kommenden zehn Jahre. Sie nahmen aus dem Jahr 1918 die Lektion mit, dass ein Staat nach einem Krieg für längere Zeit Hilfe benötigt, damit dieser die eigene Handlungsfähigkeit wiederherstellen kann. Hinzu kam der Wille auf Seiten der Anti-Hitler-Allianz, neue eigenständige Entwicklungen sofort in bestimmte Bahnen zu lenken. Die Alliierten gingen von der Voraussetzung aus, dass Österreich nicht wie 1918 neu begründet werden müsste, da Österreich 1938 nicht annektiert, sondern okkupiert worden war (Okkupationstheorie). Gegensätzlich dazu steht die Annexionstheorie, die besagt, dass der Staat Österreich mit dem Anschluss 1938 untergegangen sei.<sup>291</sup>

In Österreich setzte sich 1945 aus politischem Kalkül die Okkupationstheorie gegenüber der Annexionsthese durch; die Frage, ob Österreich ein Opfer Hitlers oder ein Teil Hitlerdeutschlands gewesen sei, wurde aber von den Siegermächten weiter ambivalent beantwortet. Im Staatsvertrag fand diese Ambivalenz etwa in der Erwähnung der ‚Annexion‘ Österreichs 1938 und dem Verzicht auf Reparationen Ausdruck.<sup>292</sup>

Doch welche Entwicklungen schlägt Österreich bei seiner Wiederherstellung ein? Kommt es nun zur endgültigen Abkehr vom Anschlussgedanken an ein großes Deutsches Reich? Wer und was bilden Identifikatoren für eine ‚neue‘ österreichische Identität und tragen somit dazu bei, die Identitätskrise zu überwinden?

Zum grundlegendsten Dokument der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit Österreichs zählt die *Moskauer Erklärung*<sup>293</sup> (auch *Moskauer Deklaration*). Sie gehörte zu einer der ersten Maßnahmen der Alliierten im Jahr 1943, wobei ihre Ursprünge schon Jahre zuvor zu finden sind: Winston Churchill vertrat 1939 die Meinung, dass England für die Wiederherstellung der

<sup>290</sup> Vocelka 2013, S. 318.

<sup>291</sup> Vgl. Brauneder 2005, S. 262.

<sup>292</sup> Mueller, Wolfgang (2010): 1955 - Staatsvertrag und Neutralität. In: Martin Scheutz und Arno Strohmeier (Hg.): Von Lier nach Brüssel. Schlüsseljahre österreichischer Geschichte (1496 - 1995). Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerl. (VGS-Studientexte, 1). S. 307.

<sup>293</sup> Verosta, Stephan (1947): Die internationale Stellung Österreichs 1938 bis 1947. Eine Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938 bis 1947. Wien: Manzsche Verlagsbuchhandlung.

Unabhängigkeit Österreichs kämpfen würde. 1941 bezeichnete Josef Stalin dies als ein primäres Kriegsziel der Sowjetunion.<sup>294</sup> Am 1. November 1943 verkündeten die Außenminister Großbritanniens, der USA und der UdSSR die sogenannte *Moskauer Deklaration* mit folgenden Inhalten (englische Originalfassung und deutsche Übersetzung):

[...] Austria, the first free country to fall a victim to Hitlerite aggression, shall be liberated from German domination. They [England, USA und Sowjetunion] regard the annexion imposed on Austria by Germany on March 15, 1938 as null and void.<sup>295</sup>

[...] Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll. Sie betrachten die Besetzung Österreichs durch Deutschland am 15. März 1938 als null und nichtig.<sup>296</sup>

Gleichzeitig wurde Österreich daran erinnert, dass „es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann, und dass anlässlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.“<sup>297</sup> Hinsichtlich des Beitrags Österreichs zur Befreiung vom NS-Regime führte die österreichische Regierung den österreichischen Widerstand an. So kam es bei den Staatsvertragsverhandlungen mit den Alliierten zur Beweisführung (Instrumentalisierung) von katholischen und kommunistischen Widerstandskämpfer\*innen.<sup>298</sup> Mit Sicherheit waren sich die Alliierten zum damaligen Zeitpunkt nicht bewusst, wie prägend ihre Formulierung, die Karl Renner in der ‚Unabhängigkeitserklärung‘ wieder aufgriff, nämlich dass Österreich ein Opfer des Nationalsozialismus war, werden sollte. Sie wurde nämlich „als Ideologie der Nachkriegszeit ausgebaut“<sup>299</sup> und half dabei, die Entnazifizierung im Sande verlaufen zu lassen.<sup>300</sup> Dieser Opfermythos wurde maßgebend für die österreichische Identität in den folgenden Jahrzehnten.

Doch welche politischen Parteien kamen in Frage, eine Regierung zu bilden, um Österreichs Unabhängigkeit zu forcieren? Es waren dies die am 14. April 1945 gegründete ‚Sozialistische Partei Österreichs‘ (SPÖ), die am 17. April 1945 neugegründete ‚Österreichische Volkspartei‘ (ÖVP) und die KPÖ. Während die SPÖ sowohl die ‚Sozialdemokratische Partei‘ als auch die

<sup>294</sup> Vgl. Vocelka 2013, S. 317.

<sup>295</sup> Moscow Conference, Oktober 1943, Joint four nation declaration. Online eingesehen: URL: <<http://www.ibiblio.org/pha/policy/1943/431000a.html>> zuletzt eingesehen am 13. März 2020.

<sup>296</sup> Verosta 1947, S. 52-53.

<sup>297</sup> Ebd. S. 53.

<sup>298</sup> An dieser Stelle muss beachtet werden, dass Widerstandskämpfer\*innen gegen den Nationalsozialismus in der Zweiten Republik jahrzehntelang tabuisiert oder gar dämonisiert wurden. Großteils wurden Widerstandskämpfer\*innen in der Nachkriegszeit offen diffamiert bzw. als ‚Verräter‘, ‚Befehlsverweigerer‘, ‚Regelbrecher‘ angefeindet. Zur Vertiefung siehe: Traussnig, Florian (2016): Militärischer Widerstand von außen. Österreicher in US-Armee und Kriegsgeheimdienst im Zweiten Weltkrieg. Wien. Böhlau Verlag.

<sup>299</sup> Vocelka 2013, S. 319.

<sup>300</sup> Vgl. ebd. S. 319.

‚Revolutionären Sozialisten‘ in sich vereinigte, stellte die ÖVP den Nachfolger der ‚Christlichsozialen Partei‘ und des ‚deutschnationalen Landbundes‘ dar, welche die konfessionellen Bindungen fallen ließen und sich neu in Bünde (Arbeiter und Angestellte, Bauern, Wirtschaftstreibende) gliederten. Das national-liberale Lager konnte sich erst im Jahr 1949 im ‚Verband der Unabhängigen‘ (VdU) organisieren, welche ab 1956 als ‚Freiheitliche Partei Österreichs‘ (FPÖ) bei Wahlen antraten.<sup>301</sup>

Mittels der Durchführung von Art. 3 der ‚Unabhängigkeitserklärung‘ wurde am 27. April 1945 die ‚Provisorische Staatsregierung‘ unter der Führung von Karl Renner proklamiert. Im Gegensatz zum Jahr 1918 kam es zu keiner Volksvertretung (‚Nationalversammlung‘), sondern zu einer ‚Staatsregierung‘, die unmittelbar dafür sorgte, dass die bereits vorhandene Verfassung von 1920/29 schnellstmöglich wieder in Geltung gesetzt wurde. Zunächst aber musste eine ‚Vorläufige Verfassung‘ für die Übergangszeit aufgesetzt werden. Die Besatzungsmacht der Sowjetunion erkannte und unterstützte die Provisorische Staatsregierung. Aus Angst vor einer möglichen kommunistischen Machtergreifung unterstützten die übrigen Alliierten die Provisorische Staatsregierung zunächst nicht, erst am 20. Oktober 1945 wurde ihr Unterstützung zugesagt.<sup>302</sup> Karl Vocelka betont, dass diese Zeit eine äußerst schwierige und chaotische war:

1,6 Millionen Flüchtlinge, Heimatvertriebene, Umsiedler, ‚displaced persons‘ (verschleppte Personen), von denen zwei Drittel nicht deutschsprachig waren, hielten sich in Österreich auf. [...] Die Not der Bevölkerung des Landes war groß, die Industrieanlagen waren zerstört, die Nahrungsmittel knapp, man litt Mangel an allem, denn schon in der Kriegszeit waren Konsumgüter nur in einem sehr beschränkten Ausmaß auf dem Markt. Besonders schwierig sah die Lage in Wien aus, das im Mai 1945 knapp vor der Hungerkatastrophe stand.<sup>303</sup>

Die Verfassungssituation von 1945 sah so aus, dass das B-VG 1920 in der Fassung 1929 wieder eingesetzt werden sollte. Alle verfassungsrechtlichen Maßnahmen, die nach dem 5. März 1933 erlassen wurden, verloren ihre Gültigkeit (u.a. Ermächtigungsgesetz 1934, Anschlussgesetze von 1938, Ostmarkgesetz 1939).<sup>304</sup> Erst mit der Nationalratswahl am 25. November 1945 trat die Verfassung von 1920/29 wieder in Kraft. Die ersten freien Wahlen seit 15 Jahren brachten ein nicht zu erwartendes Ergebnis: „Erstaunlich war die Treue der Bevölkerung zu den alten Parteien. Die ÖVP erhielt, trotz der Belastung ihrer Vorgängerpartei durch den Austrofaschis-

<sup>301</sup> Brauneder 2005, S. 255.

<sup>302</sup> Vgl. ebd. S. 257-259.

<sup>303</sup> Vocelka 2013, S. 317-318.

<sup>304</sup> Vgl. Brauneder 2005, S. 261.

mus, die absolute Mehrheit (85 Mandate), die Sozialisten 76 Mandate, während die Kommunisten [...] lediglich vier Mandate erreichten.“<sup>305</sup> Leopold Figl (ÖVP) wurde zum ersten Bundeskanzler Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg und Karl Renner (SPÖ) zum Bundespräsidenten ernannt. Während der gesamten Besatzungszeit war Österreich kein vollsouveräner Staat. Mithilfe des Ersten und Zweiten Kontrollabkommens des Alliierten Rates wurde die Verbindung zwischen den Besatzungsmächten und der Provisorischen Staatsregierung gesichert (bspw. konnten keine Verfassungsgesetze verabschiedet werden ohne die Zustimmung des Alliierten Rates). In diesem Zeitraum war das Parlament de facto machtlos, da die von den Alliierten geforderte Bundesregierung, bestehend aus der Großen Koalition zwischen den Großparteien ÖVP und SPÖ, über die politische Entscheidungsgewalt verfügte<sup>306</sup>: „Der Koalitionspakt hebt de facto die Gewaltentrennung zwischen Legislative und Exekutive zugunsten der letzteren auf und verhindert eine wirksame parlamentarische Kontrolle.“<sup>307</sup>

Für die österreichische Identitätsbildung war die Besatzungszeit von enormer Bedeutung. Durch die Befreiung Österreichs und die über Jahre andauernde Administration durch die vier Großmächte hielt Internationalität Einzug im Nachkriegsösterreich. Eine wichtige Begleiterscheinung am Beginn der Zweiten Republik bestand darin, dass das gesellschaftliche bzw. österreichische Selbstbild viel stärker der Zukunft zugewandt war, als dies noch zu Zeiten der Ersten Republik und der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur der Fall war. Im Gegensatz zum rückwärtsgewandten, traditionsverhafteten Selbstbild in den Jahren 1918 bis 1938 rückte nach den traumatischen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs der Blick nach vorne (Wiederaufbau) stärker in den gesellschaftlichen Fokus.

### 3.4.2 Österreich – ein Opfer des NS-Regimes?

Der österreichisch-amerikanische Historiker Günter Bischof (\*1953) geht im Aufsatz ‚*Opfer Österreich?*<sup>308</sup> der Frage nach, ob ein Staat den „Wechsel von einem totalitären zu einem de-

<sup>305</sup> Vocelka 2013, S. 319.

<sup>306</sup> Vgl. Brauneder 2005, S. 265.

<sup>307</sup> Ebd. S. 265.

<sup>308</sup> Bischof, Günter (2001): 'Opfer' Österreich? Zur moralischen Ökonomie des österreichischen historischen Gedächtnisses. In: Dieter Stiefel (Hg.): Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und "Wiedergutmachung". Wien: Verl. für Geschichte und Politik (Querschnitte, 7).

mokratischen Regime vollziehen kann, ohne sich den vom Vorgängerregime begangenen Verbrechen zu stellen?“<sup>309</sup>. Die österreichische Vergangenheitsbewältigungsstrategie nach dem Zweiten Weltkrieg folgt nach Bischof dem Motto „Vergessen, nicht konfrontieren“<sup>310</sup>.

Die politischen Parteien SPÖ, ÖVP, KPÖ bzw. unter der Führung von Karl Renner (SPÖ), Adolf Schärf (SPÖ), Leopold Kunschak (ÖVP) und Johann Koplenig (KPÖ) erklärten am 27. April 1945 die *Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs vom 27. April 1945 durch die politischen Parteien Österreichs*<sup>311</sup> (auch ‚Unabhängigkeitserklärung‘ genannt), bei der sie sich u.a. auf die *Moskauer Deklaration* beriefen. Die wichtigsten Artikel der ‚Unabhängigkeitserklärung‘ lauteten:

Art. 1: Die demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten.

Art. 2: Der im Jahre 1938 dem österreichischen Volke aufgezwungene Anschluss ist null und nichtig.

Art. 3: Zur Durchführung dieser Erklärung wird unter Teilnahme aller antifaschistischen Parteien eine Provisorische Staatsregierung eingesetzt und vorbehaltlich der Rechte der besetzenden Mächte mit der vollen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt betraut.<sup>312</sup>

In diesem Dokument verortet Bischof die „Konstruktion der österreichischen Opferthese als Grundlage der Nachkriegs-Opferideologie und Opfermentalität“<sup>313</sup>. Der zentrale Satz in der ‚Unabhängigkeitserklärung‘, der die Doktrin von Österreich als Opfer des Nationalsozialismus wesentlich beeinflusste, steht in der Präambel:

[...] dass die nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers kraft dieser völligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Annexion des Landes das macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt hat, den kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals voraussehen oder gutzuheißen instand gesetzt war, zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat, in einen Eroberungskrieg [...], der beinahe die ganze Jugend- und Manneskraft unseres Volkes, bedenkenlos hingeopfert hat [...].<sup>314</sup>

Gegen Ende der Unabhängigkeitserklärung halten die politischen Parteien fest, dass „der von den Alliierten geforderte Beitrag zur Befreiung Österreichs nur bescheiden sein könne, da ‚das Volk entkräftet‘ und ‚das Land entgütet‘ sei.“<sup>315</sup>

Karl Renner, der zu dieser Zeit die Position des Staatskanzlers innehatte, wird von Bischof als wichtigsten Akteur im Zusammenhang zwischen Inhalt der Proklamation vom 27. April 1945 und dem später eintretenden ‚Opfermythos‘ gesehen. Der sozialdemokratische Renner, der

<sup>309</sup> Ebd. S. 305.

<sup>310</sup> Ebd. S. 306.

<sup>311</sup> Verosta 1947, S. 59-62.

<sup>312</sup> Ebd. S. 62.

<sup>313</sup> Bischof 2001, S. 306.

<sup>314</sup> Verosta 1947, S. 60.

<sup>315</sup> Ebd. S. 62.

keine unmittelbare nationalsozialistische aktive Vergangenheit aufweist, verbrachte die Kriegszeit unter Hausarrest in seiner Gloggnitzer Villa. Er zeigte keine offene Kritik gegenüber dem NS-Regime, machte im April 1938 Propaganda für die Anschluss-Volksabstimmung<sup>316</sup>, und wird von Bischof als „traditioneller sozialistischer Anschlussbefürworter“<sup>317</sup> bezeichnet. Der österreichische Politikwissenschaftler Anton Pelinka (\*1941) umschreibt Renner als „den klassischen österreichischen Typus des anpasserischen Opportunisten, der immer auf der Seite der Mächtigen steht“.<sup>318</sup> Friedrich Adler, ein damaliger Parteikollege von Renner, sieht in Renner „einen Repräsentanten des ‚Geistes der biedereren Verlogenheit‘“<sup>319</sup>. Bischof ist der Meinung, dass die Thesen Renners und die der Vertreter anderer Parteien andeuten, dass der Nationalsozialismus ein „preußisches und ganz unösterreichisches Phänomen“<sup>320</sup> sei.

Bischof arbeitet in seinem Aufsatz heraus, dass Renner das „komplexe Verhältnis der Ostmärker zum Dritten Reich“<sup>321</sup> und den „hohen Grad der Kollaboration zahlreicher Ostmärker mit Nazi-Deutschland“<sup>322</sup> ausblendet bzw. ignoriert: „Das lag vollauf im Sinne der Anglo-Amerikaner, die sich schon während des Krieges um eine eigenständige österreichische Identität sorgten, die zur Wiedererrichtung eines unabhängigen Österreich dringend notwendig war“<sup>323</sup>. Bischof schreibt, dass Renner mit einigen Informationen über die österreichische Täterschaft vertraut gewesen sein musste. Kabinettsratsprotokolle vom 19./20. Juni 1945 belegen, dass in Anwesenheit von Karl Renner Informationen über Gräueltaten von österreichischen Nationalsozialisten ausführlich präsentiert wurden.<sup>324</sup>

Der kluge politische Taktiker Renner erkannte im April 1945 schon sehr genau, dass das Thema der großen Anzahl österreichischer Kollaborateure und Mitläufer öffentlich nicht angesprochen werden durfte, wollte er die Welt von Österreichs Opferstatus überzeugen. Darüber Stille zu bewahren, bedeutete bereits, der Amnesie auf die Beine zu helfen.<sup>325</sup>

Der aktuelle Forschungsstand bestätigt die These, dass „im großen und ganzen die Ostmärker das Hitlerregime und seine Kriegsmaschine bis in die letzten Wochen des Krieges unterstützten“<sup>326</sup> und rückt somit die Worte Renners und der anderen Mitunterzeichner, nämlich jene des macht- und willenlos gemachten Volke Österreichs in ein anderes Licht. Anfang Mai 1945

---

<sup>316</sup> Vgl. Bischof 2001, S. 308.

<sup>317</sup> Ebd. S. 308.

<sup>318</sup> Ebd. S. 308.

<sup>319</sup> Ebd. S. 308.

<sup>320</sup> Ebd. S. 309.

<sup>321</sup> Ebd. S. 309.

<sup>322</sup> Ebd. S. 309.

<sup>323</sup> Ebd. S. 309.

<sup>324</sup> Vgl. ebd. S. 315.

<sup>325</sup> Ebd. S. 310.

<sup>326</sup> Ebd. S. 310.

wollte Renner in einer Radiorede die „Beteiligung der österreichischen Soldaten an den Barbarieen der deutschen Wehrmacht“<sup>327</sup> erwähnen, jedoch wurde dieser Passus aus seiner Rede gestrichen. Bischof zeigt auf, dass die Ballhausplatzdiplomaten es anstrebten, die Okkupationstheorie als Absicherung der Opferdoktrin mit allen Mitteln zu fördern. Tagebuchaufzeichnungen des Diplomaten Josef Schöner (\*1904, †1978) bestätigen, dass er es für unklug hielt, wenn Renner von der „Mitschuld der Österreicher am Kriege, ihrer Verantwortung und von der Sühne, die sie zu leisten hatten“<sup>328</sup> sprechen wollte: Dies sind „alles Dinge, die man sich denken, aber von einem Propagandastandpunkt nicht sagen darf“<sup>329</sup>.

Renner fürchtete sich vor einer zu harten Bestrafung der österreichischen Nationalsozialisten und förderte daher eine Art rasche Generalamnestie für eine halbe Million sog. Mitläufer und „Minderbelastete“.<sup>330</sup> Am 30. April 1945 gab Renner das Versprechen ab, dass zahlreiche österreichische Mitläufer, die den Anschluss freudig begrüßt hatten, wieder ihr normales bürgerliches Leben führen und die Beamten in ihre alten Jobs zurückkehren durften.<sup>331</sup> Hinter diesem Versprechen steckte die Absicht, ein Erwecken eines Volkszorns aufseiten dieser „Ehemaligen“<sup>332</sup> zu verhindern.

### 3.4.3 Identifikatoren auf dem Weg zur österreichischen Identität im Zeitraum 1945 bis 1955

Leopold Figl, einer der Mitbegründer der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), verfasste im Jahr 1945 den Aufsatz *Was ist Österreich?* Aus Sicht eines führenden Politikers schildert er seine Blickweise auf die österreichische Nation. Damit wird er zu einem zentralen Akteur der damaligen Geschichtspolitik.

Die folgenden Ausführungen über die *Österreichische Bundeshymne*, das *Österreichische Wörterbuch* und den Film *1. April 2000* dienen als Quellen, die die Entstehung nationaler Identitätsangebote am Beginn der Zweiten Republik nachzeichnen. Sie stehen im engen Zusammenhang mit dem Phänomen der Top-Down-Methode: Bundeshymne, Wörterbuch und Film wurden nämlich im Auftrag der österreichischen Bundesregierung geschaffen, um als mögliches Identifikationsangebot für die Menschen der ‚jungen Republik‘ zur Verfügung zu stehen. Im

<sup>327</sup> Ebd. S. 312.

<sup>328</sup> Ebd. S. 312-313.

<sup>329</sup> Ebd. S. 313.

<sup>330</sup> Vocelka 2013, S. 319-320.

<sup>331</sup> Vgl. ebd. S. 316.

<sup>332</sup> Ebd. S. 316.

Idealfall sollten die vorgegebenen bzw. teils subtil versteckten Inhalte übernommen werden und zu einem Teil der subjektiven Identitätsfindung der Bürger\*innen Österreichs beitragen.

**Leopold Figl: „Österreich ist das Herzstück Europas!“<sup>333</sup> (1945)**

*[...] Ich kann Euch nur bitten:  
Glaubt an dieses Österreich!*<sup>334</sup>

Leopold Figl

Leopold Figl (\*1902, †1965), einer der prägendsten ÖVP-Politiker in der Zweiten Republik, war nach dem Zweiten Weltkrieg ab November 1945 bis 1953 erster Bundeskanzler Österreichs. Im Jahr 1938 wurde er verhaftet, im KZ Dachau und zwischenzeitlich im KZ Mauthausen interniert. Die letzten Monate vor dem Einmarsch der Roten Armee verbrachte er in der Todeszelle des Volksgerichtshofs (Anklage wegen Hochverrats). Figl, der vom Bauernfunktionär während der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur zum Bundeskanzler der Zweiten Republik und anschließend zum Außenminister sowie Landeshauptmann von Niederösterreich aufstieg, gilt als einer der Gründerväter des österreichischen Staatsvertrages.

Im Aufsatz *Was ist Österreich?*<sup>335</sup> vom Dezember 1945 lobt Figl das Wesen Österreichs über die Maßen. Er beginnt mit den Worten, dass Österreich Europa sei und Europa nicht ohne Österreich sein könne. Dichter hätten seit jeher Österreich als das Herzstück Europas angesehen. Nicht umsonst würde das Nibelungenlied Österreich zugeschrieben werden.<sup>336</sup> Die nahezu tausend Jahre alte Geschichte Österreichs basiere auf historischen Pfaden, die „eine Geschichte des Kampfes des europäischen Geistes gegen den Geist der Barbarei und des Hunnentums [...]“<sup>337</sup> darstellen würden. Europa verdanke dem österreichischen Volke sämtliche europäische Kultur, denn als Anwalt Europas gelang es ihm, sich der Barbarei entgegenzustellen.

Nachdem Figl Friedrich den Großen und die Zeit des Mittelalters erwähnt, kommt er auf eine Person zu sprechen, die er als ‚Mater Austriae‘ bezeichnet. Sie stelle den Inbegriff des österreichischen Wesens, also den Idealtypus der europäischen Geistigkeit dar. Diese Person leuchte „wie ein Stern, eine Gestalt, die einzigartig in der Geschichte Europas war und die nicht nur für Europa, sondern vielleicht für das gesamte Weltgeschehen richtunggebend war und ist: Maria

<sup>333</sup> Figl 1945. In: Österreichische Monatshefte. Blätter für Politik. Hg. Von der Österreichischen Volkspartei. (Chefredakteur: Dr. Alfred Missong). 1. Jahrgang, Nr. 3. S. 89.

<sup>334</sup> Figl, Leopold: Weihnachtsrede. 24. Dezember 1945. Online eingesehen: Österreichische Mediathek: URL: <<https://www.mediathek.at/atom/133035A1-15C-00057-000006B0-132FA736>> zuletzt eingesehen am 16. Mai 2020.

<sup>335</sup> Ebd.

<sup>336</sup> Vgl. ebd. S. 89-90.

<sup>337</sup> Ebd. S. 89.

Theresia [...]“<sup>338</sup>. Aus den Hinterlassenschaften (Schriften und Briefe) von Kaiserin Maria Theresia (\*1717, †1780) extrapoliert Figl Antworten auf die Frage, was Österreich ausmache:

Es war eine Frau, die diesem österreichischen Wesen den herrlichsten und tiefsten Ausdruck gab. [...] Maria Theresia hatte Zeit ihres Lebens mit unerhörten politischen und strategischen Schwierigkeiten zu kämpfen und sie hat diese Schwierigkeiten durchgekämpft – nicht so sehr mit ihren Generälen und Staatsmännern, sondern vor allem kraft ihrer aus dem österreichischen Wesen entspringenden Mütterlichkeit, vermöge der Idee der Güte, des Verständnisses, des Willens zum Zusammengehen und des Bekenntnisses zur Menschlichkeit.<sup>339</sup>

So folgert Figl, dass Österreich als ein Land „der Mäßigung, der Toleranz, ein Land des Verständnisses und der Liebe zu dem Nächsten, zu dem Nächsten im eigenen Lande und jenseits der Grenzen“<sup>340</sup> anzusehen sei. Wien gelte als die „geistige Zentrale des deutschsprechenden Europäertums, das durch Österreich repräsentiert wird“<sup>341</sup>. Aus diesem Grund verwehrten sich die Österreicher dagegen, „einfachhin ein deutscher Stamm geheißen zu werden, weil wir [Anm. d. Verf.: die Österreicher] wissen, dass Österreich etwas Besonderes in Europa war, dass österreichischer Geist und österreichisches Wesen eine Besonderheit darstellten in der europäischen Geistigkeit“.<sup>342</sup> Bei diesen Gedanken handle es sich weder um eine Erfindung der Österreichischen Volkspartei noch eine der sog. Austrofaschisten. Dies begründet Figl damit, dass die Österreicher ein eigenes Volk wären, das nur zufällig die gleiche Sprache wie die Nachbarn im Norden sprechen würde:<sup>343</sup> „Es gibt nämlich den österreichischen Menschen wirklich und wahrhaftig, es hat ihn immer gegeben, und wir haben es schmerzlich bedauert, dass einzelne politische Parteien aus parteiegoistischen Erwägungen ihn bisher verleugnet haben.“<sup>344</sup>

Die NS-Zeit oder, wie Figl es formuliert, den „Hitlerwahnsinn“<sup>345</sup> vergleicht er mit einem barbarischen Totalitätsanspruch, der an der österreichischen Wesenheit scheiterte: „Österreichertum und Barbarei sind absolut unvereinbar.“<sup>346</sup>

Wenn diese letzten sieben Jahre Naziherrschaft im Sinne der göttlichen Vorsehung einen tieferen Sinn hatten, so war es der, unser österreichisches Volk davon zu überzeugen, dass es ein eigenes Volk ist, dass der Österreicher eben nur ein Österreicher und nichts anderes sonst ist. Wir, die wir aus den Konzentrationslagern gekommen sind, haben diese Idee als Vermächtnis der Tausende von Kameraden, die für diesen österreichischen Gedanken gestorben sind, mitgebracht und werden fanatisch dafür kämpfen und eintreten.<sup>347</sup>

<sup>338</sup> Ebd. S. 89.

<sup>339</sup> Ebd. S. 89.

<sup>340</sup> Ebd. S. 89.

<sup>341</sup> Ebd. S. 90.

<sup>342</sup> Ebd. S. 90.

<sup>343</sup> Vgl. ebd. S. 90.

<sup>344</sup> Ebd. S. 90.

<sup>345</sup> Ebd. S. 89.

<sup>346</sup> Ebd. S. 90.

<sup>347</sup> Ebd. S. 90.

Bei seinen Ausführungen über die NS-Zeit resümiert Figl, dass diese Periode in der österreichischen Geschichte den Schlussstein für Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von Deutschland bilden sollte. Mit seiner Formulierung, dass ‚wir aus den Konzentrationslagern gekommen sind‘, eröffnet er einen unklaren Interpretationsspielraum: Spricht er nur von sich und seinen Leidensgenossen, die aufgrund ihrer politischen Ansichten in diversen KZs eingesperrt waren? Oder spricht er doch im Namen aller Österreicher\*innen? Die Tatsache, dass der Herausgeber der Zeitung, in der dieser Aufsatz veröffentlicht wurde, die ÖVP war, ließe auf ersteres schließen. Da der Aufsatz aber den Titel *Was ist Österreich?* trägt, könnte Figl mit dem ‚Wir‘ auch alle Österreicher\*innen gemeint haben. Was die Analyse des Aufsatzes von Figl mit Sicherheit zeigt, ist, dass Figl an keiner Stelle über österreichische Täter\*innen während der Zeit des Nationalsozialismus schreibt.

Die österreichische Idee basiere in der Mischung von Tradition und Sendung. Österreich stelle ein lebendiges Heute dar, „das aus dem Gestern kommt und doch ein ewiges Morgen bleiben wird“<sup>348</sup>. Ob Beethoven (Wahlösterreicher), Mozart (Salzburger), Haydn und Schubert, Bruckner, Mahler, Strauß und Lanner, gleichgültig, wo sie geboren wurden, sie alle zählt Figl zu den Erschaffern der Hochkultur Österreichs. In seinem Aufsatz zählt er unzählige österreichische Dichter und Schriftsteller, allen voran Wildgans und Grillparzer auf, die er als Kämpfer für den österreichischen Menschen bezeichnet. Künstler wie Daffinger, Amerling, Klimt, Schiele und Kokoschka waren nach Figl auf der Suche nach dem österreichischen Menschen. Bei Mendel, Rokitansky, Billroth, Ressel und Etrich handle es sich um Personen, die als österreichische Menschen das wissenschaftliche Weltbild Europas gestaltet hätten.<sup>349</sup>

Leopold Figl hebt am Ende seines Aufsatzes hervor, dass die Österreichische Volkspartei das Wort ‚österreichisch‘ dem Worte ‚Partei‘ voranstelle. Dies geschehe nicht aus wahltaktischen Gründen, sondern aus ihrem tiefen Wissen um dieses Österreich:

Alle übrigen Parteien sind zuerst Partei und dann erst österreichisch. Österreichische Kultur ist für uns keine Parteiangelegenheit. Die Österreichische Volkspartei hat keine persönlichen Interessen, ihre Führung besteht aus Idealisten, deren Programm Österreich heißt und nichts anderes; ihre Mandatare sind Politiker, die sich dieses Programm zu eigen gemacht haben, junge Politiker, neue Politiker, Politiker, die mit dem Parteigetriebe von gestern nichts zu tun haben wollen, sondern die das neue Österreich und die neue Demokratie in diesem Österreich wollen.<sup>350</sup>

---

<sup>348</sup> Ebd. S. 91.

<sup>349</sup> Vgl. ebd. S. 91.

<sup>350</sup> Ebd. S. 91.

Als Außenminister Österreichs ab dem Jahr 1953 hatte Figl einen großen Anteil am Zustandekommen des Staatsvertrages. Aus seinen Schriften kann man seinen großen Wunsch der Unabhängigkeit Österreichs herauslesen. In der Rolle als Politiker und Bundeskanzler beteiligte er sich am Erschaffen von kollektiven Identitätsangeboten. Figl und zahlreiche weitere Akteure der politischen Eliten Österreichs verwendeten dazu Elemente aus der Habsburgermonarchie. Mittels dieser Strategie des Erinnerns ließ man den ‚Habsburgermythos‘ einen Teil der gegenwärtigen österreichischen Identität werden.

Die Hervorhebung des neuen Namens der Österreichischen Volkspartei, nämlich dass ‚Österreich‘ vorangestellt wurde, veränderte die Außendarstellung der Partei: Gab man sich die Jahrzehnte zuvor gerne als kleines deutsch-österreichisches Land aus, das Teil des großen Deutschland sein wollte, markiert die ÖVP nun den Willen zur Abgrenzung von Deutschland und zur Eigenständigkeit einer österreichischen Nation. Die Sichtweise der politischen Akteure rund um Figl mutierte zur Erschaffung einer Österreich-Partei, die sich zum Auftrag machte, eine Österreich-Identität neu mit zu kreieren.<sup>351</sup>

Leopold Figl war trotz der schwierigen Situation unmittelbar nach 1945 davon überzeugt, dass ein eigenständiges Österreich existieren könne. Seine Worte, die er in der Radioansprache vom Weihnachtsabend am 24. Dezember 1945 wählte, waren zum einen von Tristesse gekennzeichnet, zum anderen mit einem Hauch von Optimismus und großer Hoffnung versehen: „Ich kann Euch zu Weihnachten nichts geben. Ich kann Euch für den Christbaum, wenn Ihr überhaupt einen habt, keine Kerzen geben. Kein Stück Brot, keine Kohle zum Heizen, kein Glas zum Einschneiden. Wir haben nichts. Ich kann Euch nur bitten: Glaubt an dieses Österreich!“<sup>352</sup>

Rückblickend lässt sich festhalten, dass Figl kein Unikum im Hinblick auf das Ausblenden der österreichischen Täterschaft während der Zeit des Nationalsozialismus darstellte. Er und viele andere Akteure der damaligen Regierungsebene legten das Fundament zur Bewältigung der Nachkriegszeit, das mit folgenden Verben versehen werden kann: verdrängen, vergessen, verschweigen. Es dauerte vier Jahrzehnte bis eine tiefgehende Aufarbeitung in Kraft trat.

<sup>351</sup> Die Österreichische Volkspartei gründete sich neu am 17. April 1945. Dies geschah u.a. aus jenem Grund, dass man sich von der Vorläuferpartei der Christlichsozialen (CS) und auch von der Vaterländischen Front (VF) abgrenzen wollte. Wie ernst den politischen Akteuren dieser Versuch tatsächlich war, ließ sich bis in das Jahr 2017 ablesen: In den Klubräumen der Österreichischen Volkspartei hing bis in das Jahr 2017 ein Porträt von Engelbert Dollfuß. In Anbetracht dieser Tatsachen hinterlässt der damalige ÖVP-Neubeginn einen schalen Beigeschmack. (Vgl. Jungwirth, Michael: ÖVP entledigt sich des umstrittenen Dollfuß-Bildes. 19. Juli 2017. Online eingesehen: URL: <[https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5254797/Parlament\\_OeVP-entledigt-sich-des-umstrittenen-DollfussBildes](https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5254797/Parlament_OeVP-entledigt-sich-des-umstrittenen-DollfussBildes)> zuletzt eingesehen am 29. April 2020).

<sup>352</sup> Figl, Leopold: Weihnachtsrede. 24. Dezember 1945. Online eingesehen: Österreichische Mediathek: URL: <<https://www.mediathek.at/atom/133035A1-15C-00057-000006B0-132FA736>> zuletzt eingesehen am 16. Mai 2020.

## Österreichische Bundeshymne (1946/47)

*Land der Berge, Land am Strome [...] <sup>353</sup>*  
Paula von Preradović

Um sich von der Ersten Republik klar abzugrenzen, kommt es im Jahr 1946 zur Neuschaffung der Bundeshymne der Republik Österreich. Hymne, das aus dem Griechischen stammt und mit „feierlichem Gesang, Lobgesang (für Gott), Weihelied oder Preisgedicht“<sup>354</sup> übersetzt werden kann, bildet in diesem Kontext einen feierlichen Gesang zu Ehren des Staates. Eine Nationalhymne begründet auf symbolische Art und Weise das Staatsbewusstsein mit. Einem Großteil der österreichischen Bevölkerung war es nicht verständlich, warum die alte Haydn-Hymne aus früheren Zeiten nicht wieder aufgegriffen wurde bzw. ausgesorgt hatte. Der damalige Bundesminister für Unterricht, Felix Hurdes (ÖVP), nahm in der *Wiener Zeitung* vom 11. April 1946 Stellung dazu. Er führte aus, dass es sich bei der Haydn-Hymne um altes österreichisches Kulturgut, das einerseits durch Deutschland entwendet wurde, andererseits durch das Deutschlandlied während der NS-Zeit so stark missbraucht wurde, dass ein weiteres Abspielen dieser Hymne v.a. die damals unterdrückten Völker Europas aufs Neue provozieren würde.<sup>355</sup> Darum müsse ein völlig neues Konzept gestaltet werden, auch wenn es zu bedeuten habe, dass man „Ersatz für etwas Unersetzbares“<sup>356</sup> finden müsse.

Der Ministerrat beschließt 1946 die Melodie des Bundesliedes (*Brüder reicht die Hand zum Bunde*) von Wolfgang Amadeus Mozart zur neuen Bundeshymne. In einer Rundfunkansprache erläutert Hurdes folgende Kritikpunkte des Ministerrates am Bundeslied:

Das Bundeslied von Mozart wurde aus zwei Gründen von mancher Seite abgelehnt: 1. Weil es angeblich nicht sicher wäre, daß es sich hier wirklich um eine Schöpfung Mozarts handle, und 2. Wegen des freimaurerischen Ursprungs dieser Melodie. Zur Frage der Urheberschaft Mozarts ist zu sagen: Das Bundeslied komponierte Mozart im Jahre 1791, 17 Tage vor seinem Tod, als Schlußchoral zu einer Freimaurerkantate. [...] Was den Einwand der freimaurerischen Vergangenheit anlangt, sei darauf verwiesen, daß das Freimaurertum zu Mozarts Zeit einen vollkommen anders gearteten Charakter hatte als später. Keinesfalls hatte das Freimaurertum des 18. Jahrhunderts jene antikirchliche Färbung, die es einige Jahrzehnte später annahm. [...]

Hurdes betont, dass Österreich auf die neue Bundeshymne stolz sein dürfe, da die Melodie vom „größten Meister der Musik entstammt, den unser Vaterland hervorgebracht“<sup>357</sup> habe.

<sup>353</sup> Diem, Peter (1995): Die Symbole Österreichs. Zeit und Geschichte in Zeichen. Wien: Kremayr & Scheriau. S. 148-149.

<sup>354</sup> Der kleine Duden 1991. S. 171.

<sup>355</sup> Vgl. Wiener Zeitung: 11. April 1946, Ausgabe Nr. 86. S. 1.

<sup>356</sup> Ebd. S. 3.

<sup>357</sup> Ebd. S. 3.

Im Jahr 1947 kommt nach dem Verfahren eines Preisausschreibens (da sich der Ministerrat nicht einigen konnte) der Text aus der Feder der österreichischen Lyrikerin Paula von Preradović hinzu. Ihr Gedicht mit dem Titel *Land der Berge, Land am Strome* wird nach leichten Abänderungen der Bundesregierung unter dem Vorsitz von Leopold Figl als dreistrophiger Text für die neue Bundeshymne übernommen:

(1) Land der Berge. Land am Strome,  
Land der Äcker, Hämmer, Dome,  
Arbeitsam und liederreich.  
Großer Väter freie Söhne,  
Volk, begnadet für das Schöne,  
Vielgerühmtes Österreich.

(2) Heiß umfehdet, wild umstritten  
Liegst dem Erdteil du inmitten,  
Einem starken Herzen gleich.  
Hast seit frühen Ahnentagen  
Hoher Sendung Last getragen,  
Vielgeprüftes Österreich.

(3) Aber in die neuen Zeiten  
Sieh uns festen Glaubens schreiten,  
Stolzen Muts und hoffnungsreich.  
Laß in brüderlichen Chören,  
Vaterland, dir Treue schwören,  
Vielgeliebtes Österreich.<sup>358</sup>

Paula von Preradović überzeugte die 24-köpfige Jury aus Vertretern von Kunst und Wissenschaft sowie der Bundesländer mit ihrem Text bzw. Gedicht. Die Beschreibung Österreichs mit Hinweisen auf die geographischen Naturschönheiten wie Berge und Flüsse nimmt in der ersten Strophe eine zentrale Rolle ein. In der zweiten Strophe verweist die Schriftstellerin auf die zahlreichen historischen Ereignisse, die sich auf österreichischem Boden abgespielt hatten. Österreich und gleichzeitig das österreichische Volk stehen vor neuen Zeiten, die mit Stolz und Mut besritten werden sollen. Hoffnungsvoll schließt von Preradović mit dem Wunsch, dass Österreich eines Tages vielgeliebt sein werde.

Bis heute ist unklar, ob das Bundeslied tatsächlich von Mozart stammt. Der österreichische Medienwissenschaftler Peter Diem (\*1937) macht darauf aufmerksam, dass die Melodie „weit eher von dem 1753 in Korneuburg geborenen und 1818 in Wien verstorbenen bescheidenen ‚Claviermeister‘ Johann Hol(t)zer stammt, der so etwas wie ‚Hauskomponist‘ seiner Freimaurerloge ‚Zur Wahren Eintracht‘ war.“<sup>359</sup> Mozart gehörte ebendieser Loge ab Dezember 1784 an.

<sup>358</sup> Diem (1995), S. 148-149.

<sup>359</sup> Ebd. S. 152.

Der allgemeine Sinneswandel der vergangenen Jahrzehnte, vor allem im Blick auf gendgerechte Sprache, führte zu Kritik am Text der Bundeshymne und so kam es zu einer Modifizierung, die sich nur marginal vom Originalgedicht aus dem Jahr 1947 unterscheidet. Die letzte textliche Änderung erfolgte mit 1. Jänner 2012: Anstelle von „Heimat bist du großer Söhne“, heißt es nun „Heimat großer Töchter und Söhne“. In Strophe drei wurde aus „Brüderchören“ - „Jubelchöre“. Diese gendermäßige Änderung der Bundeshymne trugen bis auf die ‚Freiheitliche Partei Österreichs‘ (FPÖ) und das ‚Bündnis Zukunft Österreich‘ (BZÖ) alle restlichen Parteien mit.<sup>360</sup> Die Diskussionen rund um diese Veränderung zeigt deutlich, dass die Bundeshymne ein Stück Identität im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung geworden ist.

Diem benennt hingegen den Donauwalzer als die sentimentale oder heimliche Hymne Österreichs. Sie wurde nämlich bei der Proklamation der Unabhängigkeit Österreichs vor dem Parlament am 29. April 1945 abgespielt und diente die ersten eineinhalb Jahre als Hymnen-Ersatz.<sup>361</sup> Aus heutiger Sicht könnte man hinsichtlich einer inoffiziellen Bundeshymne das Lied von Rainhard Fendrich *I am from Austria* aus dem Jahre 1989 hinzufügen.

Angesichts der autochthonen Volksgruppen in Österreich wird es den Kärntner Slowenen gesetzlich ermöglicht, die Bundeshymne in slowenischer Sprache zu singen: „Als offizielle Übersetzung kann in Kärnten auch eine slowenische Version gesungen werden. Für die anderen anerkannten Minderheiten gibt es keine entsprechenden Versionen.“<sup>362</sup>

Der österreichische Unterrichtsminister und seine politischen Gefolgsleute erfüllten mit der Neuerfindung der österreichischen Bundeshymne den nächsten logischen Schritt bei der Staatswerdung. Jeder Staat, sei er noch so klein, muss im Hinblick auf seine nationale Identität über ein identitätsstiftendes Repertoire (Flagge, Wappen, Hymne) verfügen. Diese Elemente sorgen für die Stiftung und Bewahrung des staatlichen Selbstbewusstseins.<sup>363</sup> Unmittelbar mit der Ausrufung der Provisorischen Staatsregierung am 1. Mai 1945 wurden die rot-weiß-rote Fahne und der Bundesadler per Gesetz als Zeichen der Zweiten Republik wiedereingeführt. Beim Bundeswappen der Republik Österreich steht der „einköpfige, schwarze, golden gewaffnete und rot bezungte Adler, dessen Brust mit einem roten, von einem silbernen Querbalken durchzogenen

<sup>360</sup> Vgl. Bundesgesetz über die Bundeshymne der Republik Österreich. Online eingesehen: URL: <[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A\\_01758/index.shtml#tab-ParlamentarischesVerfahren](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01758/index.shtml#tab-ParlamentarischesVerfahren)> zuletzt eingesehen am 13. März 2020.

<sup>361</sup> Vgl. Diem 1995, S. 148.

<sup>362</sup> Rásky Béla: Bundeshymne. Online eingesehen: URL: <<https://www.hdgoe.at/bundeshymne>> zuletzt eingesehen am 26. März 2020.

<sup>363</sup> Vgl. Neisser, Heinrich; Loibelsberger, Gerhard; Strobl, Helmut (2005): Unsere Republik auf einen Blick. Das Nachschlagewerk über Österreich. Aktualisierte und erw. Neuausg. Wien: Ueberreuter. S. 173.

Schild belegt ist<sup>364</sup> im Mittelpunkt. Seine Fänge werden von einer gesprengten Eisenkette umschlossen, die für die Wiedererringung der Freiheit Österreichs und den Wiederaufbau stünden. Im rechten Fang trägt er eine goldene Sichel, im linken Fang einen goldenen Hammer.<sup>365</sup> Mit den letztgenannten Symbolen sollen Arbeiterschaft, Bauern und Bürgertum im Staatswappen versinnbildlicht werden.

### Österreichisches Wörterbuch (1950)

*Schaufenster sind bei uns Auslagen.  
Und wenn wir zu einem Herzbinkerl sagen,  
dann ist das unser liebstes Schätzchen.  
Und Honigbusserln sind kleine Plätzchen!*<sup>366</sup>  
Christine Nöstlinger

Die Tageszeitung *Neues Österreich* vermeldete bereits am 3. März 1948, dass ein österreichisches Wörterbuch für die Schulen in Auftrag gegeben wurde. Der Zeitungsartikel mit dem Titel *Die Umgangssprache wird ‚entnazifiziert‘*<sup>367</sup> führt aus, dass Unterrichtsminister Felix Hurdes den österreichischen Bundesverlag beauftragte, ein neues Regel- und Wörterverzeichnis für die Jugend und die Bevölkerung zu erstellen. Dabei solle der Fokus bei der „Umredaktion alles Nichtösterreichische beseitigen. Einzig und allein der österreichische Wortschatz und der österreichische Sprachgebrauch sollen wieder maßgebend sein“<sup>368</sup>. Pionier auf diesem Gebiet der „Verösterreichung des Schulunterrichts“ war nach 1945 der KPÖ-Politiker Ernst Fischer (\*1899, †1972). In der Funktion des Staatssekretärs änderte er im September 1945 das Schulfach ‚Deutsch‘ in ‚Unterrichtssprache‘.<sup>369</sup> Als konsequente Folge wurde auch das Schulwörterbuch neugestaltet:

Nicht zuletzt der Streit um die Arbeiterkarten der Stenotypistinnen, der ein Streit um den unösterreichischen und daher mißverständlichen Ausdruck „Schreibstube“ gewesen ist, bewies, wie nötig es ist, die österreichische Sprache, von allen preußischen und nazistischen Einsprengungen gerei-

<sup>364</sup> B-VG Art. 8a (2): Online eingesehen: URL: <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138>> zuletzt eingesehen am 19. Oktober 2020.

<sup>365</sup> Vgl. ebd.

<sup>366</sup> Zit. nach Cillia, Rudolf de (2006): "Sieg im Marmeladekrieg". Das Protokoll Nr. 10 zehn Jahre danach. In: Alwin Fill (Hg.): Linguists (don't) only talk about it. Essays in honour of Bernhard Kettemann. Unter Mitarbeit von Bernhard Kettemann. Tübingen: Stauffenburg-Verl. (Stauffenburg-Festschriften). S. 136.

<sup>367</sup> Neues Österreich: Organ der demokratischen Einigung: 2. März 1948, Ausgabe Nr. 871, 4. Jahrgang (Nr. 52). S. 2.

<sup>368</sup> Neues Österreich: Organ der demokratischen Einigung: 2. März 1948, Ausgabe Nr. 871, 4. Jahrgang (Nr. 52). S. 2.

<sup>369</sup> Vgl. Rathkolb 2015, S. 37.

nigt, neu und endgültig zu kodifizieren. Wenn dieses Werk dank der Initiative des Unterrichtsministers Doktor Hurdes jetzt begonnen wird, so kann man das mit Recht als eine österreichische Tat bezeichnen.<sup>370</sup>

Anschließend führt der Zeitungsartikel weiter aus, dass die österreichische Bevölkerung es gar nicht mehr bemerke, wenn es ‚unösterreichische‘ Ausdrücke verwende:

Dabei muß man streng zwischen Worten unterscheiden, die wir mit dem Begriff, für den sie stehen, von unseren Okkupanten übernommen haben und anderen, die wir gegen besseres Wissen einfach aus Schlamperei noch weiter gebrauchen, obgleich es, um dasselbe auszudrücken, einen geläufigen österreichischen Ausdruck gibt. Wir denken dabei zum Beispiel an den Mißbrauch, Paradeiser noch immer Tomaten, Radioapparate Rundfunkgeräte oder unsere guten alten Legitimationen Lichtbildausweise zu nennen.<sup>371</sup>

Der Wörterbuchausschuss des Unterrichtsministeriums brachte das *Österreichische Wörterbuch* im Jahr 1951 heraus und schmiedete im Anschluss daran Pläne für die Herausgabe eines großen österreichischen Wörterbuches für den Gebrauch der Behörden und Ämter sowie der Wirtschaft. Es blieb jedoch beim *Österreichischen Wörterbuch*, das in den Folgejahren diverse Bearbeitungen und Neuauflagen erhielt.

Im Vorwort des *Österreichischen Wörterbuches* vom Jahr 1998 (38. Auflage) wird folgende Selbstbeschreibung abgedruckt: „Es ist in erster Linie ein Wörterbuch der deutschen Standardsprache in ihrer österreichischen Varietät. [...] Besonderes Augenmerk gilt dem Leben Österreichs in Gegenwart und Geschichte, auf staatlichem und kulturellem Gebiet, aber auch den ländlichen Lebens- und Arbeitsbereichen.“<sup>372</sup> Es wird darauf verwiesen, dass in Österreich die deutsche Standardsprache sich in vielfältiger Hinsicht von Ausprägungen des Standarddeutschen verschiedener anderer Teile des deutschen Sprachraums unterscheidet. Dabei bedient sich der österreichische Sprachgebrauch an bairischen bzw. süddeutschen und alemannischen Ausdrücken. Neun Bundesländer und ihre jeweiligen Eigenheiten prägen den österreichischen Wortschatz.

Oftmals weichen die ‚österreichischen Wörter‘ vom bundesdeutschen Deutsch ab:

[...] entspricht dem österreichischen *Sessel* in Deutschland ein *Stuhl*, aber dem *Sessel* der Deutschen ein österreichischer *Fauteuil*, der *Tasse* der Deutschen eine *Schale* der Österreicher, und *laufen* ist in Österreich nur ein Synonym von *rennen*, in Deutschland auch von *zu Fuß gehen*.<sup>373</sup>

Der österreichische Spezialwortschatz gründet u.a. in der österreichischen Amtssprache, die in der österreichisch-ungarischen Monarchie entwickelt wurde: „Dazu gehören Ausdrücke wie

<sup>370</sup> Neues Österreich: Organ der demokratischen Einigung: 2. März 1948, Ausgabe Nr. 871, 4. Jahrgang (Nr. 52). S. 2.

<sup>371</sup> Ebd. S. 2.

<sup>372</sup> Österreichisches Wörterbuch. Neubearbeitung auf der Grundlage des amtlichen Regelwerkes (1998). Schöningh, 38. Aufl. Wien: ÖBV Pädag. Verl. S. 8.

<sup>373</sup> Ebd. S. 8.

Ablöse, Anwert, Drucksache, Erlagschein, Obsorge, Verlassenschaft, Verschleiß, Verstoß [...].<sup>374</sup> Wien, zu Zeiten der Habsburgermonarchie ein Schmelztiegel der Kulturen, brachte mittels multikultureller Einflüsse die sog. Wiener Küche mit eigener Küchensprache hervor: „Beiried, Beuschel, Buchtel, Erdäpfel, Indian, Karfiol, Kolatsche, Palatschinke, Pogatsche, Povidl, Röster.“<sup>375</sup>

Einige Wörter der deutschen Standardsprache werden in Österreich und Deutschland anders ausgesprochen. So kommt es, dass folgende Wörter in Österreich mit Kurzvokal ausgesprochen werden: Arzt, Erde, Husten. Langvokal findet man hingegen in Wörtern wie Chef, Most, rä-chen. Bei Fremdwörtern mit französischer Herkunft, bspw. „solche, die auf *-ge* enden, werden – im Gegensatz zu Deutschland – meist ohne auslautendes *-e* gesprochen, z.B. Blamage, Garage, Charge.“<sup>376</sup> Im Gegensatz zu Deutschland [ch- bzw. sch-] werden die Wörter *Chemie*, *China*, *Chirurg* in Österreich mit [k-] ausgesprochen. Hinsichtlich der Betonung ergeben sich ebenso österreichische Besonderheiten: „So trägt das Wort *Mathematik* in Österreich den Ton auf der vorletzten Silbe, in Deutschland vorwiegend auf der letzten, *Kaffee* und *Platin* sind in Österreich auf der letzten Silbe, in Deutschland meist auf der ersten betont.“<sup>377</sup>

Zum Abschluss des Vorwortes weisen die Herausgeber darauf hin, dass das *Österreichische Wörterbuch* sich in einer ständigen Weiterentwicklung befinden würde. Das traditionsreiche österreichische Deutsch soll auf diese Weise sich jenen Platz sichern, „der ihm innerhalb des gesamtdeutschen Sprachraums zukommt“<sup>378</sup>.

Innerhalb Österreichs gibt es größere Unterschiede zwischen dem west- und ostösterreichischen Sprachgebrauch. Als Beispiel wird Metzger (westöster.) und Fleischhauer (ostöster.) angeführt.<sup>379</sup> Dass sich Mundarten oder Dialekte innerhalb Österreichs wesentlich unterscheiden können, wird im Kapitel Sprachschichten und Wortbestand ausgeführt.<sup>380</sup> Vor allem im Westen spielt der Gebrauch von Mundart eine wichtigere Rolle, denn sie genießt dort auch ein höheres gesellschaftliches Ansehen als im Osten Österreichs.<sup>381</sup>

Mit Einführung des *Österreichischen Wörterbuchs* gelang der österreichischen Bundesregierung die Schaffung eines wesentlichen Identifikators für die österreichische Bevölkerung. Mit

<sup>374</sup> Ebd. S. 8.

<sup>375</sup> Ebd. S. 8.

<sup>376</sup> Ebd. S. 9.

<sup>377</sup> Ebd. S. 9.

<sup>378</sup> Ebd. S. 10.

<sup>379</sup> Vgl. ebd. S. 13.

<sup>380</sup> Vgl. ebd. S. 11 f.

<sup>381</sup> Vgl. ebd. S. 12.

dem dadurch hervorgehobenen ‚Österreichischen Deutsch‘ war die Abgrenzung zu Deutschland gegeben. Noch Jahrzehnte später anlässlich des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union 1995 bestand Österreich auf die Anfertigung des Protokolls Nr. 10, dessen Titel wie folgt lautet: „Über die Verwendung spezifisch österreichischer Ausdrücke der deutschen Sprache im Rahmen der Europäischen Union.“<sup>382</sup> Darin wurden 23 Austriazismen festgehalten mit der Absicht, dass diese mit der gleichen Rechtswirkung wie die in Deutschland verwendeten entsprechenden Ausdrücke verwendet werden dürfen.<sup>383</sup> Folgende österreichische Wörter (jeweils mit deutschem Ausdruck ergänzt) wurden angeführt: „Erdäpfel – Kartoffeln“; „Faschiertes – Hackfleisch“; „Fisolen – Grüne Bohnen“; „Kren – Meerrettich“; „Marillen – Aprikosen“; „Melanzani – Aubergine“; „Obers – Sahne“; „Paradeiser – Tomaten“; „Powidl – Pflaumenmus“; „Topfen – Quark“; „Vogersalat – Feldsalat“; „Weichseln – Sauerkirschen“ etc.<sup>384</sup> Der Sprachwissenschaftler Rudolf de Cillia attestiert dem österreichischen ‚Identitätsmanagement‘ einen durchaus geschickten Schachzug bezüglich ihrer Strategie. Im Vorfeld des EU-Beitritts (ergo vor der EU-Volksabstimmung) wurde das ‚Österreichische Deutsch‘ medial stark forciert und anschließend auf europäischer Ebene abgesichert.<sup>385</sup> Die Sprachwissenschaftlerin Heidemarie Markhardt begründet die Auswahl der Begriffe aus dem Lebensmittelbereich damit, dass sich die Menschen besonders mit kulinarischen und nicht mit juristischen Ausdrücken identifizieren.<sup>386</sup> Markhardt unterstützt die These de Cillias, dass die Politiker\*innen Österreichs gezielt diesen Diskurs über die Austriazismen vor dem EU-Beitritt führten, um bei der Volksabstimmung besser abzuschneiden (Studien prophezeiten diesbezüglich ein Plus von rund fünf Prozent).<sup>387</sup>

Es dauerte bis ins Jahr 2003, als bemerkt wurde, dass im Protokoll Nr. 10 der Begriff ‚Marmelade‘ nicht angeführt wurde. Folglich hätte in Österreich Marmelade ab dem Jahr 1995 ‚Konfitüre‘ heißen müssen. Grund dafür war eine EU-Verordnung (Richtlinie 2001/113), die besagte, dass nach dem Vorbild der englischsprachigen Länder Marmelade aus Zitrusfrüchten bestehen

<sup>382</sup> Protokoll Nr. 10 über die Verwendung spezifisch österreichischer Ausdrücke der deutschen Sprache im Rahmen der Europäischen Union, Anl. 1 (= BGBl. Nr. 45/1995, S. 2544), in der geltenden Fassung im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS). Online eingesehen: URL: <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10007687>> zuletzt eingesehen am 26. März 2020.

<sup>383</sup> Vgl. ebd.

<sup>384</sup> Ebd.

<sup>385</sup> De Cillia 2006, S. 130.

<sup>386</sup> Der Standard: „Österreichisches Deutsch“ existiert in der EU nur kulinarisch. 12. Februar 2005. Online eingesehen. URL: <<https://www.derstandard.at/story/1947362/oesterreichisches-deutsch-existiert-in-der-eu-nur-kulinarisch>> zuletzt eingesehen am 26. März 2020.

<sup>387</sup> Vgl. ebd.

müsse.<sup>388</sup> Die Schlagzeilen in den österreichischen Zeitungen überschlugen sich: „Landeshauptmann Pröll macht sich stark: Marmelade-Diktat der EU muss weg!“<sup>389</sup> Auf Initiative des Agrar-Kommissars Franz Fischler wurde die Verordnung zu Gunsten des Österreichischen Deutsch adaptiert.<sup>390</sup> Der Universitätsprofessor de Cillia schildert seine Überlegungen, wie es überhaupt zu diesem ‚Marmeladekrieg‘ kam:

Zunächst war dieses emotional sehr aufgeladene, für die ÖsterreicherInnen wichtige Thema mit Sicherheit der Auflage der betreffenden Zeitung nicht abträglich. Und dann war es wohl auch eine Möglichkeit, PolitikerInnen, vielleicht auch den Miteigentümern der Zeitung die Macht dieses Mediums zu demonstrieren. Die Bedeutung des Österreichischen Deutsch für österreichische Identitätskonstruktionen wurde – wie schon beim EU-Beitritt – politisch instrumentalisiert.<sup>391</sup>

Bis in die Gegenwart bildet das ‚Österreichische Deutsch‘ ein Identitätsangebot für die österreichische Bevölkerung. Menschen leben in Sprachgemeinschaften und begründen bspw. auf einer Nationalsprache eine ‚gruppenbezogene Identität‘. In diesem Zusammenhang nehmen Radio und Fernsehprogramme eine Vermittlerrolle ein. Die Mitarbeiter\*innen des österreichischen Rundfunks (ORF), welcher ab 1. August 1955 offiziell auf Sendung ging, werden angehalten, österreichische Varianten zu verwenden (z.B. ‚Jänner‘ statt ‚Januar‘).<sup>392</sup>

Jens Lang, gebürtiger Schwabe und seit zehn Jahren Wissenschaftsredakteur beim ORF, hebt in einem Interview<sup>393</sup> hervor, dass seine deutsche Sprachfärbung fast immer seine Herkunft preisgibt. Bezüglich einer Sprachfreigabe als Deutscher beim ORF vertritt Lang folgende Meinung: „Im ORF ist es ja erwünscht, die österreichischen sprachlichen Merkmale in Betonung und Aussprache sowie bei den Redewendungen zu pflegen. Deutsches Deutsch ist daher ein No-Go im ORF, es ist in Österreich ja generell verpönt, weil es arrogant wirkt.“<sup>394</sup> Lang absolvierte einige Sprechtrainings beim ORF, die sich am ‚Österreichischen Aussprachewörterbuch‘ von Rudolf Muhr orientieren. Am Beginn seiner Karriere beim ORF kam es vereinzelt zu Beschwerden über den Wissenschaftsredakteur vonseiten der Zuseher\*innen nach dem Motto: „Muss das sein, dass im ORF ein Piefke auf Sendung geht.“<sup>395</sup>

An dieser Stelle soll neben der Hervorhebung des ‚Österreichischen Deutsch‘ auch auf die autochthonen Sprachen der sechs österreichischen Volksgruppen verwiesen werden, wobei die Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten seit dem Jahr 1955 Verfassungsrang

<sup>388</sup> Vgl. De Cillia 2006, S. 133.

<sup>389</sup> Kronen Zeitung, 20. Oktober 2003, Titelseite. Zit. Nach de Cillia 2006, S. 134.

<sup>390</sup> Vgl. De Cillia 2006, S. 135.

<sup>391</sup> Ebd. S. 136.

<sup>392</sup> Vgl. Obermüller, Eva: Was Sprache mit Identität zu tun hat. Online eingesehen: URL: <<https://science.orf.at/v2/stories/2993500/>> zuletzt eingesehen am 26. März 2020.

<sup>393</sup> Studio! Das Magazin für Management & Kommunikation der FHWien der WKW. 01/März 2020. S. 12.

<sup>394</sup> Ebd. S. 12.

<sup>395</sup> Ebd. S. 12.

aufweisen. In Artikel 7 des Staatsvertrages wird der slowenischen und kroatischen Sprache ‚österreichisches Identitätsrecht‘ eingeräumt (z.B. haben SchülerInnen Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache): „In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung wird die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen.“<sup>396</sup> Mit dem Volksgruppengesetz von 1976 bekräftigte die Republik Österreich im B-VG ihre Bekennung zur sprachlichen und kulturellen Vielfalt und die Erhaltung und Förderung der jeweiligen autochthonen Sprache.<sup>397</sup>

Seit Mai 2000 bietet der ORF ein Online-Angebot für sämtliche österreichische Volksgruppen an. Unter <https://volksgruppen.orf.at/> werden Informationen und Nachrichten in den jeweiligen Muttersprachen (Burgenlandkroatisch, Slowenisch, Ungarisch, Tschechisch, Slowakisch, Romani) angeboten. Dieser virtuelle Auftritt ist eine wichtige Ergänzung zu den bisherigen Fernseh- und Radiosendungen der autochthonen Volksgruppen (z.B. erste Nachrichtensendung in burgenlandkroatischer Sprache stammt aus dem Jahr 1979).<sup>398</sup>

Hieraus kann der Schluss gezogen werden, dass eine Österreich-Identität nicht ausschließlich auf dem ‚Österreichischen-Deutsch‘ aufgebaut wurde bzw. wird. Zu den autochthonen Volksgruppen mit ihren jeweiligen Sprachen kommen unzählige Dialekte der österreichischen Sprache, die in den unterschiedlichsten Regionen als Identifikatoren für die Menschen der Republik Österreich gelten.

### ***1. April 2000*<sup>399</sup> (1952)**

Beim Film *1. April 2000* handelt es sich um ein Auftragswerk der österreichischen Bundesregierung bzw. des Bundespressedienst im Jahr 1948.<sup>400</sup> Drehbuchautoren waren der ÖVP-Kulturbeamte Ernst Marboe und der als Sozialdemokrat eingestufte Rudolf Brunngraber. Die Produktion des 104-minütigen Films übernahm die Wien-Film GmbH (Leitung Karl Ehrlich). Unter der Regie von Wolfgang Liebeneiner (\*1905, †1987) wurde der Science-Fiction-Film im Apollo-Kino 1952 uraufgeführt. Der deutsche Regisseur Liebeneiner war während der Zeit des

<sup>396</sup> Artikel 7 (1)-(3) im Staatsvertrag von 1955: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jahrgang 1955, Ausgegeben am 30. Juli 1955, 39. Stück. Nummer 152. S. 727.

<sup>397</sup> Vgl. B-VG Art. 8 (2): Online eingesehen: URL: <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138>> zuletzt eingesehen am 19. Oktober 2020.

<sup>398</sup> Vgl. Apa-Ots: 40. Jubiläum der Kroatisch-Redaktion von ORF Burgenland. Online eingesehen: URL: <[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20190118\\_OTS0128/40-jubilaeum-der-kroatisch-redaktion-von-orf-burgenland](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190118_OTS0128/40-jubilaeum-der-kroatisch-redaktion-von-orf-burgenland)> zuletzt eingesehen am 24. Oktober 2020.

<sup>399</sup> Liebeneiner, Wolfgang: *1. April 2000* (Wien Film 1952). Erschienen in der Reihe „Der österreichische Film“. Edition DER STANDARD. (Hg. von Hoanzl und filmarchiv austria 2006).

<sup>400</sup> Vgl. ebd. [02:23 Minute].

Nationalsozialismus einer der wichtigsten NS-Propagandaregisseure (u.a. Propagandafilm *Ich klage an*, 1941). Die Hauptrollen wurden durch die damaligen wichtigsten Schauspieler\*innen Österreichs besetzt: u.a. Hilde Krahl, Josef Meinrad, Waltraut Haas, Hans Moser, Paul Hörbiger, Helmut Qualtinger. Der Film dient als historische Quelle, um nachvollziehen zu können wie der Informationsaustausch von Seiten der österreichischen Bundesregierung zu seinem Volk gestaltet wurde: Mit gezielt ausgewählten Inhalten liefern die Filmemachenden Elemente, die zur Konstruktion einer kollektiven Identifikation im ‚neu entstehenden‘ Staat Österreich beitragen sollten.

Das Narrativ des Films handelt davon, dass Österreich im Jahr 2000 noch immer von den vier Alliierten besetzt ist. Ziel der filmischen Handlung soll die Erlangung der staatlichen Souveränität bzw. nationale Selbstbestimmung sein.

Durch die Erzählerstimme wird dem Zuschauenden mitgeteilt, dass am 1. April 2000 der neu gewählte Ministerpräsident (Josef Meinrad) sein Amt antritt. Während der neue Ministerpräsident Österreichs beglückwünscht wird, fragt der Off-Erzähler, wer denn jetzt in Österreich regieren würde – der Ministerpräsident oder doch die Hochkommissäre der Alliierten?<sup>401</sup> Bei diesem Staatsakt der Angelobung hält der Ministerpräsident eine Rede mit folgender Botschaft: Man habe ihn gewählt für die Erhaltung des Weltfriedens. Nach 53 Jahren Besatzungszeit habe sich die Geduld der österreichischen Bevölkerung erschöpft (auch die 2850. Sitzung brachte keine Einigung über den Staatsvertrag). Man fordere die Aufkündigung des Kontrollabkommens. Der Ministerpräsident erklärt Österreich für frei und unabhängig. Die viersprachigen Identitätsausweise würden ihre Gültigkeit verlieren.<sup>402</sup>

Während die Bevölkerung in Jubelchöre ausbricht und die Identitätsausweise zerreißt, herrscht bei den anwesenden Hochkommissären volle Aufregung und Empörung. Österreich wird unmittelbar nach der Rede von der ‚Weltschutzkommission‘ bzw. ‚Globalunion‘ angeklagt: Die Anklage lautet auf Weltfriedensbruch und Aggression gegen die Alliierten. Die Alliierten fordern Sanktionen ein. Bei der sofort einberufenen Sitzung der Hochkommissäre der Alliierten einigen sich die vier Herren in der ‚Wiener Sprache‘ zu verhandeln: Zum einen hätten sie dies in den vergangenen Jahren ja alle gelernt. Zum anderen wäre es einfach zu umständlich, mittels Dolmetscher dieses Gespräch zu führen. Sie kommen zum Schluss, dass die Weltschutzkommission angerufen werden muss, um Klarheit zu erhalten.<sup>403</sup>

---

<sup>401</sup> Vgl. ebd. [04:10].

<sup>402</sup> Vgl. ebd. [06:10-07:03].

<sup>403</sup> Vgl. ebd. [09:30].

Die Präsidentin der Weltschutzkommission (Hilde Krahl) landet mit Mitgliedern der Weltschutzpolizei beim Schloss Schönbrunn – nachdem sie zuvor fälschlicherweise nach Australien geflogen war.<sup>404</sup> Musikalisch unterlegt wird diese Sequenz mit Schuberts *Symphonie in h-Moll (die Unvollendete)* und der Ministerpräsident meint, dass es nun wirklich bedenklich werde.<sup>405</sup> Auf die Bezeichnung der Weltschutzkommissionspräsidentin, dass das Land Österreich ein „rückfälliger Gewohnheitsverbrecher“<sup>406</sup> sei, folgt das Herzstück des Filmes, nämlich die Verteidigungsrede für die Unabhängigkeit Österreichs durch den Ministerpräsidenten vor der Weltschutzkommission. Die Stimme aus dem Off prononciert: „Unser aller Schicksal hängt nun von ihrer [Anm. d. Verf.: Präsidentin der Weltschutzkommission] Entscheidung ab.“<sup>407</sup>

Der Ministerpräsident protestiert vor dem Tribunal gegen die bevorstehende Strafe (Evakuierung der Bevölkerung, Vernichtung des Landes Österreich). Bei der Aufrollung der 1000-jährigen Geschichte Österreichs verteidigt sich der Ministerpräsident u.a. mit folgenden Argumenten:

- Österreich habe viele Kriege verhindert bzw. eine lange Friedenszeit (400 Jahre) für die Donauvölker geschaffen dank ihrer Heiratspolitik: „Bella gerant alii, tu felix Austria nube.“<sup>408</sup>
- Karl V. dankte auf dem Gipfel seiner Macht ab, da er verstanden hatte, dass durch Gewalt die Welt nicht zu vereinigen wäre und lebte fortan als Mönch im Kloster. „Welch andere Weltenherrscher habe solch ein ähnliches Beispiel gegeben? Keiner!“ so der Ministerpräsident.<sup>409</sup>
- Österreich habe Europa vor der Eroberung durch die Türken gerettet: Wien versperrte erfolgreich den Türken 1529 und 1683 den Weg nach Europa (Auftritt der Heldenfigur Prinz Eugen, dessen Streitpferde in späterer Zeit zu Lipizzaner umfungen wurden). Der türkische Kaffee sei eine stete Erinnerung an diese Heldentaten.
- Hinweis auf die Kaiserin Maria Theresia, die es vollbrachte, 40 Jahre zu herrschen und gleichzeitig 16 Kinder aufzuziehen.
- Eine mehrminütige Sequenz von Landschafts- und Städtebildern sowie Ausschnitten aus Operettenaufführungen aus Österreich wird der Kommission vorgeführt (Stephans-

---

<sup>404</sup> Vgl. ebd. [14:06].

<sup>405</sup> Vgl. ebd. [12:47].

<sup>406</sup> Ebd. [22:10].

<sup>407</sup> Vgl. ebd. [17:15].

<sup>408</sup> Vgl. ebd. [29:35].

<sup>409</sup> Vgl. ebd. [36:36-37:09].

dom, Grazer Uhrturm, Großglocknerhochalpenstraße, Semmeringbahn, Seen etc.), untermalt mit klassischer Musik (u.a. Mozarts *Kleine Nachtmusik*, *Radetzky-Marsch* von Johann Strauss), um die Großartigkeit und den Fleiß der österreichischen Bevölkerung zu demonstrieren.<sup>410</sup>

- Die einzige Waffe, über die Österreich verfüge, sei das Recht. Der Ministerpräsident fordert gleiches Recht für jedermann bzw. gleiches Recht für Österreich und beauftragt ein Lied zu komponieren mit folgender Textpassage: „Die Sonne scheint auf alle gleich. Warum nicht auch auf Österreich. Warum sollen wir im Schatten stehen, wir wollen den Glanz der Freiheit sehen. [...] Ein Stück vom Herz der Welt ist Österreich, drum macht uns frei und macht uns gleich.“<sup>411</sup>

Bei der Abschlussverhandlung wird die Anklage gegen den Aggressor Österreich fallengelassen, wobei das ausschlaggebende Argument von einem der Hochkommissäre selbst kommt. Bei einer Recherche im Staatsarchiv gelangte das Dokument der ‚Moskauer Deklaration‘ in die Hände des chinesischen Hochkommissars. Dabei zitiert er vor dem Tribunal, dass die drei Staatsmänner Roosevelt, Churchill und Stalin dem Lande Österreich Freiheit und Unabhängigkeit im Jahre 1943 versprochen hätten. Die Besetzung könne demnach nur ein tragischer Irrtum sein. Die Globalunion dürfe nicht zögern, dieses heilige Vermächtnis zu erfüllen. Im Anschluss daran erklärt die Präsidentin Österreich für unabhängig und frei.<sup>412</sup>

Wenn man den Aufsatz Leopold Figls *Was ist Österreich?*<sup>413</sup> aus dem Jahr 1945 kennt, ist es nicht von der Hand zu weisen, dass dieser als Vorlage für das Drehbuch des Films *1. April 2000* diene. Unzählige Parallelen zwischen Film und Figls Schrift lassen sich finden: Verweis auf 1000-jährige-Geschichte des Landes; Österreich wird als Herzstück Europas gesehen; Kaiserin Maria Theresia als Mutter und Herrscherin.

Als Basis der Glorifizierung ‚eines neuen Österreichs‘ wird die über 1000-jährige Geschichte des Landes bzw. der Donaumonarchie herangezogen, wobei nur positive Aspekte in den Vordergrund gerückt werden. Großen Wert wird auf die kulturellen Leistungen in der Musik gelegt, die zumeist ein Gefühl von Fröhlichkeit und Leichtigkeit wiedergeben. Gefolgt von der Darstellung Österreichs als Retter Europas in den Kampfhandlungen mit den Türken wird dem

<sup>410</sup> Vgl. ebd. [76:02-83:30].

<sup>411</sup> Ebd. [72:00-73:00].

<sup>412</sup> Vgl. ebd. [97:50-98:59].

<sup>413</sup> Figl 1945. In: Österreichische Monatshefte. Blätter für Politik. Hg. Von der Österreichischen Volkspartei. (Chefredakteur: Dr. Alfred Missong). 1. Jahrgang, Nr. 3.

Publikum vor Augen geführt, wie selbstbewusst und stolz man auf das Land Österreich sein könne. Perfekt in Szene gesetzte Landschafts- und Bergbilder sollen auf die Schönheit des Landes – eine landschaftliche Verklärung – verweisen. Zur Illustrierung der Menschen, die im Film vorkommen, spielt u.a. das Dirndl eine Rolle. Bei zahlreichen Requisiten greifen die Filmemacher auf historische Artefakte aus der Zeit der Habsburger zurück. Unzählige Male wird auf die Friedfertigkeit des österreichischen Volkes verwiesen, so wie die Szene im Heurigen, die auf die ‚Wiener Gemütlichkeit‘ (stellvertretend für alle Österreicher\*innen) anspielen soll.

Die Kernbotschaft des Filmes zeigt sich in der großen Rede des Präsidenten: Österreich möchte endlich unabhängig und frei sein. Es ist zu bedenken, dass der Film drei Jahre vor Abschluss des tatsächlichen Staatsvertrages veröffentlicht wurde. Dieser Film aus dem Jahr 1952 liefert tiefe Einblicke in die Gemengelage der damaligen politischen Akteure (Figl, Schärf etc.): Man sehnt sich zum einen nach Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, zum anderen ist man sich keiner Schuld bewusst, warum man so lange unter der Besatzung durch die Alliierten verharren muss. Warum Österreich überhaupt besetzt wurde, wird im Film in keinem Satz erwähnt. Bei der Anklage durch die Weltschutzkommission wird ausschließlich von Aggression und Weltfriedensbruch gesprochen – da der Ministerpräsident Österreich für frei erklärt, obwohl er dazu keine Befugnis hatte.

Der Film *1. April 2000* liefert eine gezielte Auswahl an kollektiven Identitätsangeboten, die für eine zukünftige österreichische Bevölkerung zum Dreh- und Angelpunkt der Konstruktion einer nationalen Identität werden sollte: Landschaft, Kultur, Friedfertigkeit und Gemütlichkeit der österreichischen Menschen. Die Schlüsselszene im Film, als ein Hochkommissar die ‚Moskauer Deklaration‘ auffindet und somit die Lösung zur Unabhängigkeit in Händen hält, untermauert den Weg der österreichischen Vergangenheitsbewältigung, die später in die ‚Opferthese‘ mündete. Die österreichischen Historiker\*innen Hannes Leidinger und Verena Moritz resümieren, dass der „Streifen, der im Fundus historischer Klischees wühlte, um das Land als ‚staatsvertragsreif‘ zu präsentieren, auf eine Kulturpolitik und letztlich auf ein Gesellschaftsverständnis verwies, das auch nach 1955 auf ‚Bewährtes‘ setzte“.<sup>414</sup>

Die Macher des Spielfilms *1. April 2000* heben mit ihren filmischen Darstellungen einige zentrale Eckpfeiler des damaligen österreichischen Identitätsangebots hervor, die bis in die Gegenwart ihre Gültigkeit besitzen bzw. deren Mythos bis heute gepflegt wird. Für die Identitätskonstruktion am Beginn der Zweiten Republik sind die speziellen Gedächtnisorte in Bezug auf

---

<sup>414</sup> Leidinger, Hannes; Moritz, Verena (2008): Die Republik Österreich 1918/2008. Überblick, Zwischenbilanz, Neubewertung. Wien: Deuticke. S. 204.

Musik, Menschen und Habsburgermythos von nachhaltiger Bedeutung. Der österreichische Historiker Gernot Heiss skizziert die vermeintlichen Überlegungen und Absichten der damaligen geschichtspolitischen Akteure im Zusammenhang mit dem Film *1. April 2000*:

Die 950jährige, ewige, historische Rolle Österreichs und der Österreicher blieb Kern des nationale Identität stiftenden Geschichtsbildes. Wie in anderen Bereichen, so war es auch in der Geschichte nach der Exterritorialisierung des Nationalsozialismus und der Herstellung der Einheit in der Unschuldsgewissheit nicht mehr notwendig, die eigenen Vorstellungen und Interpretationen kritisch zu reflektieren. Für wichtig wurde jedoch angesehen, einen nationalen Mythos zu propagieren und zu pflegen, aus dem sich im Land ein breiter Konsens ergeben und dessen Bild vom unschuldigen, friedliebenden und völkerverbindenden *wahren Österreicher* auch nach außen getragen werden konnte.<sup>415</sup>

In der Rezeption dieses Science-Fiction-Films lassen sich mehrere Stadien finden: Im Premierenjahr 1952 war von einem mehr oder weniger gelungenen Propagandafilm die Rede. In späteren Jahren stand zunehmend der Science-Fiction-Klamauk im Mittelpunkt der Diskussionen. Seit den 1980er Jahren wird der *1. April 2000* als Kultfilm gesehen.<sup>416</sup>

Zunächst gilt festzuhalten, dass die Produktionskosten (u.a. vierjährige Vorbereitungszeit) von ca. 9 Millionen Schilling<sup>417</sup> – getragen von der Republik Österreich – ein Rekordbudget darstellten. Inmitten der Besatzungszeit präsentierte dieser Film ein ganz bestimmtes Österreich-Bild: Die „so pathetische wie groteske Saga über österreichischen Wiederaufbau, österreichische Friedensliebe und Gastfreundlichkeit“<sup>418</sup> sollte das Programm der „Re-Austrifizierung“<sup>419</sup> unterstützen und gesellschaftliche Diskussionen weiter vorantreiben.

Bei der groß inszenierten Uraufführung im Wiener Apollo-Kino am 19. November 1952 lud das Bundeskanzleramt den Bundespräsidenten (Theodor Körner), die Bundesregierung (u.a. Kanzler Figl), die vier alliierten Hochkommissäre sowie hohe geistliche Würdenträger (u.a. Kardinal Innitzer) ein. Die Einladungskarte war mit dem österreichischen Staatswappen und rot-weiß-roter Schleife versehen. Die Premiere verlief überaus erfolgreich, denn die Auswahl der Premierenbesucher\*innen (Politiker, Künstler\*innen, Wissenschaftler\*innen, Journalist\*innen) drückte dies u.a. mehrmals mit kräftigem Beifall auf offener Szene aus. Die Pressemeldungen tags darauf fielen überwiegend positiv aus. Bei den Uraufführungen in den verschiedenen Bundesländern zeigte sich jedoch eine differenziertere Rezeption: So wurde die

<sup>415</sup> Heiß, Gernot (1997): 950 Jahre Ostarrichi: historische Sinnbildung 1946. In: Rudolf G. Ardelt und Christian Gerbel (Hg.): Österreich - 50 Jahre Zweite Republik. Innsbruck: Studien-Verlag. S. 150.

<sup>416</sup> Vgl. Kieninger, Ernst; Langreiter, Nikola; Loacker, Armin; Löffler, Klara (Hg.) (2000): 1. April 2000. Wien: Filmarchiv Austria (Edition Film und Text, 2). S. 7.

<sup>417</sup> Vgl. Hochholdingner-Reiterer, Beate (2000): Politik getarnt als Aprilscherz. Zur Rezeption des Österreich-Films 1. April 2000. In: Ernst Kieninger, Nikola Langreiter, Armin Loacker und Klara Löffler (Hg.): 1. April 2000. Wien: Filmarchiv Austria (Edition Film und Text, 2), S. 103.

<sup>418</sup> Kieninger 2000 et al. S. 8.

<sup>419</sup> Ebd. S. 8.

erste Aufführung in Vorarlberg, die am 28. November 1952 in Bregenz stattfand, „nicht wie in den anderen Bundesländern mit stürmischem Applaus unterbrochen, doch war das Urteil, soweit man es hören konnte, sehr gut“.<sup>420</sup> Ein Grazer Rezensent der *Kleinen Zeitung* hob die enormen Produktionskosten negativ hervor und übte leise Kritik an den präsentierten Österreich-Klischees. Die österreichische Regierung habe Millionen aufgewendet, „um jene im Ausland stark verbreitete Meinung zu bekräftigen, die Österreicher seien ein Völkchen von Heurigen-sängern, von Operettenhelden und Nichtstuern, die Geschichte Österreichs sei vor Traueraltären geschrieben worden und die gegenwärtige Besatzung bestehe aus gemütlichen Trotteln“.<sup>421</sup> In der Zeitung *Neues Österreich* formulierte ein Wiener Rezensent folgende kritische Zeile: „Aber ob sich bis zum 1. APRIL 2000 nur mit Barock, Burgmurrer und Angesäuseltsein Staat – ein Staat – machen lässt, darf man füglich bezweifeln.“<sup>422</sup> Nur vereinzelt wurde in den Rezensionen vermerkt, dass weder die Zeit nach Maria Theresia noch die fatalen sozialen Entwicklungen nach 1918 im Film angesprochen wurden. Kritische Stellungnahmen bewerteten den Film als zu „federleicht“, als „eine Serie von Kabarettsscherzen ohne tiefere Bedeutung“ oder als einen „mit den Mitteln eines Museums auf Rührung spekulierende[n] Bildungsfilm für österreichische Mittelschüler“.<sup>423</sup> Die österreichische Theaterwissenschaftlerin Beate Hochholdinger-Reiterer notiert, dass die Differenzen in der Rezeption nicht so sehr bundesländerspezifisch, sondern von (partei)politischer Natur waren. So kritisierten v.a. die Kommentare in den kommunistischen Blättern (*Österreichische Volksstimme*, die *Österreichische Zeitung*, *Der Abend*) den Film am heftigsten.<sup>424</sup> Außerhalb Österreichs (Deutschland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Chile, USA etc.) wurde der Film unterschiedlich aufgenommen: „Meist mit wenigen Einwänden positiv oder sogar enthusiastisch rezensiert. Vor allem die Darstellerinnen und Darsteller werden ohne Ausnahme gelobt.“<sup>425</sup> In den USA erhielt der *1. April 2000* u.a. negative Kritiken aufgrund der übertriebenen filmischen Darstellung der Weltregierung (Anspielung auf die UNO), die mit den sog. ‚Todesstrahlern‘ über Österreich herfielen. So wurde der Film als Affront gegen die Organisation der Vereinten Nationen gewertet.<sup>426</sup>

---

<sup>420</sup> Hochholdinger-Reiterer (2000), S. 78.

<sup>421</sup> Ebd. S. 79.

<sup>422</sup> Ebd. S. 79.

<sup>423</sup> Ebd. S. 88-89.

<sup>424</sup> Vgl. ebd. S. 80.

<sup>425</sup> Ebd. S. 81-82.

<sup>426</sup> Vgl. ebd. S. 93.

Bis zum Jahr 1955 spielte der Film 4,6 Millionen Schilling ein, was also nicht einmal die Hälfte der Produktionskosten deckte.<sup>427</sup> Der Gesamterfolg dieses Filmprojektes kann jedoch keineswegs am wirtschaftlichen Erfolg gemessen werden, denn dieser Film war ein Prestigeprojekt der österreichischen Bundesregierung, um die darin vorgestellten Identitätsangebote unter die Menschen zu bringen. Zumindest gelang es zu einem guten Teil nach innen und nach außen österreichische Identitätsnarrative mit Sympathie zu propagieren.

#### 3.4.4 Staatsvertrag 1955

*Österreich ist frei!*  
Leopold Figl

Der Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 gilt als die Geburtsurkunde des neuen Österreichs, der Zweiten Republik. Das Ziel dieses Vertrages geht aus der Präambel hervor und lautet, dass Österreich als ein freier, unabhängiger und demokratischer Staat wiederhergestellt werden soll. Dies sei ein Beitrag zur Wiederaufrichtung des Friedens in Europa.<sup>428</sup> Über mehrere Jahre hinweg verhandelten die Alliierten über die völkerrechtlichen Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, dass Österreich wieder die völlige Souveränität erhalten konnte. Die wichtigste Annahme und Grundbedingung für den Abschluss dieses Staatsvertrages wird in der Präambel angeführt, wonach Hitler-Deutschland Österreich mit Gewalt annektierte und das Land dem Deutschen Reich einverleibte.<sup>429</sup>

Im Jahr 1955 stand Österreich im Mittelpunkt der internationalen Politik: die Angst machte sich bei den westlichen Alliierten breit, dass Österreich ‚sowjetisiert‘ werden könnte. Die schwierige Situation im Entnazifizierungsprozess Österreichs spiegelte sich in den prinzipiellen Divergenzen der Alliierten zwischen Ost und West wider. Im Verlauf der Verhandlungsjahre lehnten die westlichen Alliierten die sowjetische Demontagepolitik<sup>430</sup> ab und widersetzten sich den sowjetischen Wirtschaftsentschädigungsforderungen. Problematisch war die sowjetische Herangehensweise, da sie darauf abzielte, primär ihre eigene Wirtschaft wiederaufzubauen und im gegebenen Fall die Wirtschaft Österreichs zu schwächen – im Jahr 1946 überführte die Sowjetunion 200 Betriebe in ihre Verwaltung. Bezüglich des ‚arisierten‘ Vermögens wurde vonseiten

<sup>427</sup> Vgl. ebd. S. 103.

<sup>428</sup> Vgl. Präambel Staatsvertrag: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jahrgang 1955, Ausgegeben am 30. Juli 1955, 39. Stück. Nummer 152. S. 726.

<sup>429</sup> Vgl. Bundesgesetzblatt Nr. 152, 1955, S. 726.

<sup>430</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg forcierte die Sowjetunion den Abbau von Industrieanlagen mit dem Ziel das Produktionsniveau zu senken. Die Sowjetunion beschlagnahmte in Deutschland sowie Österreich zahlreiche Besitzungen und Industriegebiete (sog. USIA-Betriebe).

der sowjetischen Kräfte dieses nur dann in Frage gestellt, wenn es sich in sowjetisches Eigentum restituieren ließ. Im Gegensatz dazu war die Politik der US-Amerikaner interessiert, einerseits jüdisches erbloses Vermögen schnellstmöglich den überlebenden jüdischen Opfern zufließen zu lassen, andererseits die österreichische Wirtschaft zu stärken, um einen möglichen Rückfall mit immenser Arbeitslosigkeit zu verhindern.<sup>431</sup>

Die entscheidenden Verhandlungen auf dem Weg zum Staatsvertrag trugen sich 1955 zwischen österreichischen und sowjetischen Regierungsdelegationen in Moskau zu. Festgehalten wurden die Ergebnisse im ‚Moskauer Memorandum‘ vom 15. April 1955. Es stellte „eine Art Zusage der Sowjetregierung [dar], den Staatsvertrag abzuschließen, wenn sich die österreichischen Politiker um eine Neutralität bemühen werden“.<sup>432</sup> Am Verhandlungstisch saßen neben den Delegierten der Sowjetunion (Außenminister W. M. Molotow und A. I. Mikojan) der österreichische Bundeskanzler Julius Raab, Vizekanzler Adolf Schärf, Außenminister Leopold Figl und Staatssekretär Bruno Kreisky.

Nur wenige Monate später und auf Grundlage dieses Memorandums kam es am 15. Mai 1955 im Schloss Belvedere zu Wien zur Vertragsunterzeichnung. Hier entstand einer der wichtigsten Gedächtnisorte der Zweiten Republik: Figl zeigt auf dem Balkon des Schlosses Belvedere den Staatsvertrag. Die identitätsstiftende Botschaft dieses Akts lautete: ‚Österreich ist frei!‘ Nachdem die Ratifizierung der Verträge erfolgreich über die Bühne ging, trat der Staatsvertrag am 27. Juli 1955 in Kraft (BGBl. 152).<sup>433</sup>

Der Staatsvertrag von 1955 gliedert sich in neun Teile, die zusammen 38 Artikel beinhalten. Bei der Durchsicht des Staatsvertrages stechen einige Artikel heraus: Artikel 20 handelt von der vollständigen Zurückziehung der alliierten Streitkräfte.<sup>434</sup> In den Artikeln 4, 6, 8, 9, 10 und 19 legte man folgende Verpflichtungen grundlegender Art ab. Bis heute kann der Staatsvertrag als Garant einzelner Rechte und Verpflichtungen angesehen werden, die großteils ihre Gültigkeit bis in das Jahr 2021 aufweisen:

- „Verbot des Anschlusses“<sup>435</sup> (Art. 4): meinte ein Verbot einer wirtschaftlichen oder politischen Vereinigung mit Deutschland;

<sup>431</sup> Vgl. Robert Knight (Hg.), "Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen". Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden, Wien-Köln-Weimar 2000. S.25-51.

<sup>432</sup> Brauneder 2005, S. 267.

<sup>433</sup> Vgl. ebd. S. 267.

<sup>434</sup> BGBl. 152, S. 730.

<sup>435</sup> BGBl. 152, Art. 4, S. 727.

- Einhaltung der „Menschenrechte“<sup>436</sup> (Art. 6);
- „Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten“<sup>437</sup>: Gewährung von Schul-, Sprach- und Kulturautonomie;
- Österreich habe nun auf „Demokratische[n] Einrichtungen“<sup>438</sup> zu gründen (Art. 8);
- „Auflösungen nazistischer Organisationen“<sup>439</sup> (Art. 9);
- „Österreich verpflichtet sich, die Grundsätze, die in den von der österreichischen Regierung und von der österreichischen Regierung und vom österreichischen Parlament seit dem 1. Mai 1945 angenommenen und von der Alliierten Kommission für Österreich genehmigten, auf die Liquidierung der Überreste des Naziregimes und auf die Wiederherstellung des demokratischen Systems abzielenden Gesetze und Verordnungen enthalten sind, aufrechtzuerhalten und ihre Durchführung fortzusetzen [...]“<sup>440</sup> (Art. 10): damit einher ging die Aufrechterhaltung der Republik u.a. durch die Fixierung der Geltung des ‚Habsburgergesetzes‘;
- Pflege und Erhaltung der „Kriegsgräber und Denkmäler“<sup>441</sup> (Art. 19);<sup>442</sup>

Der Staatsvertrag von 1955 verleiht der Republik Österreich seine Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. Für die Bürger und Bürgerinnen Österreichs beginnt eine Zeit der Identitätskonstruktion, die nicht auf dem Baustein eines Anschlusses bzw. einer Vereinigung mit Deutschland basieren durfte. Das Inkrafttreten des Staatsvertrages markiert den offiziellen Startpunkt der Nationswerdung Österreichs und der Entwicklung einer Österreich-Identität. Aufgrund der zahlreichen Einschränkungen und Regeln, die von den Alliierten während ihrer zehnjährigen Besatzungszeit vertraglich festgelegt worden sind, verlief der neuerliche Versuch einer Nationswerdung Österreichs ab 1945 in geordneten und erst ab 1955 in eigenverantwortlichen Bahnen.

Erst nach vier Jahrzehnten wurde der Staatsvertrag von 1955 nachhaltig geändert: Der EU-Beitritt Österreichs am 1. Jänner 1995 brachte eine wesentliche Zäsur des bis dahin geltenden Staatsvertrages mit sich: „Der Beitritt erfolgte aufgrund einer Verfassungsänderung erstmals

---

<sup>436</sup> Ebd. Art. 6, S. 727.

<sup>437</sup> Ebd. Art. 7, S. 727.

<sup>438</sup> Ebd. Art. 8, S. 727.

<sup>439</sup> Ebd. Art. 9, S. 727 f.

<sup>440</sup> Ebd. Art. 10, S. 728.

<sup>441</sup> Ebd. Art. 19, S. 730.

<sup>442</sup> Vgl. Brauneder 2005, S. 267.

mit Volksabstimmung. Als Mitglied dieser supranationalen Organisation gibt Österreich Teile seiner Souveränität an diese ab.“<sup>443</sup>

### 3.4.5 Neutralitätsgesetz

*Bereits Mitte der sechziger Jahre wurde von politischen Entscheidungsträgern die Bedeutung der Neutralität als konstitutives Element der Nationswerdung erkannt und gefördert.*<sup>444</sup>

Oliver Rathkolb

In direktem, rechtlich aber nur indirektem Zusammenhang mit dem Staatsvertrag steht die Erklärung, sich als dauernd neutraler Staat verhalten zu wollen. So beschloss der Nationalrat am 26. Oktober 1955 das „Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs“<sup>445</sup>. Artikel 1 dieses BGBl. 211 lautet:

(1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.<sup>446</sup>

Das Erreichen der Neutralität durch den Staatsvertrag im Jahre 1955 gilt als eines der bedeutendsten Ereignisse in der Zweiten Republik. Rathkolb schreibt, dass diese „Neutralisierung Österreichs ein vielschichtiger Verhandlungskompromiss von allen Akteuren und keineswegs eine klar definierte Lösung“<sup>447</sup> war.

Der Historiker liefert Einblicke in die unterschiedlichen Vorstellungen der zentralen Akteure und die allgemeinen geopolitischen Rahmenbedingungen, die den jahrelang andauernden Prozess bezüglich des Zustandekommens der Neutralität Österreichs in den Jahren 1945 bis 1955 mitbestimmten. Zehn Jahre vergingen, bis die Alliierten zu einer Lösung kamen und das Parlament das Neutralitätsgesetz verabschieden konnte. Äußerst detailliert gibt Rathkolb wieder, wie Österreich in den Nachkriegsjahren inmitten des Spannungsverhältnisses von USA und UdSSR stand. Beide Parteien waren daran interessiert, ihre Interessen durchzusetzen. Die UdSSR wollte eine Anbindung Österreichs an die Bundesrepublik Deutschland verhindern, die USA

---

<sup>443</sup> Ebd. S. 267.

<sup>444</sup> Rathkolb 2015, S. 31.

<sup>445</sup> BGBl. 211, S. 1151.

<sup>446</sup> Ebd.

<sup>447</sup> Rathkolb 2015, S. 290.

wiederum förderte die Stärkung einer prowestlichen militärischen Allianz. Hinzu kam die problematische Frage, ob Österreich Teil der NATO werden sollte oder nicht.<sup>448</sup>

Die ‚immerwährende Neutralität‘ wurde zu einem bedeutsamen Identifikator für die österreichische Bevölkerung der Folgezeit, da sie sich fundamental von der Vergangenheitspolitik und der Zeit der österr.-ungarischen Monarchie unterschied: Österreich wandelt sich zunächst ab 1918 von einer zuvor (engagierten) kriegerischen Großmacht – v.a. ab dem Jahr 1955 – zu einem neutralen Staat. Animiert durch den Zerfall Europas in zwei Machtblöcke gewann der Wille nach einer ‚immerwährenden Neutralität‘ an Attraktivität. Dadurch konnte einerseits eine Teilung ähnlich Deutschlands und andererseits ein Machtzuwachs für eine Partei der Alliierten vermieden werden. Dieses Bundesverfassungsgesetz spielt im Zusammenhang mit den kollektiven Identitätsangeboten von Seiten der politischen Institutionen eine gewichtige Rolle, denn in der österreichischen Öffentlichkeit von 1955 regte sich keinerlei Widerstand gegenüber dem Neutralitätsgesetz. Es entsprach vielmehr einem breiten Wunsch der Österreicher\*innen.

Die Neutralitätsthematik fungierte in der Zweiten Republik als politisches Instrument: Österreich nahm die Position eines Brückenbauers ein. Als neutraler Vermittler zwischen den Parteien des Kalten Krieges und später im Nahostkonflikt versuchte Österreich eine neue Rolle im Weltgeschehen einzunehmen. Einer der politischen Akteure, der es verstanden hatte, die Neutralität Österreichs für seine politischen Anliegen nutzbar zu machen, war Bruno Kreisky (SPÖ, Bundeskanzler von 1970 bis 1983). Sein „Konzept einer aktiven und selbstbewussten Neutralitätspolitik und das Bestreben des damaligen Bundeskanzlers, außenpolitische Fragen und Themen breit und öffentlich zu diskutieren, haben diese Transformation von Neutralität in einen Code für Wohlstand, Sicherheit und internationale Reputation tief im kollektiven Bewusstsein verankert“.<sup>449</sup>

Der Verfassungsrechtler Wilhelm Brauner macht darauf aufmerksam, dass die österreichische Neutralität nicht im Staatsvertrag verankert wurde, sondern ein Bundesverfassungsgesetz darstellt: „Im Gegensatz zur Schweiz ist die österreichische Neutralität völkerrechtlich zwar anerkannt, nicht aber garantiert.“<sup>450</sup> Österreich rückte vom Vorbild der Neutralität der Schweiz frühzeitig ab. Mit den Beitritten zu den Vereinten Nationen (UNO) im Jahr 1955, zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) 1993 und schließlich zur Europäischen Union (EU) 1995 ver-

---

<sup>448</sup> Vgl. ebd. S. 279-291.

<sup>449</sup> Ebd. S. 31.

<sup>450</sup> Brauner 2005, S. 269.

änderte sich der Neutralitätsbegriff. Brauner meint, dass dadurch ein „erheblicher Bedeutungsverlust der Neutralität“<sup>451</sup> eintrat. Dabei verweist er auf die „Teilnahme an internationalen Operationen durch die Entsendung von österreichischen Einheiten (Bundesheer, Polizei etc.) zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen seit 1965 (BGBl. 173)“<sup>452</sup>. Mit dem Ende der West-Ost-Spaltung im Jahr 1989 und dem Ende der UdSSR 1992 ging jener Block verloren, der die österreichische Neutralität eingefordert hatte. Weiters kam es zu Sanktionsmaßnahmen des UN-Sicherheitsrates (auch mit der Stimme der neutralen Mitglieder) im Gefolge des Golfkrieges 1990/91.<sup>453</sup>

Die Thematik der Neutralität wird bis zum heutigen Tag kontroversiell in der Öffentlichkeit diskutiert, zumal sich die Frage einer gemeinsamen Armee der EU am Horizont abzeichnet. Unbestritten steht nach wie vor der Großteil der österreichischen Bevölkerung zur Neutralität Österreichs. Wie eine Umfrage<sup>454</sup> des Linzer Market-Instituts für die Zeitung *Der Standard* im Jahr 2011 zeigt, halten 70 Prozent der Befragten an der Neutralität fest. Über 53 Prozent bejahen die Frage, ob sich die Neutralität in den letzten 10 oder 15 Jahren verändert habe bzw. befürworten die Zusammenarbeit von Armeen. 50 Prozent der Befragten meinten, dass Österreich in 10 bis 15 Jahren kein neutrales Land mehr sein werde. Nur 40 Prozent glauben an einen Fortbestand der Neutralität.<sup>455</sup>

---

<sup>451</sup> Ebd. S. 269.

<sup>452</sup> Ebd. S. 269.

<sup>453</sup> Ebd. S. 269.

<sup>454</sup> Der Standard: Mehrheit glaubt nicht an Fortbestand der Neutralität. Online eingesehen: URL: <<https://www.derstandard.at/story/1297818475209/umfrage-mehrheit-glaubt-nicht-an-fortbestand-der-neutralitaet>> zuletzt eingesehen am 28. April 2020.

<sup>455</sup> Vgl. ebd.

### 3.4.6 Sozialpartnerschaft und die Kreisky-Ära

*Im ganzen ist das Kompromiß, das namentlich durch die Fungibilität bewirkte, so sehr es für uns zu der alltäglichen und selbstverständlichen Lebenstechnik gehört, eine der größten Erfindungen der Menschheit.*<sup>456</sup>

Georg Simmel

Will man die Bausteine der österreichischen Identität der Nachkriegsjahre ab 1945 eruieren, so stößt man alsbald auf das Phänomen der sog. Sozialpartnerschaft. Diese steht nicht nur für den wirtschaftlichen und sozialen Erfolgsweg der ersten Jahrzehnte der Zweiten Republik, sondern kann auch als Abziehbild einer sog. ‚österreichischen Lösung‘ betrachtet werden. Gemäß einer in Bescheidenheit sich kleidenden Selbstdefinition der beteiligten Protagonisten heißt es: „Die österreichische Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft, zumeist kurz als ‚Sozialpartnerschaft‘ bezeichnet, ist ein System der wirtschafts- und sozialpolitischen Zusammenarbeit zwischen den Interessenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer untereinander und mit der Regierung.“<sup>457</sup> Zu den direkt Beteiligten der Sozialpartnerschaft zählen vier Verbände: Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ), Arbeiterkammer (AK) und der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB). Die Präsidenten der beiden erstgenannten Verbände werden seit 1945 aus Parteimitgliedern der ÖVP, die der beiden letztgenannten aus solchen der SPÖ erkoren. Tatsächlich verdankt sich der gesellschaftlich weitgehend konfliktfreie Wiederaufbau Österreichs nach den Erfahrungen der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur und der nationalsozialistischen Herrschaft, welche zu starken Polarisierungen zwischen den unterschiedlichen Milieus bzw. sozialen Gruppierungen geführt hatten, zu weiten Teilen diesem System des konsensorientierten Interessenausgleichs. Eigentlich einander diametral gegenüberstehende Interessenvertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft paktieren kontinuierlich und abseits der parlamentarisch-demokratischen Diskursebene, weshalb die Sozialpartnerschaft österreichischer Prägung von Kritikern auch als Neben- bzw. Schattenregierung bezeichnet wird. Der ständige Austausch bzw. Abgleich von wirtschafts- und sozialpolitischen Informationen, Problemstellungen oder Zielvorstellungen zwischen den zentralen Machtblöcken der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft führte in der Folge dazu, dass Österreich im Blick auf das, was im 19. Jahrhundert Klassenkampf genannt wurde und in der Ersten Republik bspw. zu zwei

<sup>456</sup> Simmel, Georg (1992): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 811). S. 375.

<sup>457</sup> Die Österreichische Sozialpartnerschaft: Online eingesehen: URL: <[https://www.sozialpartner.at/index1a57.html?page\\_id=127](https://www.sozialpartner.at/index1a57.html?page_id=127)> zuletzt eingesehen am 3. April 2020.

getrennten paramilitärischen Formationen geführt hatte, nunmehr als ‚Insel der Seligen‘ wahrgenommen wurde. Eine nennenswerte Streikkultur konnte sich nach 1945 nicht mehr in der Arbeiterschaft etablieren, genauso wenig störten maßlose arbeits- oder steuerrechtliche Forderungen von Seiten der Arbeitgeber den sozialen Frieden in Österreich. Die Blütezeit der österreichischen Sozialpartnerschaft kann man in den 1960er bis 1980er Jahren verorten:

Hier hatten die Sozialpartner eine fest und klar geregelte Abgeordnetenlobby in den beiden großen Parteien. Ministerposten in den SPÖ-Regierungen wurden nach entsprechendem Schlüssel Gewerkschaftsfunktionären zugestanden, bei der ÖVP der Bundeswirtschaftskammer. Dieses Machtkonglomerat war zwar indirekt demokratisch durch Wahlen legitimiert, aber eben durch Wahlen zu den jeweiligen Interessenvertretungen und nicht zum Nationalrat.<sup>458</sup>

Die Arbeitslosigkeit befand sich im internationalen Vergleich stets in einem niedrigen Bereich, Wohlstand und materieller Fortschritt (Fernsehen, Automobil, gehobener Wohnstandard) wurden allen Bevölkerungsschichten zu Teil. Anders verhielt es sich da in Ländern wie den USA, Großbritannien oder Deutschland, die nach 1945 allesamt mit großen sozialen Spannungen sowie wirtschaftspolitischen Zerwürfnissen konfrontiert waren. Die demokratiepolitische Aufteilung der Macht in zwei annähernd gleichstarke Blöcke von ÖVP und SPÖ auf der einen Seite, die wirtschafts- und realpolitische Machtteilung in Gestalt der Sozialpartnerschaft – mit entsprechender parteipolitischer Rückbindung – auf der anderen Seite, kurz: der Proporz, ließ Österreich in ein ruhiges Fahrwasser kommen. Als die 68er-Revolutionäre in den USA, Frankreich oder Deutschland zum Sturm auf Kapitalismus und (Klein)Bürgerlichkeit bliesen, es mit der RAF in Deutschland gar zur Gründung einer gewaltbereiten Organisation kam, flaute in Österreich das ‚Revolutionslüfterl‘ in Gestalt der ‚Uni-Ferkelei‘ ab.<sup>459</sup>

Erst Mitte der 1990er Jahre, unter dem Eindruck der globalen Veränderungen im Weltwirtschaftssystem einerseits, dem allgemeinen Trend zur stärkeren Liberalisierung und einer damit einhergehenden Atomisierung der verschiedenen Ströme und Interessengruppen in der Gesellschaft andererseits, und nicht zuletzt angesichts des Erstarkens des Dritten Lagers unter Jörg Haider, wurden die zunehmenden inhaltlichen Differenzen zwischen den Großparteien zu Reibungspunkten und minderten die Dominanz der Sozialpartnerschaft wesentlich. Mit der Ernennung der ersten ÖVP-FPÖ-Regierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel am 4. Februar

<sup>458</sup> Rathkolb 2015, S. 95.

<sup>459</sup> Am 7. Juni 1968 fand im Hörsaal I des NIG (Neues Institutsgebäude) der Universität Wien die Aktion ‚Kunst und Revolution‘ statt. Die Protagonisten – allesamt Mitglieder des Wiener Aktionismus – inszenierten eine Darbietung, die als Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen verstanden werden sollte. Vom Reporter Michael Jeannée wurden die vier Künstler als „Uni-Ferkel“ bezeichnet. Daraus abgeleitet entstand die Bezeichnung der ‚Uni-Ferkelei‘. Der Historiker Fritz Keller benannte diese ‚68er Revolte in Wien‘ lediglich als „Mailüfterl“. (Vgl. Brühl, Ute: Wie 1968 die Gesellschaft veränderte. Ein Hauch von Revolution wehte durch Österreich. Wie sich das auf Schule, Uni und Familienleben auswirkte. In: Kurier, 13. Juni 2018. Online eingesehen: URL: <<https://kurier.at/leben/wie-1968-die-gesellschaft-veraenderte/400049651>> zuletzt eingesehen am 25. März 2021).

2000 ging die dreizehn Jahre währende Phase der Großen Koalition zu Ende – und mit ihr auch, zumindest vorübergehend, das auf Kompromiss und gesellschaftlichen Frieden abzielende Modell des sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleichs.

Das Proporz-Modell der Sozialpartnerschaft unterstützt in vielschichtiger Weise den Identitätsbaustein der ‚Friedfertigkeit der Österreicher und Österreicherinnen‘, der im Zusammenhang mit dem Neutralitätsgesetz ab 1955 weitläufig propagiert wurde.

### **Kreisky-Ära**

*Denn es gibt viele, die mit uns ein großes Stück  
des Weges gemeinsam gehen wollen, die mit uns  
an der Lösung so mancher Fragen arbeiten wollen [...].<sup>460</sup>*

Bruno Kreisky

Bruno Kreisky (\*1911, †1990) war ein ‚Zoon politikon‘, Brückenbauer und einer der prägendsten politischen Gestalten der Zweiten Republik. Seine ersten politischen Schritte wagte Kreisky im Jahr 1927 mit dem Beitritt zum ‚Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ)‘. Nachdem er sein Jus-Studium an der Universität Wien begann, wurde er 1933 zum Vorsitzenden des ‚Reichsausbildungsausschusses‘ der SAJ gewählt. Im Widerstand gegen den autoritären Austrofaschismus tätig, wurde Kreisky 1935 verhaftet und zu einem Jahr Kerker wegen Hochverrats verurteilt. Nach seiner Enthftung wurde er zwei Jahre später von der Gestapo in Schutzhaft genommen. Mit der Auflage, Österreich umgehend zu verlassen, wurde Kreisky am 14. August 1938 freigelassen und begab sich einen Monat später ins Exil nach Schweden. Nach achtjähriger Abwesenheit und mit Erlaubnis der französischen Besatzungsmacht reiste Kreisky im Mai 1946 wieder nach Österreich.<sup>461</sup>

Noch bevor Bruno Kreisky von 1970 bis 1983 Bundeskanzler der Republik Österreich war, besetzte er ab 1951 diverse politische Posten: Beamter in der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundeskanzleramtes; Kabinettsvizedirektor unter Bundespräsident Theodor Körner 1951; Staatssekretär im Bundeskanzleramt 1953; Mitglied der österreichischen Verhandlungsdelegation in Moskau 1955; Außenminister im Kabinett Raab III 1959; Außenminister unter Gorbach II und Klaus I; Vorsitzender der SPÖ ab dem Jahr 1967.<sup>462</sup>

<sup>460</sup> Kreisky, Bruno (1996): Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil. Wien: Kremayr & Scheriau. S. 94.

<sup>461</sup> Vgl. ebd. S. 334-337.

<sup>462</sup> Vgl. ebd. S. 333-340.

Als sozialdemokratischer Politiker engagierte er sich vielfach für eine ausgewogene Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die dramatischen Erfahrungen aus der Zwischenkriegszeit prägten Kreisky auf fundamentale Art und Weise. Der oberste Grundsatz seiner Regierungspolitik – nämlich, „dass ein paar Milliarden mehr Schulden weniger schlimm seien, als ein paar hunderttausend Arbeitslose“<sup>463</sup> – macht deutlich, dass diese zurückliegende Krisenzeit die Menschen tiefgehend verunsicherte. In seinen Memoiren stellt Kreisky die Behauptung auf, dass er und seine politische Gefolgschaft die österreichische Gesellschaft in den Jahren 1970 bis 1983 entscheidend verändert hätten.<sup>464</sup> Seine Regierungszeit beschreibt Kreisky selbst als „Periode der Einleitung großer Reformen [...], die ihre gesellschaftlichen Spuren hinterlassen und eine Besserung der gesellschaftlichen Verhältnisse gebracht“<sup>465</sup> hätten. Als Bundeskanzler setzte Kreisky sich zum Ziel, Österreich europareif zu machen. Mit seiner Art von Sozialpolitik wollte Kreisky ein „modernes Österreich“<sup>466</sup> schaffen und die gesellschaftlichen Verhältnisse von Grund auf ändern, was ihm mittels veränderter sozialpolitischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen auch gelang:

- Ein Bergbauernprogramm wurde erstellt: Einbeziehung in ein ordentliches Gesundheitssystem; bessere Bezahlung für Bergbauern, die Kreisky als „Landschaftsschützer“<sup>467</sup> titulierte.
- Im Bildungsbereich kam es zu vielfältigen Neuerungen: AHS-Aufnahmeprüfungen wurden abgeschafft; Einführung kostenloser Schulbücher sowie der kostenlosen Schülerfreifahrt. Damit erschloss die Regierung Kreisky vielen Kindern den Zugang zu höherbildenden, vom Wohnort weit abgelegenen Schulen.
- Im Jahr 1972 wurden Studiengebühren abgeschafft und der ‚freie Hochschulzugang‘ eingeführt.
- Die Familienrechtsreform von 1972 ersetzte überkommene Gesetze aus früheren Tagen. Auch in Fragen der Gleichberechtigung von Frauen brachte Kreisky viel voran, repräsentiert u.a. durch die Ernennung von Johanna Dohnal (\*1939, †2010) zur Staatssekretärin für Frauenpolitik.
- Zunächst wurde im Jahr 1971 die Wehrdienstzeit reduziert. Vier Jahre später kam es zur Einführung eines Wehrrersatzdienstes – dem Zivildienst.

---

<sup>463</sup> Ebd. S. 32.

<sup>464</sup> Vgl. ebd. S. 18.

<sup>465</sup> Ebd. S. 329.

<sup>466</sup> Ebd. S. 22.

<sup>467</sup> Ebd. S. 23.

- Im Umgang mit dem Problem der Arbeitslosigkeit verwendet Kreisky ein Zitat Ovids, um zu verdeutlichen wie fatal Arbeitslosigkeit für Menschen ist: „Wenn die Blitze auch nur einen treffen mögen, erschrecken sie nicht nur einen“<sup>468</sup>. Am 18. März 1979 sprach Kreisky bei einer Wahlversammlung in der Steiermark folgende Worte an die versammelte Menschenmenge: „[...] der oberste Grundsatz der Regierungspolitik noch immer sei, dass ein paar Milliarden mehr Schulden weniger schlimm seien, als ein paar hunderttausend Arbeitslose“<sup>469</sup>.
- Im Jahr 1977 wurde der ‚Ombudsmann‘ ( ‚Volksanwaltschaft‘ ) eingeführt.
- Unter Kreiskys politischer Führung wurde der österreichische Wirtschaftsstandort aufgewertet: Betriebsansiedlungen von General Motors nach Wien und BMW nach Steyr (1979).

Bruno Kreisky betonte stets, dass die Österreicher\*innen ein kleines Volk seien, jedoch eine „kulturelle Großmacht“<sup>470</sup> darstellen: „Wir müssen in immer stärkerem Maße den Menschen begreiflich machen, dass Bildung und Zugang zum kulturellen Leben Werte sind, welche die Qualität des Lebens verbessern [...]“<sup>471</sup> Die radikalen Umbaumaßnahmen insbesondere im Schulwesen zeitigten denn auch rasch Erfolge in seinem Sinne: „Im kulturellen Bereich konnten wir in kurzer Zeit erreichen, dass sich für Zehntausende Menschen der Weg zu den Bildungsstätten der Gesellschaft öffnete.“<sup>472</sup>

Kreisky legte weiters einen starken Fokus auf die Außenpolitik. Unter seiner Kanzlerschaft wuchs die internationale Reputation Österreichs enorm. Seine diplomatischen Fähigkeiten setzte Kreisky bspw. im Nahost-Konflikt ein. Die ihm oft zugeschriebene ‚Vermittler-Rolle‘ lehnte er jedoch vehement ab. Nur eine Weltmacht, wie z.B. die USA, könne in einem so schwerwiegenden Konflikt vermitteln. Politiker von kleinen Staaten wie Österreich „können bestenfalls kleine, schmale Brücken sein, über die es immer nur eine begrenzte Verbindung geben wird“<sup>473</sup>. Der Politikwissenschaftler Otmar Höll hält die bedeutsame Außenwirkung der Außenpolitik Bruno Kreisky für unbestritten, „insofern das prononcierte Auftreten des damaligen Bundeskanzlers die Reputation und weltpolitische Rolle Österreichs ein gutes Stück weit

---

<sup>468</sup> Ebd. S. 19.

<sup>469</sup> Ebd. S. 32.

<sup>470</sup> Ebd. S. 43.

<sup>471</sup> Ebd. S. 53.

<sup>472</sup> Ebd. S. 35.

<sup>473</sup> Ebd. S. 194.

über seine reale Größe hinaushob“.<sup>474</sup> Für Rathkolb gilt Kreiskys Außenpolitik als Teil der österreichischen Identitätsfindung mit der Absicht, eine bessere Reputation für die Republik zu generieren.<sup>475</sup>

Kreisky gelang es, gesellschaftliche Entwicklungslinien aufzunehmen und in politische Maßnahmen zu überführen. Kritik von oppositioneller Seite gab es v.a. für das Anhäufen von Schulden, dem Kreisky entgegnete: „Das Prinzip unserer Politik war, dass die Schulden, die für gewisse Investitionen gemacht wurden, abgedeckt sein mussten durch jene Werte, um die das Land reicher geworden ist [...]“.<sup>476</sup> Die Idee der Solidarität begleitete die Politik Kreiskys auf allen Ebenen. Ein Beleg dafür lässt sich in seinen politischen Kampagnen im Kampf gegen Xenophobie finden. Kreisky war der Meinung, dass es im nationalen österreichischen Interesse liege, „den Ausländern, die bereits Kinder haben, die hier in die Schule gehen, die Möglichkeit zur Integration zu geben. Österreich würde damit einen Integrationsprozess erneuern, den es in der Monarchie [...] bereits gegeben hat“.<sup>477</sup> Bruno Kreisky bezeichnete den damaligen Staat mit seinen vielen Nationalitäten als echten „melting pot“<sup>478</sup> und hob hervor, dass die „Großväter vieler, heute unbestrittenermaßen Österreicher, Tschechen, Slowenen, Ungarn, Italiener, Südslawen und Polen waren“.<sup>479</sup> Aus diesen Überlegungen heraus war er erpicht darauf, die Minderheitenverpflichtungen im österreichischen Staatsvertrag zu erfüllen.

Bis heute gilt Bruno Kreisky als eine Galionsfigur der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Sein eigenes Schaffen und Wirken umschreibt er selbst wie folgt: „Ich denke doch, dass wir die Strukturen dieses Landes von Grund auf verändert haben. Es wurde ein höheres Maß an Gleichheit geschaffen, die Lebensqualität verbesserte sich, und jeder Österreicher bekam Zugang zur Bildung.“<sup>480</sup>

Oliver Rathkolb – Mitherausgeber der Memoiren Kreiskys – charakterisiert Kreisky als „überzeugten Antikommunisten“<sup>481</sup>, der aber „auf eine friedliche Erosion des kommunistischen Blocksystems“<sup>482</sup> setzte und außerdem über einen weitreichenden politischen Horizont verfügte: „Ohne jede ideologischen Berührungängste zitierte er [Kreisky; Anm. d. Verf.] General

<sup>474</sup> Höll, Otmar (2014): Die Österreichische Außen- und Sicherheitspolitik der 2. Republik. In: Philipp Strobl und Erhard Busek (Hg.): Österreich in der Zweiten Republik. Ein Land im Wandel. Hamburg: Kovač (Schriftenreihe Studien zur Zeitgeschichte, 94), S. 79-80.

<sup>475</sup> Vgl. Rathkolb 2015, S. 299.

<sup>476</sup> Kreisky 1996, S. 146.

<sup>477</sup> Ebd. S. 221-222.

<sup>478</sup> Ebd. S. 222.

<sup>479</sup> Ebd. S. 222.

<sup>480</sup> Ebd. S. 115.

<sup>481</sup> Rathkolb 2015, S. 303.

<sup>482</sup> Ebd. S. 303.

de Gaulles Europakonzepte in Form einer organisierten Assoziation seiner Völker von Island und Gibraltar bis zum Ural“<sup>483</sup>.

Durch die Neutralität aus 1955 erhielt die österreichische Selbstbezogenheit einen permanenten und besonderen Status. Österreich galt als Brücke zwischen Ost und West, als Treffpunkt für Entspannungsgespräche in den 1970er Jahren. Es ist nur scheinbar ein Widerspruch, dass das gesamtösterreichische Nationalbewusstsein gerade in der aktiven außenpolitischen Ära Bruno Kreiskys besonders gedieh, als Internationalismus en vogue war. Die weltweite Anerkennung und Reputation stärkten die Identität des Kleinstaats; Provinzialismus und permanenter Selbstüberschätzung wurden jedoch keineswegs die ‚Giftzähne‘ gezogen.<sup>484</sup>

Mit seiner 13-jährigen Amtszeit als Bundeskanzler wurde Bruno Kreisky zum wichtigen Akteur der österreichischen Geschichtspolitik. Der Wirtschafts- und Sozialhistoriker Ernst Bruckmüller, der Kreisky „als internationalen Schiedsrichter und identitätsstiftende Leitfigur“<sup>485</sup> benennt, bezeichnet die Kreisky-Ära als Beginn der Sozialdemokratisierung Österreichs.<sup>486</sup> Mit seinen politischen Errungenschaften (v.a. durch die Bildungsreformen) beeinflusste Kreisky in vielfacher Hinsicht die Identitätskonstruktionen der Österreicher\*innen. Innenpolitisch gelang es ihm, traditionelle und moderne Elemente zu vereinen bzw. Österreichs Bürger\*innen auf die veränderten sozioökonomischen Rahmenbedingungen einzustellen und die heranwachsende Generation von Grund auf darauf vorzubereiten. Außenpolitisch nutzte Kreisky das schon anlässlich des Staatsvertrages 1955 gemalte Bild von Österreich als neutralem Mittelpunkt Europas, um als Friedensstifter, Brückenbauer und diplomatischer Angelpunkt Geltung und Ansehen für Österreich zu erlangen.

Von einem anderen Blickwinkel aus betrachtet, wirkte die Kreisky-Ära aber auch in problematischer Weise auf die Identitätskonstruktion Österreichs ein. Dies hängt damit zusammen, wie Kreisky zur Kanzlerschaft kam. Zwar gewann die SPÖ bei der Nationalratswahl 1970 die relative Mehrheit, konnte jedoch nur durch Duldung der FPÖ, geführt vom ehemaligen Waffen-SS-Obersturmführer Friedrich Peter, eine Minderheitsregierung bilden. Vier Minister in Kreiskys Regierung waren explizit ehemalige Parteigänger der NSDAP, Mitglieder der SS oder der SA, was harsche Kritik von vielen Seiten, darunter der international angesehene KZ-Überlebende und Aufdecker von nationalsozialistischen Schreckenstaten Simon Wiesenthal (\*1908, †2005), evozierte. Kreiskys sanfter, einhegender Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten unterstützte den allgemein gesellschaftlich gesuchten Verdrängungsprozess. Realpolitisch war dieser Weg möglicherweise unumgänglich, schließlich waren sowohl die Bevölkerung wie

<sup>483</sup> Ebd. S. 303.

<sup>484</sup> Ebd. S. 22.

<sup>485</sup> Bruckmüller, Ernst (1996): Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse. 2., erg. und erw. Aufl. Wien, Köln, Graz: Böhlau (Studien zu Politik und Verwaltung, 4). S. 117.

<sup>486</sup> Vgl. ebd. S. 117.

auch die Eliten nach 1955 nicht über Nacht gänzlich andere geworden. Es bedurfte einer neuen Generation und eines späteren Anlasses, um in Österreich mit der Aufarbeitung des Opfermythos und der eigenen Schandtaten während des Nationalsozialismus zu beginnen.

### 3.4.7 Waldheim-Affäre

*Eingezogen wurde ich,  
aber ich habe meine Pflicht erfüllt,  
so wie hunderttausende Österreicher auch,  
die als Soldaten im Krieg waren.*<sup>487</sup>  
Kurt Waldheim

Vier Jahrzehnte lang wurde vergessen, verschwiegen und verdrängt. Der Opfermythos verbreitete sich in der österreichischen Bevölkerung wie ein Lauffeuer und wurde in Form einer Bundespräsidentenwahl zum umstrittenen Politikum. Bei einer Wahlbeteiligung von 87,3 Prozent wurde Kurt Waldheim (\*1918, †2007) am 8. Juni 1986 mit 53,9 Prozent zum österreichischen Bundespräsidenten gewählt. Ausgangspunkt für die hitzigen gesellschaftlichen Diskussionen war Waldheims Leugnung seiner eigenen NS-Vergangenheit.

Kurt Waldheim stammte aus einer christlich-sozialen Familie, besuchte die Konsularakademie, studierte Rechtswissenschaften und avancierte zum österreichischen Spitzendiplomaten. Als Sekretär im Außenministerium unter Minister Karl Gruber im Jahr 1947 wurde die Vergangenheit Waldheims kurz thematisiert – er wurde aber Ende Jänner/Anfang Februar 1946 entnazifiziert. Seine diplomatische Karriere startete Waldheim als Botschafter in Ottawa von 1956 bis 1960. Unter der Regierung Klaus II wurde Waldheim 1968 zum Außenminister ernannt. Ab 1970 machte Waldheim Karriere bei den Vereinten Nationen (zunächst Ständiger Vertreter, dann von 1972 bis 1981 Generalsekretär). Von 1986 bis 1992 war er Bundespräsident von Österreich.

Inmitten des Wahlkampfes für das Bundespräsidentenamt veröffentlichte der Journalist Hubertus Czernin (\*1956, †2006) im Nachrichtenmagazin *profil* am 3. März 1986 die Wehrstammkarte Waldheims. Diese wurde Tage zuvor mit Bewilligung Waldheims im Staatsarchiv freigegeben. Sie bestätigte Waldheims Mitgliedschaft in der SA (Schutzabteilung) und im NSDStB

<sup>487</sup> Beckermann, Ruth: Waldheims Walzer (Ruth Beckermann Film 2018). Erschienen in der Reihe „Der österreichische Film“. Edition DER STANDARD. (Hg. von Hoanzl und filmarchiv austria 2018). [19:14-19:20].

(Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund) ab dem Jahre 1938.<sup>488</sup> Waldheim dementierte dies nach Bekanntgabe der Informationen und nährte mit seinen weiteren Äußerungen und Rechtfertigungen erst recht eine Staatsaffäre. Waldheim rechtfertigte sich zu diesem Fund insofern, dass er während seines Studiums an der Konsularakademie oft ausgeritten war und unter seinen Reiterkameraden ‚vielleicht‘ ‚SAler‘ gewesen seien, die ihn in die SA eingetragen hätten.<sup>489</sup> Kurt Waldheim bezog unmittelbar Stellung zu dieser „großangelegten Verleumdungscampaign“<sup>490</sup>, wie er die Berichterstattung im *profil* nannte, und bestritt, dass er Mitglied der SA gewesen wäre: „Ich war nicht Mitglied [Anm. d. Verf.: der SA], das wurde eingetragen von Verwandten, mag sein, von Freunden, das hat es immer wieder gegeben, [...] ich habe grundsätzlich gesagt – ‚Herrschaften, diesen ganzen Papierkrieg führt’s ihr, ich bin nicht da, ich bin eingerückt, bitte erledigt das für mich‘. So erklär ich mir auch diese Eintragung.“<sup>491</sup> Mehrmals fügte er in den diversen Interview folgenden Satz hinzu: „Im Jahr 1940 war ich bei der deutschen Wehrmacht eingerückt als Soldat wie hunderttausende Österreicher auch, die ihre Pflicht erfüllt haben, das möchte ich hier auch feststellen.“<sup>492</sup> Anstatt persönliche Schuld einzugestehen, verwies Waldheim (und viele andere Österreicher) vermehrt auf die Wehrpflicht und das ‚Einrücken-müssen‘. Das Argument der Pflichterfüllung sollte exkulperierend wirken. Seine Verteidigungslinie des ‚Nicht-wissens‘ und des ‚Nichts-gegan zu haben‘ lieferte seinen Kritikern immense Angriffsflächen.

Brisant wurde es am 24. März 1986, da vermehrt aus dem Ausland Kritik geübt wurde: Der ‚World Jewish Congress‘ (WJC) veranstaltete in New York eine Pressekonferenz, bei der Israel Singer, der Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses, verlautbarte, dass Waldheim „die meiste Zeit bei militärischen Missionen auf dem Balkan“<sup>493</sup> verbrachte. Der Jüdische Weltkongress behauptete weiters, dass Waldheim beim Massaker von Kozara im Sommer 1942 (es starben 2000 Partisanen und 3000 deutsche Soldaten) sich durch eine besondere Rolle hervorgetan haben musste, da er und weitere 29 Offiziere auf einer Ehrentafel angeführt wurden. Bisher unbekanntes Bildmaterial, das Waldheim – in Oberleutnant-Uniform gekleidet – auf dem Flugplatz von Podgorica u.a. an der Seite von SS-Obergruppenführer Artur Phleps am 22. Mai 1943 zeigte, rückte die Glaubwürdigkeit der Aussagen von Waldheim in ein anderes Licht. Am 4. April 1986 verkündete der Jüdische Weltkongress, dass Waldheim zu Zeiten des Balkankrieges

---

<sup>488</sup> Czernin, Hubertus: Waldheim und die SA. In: *Profil*, Nr. 10, 3. März 1986. S. 17.

<sup>489</sup> Vgl. ebd. S. 16.

<sup>490</sup> Beckermann 2018, [18:05-18:12].

<sup>491</sup> Ebd. [18:47-19:15].

<sup>492</sup> Ebd. [19:21-19:29].

<sup>493</sup> Ebd. [24:15-24:18].

dem Stab von General Alexander Löhr (\*1885, †1947) (Heeresgruppe E) unterstellt war (Löhr wurde nach dem Krieg in Jugoslawien vom Militärgerichtshof wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt).<sup>494</sup>

Waldheims Aussagen zu seiner Kriegsvorgangeneit waren oft unvollständig, ungenau und auch falsch. Mit seinen widersprüchlichen Aussagen und zahlreichen Erinnerungslücken erschütterte Waldheim seine Glaubwürdigkeit. Der Journalist Czernin verwies darauf, dass in Waldheims – ansonsten recht ausführlichen – Autobiographie *Im Glaspalast der Weltpolitik*<sup>495</sup> seine Kriegsabsenz eine gewichtige Rolle einnahm. Waldheim erzählt darin ausführlich über seine Kriegsverwundung vom 18. Dezember 1941 (Granatsplitterverwundung am rechten Knöchel), verlor jedoch kein einziges Wort darüber, dass er bereits Ende März 1942 zum Armeeoberkommando 12 nach Saloniki versetzt wurde und erst im November desselben Jahres einen Studienurlaub erhielt.<sup>496</sup> Auf die Frage, ob Waldheim, der in Saloniki als Ordonnanzoffizier tätig war, von den Deportationen von tausenden Juden in seiner unmittelbaren Nähe wusste, antwortete dieser: „Ich habe davon, ob man’s mir jetzt glaubt oder nicht, nichts gewusst, ich hatte auch vorher keinen Grund zu sagen, ich wusste von irgendwelchen Deportationen, ich habe sie nicht gesehen [...]“.<sup>497</sup>

Die von der österreichischen Bundesregierung einberufene internationale Historikerkommission belegte im Jahr 1988, dass Kurt Waldheim an keinen Kriegsverbrechen persönlich beteiligt war, jedoch von Judendeportationen und Partisanenbekämpfung am Balkan und Griechenland gewusst haben musste. Die Kommission urteilte, dass Waldheim eine moralische Mitschuld zu tragen habe.<sup>498</sup>

Trotz heftiger Kritik im Vorfeld der Bundespräsidentenwahl 1986 an Kurt Waldheim ließ sich ebendieser von der ÖVP zum Spitzenkandidaten küren. Die ‚Jetzt erst recht Waldheim‘-Wahlkampagne wurde von der ÖVP umgehend ins Leben gerufen: Die alten Slogans, wie z.B. „Österreicher, dem die Welt vertraut“, wurden mit neuen ausgetauscht: „Wir Österreicher wählen, wen wir wollen!“<sup>499</sup>. Die neu gestalteten Wahlplakate wurden auf grellgelbem Grund gedruckt – zahlreiche Betrachter\*innen erinnerte dies an die Farbe des Judensterns. Sämtliche alten

<sup>494</sup> Vgl. ebd. [40:09-40:33].

<sup>495</sup> Waldheim, Kurt (1985): *Im Glaspalast der Weltpolitik*. 2. Aufl. Düsseldorf: Econ-Verl.

<sup>496</sup> Vgl. Czernin 1986, S. 17.

<sup>497</sup> Beckermann 2018, [19:30-19:39].

<sup>498</sup> Ebd. [90:45-90:50].

<sup>499</sup> Ebd. [33:40-33:41].

Waldheim-Plakate wurden mit gelben „Jetzt erst recht!“-Banderolen versehen. Die Anhänger\*innen Waldheims verdamnten die Einmischung des Auslandes in die Präsidentenwahl. Die Gegenseite beharrte darauf, dass Waldheim aufgrund der Lügen bezüglich seiner eigenen Kriegsvorgänge nicht das Amt des Bundespräsidenten anstreben dürfe. Kritiker\*innen sahen in der ‚Jetzt erst recht‘-Wahlkampagne der ÖVP einen demokratiepolitischen Skandal: Antisemitische Emotionen bzw. Ressentiments wurden geweckt und als politisches Mittel im Kampf gegen die ‚jüdische Verschwörungstheorie‘ eingesetzt. Kreisky hob die Mitschuld der Volkspartei hervor: „Sie [Anm. d. Verf.: die Volkspartei] hat den politischen Antisemitismus, der lange Zeit nur noch als individuelle Phobie galt, durch ihre Propaganda für Waldheim 1986 wieder zum Leben erweckt.“<sup>500</sup> Noch unmittelbar nach den ersten Anschuldigungen gegenüber Waldheim hatte Kreisky ihn verteidigt und die Einmischung des WJC als „ungeheure Niedertracht“ kommentiert.<sup>501</sup>

Federführend beteiligt am ‚Jetzt erst recht‘-Wahlkampf war u.a. Medienmacher Hans Dichand (\*1921, †2010) mit seiner *Kronen Zeitung*. Der ehemalige *profil*-Herausgeber Peter Michael Lingens (\*1939) ist der Auffassung, dass die Rolle der *Kronen Zeitung* bei der Nichtbewältigung der österreichischen Vergangenheit eine gewichtige war. Lingens verweist auf die Kriegsvorgänge von Dichand (er war während des Krieges Marinesoldat) und dessen journalistisch geschickte Verteidigung der Wehrmachtsgeneration (u.a. besonders im Fall Waldheim).<sup>502</sup> Schlagzeilen, wie z.B. „Großer Sieg für Kurt Waldheim! Die Auslandshetze gegen Waldheim geht weiter!“<sup>503</sup> oder „Israels Außenminister dreht nun total durch: ‚Kriegserklärung‘ an Waldheim!“<sup>504</sup> zierten die Titelseiten der *Kronen Zeitung* im Frühjahr 1986. Dichands Aussagen über das Wesen der *Kronen Zeitung* ergeben ein schlüssiges Bild: „Wir verteidigen das, was wir für richtig halten und wo wir den Eindruck haben, dass auch eine Mehrheit das will und manchmal gegen die Regierung will, dann verteidigen wir das ganz einfach und sind dann auch sehr stark im Verteidigen.“<sup>505</sup> Den Worten Dichands kann entnommen werden, dass Transparenz, Objektivität und Sachlichkeit nicht unbedingt im Vordergrund seiner journalistischen Tätigkeit standen, sondern eher bestimmte Haltungen und Kampagnen (Fremdenfeindlichkeit, konservative

<sup>500</sup> Kreisky 1996, S. 60.

<sup>501</sup> Die Presse. Titelseite vom 25. März 1986.

<sup>502</sup> Vgl. Winter, Jakob: Lingens über Waldheim: „Er hätte nur desertieren können“. In: *Profil*, 25. März 2016. Online eingesehen: URL: <<https://www.profil.at/oesterreich/waldheim-lingens-winter-interview-6286379>> zuletzt eingesehen am 22. Juni 2020.

<sup>503</sup> Die Kronen Zeitung: Titelseite vom 23. Mai 1986.

<sup>504</sup> Ebd.

<sup>505</sup> Borgers, Nathalie: *Kronen Zeitung – Tag für Tag ein Boulevardstück*. Dokumentarfilm 2002. [30:14-30:30].

Law & Order Politik etc.) unterstützt wurden. Da es sich bei der *Kronen Zeitung* um die auflagenstärkste österreichische Boulevardtageszeitung handelt, nehmen deren Redakteure und Journalisten eine gewichtige Rolle hinsichtlich des Meinungsbildungsprozesses ihrer zahlreichen Rezipienten ein: „Man schreibt uns sehr viel Macht zu, die wir aber gar nicht haben wollen. Ich sage – der Platz des Journalisten ist im Vorhof der Macht“<sup>506</sup>, so Dichand. Gerade im Fall Waldheim wurde offensichtlich, dass die *Kronen Zeitung* eine einseitige Berichterstattung ‚pro Waldheim‘ bevorzugte.

Trotz vielfacher, internationaler Kritik gewann Waldheim die Bundespräsidentenwahl gegen den sozialdemokratischen Gegenkandidaten Kurt Steyrer. Waldheims Amtszeit war geprägt von wenigen Auslandsbesuchen (kein einziger westlicher Staat lud Waldheim als Bundespräsidenten ein). In den USA wurde Waldheim im April 1987 vom US-Justizministerium in die Watchlist für mutmaßliche Kriegsverbrecher aufgenommen, womit ihm ein lebenslanges Einreiseverbot in die USA erteilt wurde. Die Waldheim-Affäre war das entscheidende Ereignis für einen neuen Umgang der Österreichischen Republik mit ihrer Vergangenheit: Die außenpolitische Isolierung Waldheims versuchte der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky (\*1937) bestmöglich zu kompensieren. Der Sozialdemokrat Vranitzky war es auch, der als erster Bundeskanzler die Vergangenheit Österreichs offen und selbstkritisch thematisierte und eine österreichische Kriegsschuld eingestand (siehe Rede im Parlament vom 8.7.1991 und an der Hebrew University in Jerusalem am 9.6.1993).<sup>507</sup>

Bis zum Jahr 1986 betrieben die meisten Politiker\*innen der Österreichischen Republik eine Vergangenheitspolitik, die keine Vergangenheitsbewältigung darstellte (z.B. wurden in der Kreisky-Ära Politiker mit offensichtlich nationalsozialistischer Vergangenheit, etwa Friedrich Peter, nicht sonderlich hinterfragt). Der Wiederaufbau Österreichs nach Kriegsende gepaart mit dem Verdrängen zahlreicher Kriegsgräuel beherrschte die österreichische Nachkriegszeit. Einzelne Versuche, eine andere Vergangenheitspolitik zu forcieren, wie bspw. von der – in Österreich nicht besonders starken Studentenbewegung 1968 angeregt wurde, veränderten die Sichtweisen nur marginal.

Die Waldheim-Affäre machte deutlich, dass mediale Berichterstattung und Politik eng miteinander verwoben sind. Die *Kronen Zeitung* demonstrierte ihren ungeheuren Machteinfluss in

---

<sup>506</sup> Ebd. [32:34-32:45].

<sup>507</sup> Vgl. Lendvai, Paul (2007): Mein Österreich. 50 Jahre hinter den Kulissen der Macht. Salzburg: Ecowin. S. 225-226.

Bezug auf die Meinungsbildung zahlreicher Österreicher\*innen und lieferte damit ein Paradebeispiel, wie Medien gesellschaftliche Prozesse und Entwicklungen maßgeblich beeinflussen können.

Die österreichische Nachkriegsidentität, die auf der Opferdoktrin aufbaute, erfuhr ab 1986 eine Neubewertung: Viele Österreicher\*innen waren während der Zeit des Nationalsozialismus Täter\*innen. Dies wurde mit der symbolisch wirkmächtigen Wahl Waldheims 1986 erstmals national wie international kritisch aufgearbeitet. Wissenschaftliche Forschungen wurden zum einen neu initiiert, zum anderen bestätigten diese die Verfehlungen von zahlreichen Österreicher\*innen zu Zeiten des Krieges. Ein trauriger Beweis für die Mittäterschaft von Österreicher\*innen an Kriegsgräueln liefert u.a. das Kriegsverbrechen ‚Mühlviertler Hasenjagd‘: Unmittelbar vor Kriegsende im Februar 1945 jagten Nationalsozialisten unter kräftiger Mithilfe von Ortsansässigen bzw. Zivilisten entflozene Insassen des KZ Mauthausen.<sup>508</sup> Die Waldheim-Affäre veränderte auch die Widerstandsdebatte insofern, dass zunehmend von einem positiven und gesellschaftlich tragfähigen Widerstandsmythos die Rede sein durfte. Bis dahin wurden Widerstandskämpfer\*innen u.a. als ideologische Feinde bzw. feige Versager angesehen.<sup>509</sup>

Das historische Bewusstsein zahlreicher Generationen wurde aufgrund der Waldheim-Affäre neu definiert und der bis dahin geltende Mythos, dass Österreich das erste Opfer Hitler-Deutschlands war, wurde zunehmend dekonstruiert und war nicht mehr länger haltbar. Waldheim wurde zur Symbolfigur für den mangelhaften Umgang Österreichs mit dessen Vergangenheit bezüglich des Zweiten Weltkriegs und Holocausts. Die späteren Jahrzehnte nach der Waldheim-Affäre dienten dem ‚Schuld-Eingestehen‘, einer kritischen Aufarbeitung und dem Erinnern. Auf die Vergangenheitsbewältigung folgten Phasen der Vergangenheitsbewahrung und des bis heute andauernden Vergangenheitslernens.<sup>510</sup>

Dem Literaten/Schriftsteller Thomas Bernhard (\*1931, †1989) gelang im Jahr 1988 ein punktgenaues wie schonungsloses Aufdecken der österreichischen ‚Vergangenheitsverdrängung‘

<sup>508</sup> Vgl. Mauthausen Memorial KZ-Gedenkstätte: ‚Mühlviertler Hasenjagd‘. Online eingesehen: URL: <<https://www.mauthausen-memorial.org/de/Wissen/Das-Konzentrationslager-Mauthausen-1938-1945/Muehlviertler-Hasenjagd>> zuletzt eingesehen am 24. Juni 2020.

<sup>509</sup> Vgl. Traussnig, Florian (2016): Militärischer Widerstand von außen. Österreicher in US-Armee und Kriegsheimdienst im Zweiten Weltkrieg. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag. S. 12.

<sup>510</sup> Zu den Phasen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus siehe: Frei, Norbert (2006): 1945 und Wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München, S. 26; Hellmuth, Thomas (2018): Late Awareness, Vigorous Remembrance: Austria Today / Späte Einsicht, intensives Erinnern: Österreich heute, in: Public History Weekly 6 (2018) 38, DOI: [dx.doi.org/10.1515/phw-2018-13048](https://doi.org/10.1515/phw-2018-13048).

und des ‚Nicht-wahr-haben-Wollens‘. Mit seinem Stück *Heldenplatz*, uraufgeführt am 4. November 1988 (anlässlich des ‚Bedenkjahres‘ – 50 Jahre nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich) am Wiener Burgtheater unter der Regie von Claus Peymann, löste Bernhard einen enormen gesellschaftlichen Diskurs aus. Die provozierenden Aussagen über das Wesen des österreichischen Menschen sorgten für großen Aufruhr und ebneten den Weg für einen einmaligen Theaterskandal in der Zweiten Republik. Folgende Zitate legt Bernhard seinen Protagonisten in den Mund:

[Anna]: „In Österreich musst du entweder katholisch oder nationalsozialistisch sein, alles andere wird nicht geduldet, alles andere wird vernichtet [...]“<sup>511</sup>

[Prof. Schuster]: „[...] aber die Österreicher insgesamt als Masse sind heute ein brutales und dummes Volk“<sup>512</sup>

[Prof. Schuster]: „[...] der Judenhass ist die reinste die absolut unverfälschte Natur des Österreichers“<sup>513</sup>

[Prof. Liebig]: „Und die Zeitungen schreiben Unrat, in den Zeitungen wird auch eine Sprache geschrieben, die einem den Magen umdreht [...] die Zeitungsredaktionen in Österreich sind ja nichts als skrupellose parteiorientierte Schweineställe“<sup>514</sup>

Bernhard traf mit seinen Zeilen jenen wunden Punkt, der die fehlende Aufarbeitung von österreichischen Akteuren im Zusammenhang mit dem Holocaust betraf bzw. das weitertradierte, verfälschte österreichische Geschichtsbild anprangerte. Kritiker\*innen des Theaterstückes (u.a. Kurt Waldheim, Bruno Kreisky, Jörg Haider etc.) waren erbost über ebendieses Bild, das Bernhard vom österreichischen Menschen zeichnete. Trotz aller Übertreibungen und Pauschalisierungen Bernhards traf das Stück *Heldenplatz* den Puls der Zeit und trug u.a. dazu bei, das Geschichtsbild Österreich kritisch zu hinterfragen.

### **Österreichischer Rechtspopulismus als Folge der Waldheim-Affäre?**

Als Folgeerscheinung der Waldheim-Affäre und insbesondere des ‚Jetzt erst recht‘-Tenors erstarkte das nationalistische ‚Dritte Lager‘ in Form der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). In den Folgejahren wurde die FPÖ zu einer dauerhaft einflussreichen, populistisch agierenden Partei in Österreich. Der Journalist Hugo Portisch (\*1927, †2021) benennt den Umstand, dass nach 1945 bzw. nach den Volksgerichtsprozessen noch über 550.000 registrierte Nationalsozialisten übrigblieben und der politische Wettlauf auf Seiten der Großparteien (SPÖ und ÖVP) um „Nazi-Stimmen“<sup>515</sup> begann. Die Vorläuferpartei der FPÖ, der Verband der Unabhängigen

<sup>511</sup> Bernhard, Thomas (2012): Werke. 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp. S. 260.

<sup>512</sup> Ebd. S. 279.

<sup>513</sup> Ebd. S. 299.

<sup>514</sup> Ebd. S. 305.

<sup>515</sup> Beckermann 2018, [68:02-68:17].

(VdU), war nichts anderes als ein Sammelbecken vieler ehemaliger österreichischer Nationalsozialisten. Im Gegensatz zu SPÖ und ÖVP zielte der VdU mit dessen Wahlprogramm bzw. Wahlpropaganda vor allem auf ehemalige NSDAP-Mitglieder und -Sympathisanten ab. Aus den Nationalratswahlergebnissen von 1956 bis 1983 geht hervor, dass der Maximalwert des Stimmenanteils der FPÖ 7,7 Prozentpunkte betrug. Ab der Nationalratswahl von 1986 (9,7 Prozent) stieg der Stimmenanteil der Freiheitlichen Partei Österreichs enorm: Während die FPÖ bei der Wahl 1990 noch 16,6 Prozent Stimmenanteil verbuchte, waren es 1999 26,9 Prozent. Eine der Hauptursachen für den Aufstieg der Freiheitlichen Partei hin zur Regierungspartei liegt im Erscheinen einer zentralen politischen Figur: Der Oberösterreicher Jörg Haider (\*1950, †2008) wurde mit Hilfe des deutschnationalen Flügels am 13. September 1986 beim Parteitag in Innsbruck Vorsitzender der FPÖ. Haider, Sohn zweier überzeugter Nationalsozialist\*innen (sein Vater war beim nationalsozialistischen Juliputsch von 1934 beteiligt), agierte mittels rechtspopulistischer Stilmittel: Mantra-artig wurde die Ursache der Missstände in Österreich den Ausländern bzw. den in Österreich lebenden Migranten zugeschoben. Die FPÖ unter Haider beschwor einen „konservativen, ‚heimattreuen‘ Österreichpatriotismus mit primär kulturdeutsch-nationalen Definitionsmerkmalen“.<sup>516</sup> Im ORF-Inlandsreport vom 18. August 1988 bezog Haider Stellung zur österreichischen Nation und zum Fehlen eines starken ‚Österreich-Patriotismus‘: „Das wissen Sie ja so gut wie ich, dass die österreichische Nation eine Missgeburt gewesen ist, eine ideologische Missgeburt. Denn die Volkszugehörigkeit ist eine Sache, und die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache.“<sup>517</sup> Haider pochte stets darauf, wie wichtig es sei, dass man sich als ‚Deutsch-Österreicher‘ bekennen dürfe.

Wie die Wahl Waldheims ist auch der Aufstieg dieser rechtspopulistischen Partei untrennbar mit der *Kronen Zeitung* verbunden, denn sie wurde zum Transporteur zahlreicher Botschaften und Forderungen, die von freiheitlichen Politiker\*innen bzw. deren ideologischer Anhängerschaft propagiert wurden. Kolumnisten wie Viktor Reimann, Andreas Mölzer (der u.a. Kulturbeauftragter der Kärntner Landesregierung unter Haider war) oder Wolf Martin schrieben regelmäßig über die Missstände in der Republik und nutzten diese Möglichkeit des Gastkommentars für die Verbreitung ihres rechten Gedankenguts (Antipluralismus bzw. Xenophobie, Anti-elitäre Haltung, ethnozentrischer Nationalismus etc.).

---

<sup>516</sup> Rathkolb 2015, S. 32.

<sup>517</sup> Inlandsreport vom 18.8.1988. Online eingesehen: Österreichische Mediathek: Haider: die österreichische Nation, eine „Missgeburt“. URL: <<https://www.mediathek.at/atom/20D79CFC-10C-00784-00006083-20D6E3AD>> zuletzt eingesehen am 29. Juni 2020. [00:01-00:13].

Ein wenig erfreuliches Beispiel, wie der Umgang von Teilen Österreichs (speziell von Seiten der FPÖ) mit den autochthonen Minderheiten verlief, markiert der ‚Ortstafelstreit‘ ab dem Jahr 1972. Im Staatsvertrag von 1955 hatte sich die Republik Österreich zum Schutz der anerkannten Minderheiten verpflichtet.<sup>518</sup> Im konkreten Fall der slowenischen Minderheiten wurde ab den 1970er Jahren der Versuch unternommen, jenes Minderheitenrecht in die Praxis umzusetzen. Die Kärntner Slowenen wünschten sich zweisprachige Schilder in 800 Orten. Die Bundesregierung unter der Führung von Bruno Kreisky gewährte zunächst 205 solcher zweisprachigen Ortstafeln. Aufgrund heftiger und gewaltsamer Proteste von ‚deutschkärntner-Organisationen‘<sup>519</sup> (rechtsextremer Kärntner Heimatdienst) wurde keine einzige zweisprachige Ortstafel aufgestellt. Erst im Jahr 2011 wurde eine Kompromisslösung im Ortstafelstreit erzielt: 164 zweisprachige Ortstafeln wurden in Orten mit zumindest 17,5 Prozent slowenisch-sprachiger Bevölkerung aufgestellt. Bis in die Gegenwart sorgen die Ortstafeln für einen identitätspolitischen Hickhack. So kommt es immer wieder vor, dass die slowenischen Ortsbezeichnungen auf den Ortstafeln beschädigt werden.<sup>520</sup>

Mit der Parteiübernahme Haiders (1986) erfolgte – nicht nur im Zuge des Ortstafelstreits, sondern in sämtlichen politischen Belangen – eine Verschärfung des nationalistischen Profils der Freiheitlichen Partei Österreichs. Das Agieren und Agitieren gegenüber diversen Minderheiten in Österreich erreichte neue negative Höhepunkte. Die FPÖ verstand sich zunehmend als Schutzpartei der ‚echten Österreicher‘ und begründete auf diese Weise eine ganz spezielle Österreich-Identität: Haider berief sich auf ein einheimisches, authentisches, echtes Volk, das im Kampf mit Migrant\*innen stünde. Wahlplakate mit Slogans wie ‚Österreich zuerst‘, ‚Stopp der Überfremdung‘, ‚Kärnten wird tschetschenenfrei‘<sup>521</sup> waren und sind keine Seltenheit. Die Aversion gegenüber Fremden soll die eigene Kultur und Lebensweise schützen. Haider bekannte sich am Beginn seiner Politkarriere sehr wohl zum Staat Österreich, lehnte aber eine österreichische Nationalidentität ab. Vielmehr sollte Österreich ein Teil der ‚deutschen Kultur-nation‘<sup>522</sup> sein. Ab den 1990er Jahren erfolgte eine Neuorientierung und ‚Abkehr von der

---

<sup>518</sup> Vgl. BGBl. Nr. 152/1955. Artikel 7.

<sup>519</sup> Vgl. Vocolka 2013, S. 346.

<sup>520</sup> Jüngstes Beispiel datiert vom 24. Jänner 2021. Vgl. ORF: Ortstafeln in Eberndorf besprüht. Online eingesehen: URL: <<https://kaernten.orf.at/stories/3086616/>> zuletzt eingesehen am 25. Jänner 2021.

<sup>521</sup> Prisching, Manfred: Was blieb eigentlich von Jörg Haider? In: Kleine Zeitung, 26. Jänner 2020. S. 4-5.

<sup>522</sup> Pelinka, Anton; Sickinger, Hubert; Stögner, Karin (Hg.) (2008): Kreisky - Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten. Wien: Braumüller. S. 223.

Deuschtümelei“<sup>523</sup>. Es erfolgte ein Wechsel zum Österreich-Patriotismus, der u.a. darin bestand, dass eingebürgerte Zuwanderer in der Praxis weiterhin Ausländer darstellten.

Die Regierungsbeteiligung der FPÖ im Jahr 2000 markierte den vorzeitigen Höhepunkt in Haider's Politikarriere. Begleiterscheinungen der ÖVP-FPÖ Bundesregierung waren heftige internationale Reaktionen inklusive EU-Sanktionen der übrigen vierzehn EU-Mitgliedstaaten. Ein vorläufiges Ende des Aufstieges der Freiheitlichen Partei Österreichs begann mit der Zurücklegung des Parteivorsitzes Haider's am 1. Mai 2000 und der Parteispaltung beim Parteitag in Knittelfeld am 7. September 2002. Letztere führte zum Bruch der ÖVP-FPÖ Koalition unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel.<sup>524</sup>

An das Rekordergebnis der Nationalratswahl von 1999 konnte die FPÖ erst im Jahr 2017 wieder anschließen. Unter der Führung von Parteiobmann Heinz-Christian Strache (\*1969) erreichte die FPÖ 25,97 Prozent. In Folge dessen kam es zu einer erneuten Koalition von ÖVP und FPÖ unter Bundeskanzler Sebastian Kurz (\*1986).<sup>525</sup>

### **Der Rechtspopulismus und die Identitätsfrage**

Die Freiheitliche Partei Österreichs vertritt Identitätsangebote, die sehr selektiv und ausgrenzend wirken. Die FPÖ ist kein Unterstützer einer vielfältigen bzw. multikulturellen österreichischen Gesellschaft. Menschen werden nicht unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder Religion wertgeschätzt, sondern gerade deswegen diskriminiert.

Der Ortstafelkonflikt steht sinnbildlich für den Kampf um Identität: Sprache als identitätsstiftendes Element zeigt in diesem Fall, welche explosive Kraft von ihr ausgehen kann. Die Gegnerschaft, unter der Anführung der FPÖ um Haider, sah in den zweisprachigen Ortstafeln überhaupt keinen Mehrwert, sondern vielmehr eine Gefährdung der Österreich-Identität.

---

<sup>523</sup> Ebd. S. 223.

<sup>524</sup> Vgl. Frölich-Steffen, Susanne (2004): Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP). Jahrgang 33 (Heftnummer 3), S. 281–295.

<sup>525</sup> Zur Vertiefung siehe: Der Standard (Redaktion): Das Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ im Überblick. 16. Dezember 2017. In: Der Standard: Online eingesehen: URL: <<https://www.derstandard.at/story/2000070495198/regierungsprogramm-oevp-fpoe-kurz-strache-ueberblick-analyse>> zuletzt eingesehen am 26. März 2021.

Das Gupta, Oliver: 525 Tage voller Skandale. 1. Juni 2019. In: Süddeutsche Zeitung. Online eingesehen: URL: <<https://www.sueddeutsche.de/politik/oesterreich-strache-skandale-tuerkis-blau-fpoe-oevp-kurz-regierung-wien-1.4469797>> zuletzt eingesehen am 26. März 2021.

Ein Spezifikum rechtspopulistischer Parteien ist der provozierende Umgang mit dem Thema Asyl und Einwanderung: Bei komplexer Sachlage wird zumeist undifferenziert nach einfachen Lösungen gesucht. Anton Pelinka beschreibt dies als „Verteidigung von (nationaler oder ethnischer) Identität gegen die Aufhebung oder verstärkte Durchlässigkeit von Grenzen“<sup>526</sup>.

Unter dem Deckmantel ‚österreichischer Patriotismus‘ verstecken sich diskriminierende Werthaltungen wie z.B. Anti-Europäische Haltung oder Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulisten à la FPÖ suggerieren ihren Wähler\*innen, dass nur eine – freilich in der Realität unmögliche – ethnisch homogene ‚Volksgemeinschaft‘ für Sicherheit und Wohlstand sorgen könne.

Dabei profitieren rechtspopulistische Parteien von Identitätsdiffusionen bzw. Identitätsängsten der Menschen (u.a. aufgrund der Globalisierung, Kriegen etc.) und versuchen diese mit ihren politischen Ideen bzw. Haltungen zu schüren. Identitätsstiftende Merkmale wie z.B. eine gemeinsame Sprache und Kultur werden von rechtspopulistischen Parteien dazu verwendet, die eigene Gruppe darüber zu definieren, um sich anschließend von anderen abzugrenzen. Diese zumeist ausgrenzende Identitätspolitik wirkt auf den ersten Blick identitätsstabilisierend innerhalb der anvisierten Wähler\*innengruppe, tatsächlich verstärkt jene aber nur die Ängste und irrationalen Unsicherheiten der Menschen. Ebendiese Extrempositionen bzw. Identitätsangebote destabilisieren erst recht eine Österreich-Identität, die von möglichst vielen Österreicher\*innen mitgetragen werden könnte. Eine Österreich-Identität auf den Pfeilern von Anti-Europäismus (mittlerweile von der FPÖ revidiert), Anti-Internationalismus und Anti-Multikulturalismus zu gründen, ist kaum bzw. nicht mehrheitstauglich.

---

<sup>526</sup> Pelinka, Anton (2002): Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP). Jahrgang 31 (Heftnummer 3). S. 281.

### 3.4.8 Europäische Union

*Denn Europäer zu sein bedeutet, unsere regionale, unsere nationale Identität nicht an der Garderobe abgeben zu müssen, sondern mit dieser Vielfalt Europa stark zu machen.<sup>527</sup>*

Jean-Claude Juncker

Im Jahr 1989 fiel der Eiserne Vorhang. Der Zerfall des sowjetischen Imperiums bedeutete eine historische Neuordnung in Westeuropa: Aus nationalhistorischer Perspektive verlor Österreich seine Vermittlerrolle und wurde zum Fluchtpunkt für Einwanderungswillige aus den südöstlichen Nachbarstaaten; globalgeschichtlich hingegen wurde die Idee eines vereinten, nicht durch politssystematische (demokratische Marktgesellschaften vs. planwirtschaftlich organisierte ‚Diktaturen des Proletariats‘) oder nationalstaatliche Grenzen getrennten Europas denk- und real greifbar, wobei Österreich nunmehr in eine geographische Mittlerrolle gerückt ist. Dieses Projekt eines gemeinsamen Europas, welches sich zum Ziel gesetzt hatte, die bellizistischen Kräfte innerhalb Europas zu schwächen, hieß ab den frühen 1950er Jahren ‚Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl‘ (1952). Im Jahr 1965 fusionierte die EGKS mit der ‚Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft‘ (EWG), strahlte ab 1989 – mittlerweile ‚Europäische Gemeinschaft‘ (EG) und ab 1993 ‚Europäische Union‘ (EU) genannt – eine immer größer werdende wirtschaftliche Anziehungskraft aus. Die Österreicher\*innen stimmten in einer Volksabstimmung am 12. Juni 1994 mit 66,6 Prozent für den Beitritt zur EU. Nach einem sechsjährigen Beitrittsprozess wurde Österreich am 1. Jänner 1995 zum vollwertigen Mitglied der Europäischen Union. Damit einher ging sowohl ein Identitätsverlust als auch ein Identitätsgewinn: Über Jahrzehnte hinweg war Österreich zum verbindenden Mittelpunkt zwischen West und Ost geworden.

Das Ende des Kalten Krieges und die Integration in die EU hatten dann ein abruptes Ende der bereits in den 1980er Jahren deutlich reduzierten Sonderrolle Österreichs im Gefolge. Den selbstverliebten Österreicher/innen brachten der EU-Beitritt, aber auch die Konsequenzen der Globalisierung eine handfeste Krise. Plötzlich galt es neue Realitäten und Entscheidungsprozesse zu akzeptieren, was zunehmend zu Friktionen führte, da die politische und ökonomische Sonderrolle Österreichs aus dem Kalten Krieg deutlich reduziert wurde oder ganz verschwand.<sup>528</sup>

Die österreichische Identitätsbildung in den Jahren 1955 bis 1995 wurde vom Wohlstand und den Werkzeugen des Sozialstaats wesentlich gestärkt. Der zunehmend immer stärker gewordene Glaube an den Kleinstaat („wichtiger Identitätspfeiler“<sup>529</sup>) war verbunden mit sozialer und

<sup>527</sup> Juncker, Jean-Claude: Mehr Zärtlichkeit gegen die Macht der neuen Mauern. In: Neue Vorarlberger Tageszeitung. Nr. 33. 8. Februar 2020. S. 2.

<sup>528</sup> Rathkolb 2015, S. 24.

<sup>529</sup> Ebd. S. 43.

ökonomischer Sicherheit. Dennoch entschied sich der Großteil des österreichischen Volkes für das Eintreten in die Europäische Union. Nicht umsonst lautete die EU-Beitrittskampagne der Bundesregierung „Österreich ist Europa“<sup>530</sup>. Hinzu kommt, dass der EU-Beitritt 1995 die vom ehemaligen Bundespräsidenten Waldheim verursachte Identitätskrise teilweise vergessen ließ. Der Identitätsverlust hielt sich insoweit in Grenzen, da nämlich ‚neue‘ Identitätsbausteine auftauchten, die an tiefverwurzelte Ideen erinnerten: Der Anschluss an die Europäische Union lässt Bezüge zu vergangenen Bestrebungen wie bspw. die ‚Paneuropa-Idee‘ zu Zeiten der Habsburger herstellen und zugleich die Selbstzweifel der Zwischenkriegszeit, wonach Österreich eine zu kleine und nicht überlebensfähige Nation sei, endgültig vergessen – just in einem Moment, in dem Österreichs Kleinstaatlichkeit endlich von allen politischen Lagern akzeptiert war. Österreich fügte sich dennoch problemlos in das europäische Gefüge ein. Bis auf die EU-Sanktionen der vierzehn EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2000 – die die Popularität der EU in Österreich kurzfristig sinken ließen – waren und sind die Österreicher\*innen proeuropäisch eingestellt. Spannungsfelder zwischen Nationalstaat und supranationaler Organisation treten meist parallel zu nationalen Wahlkämpfen auf. Dabei spielen Politiker\*innen oft nationale gegen europäische Identifikatoren aus.

Nun stellt sich die Frage, welche Identitätsbausteine sowohl für Österreich als auch die Europäische Union gefunden werden können. Als Auslotung der Grenzen des Möglichen innerhalb der europäischen Bevölkerungen erwies sich das Projekt zur Einsetzung einer gesamteuropäischen Verfassung ab dem Jahre 2003. Der *Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE)*<sup>531</sup> sah eine Reformierung der Europäischen Union vor, bei welcher u.a. die Verteilung der Kompetenzen zwischen nationaler und supranationaler Ebene einheitlich geregelt werden sollte. Bei nur einer Gegenstimme ratifizierte der österreichische Nationalrat diese ausgearbeitete europäische Verfassung – trotz kontroversieller Diskussionen in Politik und Gesellschaft. Dieser völkerrechtliche Vertrag wurde jedoch nie umgesetzt, da andere europäische Mitgliedsstaaten und deren Bevölkerungen (Frankreich, Niederlande) diesen ablehnten. Doch was kann aus diesem europäischen Verfassungsentwurf herausgelesen werden?

Dieser Verfassungsentwurf, der in vier Teile gegliedert ist und über 450 Artikel umfasst, beinhaltet sämtliche wesentlichen Bestandteile, die für die Grundordnung einer politischen Gemeinschaft essenziell sind. Mit der positiven Abstimmung des österreichischen Nationalrats über

---

<sup>530</sup> Vgl. ebd. S. 47.

<sup>531</sup> Vertrag über eine Verfassung für Europa. 2005. Online eingesehen: URL: <[https://europa.eu/european-union/sites/europa.eu/files/docs/body/treaty\\_establishing\\_a\\_constitution\\_for\\_europe\\_de.pdf](https://europa.eu/european-union/sites/europa.eu/files/docs/body/treaty_establishing_a_constitution_for_europe_de.pdf)> zuletzt eingesehen am 20. Oktober 2020.

den 480-Seiten langen Verfassungsentwurf bekennen sich die Repräsentanten des österreichischen Volkes zu folgenden Identitätsbausteinen: In Artikel 1-2 werden die Werte, auf die sich die Europäische Union gründet, herausgestrichen: „Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören“<sup>532</sup>. Diese Werte sind allen europäischen Mitgliedstaaten gemein, insofern sie sich zu „Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern“<sup>533</sup> bekennen. Als oberstes Ziel gibt die Europäische Union die Bewahrung des Friedens ihrer Völker vor.<sup>534</sup> In Artikel 1-5 betont die Europäische Union die Gleichheit aller Mitgliedstaaten vor der Verfassung. Weiters gilt es die nationale Identität der Mitglieder zu achten, denn diese käme „in deren grundlegender politischer und verfassungsrechtlicher Struktur einschließlich der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung zum Ausdruck“<sup>535</sup>. Auf symbolischer Ebene werden in Artikel 1-8 Flagge, Hymne, Leitspruch und Währung definiert. Diese identitätsstiftenden Symbole sind bei Flagge und Hymne nun jeweils doppelt besetzt und eröffnen die Diskussion hinsichtlich etwaiger Identitätskonflikte zwischen europäischer und nationaler Identität. Im Fall der Währung verzichteten die meisten Mitgliedsstaaten auf ihre eigene: Der österreichische Schilling wurde ab 1. Jänner 2002 durch den Euro ersetzt. Zum einen spiegelt die europäische Währung den supranationalen Gedanken wider, zum anderen können die einzelnen europäischen Nationalstaaten bspw. mittels Gestaltung der Münz-Rückseiten ihre nationalen Identifikatoren präsentieren. Beim Schilling wurde auf Symbole wie Adler, Edelweiß und Persönlichkeiten wie Sigmund Freud, Bertha von Suttner oder Wolfgang Amadeus Mozart gesetzt. Bei den Euro-Münz-Rückseiten griff man zum Großteil wieder auf die gleichen identitätsstiftenden Symbole zurück: Bertha von Suttner, W. A. Mozart, Wiener Secession, Schloss Belvedere, Stephansdom, Alpenprimel, Edelweiß und Enzian. Berühmte österreichische Persönlichkeiten wie Friedensnobelpreisträgerin Suttner, Freud als Vater der Psychoanalyse und Mozart als wunderbares Genie umrankt von österreichischen Naturschönheiten ergeben eine Österreich-Identität, die zur Außenpräsentation Österreichs dienen bzw. bis heute dienen. Das Unternehmen ‚Münze Österreich AG‘, das für die Produktion der Umlaufmünzen für die Republik Österreich zuständig ist, umschreibt die mit den österreichischen Münzseiten dargebotene Außendarstellung Ös-

---

<sup>532</sup> Ebd. Artikel 1-2: 2005, S. 17.

<sup>533</sup> Ebd.

<sup>534</sup> Vgl. ebd. Artikel 1-3: 2005, S. 17.

<sup>535</sup> Ebd. Artikel 1-5: 2005, S. 18.

terreichs mit folgenden Worten: „Streben nach Frieden; Land der Musik; Geburt des Jugendstils; Barock in Österreich; Juwel der Gotik; als Zeichen für eine gesunde Natur; zur Erinnerung an den Schilling“<sup>536</sup>. Beim Design der Euro-Münzen findet somit eine Verschmelzung der österreichischen und europäischen Identifikatoren.

Im zweiten Teil des Vertragsentwurfs über eine Verfassung für Europa werden weitere Gemeinsamkeiten aller europäischen Mitgliedsstaaten angeführt, die den Kern einer europäischen Identität bilden sollten. Es handelt sich hierbei um die Miteinbeziehung der *Charta der Grundrechte der Europäischen Union*<sup>537</sup>. In der Charta werden folgende Grundrechte, die an die europäische Grundrechtsentwicklung anknüpfen, angeführt: „Würde des Menschen; Freiheiten; Gleichheit; Solidarität; Bürgerrechte; Justizielle Rechte.“<sup>538</sup> Die *Charta der Grundrechte der Europäischen Union* beinhaltet den Grundkonsens demokratisch-rechtsstaatlicher Grundprinzipien.

Mit dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrages in den Jahren 2004/2005 wurden jene nationalen politischen Akteure gestärkt, die ihre nationalen Interessen auch bei europäischen Integrationsprojekten in den Vordergrund stellen. Ohne europäische Verfassung war auch die Idee eines supranationalen „Verfassungspatriotismus“<sup>539</sup> vom Tisch. Laut dem Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas (\*1929) hätte gerade ein möglicher europäischer Verfassungspatriotismus die nationalistische Eigendynamik in der gemeinsamen politischen Meinungs- und Willensbildung über europäische Themen aufhalten können.<sup>540</sup> Habermas hebt einen europäischen Identitätsbaustein besonders hervor, nämlich jenen, der auf der „Anerkennung von Differenzen – die gegenseitige Anerkennung des Anderen in seiner Andersheit“<sup>541</sup> beruht. Als weitere identitätsstiftende Merkmale Europas führt Habermas Säkularisierung, Solidarität vor Leistung, Abkehr vom Recht des Stärkeren und Friedensorientierung aufgrund geschichtlicher Verlust Erfahrung an.<sup>542</sup>

---

<sup>536</sup> Münze Österreich: Der Euro. In: Online eingesehen: URL: <<https://www.muenzeoesterreich.at/wissen/infothek/der-euro>> zuletzt eingesehen am 23. November 2020.

<sup>537</sup> Charta der Grundrechte der Europäischen Union. 2000. Online eingesehen: URL: <[https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text\\_de.pdf](https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf)> zuletzt eingesehen am 20.10.2020.

<sup>538</sup> Ebd. S. 9-20.

<sup>539</sup> Habermas, Jürgen (2004): Der gespaltene Westen. Kleine politische Schriften X. Orig.-Ausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2383). S. 81.

<sup>540</sup> Vgl. ebd. S. 81.

<sup>541</sup> Ebd. S. 48.

<sup>542</sup> Vgl. ebd. S. 52.

Der Philosoph Klaus Dethloff meint, dass die Europäische Union aufgrund der fehlenden gemeinsamen Verfassung nunmehr ihre Identität als ‚Wertegemeinschaft‘ erlangen möchte. Dieser Wertekanon (bestehend aus politischen Werten der Aufklärung, bspw. Menschenwürde, Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie), der in einen Rechtskanon übernommen wurde, biete aber kein vergleichbar solides Fundament für eine etwaige europäische Identität. Sämtliche nationalen Verfassungen verzichten nämlich aus guten Gründen auf Werte, denn, so Dethloff, die Berufung auf Werte, wo es eigentlich um gesetztes Recht gehen sollte, eröffne erst recht einen konfliktträchtigen Diskursraum:

Wo Werte neben Rechten oder Grundwerte neben Grundrechten in einer Rechtsordnung zusammenwohnen, oder wo gar die Werte die Tendenz haben, die Rechte in einem gegebenen Fall zu interpretieren, da ist Gefahr in Verzug, denn die Werte können über das Recht gestellt werden und das Recht ignorieren. Recht hat dann nicht, wer Recht hat, sondern der, der über die Interpretation der Werte verfügt.<sup>543</sup>

Im Jahr 2000 kam es zu Maßnahmen der vierzehn EU-Mitgliedstaaten gegen die österreichische Bundesregierung Schlüssel I: Die Europäische Union versuchte, die in einem demokratiepolitisch einwandfreien Verfahren zustande gekommene Regierungsbildung aus ÖVP und FPÖ zu verhindern bzw. bestrafen (Reduktion der bilateralen Beziehungen auf Regierungs- und diplomatischer Ebene). Ausschließlich auf Basis des Wertekanons der Union und nicht aufgrund eines Gesetzes unternahmen die vierzehn Mitgliedsstaaten diesen umstrittenen Sanktionsversuch, der Monate später wieder aufgehoben wurde.<sup>544</sup> Als Lehre aus dieser Affäre schuf die Europäische Union das Menschenrechtsbüro im Europäischen Rat, um bei ähnlichen Regierungskonstellationen wie in Österreich die Einhaltung der Menschenrechte zu kontrollieren.

Ein wichtiger Markstein der österreichischen Identitätsfindung nimmt das Neutralitätsgesetz aus dem Jahr 1955 ein. Doch wie verhält sich dieses in Hinblick auf das EU-Recht? Die Neutralität Österreichs, die „mit dem sozialen und ökonomischen Aufschwung, innerer und äußerer Sicherheit und Frieden gleichgesetzt“<sup>545</sup> wurde, geriet mit dem EU-Beitritt in heftige Diskussionen. Wie in Kapitel 3.4.5 *Neutralitätsgesetz* bereits erläutert, besitzt der Neutralitätsgedanke Österreichs bei der österreichischen Bevölkerung einen enormen Stellenwert. Zwar erodierte mit dem EU-Beitritt Österreichs formal die Neutralität, sie wurde jedoch nie gänzlich abgeschafft. Bis heute existiert ein Kompromiss zwischen der EU-Mitgliedschaft (Vertrag beinhaltet

---

<sup>543</sup> Dethloff, Klaus (2010): Bemerkungen zu nationaler, mitteleuropäischer und europäischer Identität. In: Matthias Flatscher, Caroline Hornstein Tomić, Ante Periša und Helma Riefenthaler (Hg.): Zur Relevanz mitteleuropäischer Identität. Frankfurt am Main: Lang. S. 87.

<sup>544</sup> Vgl. ebd. S. 86.

<sup>545</sup> Rathkolb 2016, S. 578.

eigentlich die verpflichtende Aufstellung von und der Teilnahme an EU-Kampftruppen<sup>546</sup>) und der zumindest in Teilen aufrechterhaltenen österreichischen Neutralität (Österreich ist kein Mitglied in Militärbündnissen noch existieren supranationale Militärbasen auf österreichischem Territorium<sup>547</sup>). Der Historiker Michael Gehler sieht darin einen nicht zu unterschätzenden positiven Effekt für beide beteiligten Seiten: „Für Österreich und die EU bleiben damit wertvolle außenpolitische Reservepositionen in internationalen Konfliktsituationen mit Vermittlungsbedarf (Kosovokrise 1999, Irakkrise 2002/03, Irankrise 2005-2010) vor allem in solchen Streitfällen, in denen vom UNO-Sicherheitsrat Militärinterventionen nicht gedeckt sind.“<sup>548</sup> Das Festhalten an der Neutralität Österreichs auch als Mitglied der EU bestätigt den Identitätsbaustein des Brückenbauens und Vermittelns.

Mit dem Eintritt Österreichs in die Europäische Union weicht die vergangene kleinstaatliche nationale Identität einer voranschreitenden europäischen Integration. In Hinblick auf die Globalisierung war der Internationalisierungsprozess Österreichs unumgänglich. Politiker\*innen des rechten Lagers sorgen mit der Hervorhebung der nationalen Identität immer wieder für Kämpfe zwischen Österreich-Identität und einer gemeinsamen europäischen. Zahlreiche Österreicher\*innen finden Gefallen am Rückzug auf nationale und regionale Identifikatoren aufgrund der sich ändernden sozioökonomischen Rahmenbedingungen („Globalisierung, europäische Integration, europäische Erweiterung“<sup>549</sup>). Oliver Rathkolb schlussfolgert, dass sich Österreich derzeit in einer schwierigen Transformationsphase befinde.<sup>550</sup> Diese These lässt sich definitiv auch auf den europäischen Staatenverbund ausweiten (Flüchtlingskrise 2015/16, Brexit 2020 etc.).

Im Jahr 2020 (Juli-August) vertrauen 44 Prozent der Österreicher\*innen auf die Europäische Union und deren politische Institutionen (50 Prozent vertrauen eher nicht).<sup>551</sup> Mit der Art und Weise wie die Demokratie in der EU funktioniert, sind 48 Prozent zufrieden (47 Prozent nicht zufrieden).<sup>552</sup> Eine überwiegende Mehrheit von 72 Prozent bejaht die Frage, ob sie sich als

<sup>546</sup> Vgl. Gehler, Michael (2010): 1995 - Österreichs Beitritt zur Europäischen Union. In: Martin Scheutz und Arno Strommeyer (Hg.): Von Lier nach Brüssel. Schlüsseljahre österreichischer Geschichte (1496 - 1995). Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerl. (VGS-Studientexte, 1). S. 343.

<sup>547</sup> Vgl. ebd.

<sup>548</sup> Ebd. S. 343.

<sup>549</sup> Rathkolb 2015, S. 60.

<sup>550</sup> Vgl. ebd. S. 60.

<sup>551</sup> Vgl. Umfrage der Europäischen Kommission: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. In: Standard-Eurobarometer 93. Sommer 2020. Befragung Juli-August 2020. S. 8. Online eingesehen: URL: <<https://ec.europa.eu/comfrontoffice/publicopinion/index.cfm/survey/getsurveydetail/instruments/standard-surveyky/2262>> zuletzt eingesehen am 9. November 2020.

<sup>552</sup> Ebd. S. 14.

‚Bürger der EU‘ fühlen.<sup>553</sup> Aber nur 52 Prozent der Befragten sehen die Zukunft der EU optimistisch.<sup>554</sup> Diese Zahlen des Eurobarometer zeigen das zwiegespaltene Verhältnis der Österreicher\*innen zur Europäischen Union: Auf der einen Seite steht die supranationale Institution der EU, der nur ca. die Hälfte der österreichischen Bevölkerung vertraut. Der Nationalstaat mit seinen nationalstaatlichen Institutionen steht dem gegenüber. Dieses Stimmungsbild zeigt, dass das Besitzen von Mehrfachidentitäten das Subjekt stets mit konflikthafter Aushandlungsprozessen konfrontiert. Je nach Situation entscheidet ein Subjekt aufgrund der vorherrschenden Teilidentität (z.B. entscheide ich mich als Österreicher\*in oder Europäer\*in). In der Praxis drückt sich dies bspw. so aus, dass österreichische Politiker\*innen wie auch weite Teile der Bevölkerung dem nationalen Aktivismus Vorrang einräumen (z.B. während der Flüchtlingskrise 2015 oder der COVID-19-Pandemie, bspw. nicht abgesprochene Grenzsicherungen etc. – dies nicht zuletzt deswegen, weil sich keine kurzfristig wirksame, gemeinsame europäische Antwort am Horizont abzeichnete). Solche politischen Manöver bestärken eher eine Österreich-Identität und schwächen eine gemeinsame Europa-Identität. Diese z.T. aufflackernde Identitätsdiffusion auf Seiten zahlreicher Österreicher\*innen befeuert die kritischen Vorbehalte einzelner Gruppen gegenüber der EU. Sobald politische Schwierigkeiten (z.B. Finanzkrise, Flüchtlingsströme etc.) in Europa auftauchen, gerät der Integrationsprozess zwischen EU und den Nationalstaaten ins Stocken (‚Kosten-Nutzen-Debatte‘ etc.).

Die Europäische Union und Österreich befinden sich in einer Verschmelzungsphase, die zur weiteren Vertiefung zusätzliche Identifikatoren und Identitätsangebote benötigt (z.B. Einführung eines EU-Passes). Neben der Kernaufgabe der Friedenserhaltung in Europa muss die Rechtsstaatlichkeit weiter vertieft werden. Die europäische Identität kann nur wachsen, wenn Themenfelder wie Außenpolitik, Gesundheitspolitik, Klimaschutz, Asylwesen und Solidarität möglichst gemeinschaftlich angegangen werden. Um das europäische Bewusstsein bei allen EU-Bürger\*innen weiter zu vertiefen, bedarf es eines konstruktiven Europeanarrativs, das überzeugende und gemeinsam getragene Antworten auf lokale sowie globale Probleme geben kann. Im Zusammenspiel der politischen Akteure (top-down) und der Bevölkerung (bottom-up) muss ein europäisches Bewusstsein stärker konstruiert werden, um Renationalisierungen und Desintegrationsentwicklungen entgegenwirken zu können. Wie dieser verstärkte Integrationsprozess von statten gehen und der ideelle Rahmen der Europäischen Union weitergedacht werden kann, muss an anderer Stelle beleuchtet werden.

---

<sup>553</sup> Ebd. S. 15.

<sup>554</sup> Ebd. S. 30.

Die österreichische Bevölkerung steht beispielhaft für die Zweigleisigkeit von nationaler und europäischer Identität. Die Rivalität zwischen Nationalstaat und supranationaler Organisation gehört immer zum politischen Alltag. Dieses konflikträchtige reziproke Verhältnis wird maßgeblich von den vorherrschenden Machtstrukturen beeinflusst. Konservative Regierungen betreiben oftmals eine Geschichtspolitik, die die Ebene der Metaidentität v.a. mit nationalen Identifikatoren ausfüllt. Daraus folgt mitunter eine Schaffung von Identitätsangeboten, die in Abgrenzung zu einer europäischen Identität stehen. Auch im Falle Österreichs kommt es immer wieder vor, dass politische Akteure die Eigengruppe(n) bevorzugen und die darauf konstruierten identitätsstiftenden Narrative wiederum einen ausschließenden Charakter – gerade mit Blick auf eine europäische Identität – aufweisen. Dieser Konfliktherd bezüglich nationaler und europäischer Identität bildet eine der Achillesfersen der Europäischen Union. Jüngsten Umfragen zufolge verfügen junge Menschen (zumindest in Österreich) über ein verstärktes europäisches Bewusstsein, das u.a. den einhergehenden Transformationsprozess des Nationalstaates belegt. Bei einer Jugendumfrage<sup>555</sup> der ‚Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik‘ im Zeitraum September 2019 bis März 2020 wird ersichtlich, welche positive Einstellung die junge Generation in Österreich zur EU einnimmt: Als ‚eine gute Sache‘ bezeichnen 81 Prozent der Befragten die Mitgliedschaft Österreichs in der EU.<sup>556</sup> Auf die Frage, ob sie sich als EU-Bürger\*in fühlen, antworten 83 Prozent mit ‚Ja, auf jeden Fall‘ bzw. ‚Ja, eher schon‘.<sup>557</sup> 70 Prozent bevorzugen das Treffen zukünftiger politischer Entscheidungen auf europäischer Ebene und verbinden mit der Europäischen Union folgende Eigenschaften: ‚demokratisch; sozial; sicher; stark; vertraut; kompliziert‘.<sup>558</sup> Bei der Frage, welche Themen in Zukunft Priorität haben sollten, stand an erster Stelle ‚Klima- und Umweltschutz‘ (80 Prozent) gefolgt von ‚Die Kluft zwischen Arm und Reich verringern‘, ‚Für die Menschenrechte einsetzen‘, ‚Zuwanderung von Flüchtlingen regeln‘ und ‚Arbeitsplätze schaffen‘.<sup>559</sup>

<sup>555</sup> ÖGfE-Jugendumfrage: EU-Meinungsbild von Österreichs Jugend als Auftrag für die Zukunft. September 2019 bis März 2020. Online eingesehen: URL: <<https://oegfe.at/2020/06/jugendumfrage/>> zuletzt eingesehen am 24. November 2020.

<sup>556</sup> Vgl. ÖGfE-Jugendumfrage 2019/2020: Ergebnisse: Online eingesehen: URL: <[https://oegfe.at/wordpress/wp-content/uploads/2020/06/Grafiken-Schulumfrage-OTS-2020.pdf?utm\\_medium=email&utm\\_campaign=GfE-Jugendumfrage%20EU-Meinungsbild%20von%20sterreichs%20Jugend%20als%20Auftrag%20fr%20die%20Zukunft&utm\\_content=GfE-Jugendumfrage%20EU-Meinungsbild%20von%20sterreichs%20Jugend%20als%20Auftrag%20fr%20die%20Zukunft+Preview+CID\\_2b73eaa-edd946bb5f8f4d2425ca262b5&utm\\_source=&utm\\_term=Grafiken](https://oegfe.at/wordpress/wp-content/uploads/2020/06/Grafiken-Schulumfrage-OTS-2020.pdf?utm_medium=email&utm_campaign=GfE-Jugendumfrage%20EU-Meinungsbild%20von%20sterreichs%20Jugend%20als%20Auftrag%20fr%20die%20Zukunft&utm_content=GfE-Jugendumfrage%20EU-Meinungsbild%20von%20sterreichs%20Jugend%20als%20Auftrag%20fr%20die%20Zukunft+Preview+CID_2b73eaa-edd946bb5f8f4d2425ca262b5&utm_source=&utm_term=Grafiken)> zuletzt eingesehen am 24. November 2020. S. 1.

<sup>557</sup> Vgl. ebd. S. 4.

<sup>558</sup> Vgl. ebd. S. 5 u. 8.

<sup>559</sup> Vgl. ebd. S. 12.

Ein wichtiges Identitätsangebot der Europäischen Union und eventuell ein Mitgrund dafür, dass junge Menschen die Europäische Union mehr schätzen, stellt das EU-Programm *Erasmus+* dar. Dabei handelt es sich um ein Förderprogramm für lebenslanges Lernen im Bereich Bildung, Jugend und Sport. Mittels Mobilitätsprojekten und Austauschprogrammen können junge Menschen europaweit an Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen teilnehmen (z.B. Auslandsaufenthalte an europäischen Universitäten; Erasmus für Jungunternehmer etc.). Programme wie *Erasmus+* stärken das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl und fördern die gesamteuropäische Solidarität. Sie tragen dazu bei, dass junge Menschen Bildungsangebote in ganz Europa wahrnehmen und ihre personale Identität mit dem europäischen Wir-Gefühl bereichern können.<sup>560</sup>

Die europäische Integration wird in den kommenden Jahrzehnten weiter voranschreiten mit dem Ziel, die Vielfalt Europas als gemeinsame Stärke zu definieren. Integrations-, Dialog- und Kreativitätsfähigkeit werden wichtige Elemente bei der Konstruktion von europäischen Identitätsangeboten spielen. Grosso modo fällt ein derzeitiges Resümee zur Beziehung von EU und Österreich positiv aus: Gegenwärtig kann festgehalten werden, dass ein ‚Öxit‘ (hypothetischer Austritt Österreichs aus der EU) nicht zur Diskussion steht. Dennoch wird die Europäische Union weitere Entwicklungsschritte und Veränderungen brauchen, bspw. bürger\*innennäher werden, um eine europäische Identität zu vertiefen. Lässt man dieses Vakuum den nationalen Kräften über, wird dies mit Identitätsdiffusion bei den Bürger\*innen der einzelnen Mitgliedstaaten einhergehen.

### **3.5 Resümee - Marksteine der österreichischen Identitätsfindung**

Mit dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie verloren die Menschen in Österreich wesentliche Komponenten der bis dahin gültigen Großreichsidentität. Sämtliche politisch Beteiligte in Österreich waren nun aufgefordert neue Identitätsbausteine zu konstruieren. Der zunächst offizielle Name der Republik lautete ‚Deutsch-Österreich‘ und zeigte, welche Gesinnung u.a. bei den politischen Verantwortlichen im Jahr 1918/19 vorherrschte. Nur durch Einschreiten

---

<sup>560</sup> Im Jahr 2018 nutzten 18.000 junge Österreicher\*innen die Chance über *Erasmus+* ins Ausland zu gehen (vgl. Ziegler, Elke: Erasmus: Mehr Budget, breiterer Zugang. 09.05.2019. Online eingesehen: URL: <<https://science.orf.at/v2/stories/2980586/>> zuletzt eingesehen am 1. Dezember 2020). Das Mobilitätsprogramm der Europäischen Union wies in Österreich im Jahr 2019 ein Budget von ca. 47 Millionen Euro auf (vgl. Science ORF: 10 Mio. Europäer waren mit Erasmus im Ausland. 19.07.2019. Online eingesehen: URL: <<https://science.orf.at/v2/stories/2988705/>> zuletzt eingesehen am 1. Dezember 2020).

der Siegermächte des Ersten Weltkrieges wurde die Bezeichnung ‚Deutsch-Österreich‘ durch ‚Österreich‘ ersetzt.

Die verschiedenen Bundesländer und die Republik Österreich waren zu diesem Zeitpunkt von keiner inneren Zusammengehörigkeit geprägt. Zwar wurden formale Beitrittserklärungen unterzeichnet, jedoch im gleichen Atemzug Volksabstimmungen über den Anschluss an ein Nachbarland abgehalten (siehe Vorarlberg, Tirol etc.). Das Bundes-Verfassungsgesetz vom Oktober 1920 mit ihrer bruchstückhaften Zusammensetzung steht sinnbildlich für die schwierige Lage Österreichs nach dem Ersten Weltkrieg. Gemeinsame Einstellungen und Überzeugungen bei politischen Eliten und innerhalb der Bevölkerung waren Mangelware – an eine Österreich-Identität glaubte beinahe niemand. Einer der wenigen Prominenten, die in der Ersten Republik an dieses gemeinsames Österreich glaubten, war Anton Wildgans. Die Basis einer österreichischen Identität verortete er in einer ‚Weltkultur‘ und der ‚Vielfalt der Nationalitäten‘.

Das Ergebnis der gesellschaftlichen Uneinigkeit bzw. Spaltung (Sozialdemokraten vs. Christlichsoziale) war nach kurzem Bürgerkrieg der autoritäre Ständestaat bzw. die Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur. Der Glaube an die Eigenständigkeit Österreichs wurde von den Akteuren des Austrofaschismus über die Identitätsbausteine wie Katholizismus, autoritäres Herrschaftssystem, Eigenständigkeit gegenüber Deutschland etc. propagiert.

Mit dem Anschluss an Hitlerdeutschland wurde die Existenz eines unabhängigen Österreichs vorläufig aufgehoben. Die Epoche dieser beiden Diktaturen auf österreichischem Boden vereint die Tatsache, dass ideologische Identitätsangebote gesetzt wurden, die die Diskriminierung Andersdenkender zur Grundlage hatten. Der Zeitraum von 1918 bis 1945 war geprägt von Identitätsdiffusion und liefert vereinzelt Ansätze einer österreichischen Identitätsfindung, wie wir sie in der Gegenwart vorfinden.

Die wesentliche Grundlage der bis heute existierenden Österreich-Identität wurde mit der Ausrufung der Zweiten Republik geschaffen. Die zahlreichen gezielten Maßnahmen der politisch Handelnden bewirkten die Konstruktion einer breit aufgestellten österreichischen Identität:

- Die ‚Bundeshymne der Republik Österreich‘, die in den Jahren 1946/47 neu konzipiert wurde, legte den Grundstein für ein neues österreichisches Bewusstsein.
- Mit der Einführung des österreichischen Wörterbuches (1950) wurde der erfolgreiche Versuch unternommen, das österreichische Deutsch gegenüber dem deutschen Deutsch in seiner Besonderheit zu behaupten, um auf diese Weise den Unterschied zwischen Österreicher\*innen und Deutschen hervorzuheben.

- Der Film *1. April 2000* aus dem Jahr 1952 gilt als anschauliches Beispiel, das die propagandistische Art und Weise der österreichischen Regierung in Zusammenhang mit dem Versuch der Identitätsstiftung und der Schaffung von Identitätsangeboten dokumentiert. Die zahlreichen positiven Anspielungen auf die Habsburgermonarchie verklären die kriegerische Vergangenheit dieses ehemaligen Großreiches. Diese gezielte Umdeutung historischer Tatsachen (z.B. Österreich rettete Europa vor den Osmanen; Streitrosse wurden zu Lipizzaner; Heiratspolitik der Habsburger sorgte für friedlichen Machtgewinn etc.) erfolgte aber nicht nur am Beginn der Zweiten Republik, sondern wurde schon maßgeblich von den politischen Eliten des Austrofaschismus forciert.
- Der Staatsvertrag von 1955 markiert den Beginn der selbstständigen Zweiten Republik Österreich. Das Schloss Belvedere bzw. der Balkon, auf dem Leopold Figl den Staatsvertrag in Händen trug, gilt bis heute als wichtiger Erinnerungsort der österreichischen Geschichte.
- Das Neutralitätsgesetz (1955) und die damit verbundene ‚immerwährende Neutralität‘ wurde zu einem zentralen Identitätsbaustein der Zweiten Republik.
- Mit der Einführung der Sozialpartnerschaft im Jahr 1973 verfügt die Republik Österreich über ein Instrumentarium, das für wirtschafts- und sozialpolitischen Ausgleich sorgen soll, um Klassenkämpfe und Arbeiter\*innenstreiks zu verhindern.
- Die Kreisky-Ära hinterließ ihre Spuren speziell in den individuellen Identitätskonstruktionen der österreichischen Menschen. Durch Kreiskys politische Errungenschaften kamen viele Österreicher\*innen aus bildungsfernen und ökonomisch schwachen Familien in den Genuss von öffentlichen Bildungseinrichtungen.
- Aufgrund der Waldheim-Affäre (ab 1986) wurde und wird die Vergangenheit Österreichs in Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus kritisch reflektiert und wissenschaftlich aufgearbeitet. Der ‚Opfermythos‘ wurde dekonstruiert und die Mitschuld Österreichs an den Verbrechen der Nationalsozialisten eingestanden.
- Die vorläufig letzte Stufe der österreichischen Identitätsfindung geht mit dem Beitritt zur Europäischen Union einher. Nach 49 Jahren Eigenständig- und Unabhängigkeit wurde die Republik Österreich am 1. Jänner 1995 ein Teil des supranationalen europäischen Staatenverbundes.

## 4. Konklusion

Die Teilhabe des Individuums an gesellschaftlichen Prozessen bringt personale Identität mit sozialen Systemen in Berührung. Der subjektive Identitätsprozess zielt auf eine Passung zwischen innerer und äußerer sozialer Welt ab. Das Kollektivbewusstsein in Österreich gründet seit jeher gerade in diesem Zusammenspiel von Individuum und Gemeinschaft. Täglich nehmen Staatsbürger\*innen kollektive Elemente in ihrer Identitätsgenese wahr, begründen diese mit oder lehnen sie ab. Die daraus entstehenden Identifikationseinheiten können bspw. ein Österreichbewusstsein kreieren. Neben den Individuen werden speziell geschichtspolitische Akteure zu Gestaltern dieser gemeinsamen Identifikatoren.

Die fünf Kernaussagen zur Identitätsthematik aus dem Kapitel 2.3 bilden abschließend die Grundlage, um das Phänomen der österreichischen Identitäten im 20. Jahrhundert bis in die Gegenwart, wie es in dieser Arbeit beschrieben wurde, zu verdeutlichen und in seiner Komplexität zu bündeln. Dabei werden die zentralen identitätsthematischen Kernaussagen mit den Marksteinen der österreichischen Identitätsfindung verknüpft. Die aus dieser Analyse gewonnenen Einsichten sollen auf die Vielschichtigkeit dieser Thematik hinweisen und als Anregungen für weitere identitätsthematische Diskussionen dienen.

### **Identität ist niemals starr, sondern ein Prozess ständiger Weiterbildung in unterschiedlichen Spannungsfeldern.**

Der Blick in die Geschichte Österreichs lässt deutlich erkennen, dass die Identitätsthematik ein sich stetig wandelnder und entwickelnder Prozess darstellt – ergo: es kann niemals von einer endgültigen Identitätsfindung die Rede sein.

Die Darstellung der nationalen Identifikatoren bzw. Identitätsbausteine im vorherigen Kapitel *Marksteine der österreichischen Identitätsfindung* hat aufgezeigt, welche Genese, Einschnitte, Kontinuitäten, Verwandlungsprozesse und Weiterentwicklungen die österreichischen Identitäten während des Zeitraums 1918 bis 2021 durchzogen haben. Eines der kontinuierlichsten Spannungsfelder in der österreichischen Identitätsentwicklung nach 1918 stellt die Diskussion rund um Kleinstaatlichkeit versus Großstaatlichkeit dar. Der Zerfall und Untergang der Habsburgermonarchie löste eine jahrzehntelang andauernde Identitätsdiffusion aus. Während es den politischen Akteuren der Ersten Republik nicht gelang dieses Spannungsfeld aufzulösen, wurden in der Zweiten Republik Marksteine gesetzt, die die Akzeptanz der Kleinstaatlichkeit zur Folge hatten. Mit dem Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1995 gehört Österreich nun auch

einer supranationalen Organisation an. Als Mitgliedsstaat der EU behält die Republik Österreich dennoch Teile ihrer nationalstaatlichen Souveränität (u.a. wird durch das Subsidiaritätsprinzip die Eigenverantwortung der einzelnen Mitgliedsstaaten gewahrt).

Die mitunter gravierenden Unterschiede an identitätsstiftenden Faktoren, die bspw. in neun verschiedenen Bundesländern vorherrschen, definieren regionale und lokale Identitäten. Daraus 'patchworkartig' eine nationale oder gar europäische Identität zu formen, führt zu vielschichtigen Spannungsverhältnissen: Einerseits zwischen Ländern und Bund, andererseits zwischen Bund und EU. Das politische Abwägen und rechtliche Umsetzen von Föderalismus und Zentralismus spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Je klarer und transparenter diese beiden Pole staatlicher Organisationsform berücksichtigt werden, desto stärker werden nationale bzw. supranationale Identitätsangebote angenommen.

Politische Grabenkämpfe zwischen den traditionellen Großparteien (Volkspartei vs. Sozialdemokratische Partei) und die damit verbundene gesellschaftliche Spaltung besiegelten das Ende der Ersten Republik. Dieses ideologische Spannungsfeld – bzw. die Abgrenzung dieser zwei Gruppen voneinander – verhinderte in den Jahren 1918 bis 1945 die Herausbildung eines nachhaltigen Staatsgebildes. Erst in der Zweiten Republik wurde das konstruktive Miteinander gesucht und in Form der Großen Koalition bis zum Jahr 1965 politisch erfolgreich umgesetzt. Aufgrund der Veränderungen in der Parteienlandschaft<sup>561</sup> nehmen die österreichischen Großparteien (ÖVP, SPÖ) heute nicht mehr jene dominante Rolle aus früheren Zeiten ein. Dennoch ist eine Regierungsbeteiligung ohne einer dieser Parteien bis heute nicht realisierbar. Die Veränderungen in der politischen Landschaft Österreichs sind für die Identitätsbildung ein weiteres Spannungsfeld: Die Thematisierung von Heimat<sup>562</sup>, die Frage nach Zugehörigkeit und Partizipation am politischen Entscheidungsprozess unterschiedlicher Teile der Bevölkerung wie das Ringen um eine gelingende Integration von Menschen mit migrantischer Herkunft zeigen in der Geschichte Österreichs immer wieder neu, welches Konfliktpotential in der Frage einer nationalen Identität liegt.

---

<sup>561</sup> Parteien im österreichischen Parlament ab 1945: ÖVP, SPÖ, KPÖ, VdU (1949 – 1956), FPÖ ab 1956, BZÖ (2006 – 2013), Liberales Forum (1994 – 2006), Die Grünen – Die grüne Alternative ab 1986 – 2017 und ab 2019, Neos ab 2013. Team Stronach (2013 – 2017). Jetzt – Liste Pilz (2017 – 2019).

<sup>562</sup> Siehe Bundespräsidentchaftswahlkampf 2019 und die Nationalratswahlkämpfe der letzten zwei Jahrzehnte.

### **Identität bildet sich in der Auseinandersetzung mit einem Gegenüber.**

Bei der Entwicklung der Identität Österreichs zeigen sich verschiedene Gegenüber, die in unterschiedlichen Phasen die Frage nach der Identität zu einer bedeutsamen Herausforderung werden ließen. Das Deutsche Reich nimmt in der Anfangszeit eine zentrale Position ein: Im Jahr 1918 fühlte sich ein Teil der österreichischen Bevölkerung als Deutsche, weitere Teile jeweils als Legitimisten, Vorarlberger, Tiroler, Kärntner usw. Zu diesem Zeitpunkt war ein gemeinsames Österreichbewusstsein schwach ausgeprägt. Der Verlust der jahrhundertlang andauernden Regierungsform (Monarchie) löste eine fundamentale Identitätskrise aus, die in der Ablehnung der Kleinstaatlichkeit offen zu Tage trat. Sowohl aus wirtschaftlichen, kulturellen als auch politischen Gründen wurde ein Anschluss an Deutschland gefordert, welcher jedoch aufgrund des Vertrages von St. Germain-en-Laye verboten war. Ein Wendepunkt hinsichtlich dieses ambivalenten Verhältnisses zwischen der Republik Österreich und der Weimarer Republik trat mit dem Jahr 1933 auf. Just in der Abgrenzung vom Deutschen Reich begründete Engelbert Dollfuß ‚sein‘ identitätsstiftendes Angebot für Österreich, welches er als ‚besseren deutschen Staat‘ bezeichnete.

Der vorläufig entscheidendste Bruch mit dem ‚deutschen Gegenüber‘ erfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg: Den österreichischen politischen Akteuren gelang es u.a. aufgrund der Okkupationstheorie, nach Kriegsende Österreich als Opfer Hitlers und nicht als Teil Hitlerdeutschlands darzustellen. Um diese Position tiefgehend zu stützen, wurde an den Unterschieden Österreichs gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ideologisch nachgeschärft. Speziell die Identifikatoren (siehe Kapitel 3.4.3), die noch während der Besatzungszeit implementiert wurden, besträrkten auf lange Sicht ein österreichisches Kollektivbewusstsein, das in klarer Abgrenzung zu Deutschland stand. Bis heute liefert dieser ‚identitäre Konkurrenzkampf‘ zwischen Österreicher\*innen und Deutschen identitätsstiftende Angebote (siehe u.a. diverse Sportveranstaltungen<sup>563</sup> bzw. geplante Neubearbeitung der Piefke-Saga<sup>564</sup> im Jahr 2021).

Im Sinne der vorangestellten These sind auch die Auseinandersetzungen im Rahmen der Europäischen Union zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission als identitätsbildend zu betrachten – mit allen Chancen und Gefahren solcher Auseinandersetzungen.

<sup>563</sup> Siehe z.B. Fußball (WM – Cordoba 1978 und seine Rezeption).

<sup>564</sup> Die Piefke-Saga ist ein österreichischer Fernsehfilm (vierteilig), der in den Jahren 1990 bis 1993 im Auftrag des NDR und des ORF gedreht wurde. Das Drehbuch wurde von Felix Mitterer geschrieben. Die Kernthematik des Filmes behandelt die wirtschaftliche Abhängigkeit Tirols u.a. von deutschen Touristen.

**Identität ist labil – Krisen können massive Probleme verursachen und beinhalten gleichzeitig ein großes Wachstumspotential.**

Vielfältige Krisen wurden im Blick auf die Geschichte Österreichs nach ihrer Gründung im vorausgehenden Kapitel deutlich. Mit der Neugründung einer staatlichen Grundordnung verschwinden vergangene Denkmuster und Verhaltensweisen nicht zur Gänze. Viel eher bilden vergangene politische Erfahrungen das Fundament bzw. sind mitentscheidend für neue Entwicklungen und die damit verbundenen Krisenerfahrungen. Sog. „Kindheitsidentifikationen“<sup>565</sup>, die als Bausteine von Identität gelten, beeinflussen die individuelle Entwicklung wesentlich, ähnliches kann in Identitätsbildungsprozessen von Staaten entdeckt werden. Im Falle der Gründung der Ersten Republik im Jahr 1918 bildeten die zur Verfügung stehenden Kindheitsidentifikationen ein ‚wackliges‘ bzw. unsicheres Fundament: Die Abschaffung der bis dato gültigen Staatsform (Monarchie) und das Image des Kriegsverlierers (Vertrag von St. Germain) prägten die Entstehung des territorial kleinen ‚Nachkriegs-Österreich‘. Insbesondere die ersten Nachkriegsjahre wurden von materiellem Mangel bzw. Hunger bestimmt. Gefühle der Scham und Verzweiflung waren vorherrschend auf Seiten der österreichischen Bevölkerung. Die multikausal begründete Labilität beeinflusste die Konstruktion einer österreichischen Identität negativ. Weder auf politischer noch auf gesellschaftlicher Ebene gelang es, stabile Faktoren und Identitätsangebote zu schaffen. Auch das Hervorheben der österreichischen Hochkultur in Wissenschaft, Literatur, Musik und Theater nahm eine nur marginale Bedeutung ein. Die aus der Identitätskrise resultierende sog. Identitätsdiffusion kennzeichnete die junge Republik Österreich im Zeitraum von 1918 bis 1933. Fehlendes Urvertrauen bzw. Misstrauen in die eigene wirtschaftliche, politisch-demokratische Lebensfähigkeit provozierte eine krisenhafte Situation, die grundlegende ‚Störungen‘ mit sich brachte und den Aufbau einer österreichischen ‚Wir-Schicht‘ verhinderte: In Vorarlberg, Tirol und Salzburg wurde dies mit Volksabstimmungen (über den Anschluss an die Schweiz bzw. an das Deutsche Reich) zum Ausdruck gebracht. Das Ende der Ersten Republik bzw. dieses fragilen Staatsgebildes – das mit dem Ausrufen der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur am 1. Mai 1934 eingeläutet wurde – markiert jenen ‚störungsanfälligen‘ Höhepunkt in der österreichischen Geschichte, der mit der Herrschaft zweier Diktaturen endete. Das Ergebnis dieses diktatorischen Entwicklungsschubes – im Sinne einer Krisenintervention – ab 1934 war die Spaltung der österreichischen Bevölkerung (Sozialdemokraten vs. Christlichsoziale). Vier Jahre später wurde mit dem Anschluss an Hitlerdeutschland die

---

<sup>565</sup> Erikson 1973, S. 137.

Existenz eines unabhängigen Österreichs aufgehoben (Ende der Kleinstaatlichkeit Österreichs) – und damit einer offiziellen österreichischen Identität ein Ende gesetzt.

Mit der Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten von Österreich im Jahr 1986 setzte die bis dahin größte Krise der Zweiten Republik ein: Die nationalsozialistische Kriegsvergangenheit Österreichs rückte ins Zentrum der Diskussionen. Es kam zur allmählichen Dekonstruktion des ‚Opfermythos‘. Es dauerte fünf Jahre, bis der österreichische Bundeskanzler Vranitzky 1991 erstmals die österreichische Mittäter\*innenschaft an den Verbrechen der Nationalsozialist\*innen eingestand. Die heftigen gesellschaftlichen Diskussionen über die Beteiligung an Kriegsverbrechen eigener Familienmitglieder beschäftigte die österreichische Bevölkerung vielfach. Diese Krise dient als ein gutes Beispiel für erlebtes Wachstumspotential im Sinne einer vertieften Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und deren Relevanz für die Identität eines Staates und seiner Bevölkerung.

### **Narrative sind für die Identitätsentwicklung von entscheidender Bedeutung.**

Im dritten Kapitel dieser Arbeit werden sehr viele Bemühungen um Narrative, die der Entfaltung einer österreichischen Identität dienen sollten, genannt und teilweise exemplarisch dargestellt: Von der *Rede über Österreich* von Anton Wildgans bis zu den jährlichen *Neujahrskonzerten der Wiener Philharmoniker* spannt sich der Bogen.

Das Vermächtnis der Habsburger ist eng mit der Ersten und Zweiten Republik verbunden. Zum einen wurde die Republik Österreich zum offiziellen Erben des ehemaligen Kaiserreichs. Zum anderen sind die Spuren der einstigen Weltmacht bis heute österreichweit (mindestens aus architektonischer Perspektive) sichtbar. Für die Außenwahrnehmung Österreichs ist der Bezug zur Habsburgermonarchie durchaus von wichtiger Bedeutung. Dies zeigt sich speziell im Wirtschaftsfaktor Tourismus, der z.B. in Wien auf die Anziehungskraft aus dem imperialen Erbe setzt. Nach innen wird bis heute in der Zweiten Republik am Narrativ des Habsburgermythos festgehalten. Der Kult um Kaiserin Elisabeth („Sisi“) und Kronprinz Rudolf halten sich bis in die Gegenwart. Das Wissen um wichtige Eckdaten der Habsburger und deren Herrschaft in Österreich gehören außerdem zum Kernstoff im Zuge des Staatsbürgerschaftstestes.<sup>566</sup>

<sup>566</sup> Vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Mein Österreich. Vorbereitung zur Staatsbürgerschaft. Online eingesehen. URL: <<http://www.staatsbuergerschaft.gv.at/index.php?id=33>> zuletzt eingesehen am 20. Februar 2021.

Den politischen Akteuren ab dem Jahr 1918 war die Suche nach sinnstiftenden Erzählungen für die neu gegründete Republik Österreich misslungen. Konträr dazu steht das Agieren der Gewaltherrscher in der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur, die gezielt den Versuch einer narrativen Neuetablierung forcierten: Der Glaube an die Eigenständigkeit Österreichs gepaart mit einem autoritären Herrschaftssystem bildeten das zentrale Element des ‚neuen österreichischen Selbstbewusstseins‘. Die Akteure der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur propagierten eine österreichische Idee bzw. die Eigenständigkeit gegenüber Deutschland u.a. durch die Hervorhebung des österreichischen Katholizismus, welcher schon seit Jahrhunderten eine identitätsstiftende Funktion innehatte. Mit der Zerschlagung der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur und dem Anschluss Österreichs an das NS-Regime wurde das Narrativ des Großdeutschen Reiches gepaart mit nationalsozialistischer Ideologie propagiert.

Bis auf die ersten vier Jahre, in denen die KPÖ Regierungsmitglied war (1945-1949), bestanden die Bundesregierungen der Zweiten Republik von 1945 bis 1965 aus einer Großen Koalition. Die anfängliche Skepsis gegenüber der wiedererrichteten Republik auf Seiten der Bevölkerung (im Jahr 1956 verneinten 49 Prozent der befragten Österreicher\*innen die Frage, ob die Österreicher\*innen eine Nation darstellen würden) wich zunehmend einem wachsenden Glauben an die Zweite Republik [im Jahr 1970 betrachtete mehr als die Hälfte der Befragten (66 Prozent) Österreich als Nation; in den Jahren 1987 (75 Prozent) und 2009 (76 Prozent) wuchs das Nationalbewusstsein auf über 70 Prozent an<sup>567</sup>]. Mitentscheidend für diesen erfolgreichen Prozess der Identitätsfindung waren politische Persönlichkeiten, die nach 1945 entscheidende Grundpfeiler der ‚neuen‘ Österreich-Idee setzten. Staatsvertrag, Neutralitätsgesetz und die Gründung der österreichischen Sozialpartnerschaft trugen wesentlich zur Stärkung des österreichischen Selbstbildes bei. Die jüngere Vergangenheit – also die Kriegsbeteiligung der Österreicher\*innen an den Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg – wurde zum einen mit einer ‚halbherzigen‘ Entnazifizierung abgetan. Zum anderen konnte unter dem Deckmantel ‚Opfermythos‘ bis ins Jahr 1986 die eigene NS-Vergangenheit verborgen werden. Im Zuge der Waldheim-Affäre wurde das Narrativ vom ‚Opfermythos‘ dekonstruiert. Hier zeigt sich auch deutlich, dass Narrative sehr ambivalent und daher kritisch zu beleuchten sind.

Gesamtgesellschaftlich war der Blick nach dem Zweiten Weltkrieg in die Zukunft gerichtet: Das politische Agieren von Bruno Kreisky in seiner Zeit als Bundeskanzler von 1970 bis 1983

---

<sup>567</sup> Vgl. Tributsch, Svila; Ulram, Peter A. (2004): Kleine Nation mit Eigenschaften. Über das Verhältnis der Österreicher zu sich selbst und zu ihren Nachbarn. Wien: Molden. S. 60.

modernisierte die österreichische Gesellschaft auf vielfältige Art und Weise. Seine gesellschaftspolitische Vision eines sozial gerechten Staates und die Wichtigkeit der Außenpolitik in Zusammenhang mit Internationalität erhöhten die Reputation des Kleinstaates Österreich außerordentlich. In der Person von Bruno Kreisky erlebten Anhänger\*innen wie Gegner\*innen ein neues Narrativ. Es kam zu einer Stärkung des kollektiven Staatsbewusstseins und ließ den Nationalstolz der Österreicher\*innen ab 1970 stark anwachsen.

Das kontinuierlichste Narrativ in der Geschichte Österreichs betrifft vermutlich den Bereich der (Hoch-)Kultur. Seit Jahrhunderten gehören Theateraufführungen, Operninszenierungen und Museumsausstellungen zum ‚österreichischen Wesen‘ – v.a. aber zur Außenwahrnehmung Österreichs. ‚Die ganze Welt‘ blickt am Neujahrstag via TV nach Wien: Das Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker<sup>568</sup> gilt als eines der bekanntesten Konzerte weltweit.

**Identitätsarbeit zielt auf ‚Lebenskohärenz‘ – der Mensch braucht ein Identitätsgefühl, eine Einbettung seiner Existenz in einen kohärenten Sinnzusammenhang.**

Der Aufbau von Lebenskohärenz ist für jedes staatliche Gebilde eine ständige Herausforderung, die – zumindest in einer Demokratie – von den verschiedenen Teilen einer Gesellschaft zu vollbringen ist. Die Entwicklungen in der Geschichte Österreichs lassen seit 1918 vielfältige Versuche unterschiedlicher Provenienz erkennen, die einen Beitrag zur österreichischen Identitätsfindung leisten. Die in dieser Arbeit beschriebenen Marksteine zeigen deutliche Unterschiede auf, worin Identitätsangebote gesehen wurden, welche ideologischen Ansätze gewählt und für unterschiedliche Zeitdauer als bedeutsam erlebt wurden. Für ein staatliches Gebilde ist die Frage der Verfassung und ihrer identitätsprägenden Kraft sehr bedeutsam. Hier zeigt sich, dass es – mit Unterbrechung der nationalsozialistischen Zeit – gelungen ist, eine kontinuierliche Entwicklung zu gewährleisten, die der Entfaltung einer politischen Kultur und österreichischen Identität einen guten Rahmen schaffen konnte.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union tauchten neue Fragestellungen für die österreichische Identität auf und gleichzeitig konnte an jene identitätsstiftende Rolle aus vergangenen Tagen angeknüpft werden, die den nunmehrigen Kleinstaat in einem multinationalen Staatswesen als ‚Herz Europas‘ deklariert. Zukünftige Entwicklungen werden zeigen, ob sich die stark verwurzelte ‚kleinstaatliche nationale Identität‘ mit einer europäischen Identität fusionieren lässt.

---

<sup>568</sup> Siehe Gründungsgeschichte des Neujahrskonzertes und dessen ambivalenter Beginn inmitten des Zweiten Weltkrieges (u.a. großdeutsche Vereinnahmung 1941).

Diese Transformationsphase zwischen Nationalstaat und Vielvölkerstaat bzw. supranationaler Organisation in einer Welt der Globalisierung wird zukünftige Generationen stärker beschäftigen und unterstreicht einmal mehr den unaufhörlich fortschreitenden Charakter von Identitätsprozessen.

## **5. Anhang**

### **5.1 Abstract**

In dieser Diplomarbeit steht die historische Identität Österreichs im Zentrum der wissenschaftlichen Diskussion. Zunächst erfolgt eine theoretische Annäherung an den vielschichtigen Begriff der Identität und dessen Verwobenheit mit dem Kollektivbewusstsein. Anschließend wird im Zeitraum von 1918 bis in die Gegenwart das Phänomen der ‚österreichischen Identitäten‘ anhand der jeweilig vorherrschenden Identitätsangebote analysiert. Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei den politischen Akteuren zu, die als wesentliche Konstrukteure der Identitätsangebote gelten. Von besonderem Interesse sind die Epochen Erste Republik, Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur, Anschluss und NS-Diktatur sowie Zweite Republik. Aus diesen werden sog. Marksteine der österreichischen Identität herausgearbeitet. Es wird der Versuch unternommen, Spannungsfelder, Krisen, Einschnitte und Kontinuitäten, die bei diesem Konstruktionsprozess auftreten, kritisch zu beleuchten.

## 5.2 Bibliographie

- Anderson, Benedict (1996): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. 2., um ein Nachw. von Thomas Mergel erw. Aufl. der Neuausg. 1996. Frankfurt/Main: Campus-Verl. (Campus-Bibliothek).
- Aristoteles; Kullmann, Wolfgang (2014): Politik. Unter Mitarbeit von Franz Susemihl. 4. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl. (Rowohlts Enzyklopädie, 545).
- Bandhauer-Schöffmann, Irene (2010): 1938 - Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich und NS-Herrschaft. In: Martin Scheutz und Arno Strohmeyer (Hg.): Von Lier nach Brüssel. Schlüsseljahre österreichischer Geschichte (1496 - 1995). Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verl. (VGS-Studientexte, 1), S. 273–303.
- Berk, Laura E.; Schmidt, Toni; Petersen, Karsten (2020): Entwicklungspsychologie. 7., aktualisierte Auflage (ps. Psychologie).
- Bernhard, Thomas (2012): Werke. 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Bischof, Günter (2001): 'Opfer' Österreich? Zur moralischen Ökonomie des österreichischen historischen Gedächtnisses. In: Dieter Stiefel (Hg.): Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und "Wiedergutmachung". Wien: Verl. für Geschichte und Politik (Querschnitte, 7).
- Brauner, Wilhelm (2005): Österreichische Verfassungsgeschichte. 10., durchges. Aufl. Wien: Manz (Manz Studienbuch).
- Brinkmann, Rolf Dieter (2006): Rom, Blicke. Erstausg., 7. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl. (Das neue Buch, 94).
- Bruckmüller, Ernst (1996): Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse. 2., erg. und erw. Aufl. Wien, Köln, Graz: Böhlau (Studien zu Politik und Verwaltung, 4).
- Cillia, Rudolf de (2006): "Sieg im Marmeladekrieg". Das Protokoll Nr. 10 zehn Jahre danach. In: Alwin Fill (Hg.): Linguists (don't) only talk about it. Essays in honour of Bernhard Kettmann. Unter Mitarbeit von Bernhard Kettmann. Tübingen: Stauffenburg-Verl. (Stauffenburg-Festschriften).
- Conzen, Peter (1996): Erik H. Erikson. Leben und Werk. Stuttgart: Kohlhammer.
- Dethloff, Klaus (2010): Bemerkungen zu nationaler, mitteleuropäischer und europäischer Identität. In: Matthias Flatscher, Caroline Hornstein Tomić, Ante Periša und Helma Riefenthaler (Hg.): Zur Relevanz mitteleuropäischer Identität. Frankfurt am Main: Lang.
- Diem, Peter (1995): Die Symbole Österreichs. Zeit und Geschichte in Zeichen. Wien: Kremayr & Scheriau.
- Dudenredaktion (Hg.) (1991): Der kleine Duden Fremdwörterbuch. [ein Nachschlagewerk für den täglichen Gebrauch; über 15 000 Fremdwörter in neuer Rechtschreibung mit mehr als 90 000 Angaben zu Bedeutung, Aussprache und Grammatik]. Nach den Regeln der neuen dt. Rechtschreibung überarb. Nachdr. der 3. Aufl. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich: Dudenverl. (Der kleine Duden, 5).
- Dudenredaktion (2010): Duden, Fremdwörterbuch. Auf der Grundlage der neuen amtlichen Rechtschreibregeln. 10. Auflage. Mannheim: Dudenverl. (Duden, 5).
- Elias, Norbert (1987): Die Gesellschaft der Individuen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Eminger, Stefan; Konrád, Ota; Šebek, Jaroslav (2019): Zwischen den Kriegen. Österreich und die Tschechoslowakei 1918-1938. In: Niklas Perzi, Ota Konrád und Hildegard Schmoller (Hg.): Nachbarn. Ein österreichisch-tschechisches Geschichtsbuch, S. 87–121.
- Erikson, Erik H. (1973): Identität und Lebenszyklus. Drei Aufsätze. Unter Mitarbeit von Käte Hügel. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft).
- Erker, Linda; Huber, Andreas; Taschwer, Klaus (2020): Deutscher Klub. Austro-Nazis in der Hofburg. 1. Auflage. Wien: Czernin.
- Fraenkel, Ernst (1984): Der Doppelstaat. Recht und Justiz im "Dritten Reich". Frankfurt a.M.: Fischer (Fischer Taschenbuch, 4305).
- Frei, Norbert (2006): 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen. München: Beck.
- Gadamer, Hans-Georg (1975): Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik. 4. Aufl., unveränd. Nachdr. der 3., erw. Aufl. Tübingen: Mohr.
- Gehler, Michael (2010): 1995 - Österreichs Beitritt zur Europäischen Union. In: Martin Scheutz und Arno Strohmeyer (Hg.): Von Lier nach Brüssel. Schlüsseljahre österreichischer Geschichte (1496 - 1995). Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerl. (VGS-Studentexte, 1).
- Habermas, Jürgen (2004): Der gespaltene Westen. Kleine politische Schriften X. Orig.-Ausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2383).
- Hager, Fritz-Peter (1974): «Heraklitismus», in: J. Ritter (Hg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 3, Sp. 1060-, Basel: Schwabe Verlag.
- Hall, Stuart (2002): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. 3. Aufl. Hamburg: Argument Verlag (Stuart Hall - Ausgewählte Schriften, v.2).
- Hall, Stuart (2004): Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4. 1. Auflage. Hamburg: Argument Verlag (Stuart Hall - Ausgewählte Schriften, v.4).
- Heiß, Gernot (1997): 950 Jahre Ostarrichi: historische Sinnbildung 1946. In: Rudolf G. Ardelt und Christian Gerbel (Hg.): Österreich - 50 Jahre Zweite Republik. Innsbruck: Studien-Verlag.
- Hellmuth, Thomas (2002): 'Patchwork' der Identitäten. Ideologische Grundlagen und politische Praxis des Populismus in Frankreich und Österreich. In: Gabriella Hauch, Thomas Hellmuth und Paul Pasteur (Hg.): Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich. Innsbruck: Studien-Verl. (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte, 12).
- Hellmuth, Thomas (2005): Das Salzkammergut. In: Emil Brix, Ernst Bruckmüller und Hannes Stekl (Hg.): Bauten, Orte, Regionen. Wien: Verl. für Geschichte und Politik (Memoria Austriae, / hrsg. von Emil Brix u.a.).
- Hellmuth, Thomas (2014): Historisch-politische Sinnbildung. Geschichte - Geschichtsdidaktik - politische Bildung. 1. Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl. (Wochenschau Wissenschaft).
- Hellmuth, Thomas (2015): I. Regionale Identität(en): Von der Möglichkeit eines unmöglichen Begriffs. In: Christian Dirninger, Thomas Hellmuth und Anton Thuswaldner (Hg.): Salzkammergut schauen. Ein Blick ins Ungewisse (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, 51).
- Hippler, Jochen (2004): Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Bonn: Dietz (Eine Welt, 17).

- Hobmair, Hermann; Altenthan, Sophia (Hg.) (2013): *Psychologie*. 5. Aufl. Troisdorf: Bildungsverlag EINS.
- Hochholdinger-Reiterer, Beate (2000): Politik getarnt als Aprilscherz. Zur Rezeption des Österreich-Films 1. April 2000. In: Ernst Kieninger, Nikola Langreiter, Armin Loacker und Klara Löffler (Hg.): 1. April 2000. Wien: Filmarchiv Austria (Edition Film und Text, 2), S. 73–111.
- Höll, Otmar (2014): Die Österreichische Außen- und Sicherheitspolitik der 2. Republik. In: Philipp Strobl und Erhard Busek (Hg.): *Österreich in der Zweiten Republik. Ein Land im Wandel*. Hamburg: Kovač (Schriftenreihe Studien zur Zeitgeschichte, 94), S. 71–88.
- Jonas, Klaus; Stroebe, Wolfgang; Hewstone, Miles (Hg.) (2014): *Sozialpsychologie*. 6., vollst. überarb. Aufl. Berlin: Springer (Lehrbuch).
- Keupp, Heiner; Ahbe, Thomas; Gmür, Wolfgang; Höfer, Renate; Mitzscherlich, Beate; Kraus, Wolfgang; Straus, Florian (2006): *Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne*. 3. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl. (Rowohlts Enzyklopädie, 55634).
- Kieninger, Ernst; Langreiter, Nikola; Loacker, Armin; Löffler, Klara (Hg.) (2000): 1. April 2000. Wien: Filmarchiv Austria (Edition Film und Text, 2).
- Knight, Robert (2000): "Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen". Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden. [2. Aufl.]. Wien: Böhlau.
- Kreisky, Bruno (1996): *Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil*. Wien: Kremayr & Scheriau.
- Leidinger, Hannes; Moritz, Verena (2008): *Die Republik Österreich 1918/2008. Überblick, Zwischenbilanz, Neubewertung*. Wien: Deuticke.
- Lendvai, Paul (2007): *Mein Österreich. 50 Jahre hinter den Kulissen der Macht*. Salzburg: Econwin.
- Lobe, Mira (2017): *Das kleine ich bin ich. Unter Mitarbeit von Susi Weigel*. 20. Auflage. Wien: Verl. Jungbrunnen.
- Masek, Michaela (2012): *Geschichte der antiken Philosophie*. 2., korr. Aufl. Wien: Facultas.wuv (utb-studi-e-book, 3426).
- Mueller, Wolfgang (2010): 1955 - Staatsvertrag und Neutralität. In: Martin Scheutz und Arno Strommeyer (Hg.): *Von Lier nach Brüssel. Schlüsseljahre österreichischer Geschichte (1496 - 1995)*. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerl. (VGS-Studentexte, 1).
- Neisser, Heinrich; Loibelsberger, Gerhard; Strobl, Helmut (2005): *Unsere Republik auf einen Blick. Das Nachschlagewerk über Österreich*. Aktualisierte Neuausg. Wien: Ueberreuter.
- Niethammer, Lutz; Doßmann, Axel (2000): *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*. Orig.-Ausg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl. (Rororo Rowohlts Enzyklopädie, 55594).
- Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) (2010): *Lexikon der Politikwissenschaft*. N - Z. Orig.-Ausg., 4., aktualisierte und erw. Aufl.: C.H. Beck (Beck'sche Reihe, 1464).
- Nora, Pierre (1990): *Zwischen Geschichte und Gedächtnis*. Unter Mitarbeit von Wolfgang Kaiser. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach (Kleine kulturwissenschaftliche Bibliothek, 16).

- Österreichisches Wörterbuch. Neuberarbeitung auf der Grundlage des amtlichen Regelwerkes (1998). Schulausg., 38. Aufl. Wien: ÖBV Pädag. Verl.
- Pelinka, Anton; Sickinger, Hubert; Stögner, Karin (Hg.) (2008): Kreisky - Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten. Wien: Braumüller.
- Petzold, Hilarion G. (2012): Identität. Ein Kernthema moderner Psychotherapie. 1. Aufl. s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften (GWV) (Integrative Modelle in Psychotherapie, Supervision und Beratung).
- Rapp, Christof (2012): Aristoteles zur Einführung. 4., überarb. Aufl. Hamburg: Junius-Verl.
- Rathkolb, Oliver (2005): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005. 1. Aufl. Wien: Zsolnay.
- Rathkolb, Oliver (2015): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage. Wien: Paul Zsolnay Verlag.
- Rathkolb, Oliver (2016): Die zweite Republik (seit 1945). In: Thomas Winkelbauer (Hg.): Geschichte Österreichs. 2., durchgesehene, aktualisierte und erw. Auflage. Stuttgart: Reclam.
- Reinhold, Gerd; Lamnek, Siegfried; Recker, Helga (2017): Soziologie-Lexikon. 4th ed. Berlin/Boston: Walter de Gruyter GmbH.
- Rosa, Hartmut; Gertenbach, Lars; Laux, Henning; Strecker, David (2010): Theorien der Gemeinschaft zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Schmid, Harald (2008): Konstruktion, Bedeutung, Macht. Zum kulturwissenschaftlichen Profil einer Analyse von Geschichtspolitik. In: Horst-Alfred Heinrich und Michael Kohlstruck (Hg.): Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie. Stuttgart: Steiner (Geschichte).
- Simmel, Georg (1992): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 811).
- Stowasser. Lateinisch-deutsches Schulwörterbuch (2006). München: Oldenbourg.
- Suppanz, Werner (1998): Österreichische Geschichtsbilder. Historische Legitimationen in Ständestaat und Zweiter Republik. Köln: Böhlau (Böhlau's zeitgeschichtliche Bibliothek, 34).
- Tajfel, Henri; Turner, J. C. (1986): The social identity theory of intergroup behavior. In: Stephen Worchel und William G. Austin (Hg.): Psychology of intergroup relations. 2. ed. Chicago, Ill.: Nelson-Hall (The Nelson-Hall series in psychology).
- Tálos, Emmerich (2013): Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933 - 1938. 2. Auflage. Wien, Berlin: LIT Verlag (Politik und Zeitgeschichte, 8).
- Taylor, Charles; Schulte, Joachim (1994): Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Traussnig, Florian (2016): Militärischer Widerstand von außen. Österreicher in US-Armee und Kriegsgeheimdienst im Zweiten Weltkrieg. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag.
- Tributsch, Svila; Ulram, Peter A. (2004): Kleine Nation mit Eigenschaften. Über das Verhältnis der Österreicher zu sich selbst und zu ihren Nachbarn. Wien: Molden.
- Verosta, Stephan (1947): Die internationale Stellung Österreichs 1938 bis 1947. Eine Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938 bis 1947. Wien: Manz'sche Verlagsbuchhandlung.
- Vocelka, Karl (2013): Geschichte Österreichs. Kultur - Gesellschaft - Politik; [mit Zeittafeln, Biographien und Hinweisen auf Museen und Sammlungen]. 7. Aufl. München: Heyne.

- Waldheim, Kurt (1985): Im Glaspalast der Weltpolitik. 2. Aufl. Düsseldorf: Econ-Verl.
- Walzer, Michael (1992): Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. 1. Aufl. Berlin: Rotbuch-Verl. (Rotbuch Rationen).
- Wildgans, Anton (1947): Rede über Österreich. Wien: F. Speidel'sche Verlagsbuchhandlung.
- Wolfrum, Edgar (1999): Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung; 1948 - 1990. Zugl.: Darmstadt, Techn. Univ., Habil.-Schr., 1999. Darmstadt: Wiss. Buchges.

### **Aufsätze in Zeitschriften und Zeitungen**

- Arbeiter Zeitung: 12. September 1933. Ausgabe Nr. 252. 46. Jahrgang.
- Brühl, Ute: Wie 1968 die Gesellschaft veränderte. Ein Hauch von Revolution wehte durch Österreich. Wie sich das auf Schule, Uni und Familienleben auswirkte. In: Kurier, 13. Juni 2018. Online eingesehen: URL: <<https://kurier.at/leben/wie-1968-die-gesellschaft-veraenderte/400049651>> zuletzt eingesehen am 25. März 2021.
- Czernin, Hubertus: Waldheim und die SA. In: Profil, Nr. 10, 3. März 1986.
- Das Gupta, Oliver: 525 Tage voller Skandale. 1. Juni 2019. In: Süddeutsche Zeitung. Online eingesehen: URL: <<https://www.sueddeutsche.de/politik/oesterreich-strache-skandale-tuerkis-blau-fpoe-oevp-kurz-regierung-wien-1.4469797>> zuletzt eingesehen am 26. März 2021.
- Der Standard (Redaktion): „Österreichisches Deutsch“ existiert in der EU nur kulinarisch. 12. Februar 2005. Online eingesehen. URL: <<https://www.derstandard.at/story/1947362/oesterreichisches-deutsch-existiert-in-der-eu-nur-kulinarisch>> zuletzt eingesehen am 26. März 2020.
- Der Standard (Redaktion): Das Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ im Überblick. 16. Dezember 2017. Online eingesehen: URL: <<https://www.derstandard.at/story/2000070495198/regierungsprogramm-oevp-fpoe-kurz-strache-ueberblick-analyse>> zuletzt eingesehen am 26. März 2021.
- Der Standard (Redaktion): Mehrheit glaubt nicht an Fortbestand der Neutralität. 20. Februar 2011. Online eingesehen: URL: <<https://www.derstandard.at/story/1297818475209/umfrage-mehrheit-glaubt-nicht-an-fortbestand-der-neutralitaet>> zuletzt eingesehen am 28. April 2020.
- Die Presse. Titelseite vom 25. März 1986.
- Die Kronen Zeitung: Titelseite vom 23. Mai 1986.
- Figl 1945. In: Österreichische Monatshefte. Blätter für Politik. Hg. Von der Österreichischen Volkspartei. (Chefredakteur: Dr. Alfred Missong). 1. Jahrgang, Nr. 3.
- Frölich-Steffen, Susanne (2004): Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP). Jahrgang 33 (Heftnummer 3), S. 281–295.
- Graumann, Carl Friedrich: On Multiple Identities, in: International Social Science Journal, 36/96 (1983), S. 309-321.

Hecht, Judith; Konrad Paul Liessmann: „Religionen kennen keine Werte“. 9. November 2018. In: Die Presse: Online eingesehen: URL: <<https://www.diepresse.com/5527378/konrad-paul-liessmann-religionen-kennen-keine-werte>> zuletzt eingesehen am 12. Dezember 2020.

Hellmuth, Thomas (2018): Late Awareness, Vigorous Remembrance: Austria Today / Späte Einsicht, intensives Erinnern: Österreich heute, in: Public History Weekly 6 (2018) 38, DOI: [dx.doi.org/10.1515/phw-2018-13048](https://doi.org/10.1515/phw-2018-13048).

Huber, Andreas; Erker, Linda; Taschwer, Klaus: Wie ein rechtes Netzwerk Österreich unterwanderte. In: Der Standard, 29. Februar 2020.

Innsbrucker Nachrichten: Ein Freudentag in Nordtirol – ein Trauertag in Südtirol. 25. April 1921, Ausgabe Nr. 93, 68. Jahrgang.

Juncker, Jean-Claude: Mehr Zärtlichkeit gegen die Macht der neuen Mauern. In: Neue Vorarlberger Tageszeitung. Nr. 33. 8. Februar 2020.

Jungwirth, Michael: ÖVP entledigt sich des umstrittenen Dollfuß-Bildes. 19. Juli 2017. Online eingesehen: URL: <[https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5254797/Parlament\\_OeVP-entledigt-sich-des-umstrittenen-DollfussBildes](https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5254797/Parlament_OeVP-entledigt-sich-des-umstrittenen-DollfussBildes)> zuletzt eingesehen am 29. April 2020.

Neue Freie Presse (Morgenblatt): 12. September 1933, Ausgabe Nr. 24785.

Neues Österreich: Organ der demokratischen Einigung: 2. März 1948, Ausgabe Nr. 871, 4. Jahrgang (Nr. 52).

Pelinka, Anton (2002): Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP). Jahrgang 31 (Heftnummer 3).

Prisching, Manfred: Was blieb eigentlich von Jörg Haider? In: Kleine Zeitung, 26. Jänner 2020.

Salzburger Volksblatt: Die Anschluss-Abstimmungen. 1. Juni 1921, Ausgabe Nr. 121, 51. Jahrgang.

Salzburger Chronik für Stadt und Land: Die Anschlussfrage. 2. Juni 1921, Ausgabe Nr. 122, 57. Jahrgang.

Studio! Das Magazin für Management & Kommunikation der FHWien der WKW. 01/März 2020.

Wiener Zeitung: 11. April 1946, Ausgabe Nr. 86.

Winter, Jakob: Lingens über Waldheim: „Er hätte nur desertieren können“. In: Profil, 25. März 2016. Online eingesehen: URL: <<https://www.profil.at/oesterreich/waldheim-lingens-winter-interview-6286379>> zuletzt eingesehen am 22. Juni 2020.

## Onlinequellen

Apa-Ots: 40. Jubiläum der Kroatisch-Redaktion von ORF Burgenland. Online eingesehen: URL: <[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20190118\\_OTS0128/40-jubilaem-der-kroatisch-redaktion-von-orf-burgenland](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190118_OTS0128/40-jubilaem-der-kroatisch-redaktion-von-orf-burgenland)> zuletzt eingesehen am 24. Oktober 2020.

Artikel 7 (1)-(3) im Staatsvertrag von 1955: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Jahrgang 1955, Ausgegeben am 30. Juli 1955, 39. Stück. Nummer 152. Online eingesehen: URL: <[https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1955\\_152\\_0/1955\\_152\\_0.pdf](https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1955_152_0/1955_152_0.pdf)> zuletzt eingesehen am 3. März 2020.

Artikel 30. Abs. 4 der Maiverfassung 1934 (BGBl. 1/1934-II). In: Verfassungen Österreichs: Online eingesehen: URL: <<https://www.verfassungen.at/at34-38/index34.htm>> zuletzt eingesehen am 3. März 2020.

Bundesgesetz über die Bundeshymne der Republik Österreich. Online eingesehen: URL: <[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A\\_01758/index.shtml#tab-ParlamentarischesVerfahren](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01758/index.shtml#tab-ParlamentarischesVerfahren)> zuletzt eingesehen am 13. März 2020.

Bundeskanzleramt Österreich: Mein Österreich. Vorbereitung zur Staatsbürgerschaft. Online eingesehen. URL: <<http://www.staatsbuergerschaft.gv.at/index.php?id=33>> zuletzt eingesehen am 20. Februar 2021.

B-VG Art. 8a (2): Online eingesehen: URL: <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138>> zuletzt eingesehen am 19.10.2020.

B-VG Art. 8 (2): Online eingesehen: URL: <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138>> zuletzt eingesehen am 19. Oktober 2020.

Charta der Grundrechte der Europäischen Union. 2000. Online eingesehen: URL: <[https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text\\_de.pdf](https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf)> zuletzt eingesehen am 20.10.2020.

Die Österreichische Sozialpartnerschaft: Online eingesehen: URL: <[https://www.sozialpartner.at/index1a57.html?page\\_id=127](https://www.sozialpartner.at/index1a57.html?page_id=127)> zuletzt eingesehen am 3. April 2020.

Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache: Begriff Identität. Online eingesehen: URL: <<https://www.dwds.de/wb/Identit%C3%A4t>> zuletzt eingesehen am 22. Februar 2021.

Dollfuß: TRABRENNPLATZREDE am 11. September 1933. in: Diem Peter 2015. Online eingesehen: URL: <[https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Symbole/Faschismus\\_-\\_die\\_Symbole/Trabrennplatzrede\\_1933](https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Symbole/Faschismus_-_die_Symbole/Trabrennplatzrede_1933)> zuletzt eingesehen am 30. März 2020.

DÖW Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Mitteilungen. Folge 183. Oktober 2007. Franz Jägerstätter: „... Entscheiden, ob Nationalsozialist – oder Katholik!“ Online eingesehen: URL: <<https://www.doew.at/cms/download/dnmut/183.pdf>> zuletzt eingesehen am 24. Jänner 2021.

Duden: Begriff ‚Top-down-Methode‘. Online eingesehen: URL: <[https://www.duden.de/recht-schreibung/Top\\_down\\_Methode](https://www.duden.de/recht-schreibung/Top_down_Methode)> zuletzt eingesehen am 25. März 2020.

Figl, Leopold: Weihnachtsrede. 24. Dezember 1945. Online eingesehen: Österreichische Mediathek: URL: <<https://www.mediathek.at/atom/133035A1-15C-00057-000006B0132FA73-6>> zuletzt eingesehen am 16. Mai 2020.

Inlandsreport vom 18.8.1988. Online eingesehen: Österreichische Mediathek: Haider: die österreichische Nation, eine „Missgeburt“. URL: <<https://www.mediathek.at/atom/20D79CFC-10C-00784-00006083-20D6E3AD>> zuletzt eingesehen am 29. Juni 2020.

Katholische Kirche Österreich: Kirchliche Statistik. Online eingesehen: URL: <<https://www.katholisch.at/statistik>> zuletzt eingesehen am 20. Mai 2020.

Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhle und der Republik Österreich. Fassung vom 13.5.2020. Online eingesehen: URL: <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009196>> zuletzt eingesehen am 13. Mai 2020.

Lehrplan der allgemeinbildenden höheren Schule: Geschichte und Sozialkunde / Politische Bildung. Online eingesehen: URL: <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>> zuletzt eingesehen am 20. Februar 2021.

Mauthausen Memorial KZ-Gedenkstätte: „Mühlviertler Hasenjagd“. Online eingesehen: URL: <<https://www.mauthausen-memorial.org/de/Wissen/Das-Konzentrationslager-Mauthausen-1938-1945/Muehlviertler-Hasenjagd>> zuletzt eingesehen am 24. Juni 2020.

Moscow Conference, Oktober 1943, Joint four nation declaration. Online eingesehen: URL: <<http://www.ibiblio.org/pha/policy/1943/431000a.html>> zuletzt eingesehen am 13. März 2020.

Münze Österreich: Der Euro. In: Online eingesehen: URL: <<https://www.muenzeoesterreich.at/wissen/infothek/der-euro>> zuletzt eingesehen am 23. November 2020.

Neuer Klub - Website: Online eingesehen: URL: <<https://www.akademikerverband.at/zusammenarbeit/>> zuletzt eingesehen am 13. Jänner 2021.

Obermüller, Eva: Was Sprache mit Identität zu tun hat. Online eingesehen: URL: <<https://science.orf.at/v2/stories/2993500/>> zuletzt eingesehen am 26. März 2020.

ÖGfE-Jugendumfrage: EU-Meinungsbild von Österreichs Jugend als Auftrag für die Zukunft. September 2019 bis März 2020. Online eingesehen: URL: <<https://oegfe.at/2020/06/jugendumfrage/>> zuletzt eingesehen am 24. November 2020.

ÖGfE-Jugendumfrage 2019/2020: Ergebnisse: Online eingesehen: URL: <[https://oegfe.at/wordpress/wp-content/uploads/2020/06/Grafiken-Schulumfrage-OTS-2020.pdf?utm\\_medium=email&utm\\_campaign=GfE-Jugendumfrage%20EU-Meinungsbild%20von%20sterreichs%20Jugend%20als%20Auftrag%20fr%20die%20Zukunft&utm\\_content=GfE-Jugendumfrage%20EU-Meinungsbild%20von%20sterreichs%20Jugend%20als%20Auftrag%20fr%20die%20Zukunft+Preview+CID\\_2b73eaa-edd946bb5f8f4d2425ca262b5&utm\\_source=&utm\\_term=Grafiken](https://oegfe.at/wordpress/wp-content/uploads/2020/06/Grafiken-Schulumfrage-OTS-2020.pdf?utm_medium=email&utm_campaign=GfE-Jugendumfrage%20EU-Meinungsbild%20von%20sterreichs%20Jugend%20als%20Auftrag%20fr%20die%20Zukunft&utm_content=GfE-Jugendumfrage%20EU-Meinungsbild%20von%20sterreichs%20Jugend%20als%20Auftrag%20fr%20die%20Zukunft+Preview+CID_2b73eaa-edd946bb5f8f4d2425ca262b5&utm_source=&utm_term=Grafiken)> zuletzt eingesehen am 24. November 2020.

ORF: Ortstafeln in Eberndorf besprüht. Online eingesehen: URL: <<https://kaernten.orf.at/stories/3086616/>> zuletzt eingesehen am 25. Jänner 2021.

ORF Science: 10 Mio. Europäer waren mit Erasmus im Ausland. 19.07.2019. Online eingesehen: URL: <<https://science.orf.at/v2/stories/2988705/>> zuletzt eingesehen am 1. Dezember 2020.

Österreichische Mediathek, 99-33003\_k02, URL: <<https://www.mediathek.at/portaltrefer/atom/015C5D1D-222-002CE-00000D00-015B7F64/pool/BWEB/>> zuletzt eingesehen am 28. März 2020.

Protokoll Nr. 10 über die Verwendung spezifisch österreichischer Ausdrücke der deutschen Sprache im Rahmen der Europäischen Union, Anl. 1 (=BGBI. Nr. 45/1995, S. 2544), in der geltenden Fassung im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS). Online eingesehen: URL: <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10007687>> zuletzt eingesehen am 26. März 2020.

Rásky Béla: Bundeshymne. Online eingesehen: URL: <<https://www.hdgoe.at/bundeshymne>> zuletzt eingesehen am 26. März 2020.

Schöner, Johannes: Katholikinnen und Katholiken in Widerstand und Verfolgung. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Projekt: "Namentliche Erfassung der österreichischen Opfer politischer Verfolgung 1938 - 1945". Online eingesehen: URL: <<https://www.doew.at/cms/download/o31q/schoenner-1.pdf>> zuletzt eingesehen am 26. Jänner 2021.

Semrau, Eugen: Gustav Mahler: Vom „jüdisch-dekadenten“ Außenseiter zur Kultfigur. Eine Aufführungsgeschichte seiner Werke. In: Austria-Forum (im AEIOU-Österreich-Lexikon). Online eingesehen: URL: <[https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Musik/Gustav\\_Mahler\\_Werke](https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Musik/Gustav_Mahler_Werke)> zuletzt eingesehen am 26. März 2020.

Siebeck, Cornelia: Erinnerungsorte, Lieux de Mémoire. In: Docupedia-Zeitgeschichte, 2.3.2017. Online eingesehen: URL: <[http://docupedia.de/zg/Siebeck\\_erinnerungsorte\\_v1\\_de\\_2017](http://docupedia.de/zg/Siebeck_erinnerungsorte_v1_de_2017)> zuletzt eingesehen am 17.12.2020.

Steinbach, Peter: Politik mit Geschichte – Geschichtspolitik? in: Bundeszentrale für politische Bildung. 28. März 2008. Online eingesehen: URL: <<https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39789/geschichte-und-politik?p=1>> zuletzt eingesehen am 27. März 2020.

StGBI. für den Staat Deutschösterreich. Jahrgang 1918. Ausgegeben am 15. November 1918. 1. Stück. Online eingesehen: URL: <<https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=sgb&datum=1918&page=26&size=29>> zuletzt eingesehen am 13. Jänner 2021.

StGBI. Nr. 209/1919, Online eingesehen: URL: <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000038>> zuletzt eingesehen am 4. Mai 2020.

Troebst, Stefan: Geschichtspolitik. in: Docupedia-Zeitgeschichte, 4. August 2014: Online eingesehen: URL: <<https://docupedia.de/zg/Geschichtspolitik>> zuletzt eingesehen am 27. März 2020.

Vertrag über eine Verfassung für Europa. 2005. Online eingesehen: URL: <[https://europa.eu/european-union/sites/europaeu/files/docs/body/treaty\\_establishing\\_a\\_constitution\\_for\\_europe\\_de.pdf](https://europa.eu/european-union/sites/europaeu/files/docs/body/treaty_establishing_a_constitution_for_europe_de.pdf)> zuletzt eingesehen am 20. Oktober 2020.

Umfrage der Europäischen Kommission: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. In: Standard-Eurobarometer 93. Sommer 2020. Befragung Juli-August 2020. S. 8. Online eingesehen: URL: <<https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/survey/getsurveydetail/instruments/standard/surveyky/2262>> zuletzt eingesehen am 9. November 2020.

Verfassungen Österreichs: Online eingesehen: URL: <<https://www.verfassungen.at/at34-38/index34.htm>> zuletzt eingesehen, 3. März 2020.

Ziegler, Elke: Erasmus: Mehr Budget, breiterer Zugang. 09.05.2019. Online eingesehen: URL: <<https://science.orf.at/v2/stories/2980586/>> zuletzt eingesehen am 1. Dezember 2020.

### **Filmographie**

Liebeneiner, Wolfgang: 1. April 2000 (Wien Film 1952). Erschienen in der Reihe „Der österreichische Film“. Edition DER STANDARD. (Hg. von Hoanzl und filmarchiv austria 2006).

Beckermann, Ruth: Waldheims Walzer (Ruth Beckermann Film 2018). Erschienen in der Reihe „Der österreichische Film“. Edition DER STANDARD. (Hg. von Hoanzl und filmarchiv austria 2018).

Borgers, Nathalie: Kronen Zeitung – Tag für Tag ein Boulevardstück. Dokumentarfilm 2002.

### **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Konstruktionen der Identitätsarbeit. In: Keupp, Heiner; Ahbe, Thomas; Gmür, Wolfgang; Höfer, Renate; Mitscherlich, Beate; Kraus, Wolfgang; Straus, Florian (2006): Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne. 3. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl. (Rowohlts Enzyklopädie, 55634). S. 218.